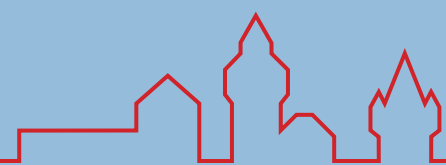
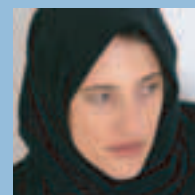
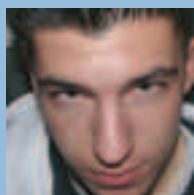
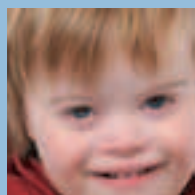
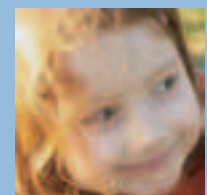
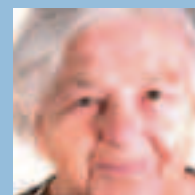
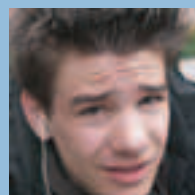
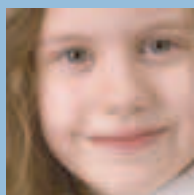
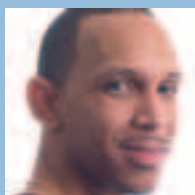
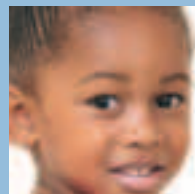
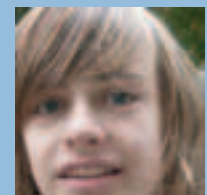
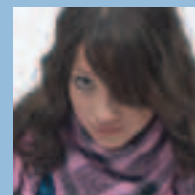
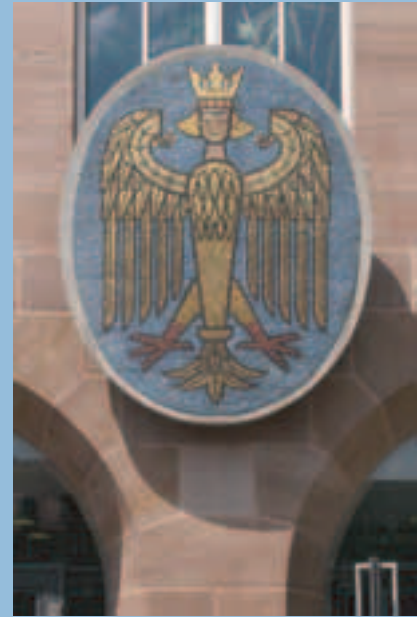


Referat für Jugend, Familie und Soziales

# Jahresbericht 2007



## Impressum

### Herausgeber:

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales  
Hauptmarkt 18  
90403 Nürnberg

### Texte:

Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales; Stab Familie; Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt; Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt; Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt; NürnbergStift; Noris-Arbeit gGmbH (NOA); ARGE Nürnberg; Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH (WfB)

### Redaktion:

Elisabeth Ries, Referat für Jugend, Familie und Soziales

### Mitarbeit:

Sonja Jantsch

### Statistisches Material:

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth

### Bildmaterial:

Stadt Nürnberg, Presseamt (Christine Dierenbach, Ralf Schedlbauer), Stab Familie, Jugendamt, Sozialamt, Seniorenamt, NürnbergStift, NOA, ARGE Nürnberg, WfB;  
Hartmut Knipp-Duken (HKD)

### Layout und Satz:

HKD-Grafik & Werbung

### Druck:

Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH,  
Dorfäckerstraße 37, 90427 Nürnberg

<b>Reiner Pröbß: Soziale Integration fördern, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen</b> Kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik im Jahr 2007 .....	<b>3</b>
<b>Die strategischen Leitlinien</b> .....	<b>15</b>
1. Familie stärken .....	
2. Erziehung unterstützen, Bildung ermöglichen – „Früher beginnen“ .....	15
3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen .....	28
4. Armut bekämpfen und verhindern .....	40
5. Kommunale Beschäftigungspolitik gestalten .....	50
6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten .....	60
7. Zivilgesellschaft aktivieren .....	70
8. Soziale Nahräume entwickeln .....	78
9. Integration leben .....	86
10. Gender-Perspektiven entwickeln .....	93
11. Kommunikation und Partizipation intensivieren .....	
12. Planung und Steuerung .....	96
<b>Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich</b> <b>des Referats für Jugend, Familie und Soziales</b> .....	<b>99</b>
1. Referat und Stab Familie .....	100
2. Ausschüsse (Jugendhilfe-, Sozial- und Werkausschuss) .....	102
3. Jugendamt .....	103
4. Sozialamt .....	107
5. Seniorenamt .....	110
6. NürnbergStift .....	119
7. ARGE .....	115
8. NOA .....	117
9. Werkstatt für Behinderte .....	119
<b>Anhang:</b>	
Der Orientierungsrahmen .....	123
Liste der Ausschussthemen .....	135





*Reiner Pröbß,  
Referent für Jugend, Familie und Soziales*

## **Soziale Integration fördern, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**

Aufgabe kommunaler Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik ist es, soziale Integration zu fördern, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und Ausgrenzung zu verhindern. Dieses Ziel der „social inclusion“ – wie es im europäischen Kontext begrifflich gefasst wird – kann umso besser erreicht werden, je kohärenter eine Gesamtstrategie angelegt ist, je besser also die Instrumente der Sozialpolitik vertikal, d.h. auf den verschiedenen politischen Ebenen Europa, Bund, Land und Kommunen, und horizontal, d.h. über die verschiedenen Politikbereiche wie etwa Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Stadtentwicklungspolitik, aufeinander abgestimmt sind und ineinandergreifen.

Die sozialen Probleme und die Folgen der Politiken auf unterschiedlichen Ebenen (Europa, Bund und Land) sind vor allem auf kommunaler Ebene spürbar, und hier werden Lösungen unmittelbar eingefordert. In der Stadt, in der Gemeinde, im Stadtteil leben die Menschen, die von gesellschaftlichen Entwicklungen und sozialem Wandel betroffen sind. Dort wachsen die jungen Menschen auf. Im sozialen Nahraum machen sie ihre ersten Welterfahrungen, dort ist das Fundament für Verwirklichungschancen oder Ausgrenzungen gelegt, dort zeigt sich, ob durch Unterstützung und nachbarschaftliche Netzwerke ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung leben bleiben können. Dort entstehen Beziehungen zwischen den Menschen, deren Qualität dafür entscheidend ist, ob ein friedvolles, solidarisches Miteinander oder ein egoistisches, von einer Ellenbogenmentalität geprägtes Gegen- und Nebeneinander entsteht. Wenn Gerechtigkeit als Prinzip sozialer Wirklichkeit gelten soll, dann muss sich das hier beweisen.

## **Soziale Gerechtigkeit ist mehr!**

Soziale Gerechtigkeit ist dabei mehr als ein auskömmliches Einkommen und eine ausreichende Güterausstattung für alle. Die Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit blendet entscheidende Anforderungen der wissensbasierten, globalisierten Gesellschaft aus. Es geht darum, Menschen in die Lage zu versetzen, ihr Leben zu meistern. Dazu brauchen sie, ganz besonders aber die Kinder und jungen Menschen, gesellschaftliche Institutionen, materielle, kulturelle und politische Rahmenbedingungen, die ihnen die Entfaltung ihrer individuellen Fähigkeiten ermöglichen, sie dabei fördern und nicht hemmen.

Mit den Begriffen des „Capability Approach“ von Amartya Sen und Martha Nussbaum geht es um „Befähigungsgerechtigkeit“ und „Verwirklichungsgerechtigkeit“. „Befähigungsgerechtigkeit“ heißt, dass jeder und jede Einzelne – unabhängig von der Herkunft – die Chance erhält, individuell angelegte Fähigkeiten zu entwickeln. „Verwirklichungsgerechtigkeit“ ist die tatsächlich vorhandene Möglichkeit, sich für oder gegen eine bestimmte Lebensführung zu entscheiden und eine eigene Konzeption des gelingenden guten Lebens zu entwickeln und zu realisieren. Dafür müssen allen, unabhängig von materiellen Möglichkeiten, verschiedene Optionen zur Verfügung stehen. Je weniger dem Einzelnen hinreichende Befähigungschancen und tatsächliche Verwirklichungschancen eröffnet werden, desto weniger herrscht soziale Gerechtigkeit.



Auch die demokratische politische Kultur ist auf die Teilhabe möglichst aller angewiesen. Wenn, wie verschiedene Jugendstudien oder die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“ herausarbeiten, manche Gruppen sich wirtschaftlich, sozial und politisch vollständig abgekoppelt fühlen und sich von der Gesellschaft und ihren Institutionen, den Normen und Werten innerlich bereits verabschiedet haben, dann ist dies auch für die Demokratie ein Alarmsignal.

Das bedeutet für eine kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik: Sie muss verschiedene zielgruppenspezifische, auf die Individuen abgestimmte Strategien entwickeln, und sie muss dafür Sorge tragen, dass die gesellschaftlichen Institutionen tatsächlich Entwicklung fördern, Potenziale entfalten helfen, Teilhabe ermöglichen und nicht ausgrenzen. Letzteres hat Ingrid Mielenz mit dem Begriff der „Einmischungsstrategie“ auf den Punkt gebracht.

## **Die soziale Schieflage nimmt zu**

Trotz des wirtschaftlichen Wachstums gelingt es unserer gegenwärtigen Gesellschaft mit ihrer staatlichen Ordnung offensichtlich immer weniger, soziale und ökonomische Ungerechtigkeiten zu kompensieren. Die Schere öffnet sich weiter. Während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung seit 1992 ihr Reallohneinkommen um fast ein Drittel (31 Prozent) steigern konnten, ging das des ärmsten Zehntels der Bevölkerung um 13 Prozent zurück (DER SPIEGEL 51/2007). Auch in Nürnberg zeigt sich die Ambivalenz der Entwicklung: Während sich einerseits der Arbeitsmarkt deutlich entspannt hat (7,7 Prozent Arbeitslose im Dezember 2007 gegenüber 9,5 Prozent im Dezember 2006), verstetigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit breiter Teile der Bevölkerung. Im Jahresdurchschnitt 2007 mussten über 53.000 Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Leistungen nach dem SGB II auskommen. Insgesamt lebt fast jeder 9. Nürnberger in Armut. Bei den Kindern ist es inzwischen geschätzt fast jedes dritte.

Für Nürnberg ist nach den Prognosen des Amtes für Stadtforschung und Statistik in den nächsten Jahren kein nennenswerter Geburtenrückgang zu erwarten. Die Chancen für die neugeborenen Nürnbergerinnen und Nürnberger sind aber sehr ungleich verteilt. Rund 29 Prozent der Kinder wachsen in Stadtteilen auf, die gekennzeichnet sind durch dichte Bebauung, hohe Mobilität, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte und hohes Armutspotenzial. Diese Kinder müssen in besonderer Weise gefördert werden. Sie sind vielfach einer Risikokumulation ausgesetzt, denn materielle und Bildungsarmut, Arbeitslosigkeit und geringe berufliche Perspektiven im Umfeld wirken auch auf die dort lebenden Kinder und Jugendlichen, und es fehlt die Motivation durch gleichaltrige und erwachsene Vorbilder. Andererseits kann ein bildungsnahes Umfeld Ansporn sein und Orientierung geben. Wenn in einem Stadtteil deutlich mehr als 80 Prozent aller Kinder nach der Grundschule an ein Gymnasium oder eine Realschule gehen und in anderen merklich weniger als 20 Prozent, dann wird die sozialräumliche Segregation deutlich. Diesen Tendenzen entgegenzuwirken ist die gemeinsame, dringlich aktuelle Aufgabe aller Akteure auf der kommunalen Ebene.

## **Ressortübergreifender Auftrag der kommunalen Sozialpolitik**

Kommunale Sozialpolitik darf sich also nicht als Ressortpolitik im engeren Sinne zur Linderung von Armut und Not durch Gewährung materieller Leistungen und die Verwaltung von Infrastruktur für Personengruppen in besonders prekären Lebenslagen beschränken (lassen), sondern muss innerhalb der auf anderen Ebenen normierten gesetzlichen Möglichkeiten (und manchmal diesen zum Trotz) Strukturen schaffen und Bedingungen fördern, die Menschen ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen. Es geht darum, individuelle und gesellschaftliche Potenziale zu nutzen, zivilgesellschaftliche Verantwortung einzufordern und zu unterstützen, Ressourcen

zu heben, Menschen zu aktivieren, sie zu fördern, aber auch zu fordern. Kommunale Sozialpolitik, immer – inhaltlich, nicht unbedingt organisatorisch – verstanden als integrierte Jugend-, Familien-, Senioren-, Bildungs-, Gesundheits- und Stadtentwicklungspolitik, darf sich nicht auf das Hier und Heute beschränken, sondern muss in Generationenfolgen gedacht und konzipiert werden. Sie muss langfristige Strategien verfolgen. Diesen muss sich tagespolitisches Handeln weitestgehend unterordnen, zumindest darf es sie nicht durch falsche Anreize konterkarieren.

Das gilt in besonderem Maße für die Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens. Um die Reproduktion und Verschärfung von sozialer Ungleichheit über Generationen hinweg zu durchbrechen, um individuelle Ausgrenzung, soziale Selektion und sozialräumliche Segregation zu reduzieren und um auf ein Leben in einer zukünftigen Gesellschaft vorzubereiten, bedarf es abgestimmter familien-, bildungs- und gesundheitspolitischer Handlungskonzepte, die im Sozialraum ansetzen. Die Infrastruktureinrichtungen im Stadtteil (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Kinder- und Jugendhäuser, Kulturläden und Gemeinschaftshäuser) sind Kristallisationsorte, um die herum Netzwerke und Unterstützungsstrukturen entstehen.

Deshalb bedarf es in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf spezifischer Handlungsansätze und zusätzlicher Ressourcen. Mit einer Bündelung und besseren Abstimmung der Angebote, der Einrichtungen und Dienste durch eine Stadtteilkoordination und der „positiven Diskriminierung“, d.h. der besseren Ausstattung der Einrichtungen und Dienste, sollen ressortübergreifende integrative Strategien entwickelt werden, die Bildung von Anfang an und ein gedeihliches Aufwachsen ermöglichen. Die Institutionen sind dabei immer nur Instrumente, im Mittelpunkt steht das einzelne Kind, der oder die Jugendliche, mit den jeweils individuellen lebensbiografischen Bezügen, Ressourcen und Potenzialen.

## Komplexität der sozialen Wirklichkeit

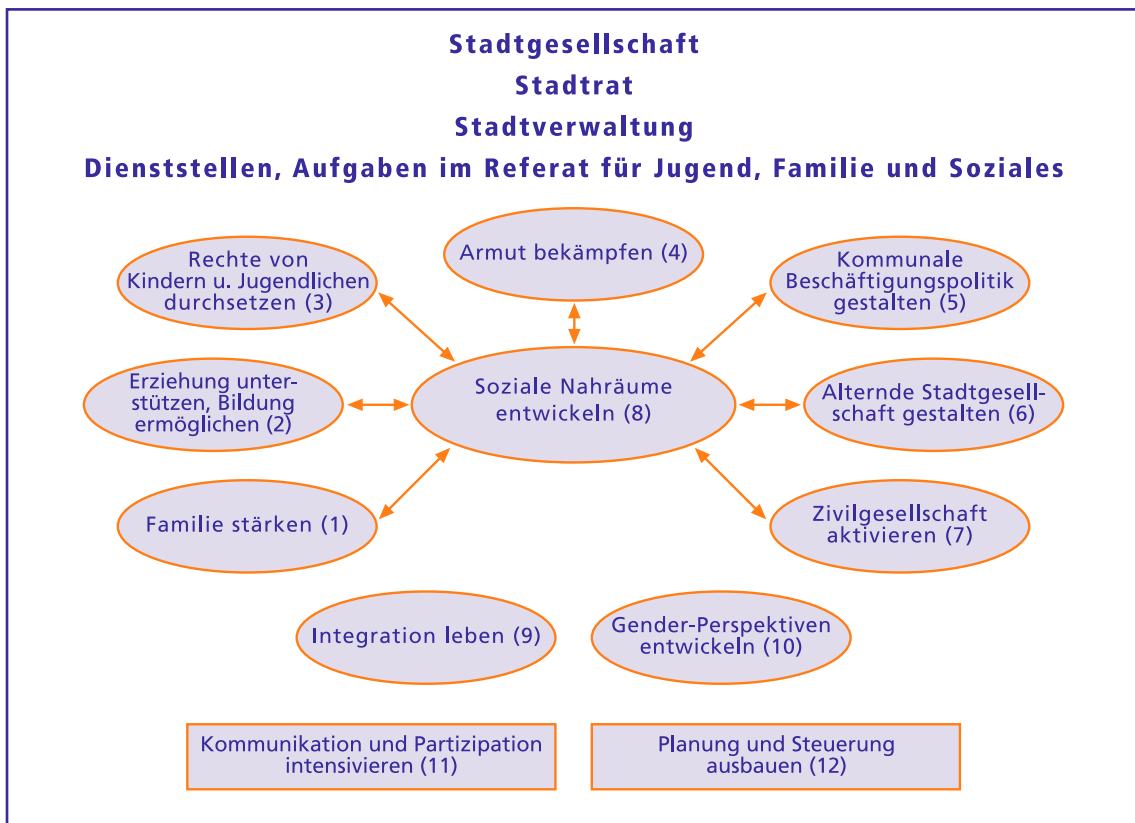
Der allgemeine Befund einer sich verschärfenden sozialen Ungleichheit geht einher mit einer Vielzahl akuter Probleme, meist mit realem Hintergrund, vielfach jedoch medial zugespitzt und in der öffentlichen Debatte geradezu hysterisch aufgeladen. Dies führt allzu oft dazu, dass schnelle, „einfache“ Lösungen gefordert und präsentiert werden, die jedoch der Komplexität sozialer Wirklichkeit in keiner Weise gerecht werden, oft sogar gegenteilige Wirkung erzielen würden. Es gibt eben nicht **die eine** und **die richtige** Antwort auf immer wieder heftig diskutierte Probleme wie

- Überforderung von Eltern, Kindesvernachlässigung und Kindeswohlgefährdung (mit teilweise tragischen Einzelfällen),
- Kinderarmut,
- Kinder- und Jugendkriminalität und Gewalt (und die teilweise politisch instrumentalisierte Angst davor),
- Alkoholmissbrauch junger Menschen,
- zunehmende Verschuldung,
- die demografische Entwicklung und die älter werdende Gesellschaft (die per se kein Problem in der Art darstellt, wie die teilweise apokalyptische Panikmache glauben machen will),
- drohende Altersarmut,
- Pflegenotstand und viele mehr.

Auch wenn es mühevoll und vielfach schwer kommunizierbar ist: All diese Entwicklungen müssen sorgfältig analysiert und differenziert betrachtet werden. Es gibt weder eindimensionale Erklärungen noch vorgefertigte Lösungen. Die soziale Wirklichkeit funktioniert nicht nach einem simplen „Wenn-Dann“-Schema. Und leider wissen wir auch viel zu wenig über die Zusammenhänge und Wirkungen in der sozialen Interaktion, auch zu wenig über die Wirkung dessen, was wir in der sozialen Arbeit tun. Um hier mehr Klarheit zu gewinnen, muss der Ausbau eines kleinräumigen „Sozial- und Bildungsmonitorings“ und einer Wirksamkeitsforschung als Basis für die Entwicklung von Handlungskonzepten und deren Einsatz forciert werden. In jedem Fall müssen bei allem, was man auf kommunaler Ebene sozialpolitisch veranlasst, rechtzeitig die Risiken und Nebenwirkungen bedacht und berücksichtigt werden.

## Der Orientierungsrahmen als strategische Weichenstellung

Die oben skizzierten und weitere Fragestellungen bestimmten neben einer kritischen Bestandsaufnahme die Diskussion im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales in den Jahren 2005 und 2006. Den erheblichen neuen Anforderungen standen spürbare Einsparvorgaben als Beiträge zur Haushaltskonsolidierung gegenüber. Ergebnis einer intensiven Diskussion der Leitungskräfte, Planer/innen und Stabsmitarbeiter/innen unter Beteiligung von Mitarbeiter/innen über die strategische Ausrichtung des Geschäftsbereichs ist der „Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs\*- und Sozialpolitik“ mit zwölf Leitlinien, die seitdem zielführend für die Arbeit im Geschäftsbereich sind. Ausgangspunkt sind dabei nicht in erster Linie die eigene Ressortzuständigkeit von Dienststellen, Abteilungen, Einrichtungen oder Diensten, sondern die Bedürfnisse einer zukünftigen Stadtgesellschaft und die Stellung kommunaler Sozialpolitik in ihr.



\*Bildung vor und neben der Schule.



Der Orientierungsrahmen war – aus der Überzeugung heraus, dass die Organisation den Aufgaben folgen muss – Grundlage für ein zunächst internes Eckpunktepapier und schließlich die „Bausteine für eine Organisationsreform des Geschäftsbereichs Jugend, Familie und Soziales“. Nach der Zustimmung durch den Jugendhilfe- und den Sozialausschuss im Juli 2006 haben wir einen Arbeitsplan mit über 40 Arbeitspaketen vorgelegt. Seit dem 1. Januar 2007 erfolgt der schrittweise Umbau des Geschäftsbereichs. In den Verhandlungen mit dem Finanz- und dem Organisationsreferat wurden Einsparpotenziale von bis zu 4,9 Mio. Euro ermittelt. Diese unter anderem durch die Organisationsreform frei werdenden Ressourcen sollten zur Erbringung von Konsolidierungsvorgaben und für die Bewältigung der neuen Herausforderungen genutzt werden. In einem fairen Aushandlungsprozess mit der Querschnittsverwaltung (Organisations- und Finanzreferat) wurde festgelegt, dass davon rund 2,9 Mio. Euro dem Gesamthaushalt zufließen, die darüber hinaus frei werdenden Mittel können für inhaltliche Schwerpunktsetzungen verwendet werden. Damit verbunden ist die Zusage der Querschnittsverwaltung, den Geschäftsbereich - soweit es die Haushaltslage zulässt - bis 2009 von weiteren Einsparforderungen auszuklammern, damit der Organisationsumbau kontinuierlich erfolgen kann. Der Prozess ist in vollem Gang und soll im Lauf des Jahres 2009 abgeschlossen werden.

Parallel dazu kamen externe Entwicklungen hinzu, die geplanten Vorhaben entgegenliefern oder gerade abgeschlossene Organisationsprozesse wieder in Frage stellen. Zum Beispiel steht die Verlagerung der Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Behinderte auf die Ebene des überörtlichen Sozialhilfeträgers (Bezirk Mittelfranken) dem Aufbau einer Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung entgegen. Die Weiterentwicklung der kommunalen Beschäftigungspolitik im Zusammenspiel der erst seit 1.1.2005 bestehenden ARGE, der NOA, der Stadt, der Wohlfahrtsverbände und der Agentur für Arbeit gerät nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007, das die gemeinsame Verantwortung und Aufgabenwahrnehmung für Langzeitarbeitslose in der ARGE für nicht verfassungskonform erklärte, stark in Verzug, da in absehbarer Zeit keine Klarheit über die künftige Aufgabenwahrnehmung zu erwarten ist.

Vielfach zu beobachten war auch, dass inhaltliche Vorhaben des Orientierungsrahmens ein höheres Gewicht in der politischen Öffentlichkeit bekamen, sodass die von uns für ehrgeizig gehaltenen quantitativen und qualitativen Ziele nach oben korrigiert und das Umsetzungstempo beschleunigt werden musste.

## **Ausgewählte Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2007**

Die größte Herausforderung, eine wahre Herkulesaufgabe, ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahre, aber auch, angesichts der Nachfrage in Nürnberg, von Herten, bis zum Jahr 2013. Mit der Planungsgrundlage „Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg als Kernelement kommunaler Familienpolitik“ – Teil 1: „Quantitativer Ausbau bis zum Jahr 2010/2013“ und Teil 2: „Qualitative Weiterentwicklung zur Sicherung der Bildungs- und Erziehungsqualität für Kinder und Unterstützung der Familien“ – wurde ein deutlicher Schwerpunkt gesetzt, der sich auch bei den Haushaltsberatungen klar niederschlug.

Angesichts der Entwicklung und zunehmenden öffentlichen Wahrnehmung von Kinderarmut werden von der kommunalen Ebene Lösungen erwartet. Das Thema und die Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien rückte zunehmend in den Vordergrund und nahm auch bei der 1. Nürnberger Armutskonferenz einen breiten Raum ein.

Der dritte Schwerpunkt war vor allem den bundesweit bekannt gewordenen, traurigen Fällen von Kindesvernachlässigung und Kindesötung, der Medienberichterstattung und der daraus resultierenden politischen und fachlichen Diskussion über Kinderschutz, Frühwarnsysteme und frühe



Jugendsozialarbeit  
an Schulen

Hilfen geschuldet. Die zu beobachtende deutliche Zunahme von Fällen beim ASD ist keineswegs nur mit der von Bundeskanzlerin Merkel geforderten „neuen Kultur des Hinsehens“ zu erklären, sondern zeigt gravierende Unsicherheiten und Defizite bei Eltern hinsichtlich der Fähigkeiten, ihre Kinder zu erziehen und altersgemäß zu fördern. Daher haben wir uns intensiver mit der Frage der Erziehungsfähigkeit und den Möglichkeiten zur Unterstützung der Eltern von Kindern in den verschiedenen Altersgruppen zu beschäftigen. Dazu gehört auch die Intensivierung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, insbesondere der beschleunigte Ausbau des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen.

Die Pflegeinfrastruktur für ältere Menschen in Nürnberg gehört, dank der Anstrengungen der freien Träger und des NürnbergStift, zu den modernsten und innovativsten in Deutschland. Dennoch ist es vorrangiges Ziel der Seniorenpolitik, den Menschen das Leben im eigenen Heim solange es geht zu ermöglichen. Dafür knüpfen wir mit unterschiedlichen Partnern Stadtteilnetzwerke, wie in der Südstadt, in St. Johannis und St. Leonhard/Schweinau.

Neben diesen Schwerpunkten, die eine intensive Beschäftigung das gesamte Jahr über erforderlich machten, gab es eine Reihe von Akzentsetzungen, die in diesem Bericht dargestellt werden.

## Dialog und Vernetzung

Modernes Verwaltungshandeln („New Governance“) setzt nach außen auf Beteiligung und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger als Betroffene und Akteure der Zivilgesellschaft, der Institutionen, Vereine, Verbände und Initiativen. Die Nürnberger Tradition einer guten partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und freien Trägern und der politische Wille zur „Stadtpolitik im Dialog“ sind stabile Fundamente für ein solches Verständnis. Mit der sozialräumlichen Betrachtung, der Stadtteilkoordination, den stadtteilbezogenen Seniorennetzwerken bietet sich die Chance, „vor Ort“ diese Prozesse des Miteinander zu intensivieren. Nach innen bedeutet modernes Verwaltungshandeln für uns, die Arbeit durch Zielvereinbarungen, Qualitätsentwicklungsprozesse, strategisches Controlling und Personalentwicklung zu steuern. Die Leitlinien des Orientierungsrahmens sind dabei strukturbildende „Leitplanken“ für Planung und Alltagshandeln.

## Der erste Gesamtbericht

Erstmals legt das Referat für Jugend, Familie und Soziales (Referat V) einen Gesamtbericht für den Geschäftsbereich vor. Er kann nicht die detaillierten Einzelberichte verschiedener Leistungs- und Aufgabenbereiche ersetzen, aber entsprechend dem beschriebenen Verständnis kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik entlang der strategischen Leitlinien bündeln und die Aktivitäten im vergangenen Jahr 2007 insgesamt darstellen. Da die Organisationsformen, in denen die Arbeit getan wird, trotzdem nicht uninteressant sind, bietet ein zweiter Teil einen Überblick über die Strukturen der Ämter und Organisationseinheiten im Referat für Jugend, Familie und Soziales.

„Aller Anfang ist schwer“ – und so gelingt es diesem Bericht noch lange nicht perfekt, die soziale Wirklichkeit in Nürnberg sowie die politischen und fachlichen Strategien, Ziele, Handlungsfelder komprimiert und doch umfassend abzubilden, aber es ist der erste Versuch einer Gesamtschau. Wir

wollen diese Form weiterentwickeln, Daten und Fakten fortschreiben und zukünftig regelmäßig dem Stadtrat und der Öffentlichkeit einen Gesamtbericht vorlegen, der – so unser Anspruch – in Umfang, Ausgestaltung und Sprache trotz der Fülle lesbar bleiben soll. Dabei sind wir natürlich sehr „stadtlastig“, wohl wissend, dass dies nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Ganzen ist und dass die Aktivitäten der freien Träger die Jugend-, Familien- und Sozialarbeit in Nürnberg mindestens genauso deutlich prägen wie die Kommune. Wir wollen und können uns aber nicht mit fremden Federn schmücken und vertrauen darauf, dass die Berichte und die Öffentlichkeitsarbeit der anderen Träger sich mit unserem Beitrag zu einem Gesamtbild verdichten und so die soziale Lage in Nürnberg, die vielfältigen Strategien und Handlungsansätze in ihrer Komplexität, Vielfalt und Buntheit im Wesentlichen darstellen.

Was unseren eigenen Bericht angeht, sind Anregungen und Kritik, Ergänzungs- und Änderungswünsche hinsichtlich Form und Inhalt willkommen. Wir würden uns darüber freuen.

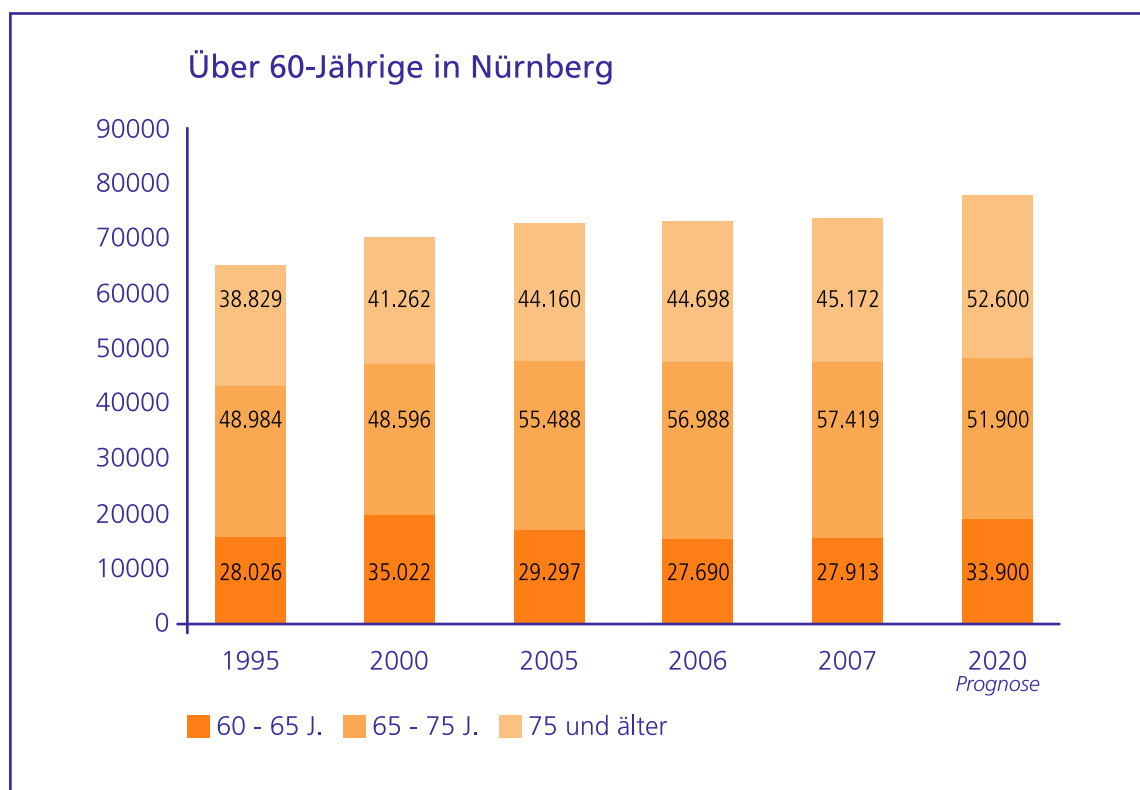
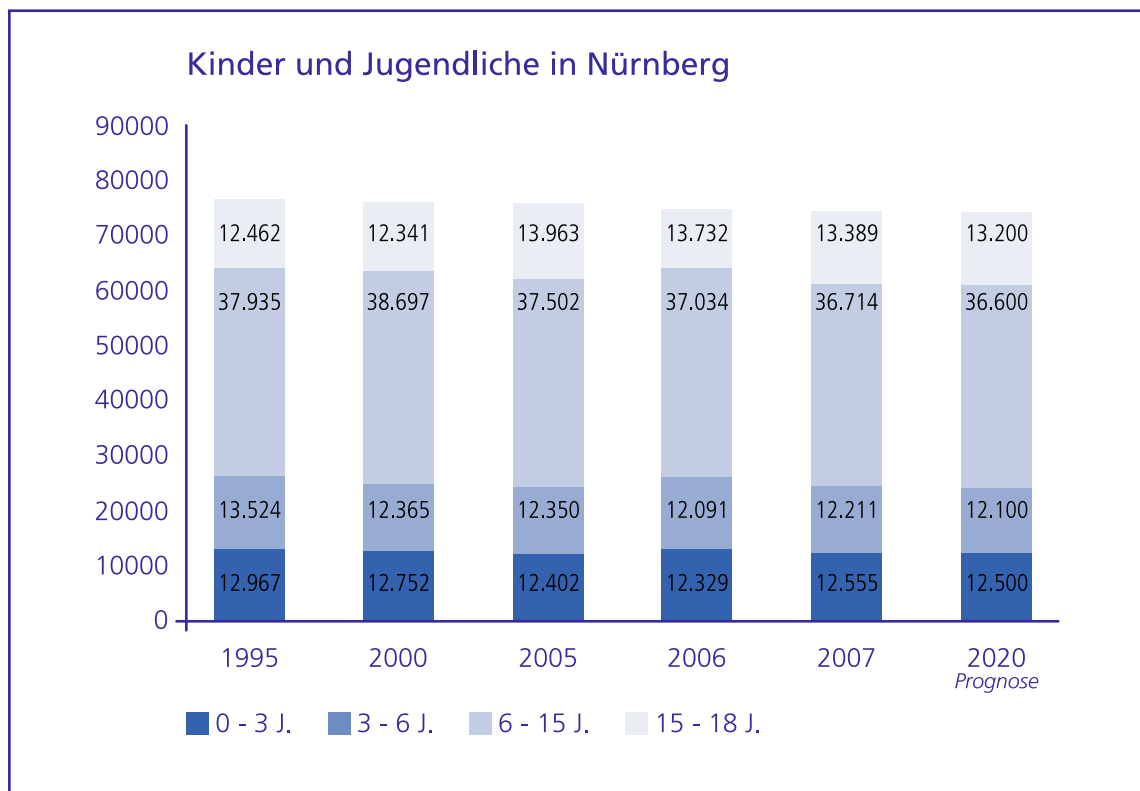
Reiner Pröb,  
Referent für Jugend, Familie und Soziales

## Grundlegende Daten zur Nürnberger Bevölkerung

Bevölkerung in der Hauptwohnung							
Alter	gesamt	Deutsche ohne MigH*		Deutsche mit MigH*		Ausländer	
		absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe
jeden Alters	496.299	339.038	68%	68.880	14%	88.381	18%
0 - 3	12.555	5.883	47%	5.596	45%	1.076	9%
3 - 6	12.211	6.116	50%	4.677	38%	1.481	12%
6 - 15	36.714	21.119	58%	8.223	22%	7.372	20%
15 - 18	13.389	7.882	59%	2.492	19%	3.015	23%
18 - 25	41.893	26.703	64%	6.536	16%	8.654	21%
25 - 60	249.033	163.311	66%	31.298	13%	54.424	22%
60 - 65	27.913	20.886	75%	2.118	8%	4.909	18%
65 - 75	57.419	47.067	82%	4.629	8%	5.723	10%
75 - 80	19.179	16.476	86%	1.682	19%	1.021	5%
80 - 85	14.315	12.775	89%	1.005	7%	535	4%
85 u. älter	11.678	10.820	93%	624	5%	234	2%

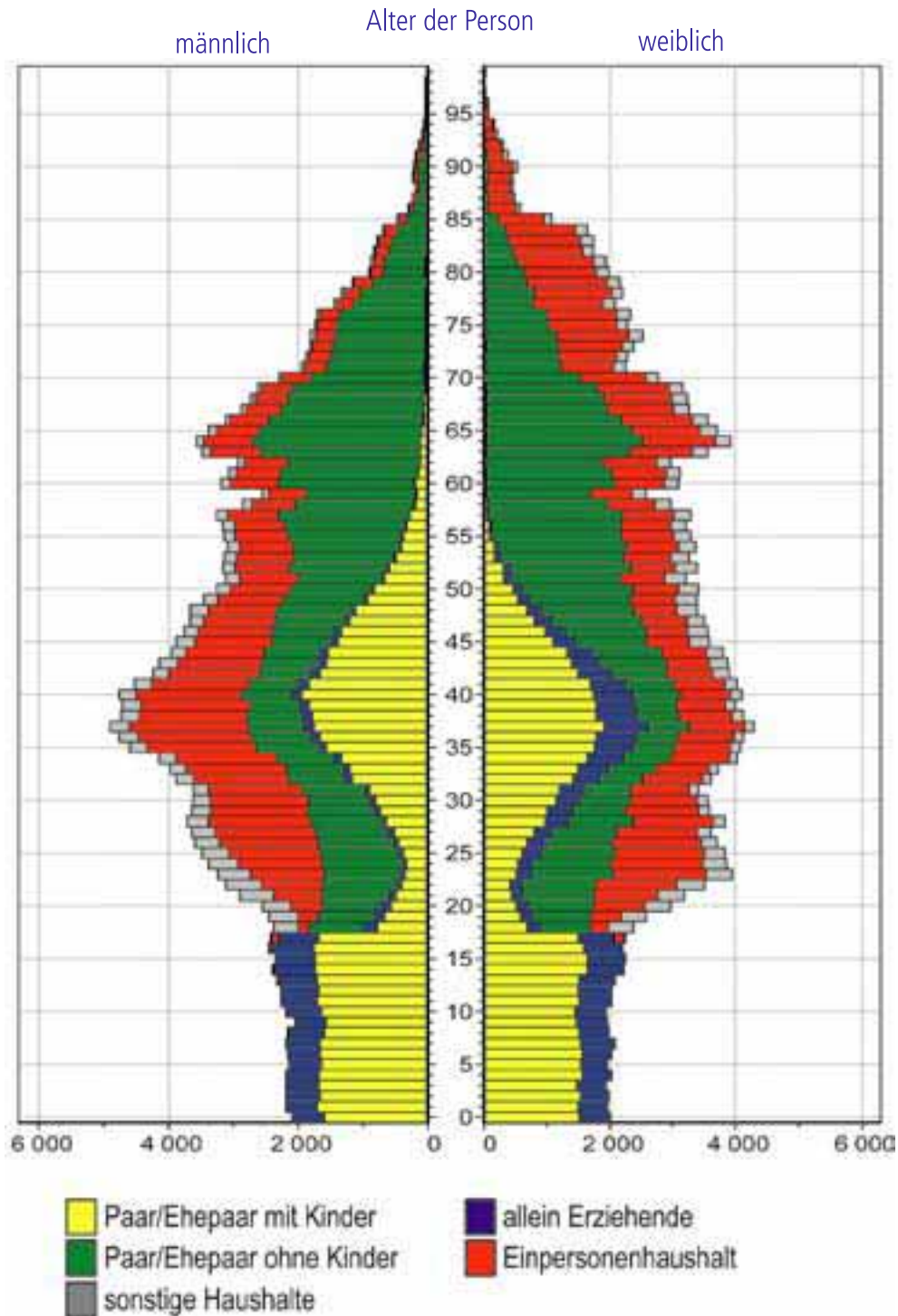
Quelle: Einwohnerregister 31.12.2007 © Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2008.  
Alle Rechte vorbehalten

\*Migrationshintergrund



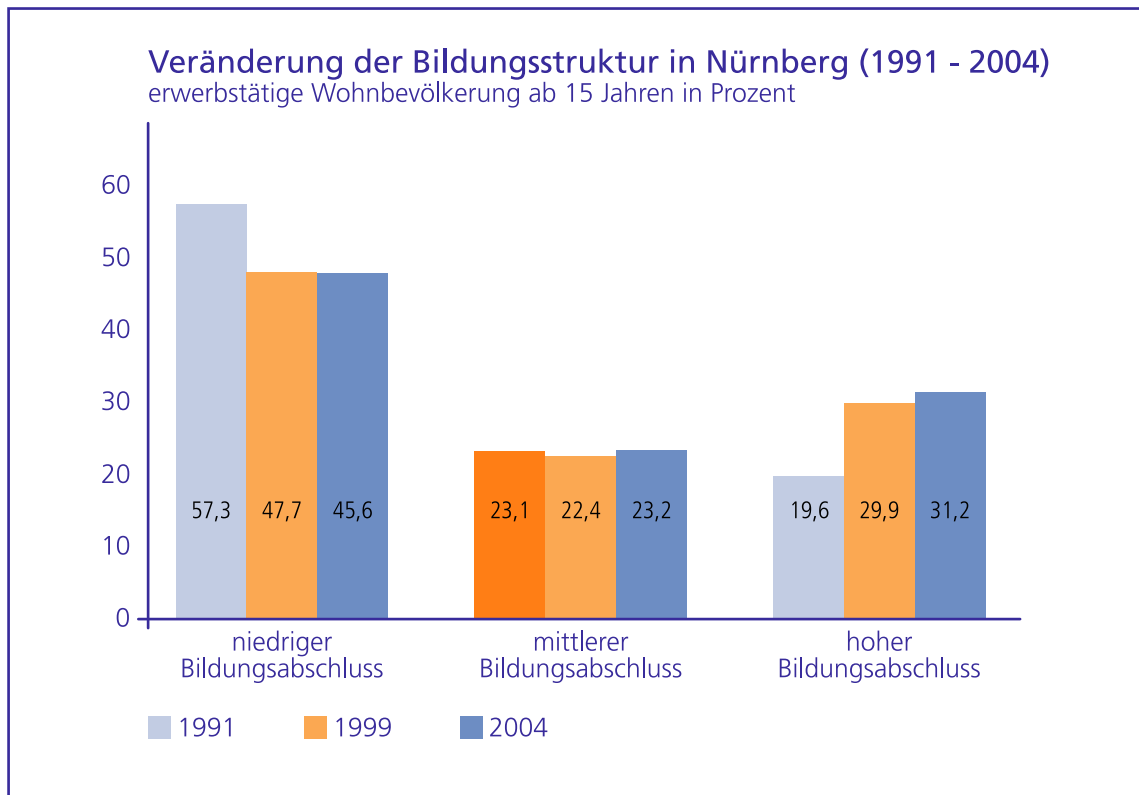
Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik  
Die Daten bis 2007 beziehen sich auf die Bevölkerung in der Hauptwohnung; die Bevölkerungsprognose legt die „amtliche Bevölkerung zum 31.12.2003“ zugrunde.

### Bevölkerung Nürnbergs nach Alter, Geschlecht und Zugehörigkeit zum Haushaltstyp

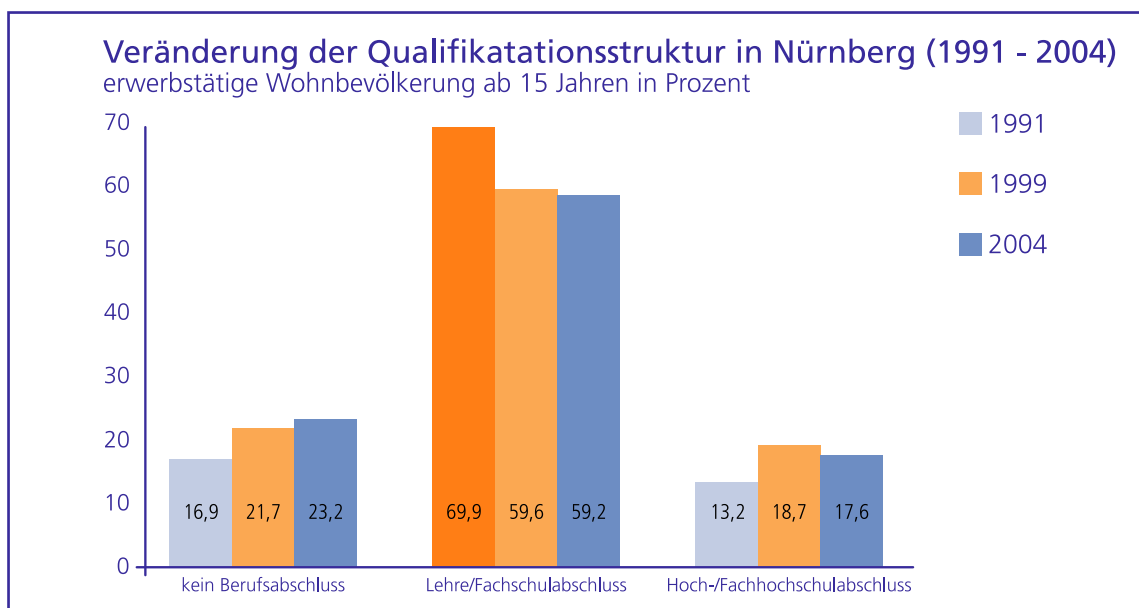


Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik  
Haushaltgenerierung 2004



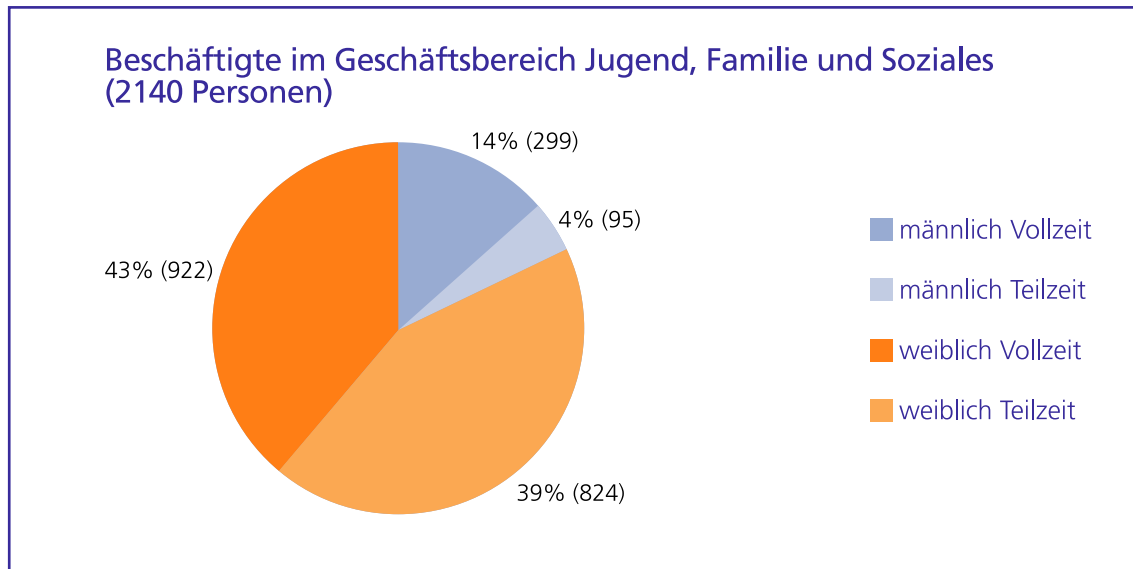


Quelle: Mikrozensus 1991, 1999, 2004; eigene Darstellung, in: Martin Petermüller; *Bildung und Qualifikation in Nürnberg wohnhafter Erwerbstätiger zwischen 1991 und 2004 im bayerischen Städtevergleich. Eine Sekundäranalyse des bayerischen Mikrozensus, Diplomarbeit Nürnberg, 2007; S.53.*

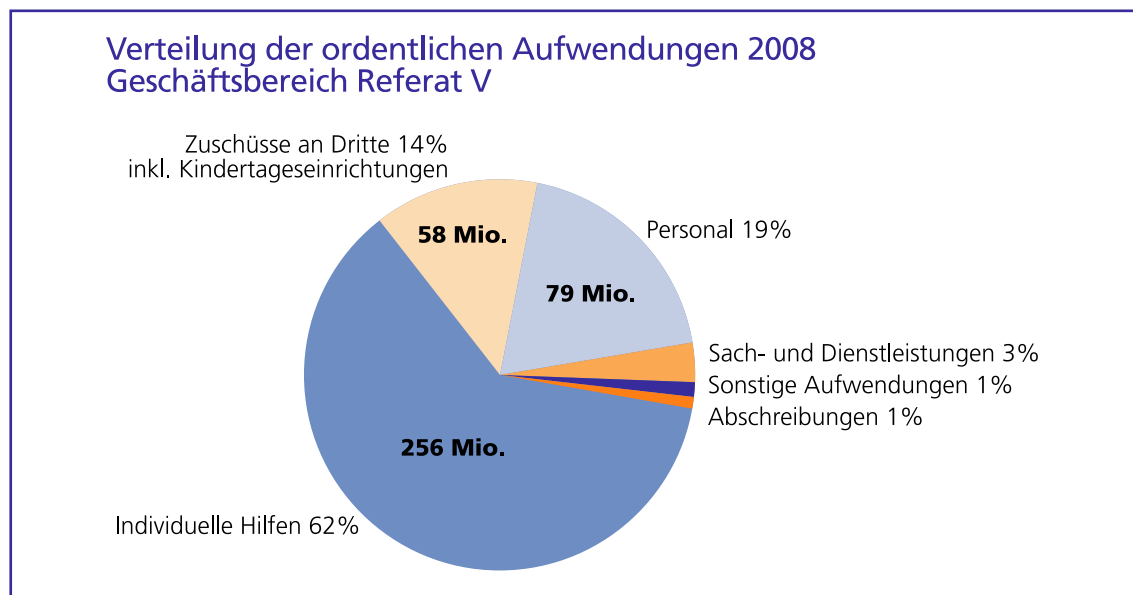


Quelle: Mikrozensus 1991, 1999, 2004; eigene Darstellung, in: Martin Petermüller, S.62.

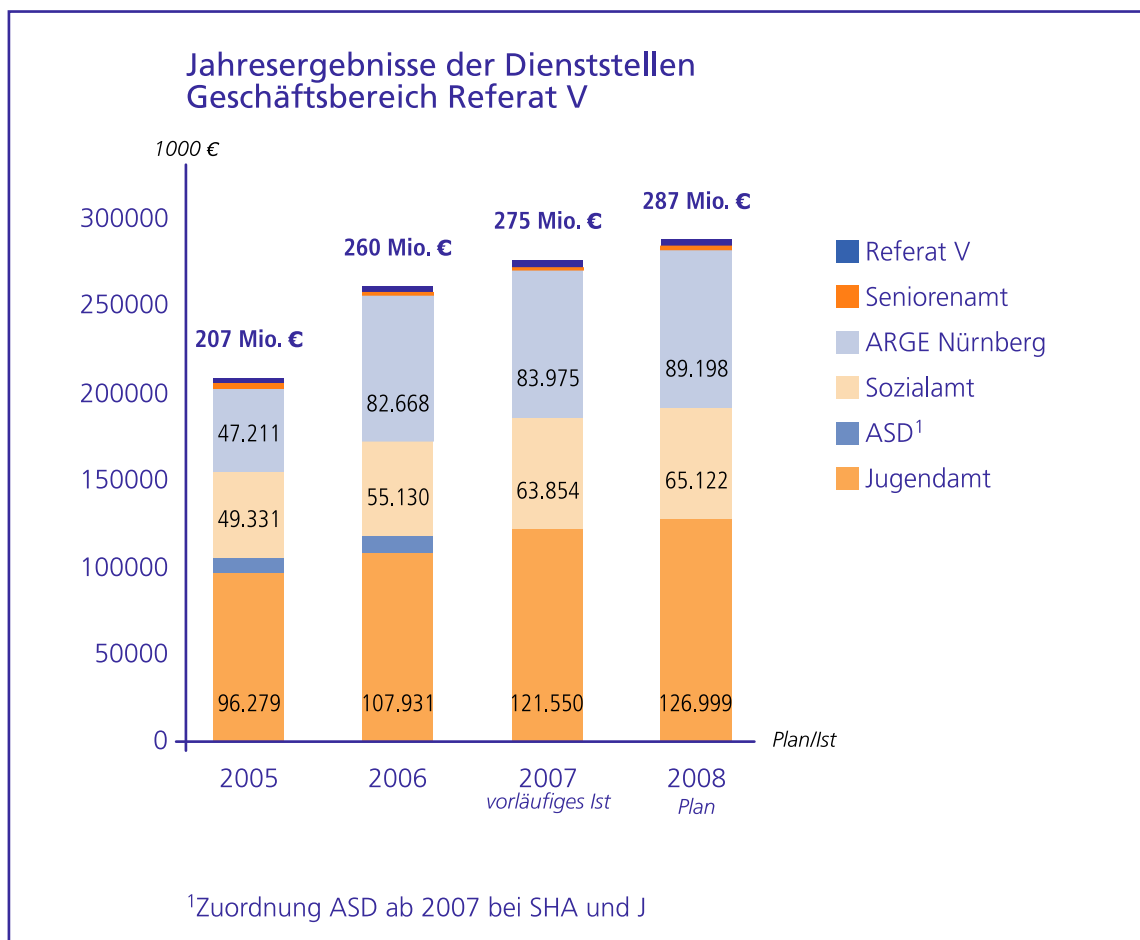
## Daten zum Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales (Referat V)



Quelle: Personalamt der Stadt Nürnberg (Beschäftigte inklusive Altersteilzeit); ohne ARGE.



Quelle: Referat für Jugend, Familie und Soziales.



Quelle: Referat für Jugend, Familie und Soziales

## 1. Familie stärken 2. Erziehung unterstützen, Bildung ermöglichen – „Früher beginnen“<sup>1</sup>

Familien brauchen Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Und mit „Familie“ ist eine Vielfalt von Lebensformen gemeint: Familie ist da, wo Kinder leben, ob mit einem oder zwei Elternteilen, in „Patchwork“- oder Pflegefamilien oder sonstigen familiären Konstellationen. Familienfreundlichkeit heißt immer auch Kinderfreundlichkeit.

Die öffentliche Hand, vor allem die Kommune, muss Infrastruktur und Angebote zur Förderung von Familien bereitstellen. Genauso dringend brauchen Familien und Kinder aber ein positives gesellschaftliches Klima, Anerkennung und Unterstützung auch von denjenigen, die derzeit keine Kinder erziehen. Nürnberg will deshalb nach dem Leitbild des Bündnisses für Familie Kinder- und Familienstadt sein.



Die Förderung und Unterstützung von Familien umfasst den Ausbau der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder jeder Altersstufe, die Förderung gemeinsamer Aktivitäten von Familien, z.B. durch familienfreundliche Tarifstrukturen, Informationen über Familienaktivitäten, Eltern-Kind-Veranstaltungen, die Förderung und Vernetzung nicht städtischer Anbieter. Wichtig ist auch die Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible, qualitativ

hochwertige und verlässliche Kindertagesbetreuung, die Entwicklung einer familienfreundlichen Schule, Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie Zusammenarbeit mit Unternehmen. Besondere Unterstützung benötigen Familien in schwierigen Situationen, z.B. bei Trennung und Scheidung, Familien mit behinderten Kindern, Kindern mit besonderem Förderbedarf oder mit pflegebedürftigen Angehörigen.

Die große Bedeutung von Bildungs- und Lernangeboten vom frühkindlichen Alter an ist in der Theorie wie auch durch praktisches Beobachten vielfach belegt. Die Lernfähigkeit und -bereitschaft ist in den ersten Lebensjahren überdurchschnittlich groß und eine Förderung von Kindern deshalb besonders erfolgreich. Frühzeitige Investitionen in Bildung und Erziehung sind deutlich wirkungsvoller als spätere Hilfen. Wir sind es gerade den Kindern und Jugendlichen, die später wegen fehlender Startchancen im Bildungssystem zu scheitern drohen oder ihre Begabungen nicht voll entfalten können, schuldig, die frühen Jahre intensiv zu nutzen. Kindertageseinrichtungen und vor allem der Familie kommt eine herausragende Rolle als Bildungsinstanz zu. Dies gilt auch für die Entwicklung von Gesundheitsbewusstsein, da beispielsweise das Ernährungs- und das Bewegungsverhalten in der Kindheit im häuslichen Umfeld geprägt werden – mit lebenslangen Folgen.

<sup>1</sup> Im Fokus der Leitlinie 1 steht die Familie, im Fokus der Leitlinie 2 das einzelne Kind. In der Planung und operativen Umsetzung konkreter Maßnahmen ist jedoch eine Trennung zwischen den Zielgruppen Familie und Kind vielfach nicht sinnvoll. Daher werden die Ziele und Maßnahmen zu beiden Leitlinien gemeinsam dargestellt. Die Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens in Nürnberg wird auch in anderen thematischen Zusammenhängen angestrebt, vgl. zum Beispiel Leitlinie 4, 7, 8 oder 9.



Die enorme Leistung, die Familien für die Gesellschaft bringen, wird oft erst dort erkennbar, wo Familienstrukturen überfordert sind und Institutionen ihre Rolle übernehmen oder später korrigierend eingreifen müssen. Ein für Kinder und Eltern zufriedenstellendes Familienleben schafft gute Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiographien. Eltern brauchen Beratung und Unterstützung, denn Erziehungsfähigkeit und das Wissen um Bildungsprozesse sind keine Selbstverständlichkeit. Die Kampagne Erziehung wird deshalb weitergeführt. Viele gute Instrumente wie Elterntrainings, Frühförderprogramme, Förderprogramme in Krippe und Kindergarten sind erprobt und haben sich bewährt. Sie werden weiterentwickelt und immer weiter in die Fläche gebracht.

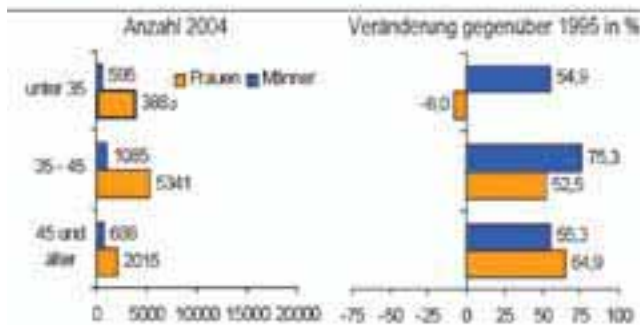
## Familien in Nürnberg

Privathaushalte mit Kindern unter 18 Jahren nach dem Alter des jüngsten Kindes				
Alter des jüngsten Kindes	Haushalte mit Kindern am 31.12.2004			Kinder je Haushalt
	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl d. Kinder	
unter 3 J.	11.399	23,3	19.578	1,7
3 J. bis unter 6 J.	8.626	17,6	15.161	1,8
6 J. bis unter 15 J.	21.319	43,5	34.155	1,6
15 J. bis unter 18 J.	7.621	15,6	7.964	1,0
insgesamt	48.965	100,0	76.858	1,6

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Haushaltegenerierung 2004.

### Allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren nach dem Alter der Erziehenden, 2004

Alter der Erziehenden	Insgesamt		Frauen		Männer	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
unter 35 Jahre	4 478	32,9	25,1	34,5		
35 bis unter 45 Jahre	6 426	47,2	45,8	47,5		
45 Jahre und älter	2 703	19,9	29,1	17,9		
zusammen	13 607	100,0	100,0	100,0		



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Haushaltegenerierung 2004; Darstellung nach Familie in Zahlen 2006.

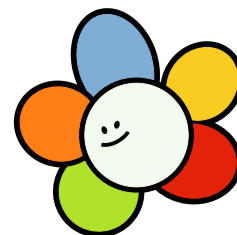
Im Jahr 2007 wurden in Nürnberg 4.293 Kinder geboren, im Vorjahr waren es 4.267.

Setzt man „Familie“ gleich mit „Haushalt“, dann zählt man in Nürnberg 49.000 Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren (Zahlenstand 2004). Insgesamt leben 173.000 Personen in den so definierten Haushalten. Das sind 34 Prozent der Nürnberger Bevölkerung in Privathaushalten. Darunter sind 76.900 ledige Kinder unter 18 Jahren.

Mehr als ein Viertel der Familienhaushalte sind Alleinerziehende (meist Frauen) mit einem oder mehreren Kindern. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist der Anteil der Familien an den Haushalten zwar niedriger, der Anteil der Alleinerziehenden aber höher. Im Jahr 2006 wurden in Nürnberg 2.057 Ehen geschieden.



Die Aufgaben der Stadtverwaltung für die Stärkung von Familien und für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Nürnberg werden zum größten Teil durch das Jugendamt wahrgenommen, auch in Kooperation mit anderen Ämtern wie dem Gesundheits- und dem Gartenbauamt. Im Stab Familie des Bündnisses für Familie, angesiedelt im Referat für Jugend, Familie und Soziales und personell verzahnt mit den Dienststellen im Geschäftsbereich, werden Projekte betreut und wichtige Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit erbracht. Freie Träger leisten einen unverzichtbaren Anteil, etwa durch den Betrieb von Kindertageseinrichtungen, durch Angebote der Familienbildung, Kinder- und Jugendarbeit, Beratungsstellen, soziale Dienste und Einrichtungen.



Die Aktivitäten auf diesem Gebiet können in ihrer Vielfalt und Breite nicht in einem kurzen Bericht wiedergegeben werden. Einige Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2007 sollen jedoch Erwähnung finden, die gleichwohl ohne die tägliche, qualitativ hochwertige Arbeit in den Einrichtungen und Diensten nicht zum Tragen kommen könnten.

## Quantitativer Ausbau der Kindertageseinrichtungen



Kindertageseinrichtungen gewährleisten das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, wie es das Kinder- und Jugendhilfegesetz fordert. Sie fördern die individuelle und soziale Entwicklung der Kinder und tragen zu mehr Chancengerechtigkeit bei, indem sie Benachteiligungen vermeiden oder abbauen helfen. Weiterhin unterstützen sie Eltern bei ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgabe und ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Die Bereitstellung wohnortnaher, qualitativ hochwertiger und verlässlicher Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder aller Altersstufen ist daher ein Kernelement der kommunalen Bildungs- und Familienpolitik. Der

Ausbau dieser Angebote kam im Jahr 2007 gewaltig in Schwung, ganz besonders die Angebote für unter Dreijährige.

Anzahl der Kinder	2004	2007	2010	2015	2020
Unter Dreijährige	12.700	12.500	12.400	12.500	12.500
Kindergartenkinder	14.850	14.800	14.400	14.100	14.100
Grundschul Kinder	15.150	16.300	16.300	16.100	16.000

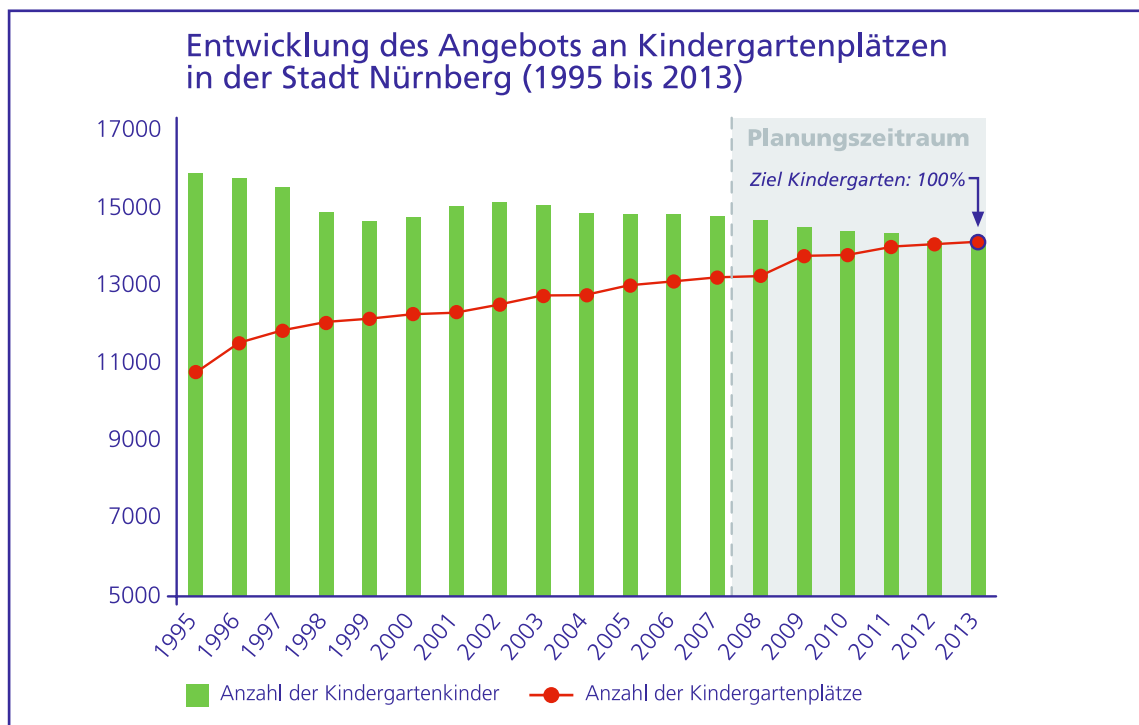
Quelle: Jahre 2004 – 2010: Berechnung Jugendamt  
Jahre 2015, 2020 Bevölkerungsprognose 2005, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth.

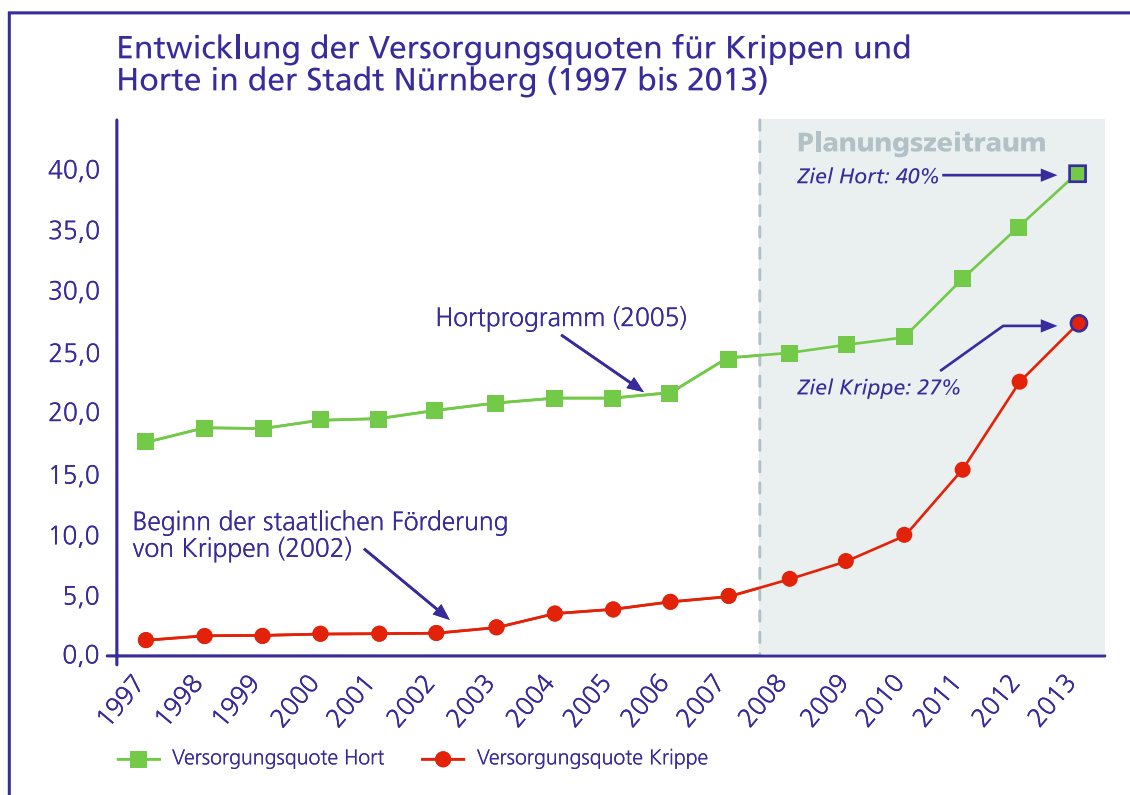
Am 5. März 2007 stellten Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und der Referent für Jugend, Familie und Soziales in einer Pressekonferenz das weitreichende Investitionsprogramm „Ausbau der Nürnberger Kindertageseinrichtungen und Tagespflege“ vor, das zusätzliche 850 Plätze bis zum Jahr 2010 und Investitionen in Höhe von rund 14 Mio. Euro vorsah. Dieses ehrgeizige Programm wurde jedoch durch die bundespolitische Entwicklung überholt: Beim so genannten Krippengipfel im Mai 2007 beschloss der Koalitionsausschuss, per Gesetz den Ausbau der Kinderbetreuung verbindlich zu regeln. Bis 2013 soll nun für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz entstehen – in einer breiten Palette von unterschiedlichen Angeboten: Krippen und altersgemischte Gruppen, Tageseinrichtungen, betriebliche Kinderbetreuung und Kindertagespflege. Ab dem Jahr 2013 gilt ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Erziehung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege.

Schon in den Jahren zuvor waren viele Anstrengungen unternommen worden, indem zum Beispiel zwischen 2004 und 2007 trotz knapper Finanzmittel 831 Hortplätze geschaffen werden. Diese Anstrengungen müssen nun nochmals verstärkt werden. Der Jugendhilfeausschuss hat im Juli 2007 die bisher gültigen Versorgungsziele an die neuen Anforderungen angepasst. Bis 2010 bzw. 2013 soll

- für jedes dritte Kind unter drei Jahren (bis zum Jahr 2013),
- für jedes Kind im Kindergartenalter (bis zum Jahr 2010) und
- für 40 Prozent der Grundschul Kinder (bis zum Jahr 2013)

ein Platz angeboten werden. Bis dahin ist angesichts der Versorgungsquote von 4,9 Prozent bei Krippen- und 24,5 Prozent bei Hortplätzen (Stand 2007) noch ein weiter Weg, zumal die Zahl der Kinder nach der Bevölkerungsprognose des Statistischen Amtes Nürnberg-Fürth weitgehend konstant bleibt und auch nicht mit dem zügigen, flächendeckenden Ausbau der gebundenen Ganztagesgrundschule zu rechnen ist. Es fehlen also bis zum Jahr 2013 rund 6.800 Plätze, das entspricht 230 Krippengruppen, 50 Kindergarten- und 100 Hortgruppen.





Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.

Nachdem der Jugendhilfeausschuss die Ausbauziele beschlossen hatte, wurden entsprechende Haushaltsmittel für Investitionen und Verwaltung angemeldet und vom Stadtrat in den Haushalt eingestellt. Eine Projektgruppe unter Federführung des Jugendamts mit anderen städtischen Dienststellen setzt seit Herbst 2007 das Ausbauprogramm schrittweise um. Außerdem werden im Jugendamt neue Konzepte und flexible Modelle, wie z.B. Großpflegestellen, betriebliche Betreuungsarrangements oder Anmietungen, entwickelt. Die Unterstützung durch Politik, Verwaltung und Unternehmen, vor allem aber die tatkräftige Mithilfe der freien Träger ist erforderlich, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen und die entsprechende Zahl an Plätzen neu zu schaffen.

## Qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung

Geänderte gesellschaftliche Anforderungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und gesetzliche Vorgaben, besonders das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan, erfordern die stetige qualitative Weiterentwicklung der Arbeit in Kindertageseinrichtungen. Daraus und aus dem Orientierungsrahmen leiten sich die strategischen Zielsetzungen auf kommunaler Ebene ab. Ein umfangreiches, vom Jugendamt erarbeitetes Programm hierfür lag dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 27. September 2007 vor.

Darin sind übergeordnete sowie konkret auf einzelne Einrichtungstypen bezogene Maßnahmen enthalten. Ausführliche Konzeptionen ergänzen die Übersicht. Die sukzessive Umsetzung der vorgeschlagenen Qualitätsverbesserungen würde zusätzliche, jährlich steigende Ausgaben von 4,11 Millionen Euro (2008) bis 14,75 Millionen Euro (2013) erfordern. Der Stadtrat hat für 2008 zunächst 1,6 Millionen Euro bewilligt.

### Flexiblere Öffnungszeiten und neue Einrichtungsformen

In allen Einrichtungsarten (Krippe, Kindergarten, Hort) sollen flexiblere Öffnungszeiten zu Tagesrandzeiten und in den Ferien Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser ermöglichen. Auch die Aufnahme von Kindern während des Betriebsjahres soll künftig erleichtert werden. Zur weiteren Flexibilisierung des Angebots trägt auch die Entwicklung der Großtagespflege bei: Hier betreuen mehrere Tagespflegepersonen zusammen mehrere Kinder und teilen sich die Räume. Das neu vorgelegte Konzept beschreibt Voraussetzungen, Qualifizierungsangebote und Fördermöglichkeiten der Großtagespflege. Ein ebenso wichtiger Baustein ist die Ausweitung betrieblichen Engagements für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel durch die Bereitstellung individueller Betreuungsarrangements unterstützen.



### Qualifizierung und Vernetzung

Das Personal soll durch verstärkte Fortbildung qualifiziert und inhaltliche Programmbausteine sollen auf der Grundlage des Bildungs- und Erziehungsplans weiterentwickelt und flächendeckend eingesetzt werden (etwa für Sprachförderung, mathematische und naturwissenschaftlich-technische Bildung, Gesundheitsförderung, Übergangsmangement von Kindergarten in Grundschule). Die Sicherstellung und Weiterentwicklung von Qualität bezieht sich gleichermaßen auf Einrichtungen in städtischer und in freier Trägerschaft. Zur Beteiligung der freien Träger an der Jugendhilfeplanung und intensiveren Kooperation soll eine verbindliche Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII gebildet werden. Aufgrund der steigenden Anzahl von Einrichtungen soll weiterhin die Fachberatung für freie Träger personell aufgestockt werden.

### Rahmenkonzept Kinderkrippe

Bei den Kinderkrippen ist angesichts der geplanten massiven Ausweitung des Platzangebots die Entwicklung eines Rahmenkonzepts Kinderkrippe vordringlich. Förderprogramme, die für das Kindergartenalter entwickelt wurden, werden den Bedürfnissen jüngerer Kinder angepasst und flächendeckend eingesetzt. Fortbildungen zu den Inhalten einer eigenständigen Krippenpädagogik werden für die Fachkräfte in Krippen verstärkt angeboten.

### Verbesserte Personalausstattung

Die Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität in Einrichtungen geht einher mit einer besseren Personalausstattung. Ausschließlich pädagogische Fachkräfte, das heißt ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, sollen künftig in allen Horten (bislang gilt die Regelung schon für Horte in städtischer Trägerschaft) sowie in Kindergärten in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf eingesetzt werden. Der Anstellungsschlüssel von derzeit durchschnittlich einer Betreuungsperson für etwas mehr als elf Kinder (gesetzliche Mindestvorgabe 1:12,5, gesetzliche Empfehlung 1:10) soll sukzessive in Richtung 1:10 verbessert werden, und zwar ebenfalls vorrangig in nach sozialen Kriterien ausgewählten Stadtteilen.





## Schülertreffs als Horte für Hauptschüler

Neu vorgelegt wurde ein überarbeitetes Konzept für Schülertreffs als Horte für Hauptschüler. Hier erfährt die – oft vernachlässigte – Zielgruppe der so genannten Lückekinder der 5. bis 7. Klassen Bildung, Erziehung und Betreuung und wird beim Übergang von der Grund- in die Hauptschule unterstützt. Ziele sind die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, Ausbau und Gestaltung sozialer Kompetenzen, verlässliche Betreuung; Entwicklungsrisiken kann so entgegengewirkt werden. Grundlegendes Merkmal ist ein mehrdimensionales, ganztägiges und ganzjähriges Angebot, je nach Alter und regionaler Bedarfslage in unterschiedlichen Verbindlichkeitsstufen und inhaltlichen Gewichtigungen. Schülertreffs gibt es bislang nur an drei Standorten, jedoch besteht für diese Zielgruppe viel größerer Bedarf.

## Integrierte Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen

Besonderes Augenmerk wird künftig auf die integrierte Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen gelegt. Familienbezogene Ansätze haben in den letzten Jahren gerade auch auf Initiative des Bündnisses für Familie erheblich an Bedeutung gewonnen. In Nürnberg besuchen weit über 90 Prozent aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten. Da sie im unmittelbaren Lebensumfeld von Familien liegen, bieten Kindertageseinrichtungen die beste Gelegenheit, um Familien früh zu erreichen. Dabei kann von der Kita aus direkte und unmittelbare Unterstützung für Familien angeboten werden.

Deshalb wurde im Bündnis für Familie mit dem städtischen Kindergarten Bleiweiß 2001 das Modellprojekt „Kindertageseinrichtungen als Orte für Familien“ gestartet. Wohnortnah und direkt kann die Kita den Eltern bei vielen Fragen des Familienalltags beratend zur Seite stehen. Die Erzieherinnen haben meistens einen guten Einblick in die Lebensverhältnisse der ihnen anvertrauten Kinder. Es bietet sich daher an, von hier aus zusätzliche Bildungsangebote zu Fragen der Kindererziehung, der Haushaltsführung, der Ernährung und Gesundheit zu machen und Eltern in den entsprechenden Kompetenzen zu stärken. In erster Linie sind Kitas als Orte für Familien aber Einrichtungen, wo Mütter und Väter willkommen sind. Mit dieser Zielsetzung wird auch eine Öffnung in den Stadtteil hinein angestrebt. Derzeit gibt es ca. 20 Kindertageseinrichtungen als Orte für Familien (Krippen, Kindergärten, Horte) unterschiedlichster Träger.

In trägerübergreifender Zusammenarbeit wurde ein Stufenmodell für die integrierte Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen entwickelt. Dieses sieht vor, dass sich Kindertageseinrichtungen als Orte für Familien zu Familienzentren weiterentwickeln. In diesen Familienzentren sollen systematische und regelmäßige Angebote für Familien, auch durch externe Fachkräfte wie zum Beispiel des Allgemeinen Sozialdienstes, der Familienbildung oder der Erziehungsberatung, vorgehalten werden.





Auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses sollen sich im Jahr 2008 sieben Kindertageseinrichtungen aus dem Pool der Orte für Familien zu einem Familienzentrum entwickeln. Neben der Piloteinrichtung, dem Kindergarten Bleiweiß, sind dies die Kita des Kinderhauses e. V. in der Sperberstraße, das AWO Familienzentrum in St. Leonhard, der evangelische Kindergarten in der Julienstraße, die städtische Kindertagesstätte im Sozialzentrum Langwasser, die städtische Kindertagesstätte in der Reutersbrunnenstraße und das Kinder- und Jugendhaus Stapf der Caritas (nach Umbaumaßnahmen) sein.

Weitere Informationen zur integrierten Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen unter:  
[www.bff-nbg.de](http://www.bff-nbg.de)

### Veranstaltungsreihe „Auf den Anfang kommt es an“

Die besondere Bedeutung der ersten Lebensmonate und -jahre für die Entwicklung und Bildungsfähigkeit von Menschen ist – vor allem durch neurobiologische Forschungsergebnisse – bewiesen. Kindertageseinrichtungen bieten Kindern gute Voraussetzungen für die Entfaltung ihrer Begabungen. Um diese wichtigen Bildungsangebote qualitativ weiterzuentwickeln, müssen die Lern- und Bildungsmöglichkeiten der frühkindlichen Lebensphase noch stärker als bisher in den Mittelpunkt des Interesses gestellt werden. Mit der Veranstaltungsreihe „Auf den Anfang kommt es an ...: Wie Kinder wahrnehmen, denken, lernen und gestalten“ leistet die Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales, im Bündnis für Familie dazu einen Beitrag.

Die Veranstaltungsreihe wendet sich an Fachkräfte und Verantwortungsträger in Kindertageseinrichtungen. Bisher fanden die folgenden sechs Veranstaltungen statt, die alle sehr gut besucht waren: Eine neue Aufgabe für die Frühpädagogik, Kinder als Bildungsexperten, Sprache und ihre Entwicklung, Eltern als Bildungsexperten, Kitas als Bildungsorte und Anforderungen für die Aus- und Weiterbildung. Die sehr erfolgreiche Reihe, die von über 900 Personen besucht wurde, wird fortgeführt.

### Ehrenamtliche Unterstützung für besseres Aufwachsen<sup>2</sup>

Im Projekt „SpiKi: Sprachliche Bildung in Kindertageseinrichtungen“ des Jugendamts engagieren sich etwa 100 Ehrenamtliche als Lesefreundinnen und Lesefreunde. Sie betrachten gemeinsam mit Kindern Bilderbücher, leben Geschichten vor und sprechen mit den Kindern darüber. Seit über zwei Jahren führt zudem das Zentrum Aktiver Bürger das Projekt Große für Kleine durch. In zwölf Kindertagesstätten bringen Freiwillige Zeit und Erfahrung ein: Sie lesen Kindern regelmäßig vor, werken und gärtnern mit ihnen und vieles mehr.

Das Projekt Familienpatenschaften wurde im Bündnis für Familie entwickelt. Familienpaten knüpfen nachbarschaftliche Netzwerke und unterstützen Familien in schwierigen Lebenslagen. Die Ehrenamtlichen werden dabei durch das Zentrum Aktiver Bürger geschult und begleitet.

Eine neue Form der generationenübergreifenden Zusammenarbeit stellt das Mehrgenerationenhaus in Schweinau dar, das seit September 2007 in einer Kooperation von SOS-Jugendhilfen und dem Zentrum Aktiver Bürger betrieben wird. Beide Partner hatten sich in Absprache mit der Stadt Nürnberg um die Beteiligung an dem fünfjährige Bundesmodellprogramm beworben und wurden

<sup>2</sup> Siehe auch Leitlinie 7.



ausgewählt, das Aktionsprogramm stadtteilbezogen in Schweinau und St. Leonhard umzusetzen. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser steht unter der Motto „Starke Leistung für jedes Alter“. Die Patenschaft für das Mehrgenerationenhaus in Schweinau hat der Referent für Jugend, Familie und Soziales übernommen. Hier werden Hilfestellungen für Menschen aus dem Stadtteil entwickelt: Alle Aktivitäten erfolgen auf freiwilliger Basis, sind generationenübergreifend und integrieren sich in das Stadtteilgefüge. Als erste Angebote gibt es die Kinder-Insel für 1-6-Jährige als kurzfristige Betreuungsunterstützung, das Café im Wohnzimmer, einen Wäsche- und Haushalts-Service für die Stadtteilbewohner/innen sowie Informationen und Vermittlung von Ehrenamtlichen in Horte und Kindergärten.

## Willkommenspaket und Elternbriefe



Mit einem „Willkommenspaket“ bei der Anmeldung Neugeborener im Standesamt möchte das Bündnis für Familie seit Januar 2007 frisch gebackenen Eltern den Start in das Familienleben erleichtern. Es enthält ein Begrüßungsschreiben des Oberbürgermeisters, eine Information zur Familienkarte Nürnberg, einen Elternratgeber und die ersten zwei Elternbriefe, zusammen mit einer Bestellkarte für die weiteren (kostenlosen) Elternbriefe.

Die Elternbriefe des Arbeitskreises Neue Erziehung (ANE) wollen Eltern helfen, die Fragestellungen, die im Erziehungsalltag entstehen, zu bewältigen, und sie in ihrer Erziehungssicherheit stärken. Das Besondere an den Elternbriefen: Sie kommen einzeln, immer genau dem Alter des Kindes entsprechend, mit der Post zu den Eltern nach Hause. So sind sie rechtzeitig zur Stelle, wenn sie gebraucht werden – immer passend zu den Fragen, die Eltern gerade haben. Dadurch helfen sie, Erziehungsproblemen vorzubeugen und verhindern, dass aus kleinen größere Probleme werden. Den kostenlosen Versand der Elternbriefe ermöglicht die Zukunftsstiftung der Sparkasse Nürnberg.

Der Elternratgeber „Kind will kommen!“ des Bündnisses für Familie enthält alle wichtigen Informationen von der Schwangerschaft bis zum Kindergartenalter. Aufgrund einer Spende des CityVerlags konnte er 2007 dem Willkommenspaket kostenlos beigelegt werden. Ab 2008 wird er von myFavorite FAMILY abgelöst, einem neuen Elternratgeber, den der CityVerlag in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Familie entwickelte.

Für türkischsprachige Eltern gibt es zusätzlich einen Begrüßungsbrief von Mehmet Selim Kartal, Generalkonsul der Republik Türkei, und Reiner Pröbß sowie die Elternbriefe, beides in türkischer und deutscher Sprache.

## Kampagne Kinder- und Familienstadt Nürnberg

Familie geht alle an! Um dafür ein noch breiteres öffentliches Bewusstsein zu schaffen, startete im Oktober 2007 die Kampagne für die „Kinder- und Familienstadt Nürnberg“. Das Motto zum Start lautete: „Mit Kinderaugen sehen – aus Kindersicht verstehen“. Ziel ist es, die Erwachsenen für die Welt der Kinder zu sensibilisieren, das „Kind in sich“ wachzukitzeln und so Verständnis für den Alltag der Kinder in der Stadt zu wecken.



*Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Referent Reiner Pröhl stellen die Kampagne zur Kinder- und Familienstadt Nürnberg vor.*

Zum Start wurde in der Innenstadt mit einem Informationsstand auf dieses Anliegen hingewiesen. Erwachsene fanden darüber hinaus an verschiedenen Stellen in der Fußgängerzone „Wobblers-Botschaften“ („Für Sie nur ein Schaufenster – für Kinder ein Ort zum Nase platt drücken“ oder „Für Sie eine Bank – für Kinder der Speicher Dagobergs“, gesponsert durch die Sparda-Bank) vor. Für Kinder fand eine Malaktion und eine Luftballon-Weitflug-Botschafter-Aktion statt. In den ersten Wochen wurden Ortseingangsschilder „Kinderstadt Nürn-

berg“ an allen wichtigen Einfallstraßen angebracht. In Parks warben Schilder wie zum Beispiel „Für Sie nur ein einfacher Baum, für Kinder die Welt von Tarzan“ bei Erwachsenen darum, sich in die Welt von Kindern zu versetzen. Am Flughafen machten Aufkleber neugierig wie zum Beispiel „Für Sie ist Fliegen Physik, für Kinder ein großes Wunder“.

2008 geht es um die Schwerpunktthemen „Zusammenleben in der Nachbarschaft mit Kindern“ und „Rücksichtnahme: Kinder und Verkehr“. In diese thematischen Aktionen werden wichtige Bündnispartner mit einbezogen – zum Beispiel wird beim Thema „Nachbarschaft“ die Zusammenarbeit mit Nürnberger Wohnungsunternehmen gesucht, werden potente Sponsoren angesprochen, die diese Kampagne und ihre Grundidee unterstützen, und wird darauf gesetzt, dass mit dieser Kampagne eine Wellenbewegung an Unterstützung und Beteiligung in der „Kinder- und Familienstadt Nürnberg“ angestoßen wird.

### famos. Das Nürnberger Familienmagazin

Im Nürnberger Bündnis für Familie fehlte bislang ein Kommunikationsmedium speziell für Familien, professionell und ansprechend, das Familienthemen in die Öffentlichkeit trägt, sich an Menschen mit Kindern wendet, aber bewusst auch Bürgerinnen und Bürger anspricht, die (noch) keine Kinder haben. Ein Medium also, das für ein familienfreundliches Klima wirbt und das Zusammenleben von kleinen und großen, jungen und alten Menschen in der Großstadt Nürnberg fördert.

Nach längeren konzeptionellen Überlegungen und Vorarbeiten haben sich die richtigen Partner gefunden: „famos. Das Nürnberger Familienmagazin“ erschien erstmals am 6. November 2007. famos wurde initiiert im Referat für Jugend, Familie und Soziales. Es wird von Journalistinnen und Journalisten erstellt und fachlich durch die



Stadt Nürnberg begleitet. Herausgeber ist der eigens gegründete Verein für Familien in Nürnberg e.V. Als Sponsoren bzw. Unterstützer konnten der Verlag Nürnberger Presse, der Lions Club Nürnberg, die Sparkasse Nürnberg und die N-ERGIE gewonnen werden. Die Finanzierung soll daneben durch Anzeigen gesichert werden. famos mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren wird vierteljährlich den Tageszeitungen NN und NZ beigelegt. Zusätzlich erfolgt eine kostenlose Verteilung etwa in Kindertagesstätten, Kinderarztpraxen, Bibliotheken und anderen von Familien frequentierten öffentlichen Gebäuden.

Die ersten Ausgaben von famos und das Internetangebot [www.famos-nuernberg.de](http://www.famos-nuernberg.de) stießen auf sehr positive Resonanz. Mit einer interessanten und vielfältigen Berichterstattung, im Dialog mit den Leserinnen und Lesern und künftig auch mit Aktivitäten wie dem famos-Familienfest will das Magazin die Kommunikation zwischen Familien in Nürnberg weiter intensivieren.

## Städtenetzwerk Cities for Children

Am 25. Juni 2007 wurde das europäische Städtenetzwerk „Cities for Children“ offiziell gegründet. Die Initiative ging von der Landeshauptstadt Stuttgart sowie von Partnern und Schirmherren auf nationaler und internationaler Ebene aus. Das Strategiepapier dieses Städtenetzwerks enthält sechs Leitlinien. Hierin geht es um faire Zukunftschancen – Bildung – für jedes Kind (1), um angemessene Wohnung und Wohnumfeld für Familien mit Kindern (2), Gesundheit und Sicherheit (3), Vereinbarkeit von Familie und Beruf (4), Miteinander der Generationen (5) sowie um Partizipation von Kindern und Jugendlichen (6). Ziel des grenzüberschreitenden Netzwerks „Cities for Children“ ist es, angesichts der Veränderungen durch die Globalisierung und bei der demografischen Entwicklung ganzheitliche Lösungsansätze für ein familien- und kinderfreundliches städtisches Umfeld zu erarbeiten.

An der Gründungskonferenz nahmen rund 200 Vertreter und Vertreterinnen aus 64 Großstädten aus 20 Ländern der Europäischen Union teil. Etwa 30 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern – darunter München, Barcelona, Den Haag, Rotterdam, Turin, Warschau und Zürich – haben sich direkt auf dem Gründungsforum dem Netzwerk „Cities for Children“ angeschlossen. Die Beitrittsurkunde für Nürnberg wurde im Juli unterschrieben.

## Familienbewusste Personalpolitik

Bereits zum Start des Bündnisses für Familie stand das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im Fokus der Bemühungen – lange, bevor sich die öffentliche Diskussion des Themas angenommen hatte. Damals wie heute geht es darum,

- Familien bei der Realisierung ihrer Lebensplanung mit Kindern zu unterstützen,
- Arbeitgeber über die Vorteile einer familienfreundlichen Personalpolitik – u.a. bei der Personalgewinnung und -bindung – zu informieren und
- für den Standort Nürnberg den Wettbewerbsvorteil, den eine solche Firmenphilosophie mit sich bringt, deutlich zu machen.

Ein wichtiger operativer Partner ist die in Kooperation mit dem Kinderhaus Nürnberg und der städtischen Beschäftigungsgesellschaft NOA gGmbH gegründete Agentur Familie & Beruf. Sie unterstützt Eltern und insbesondere Frauen in schwierigen Lebenssituationen konkret bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie, aber mit dem „Firmenservice“ auch Arbeitgeber bei der Realisierung familienfreundlicher Maßnahmen (mehr dazu unter [www.kinderhaus.de](http://www.kinderhaus.de)).

Mit dem Audit Beruf & Familie der gemeinnützigen Hertie-Stiftung haben sich, unterstützt durch den Stab Familie im Referat für Jugend, Familie und Soziales, mittlerweile acht Firmen und Verwaltungen einem Zertifizierungsverfahren als familienbewusste Arbeitgeber unterzogen. Schon 2005 erhielten 15 Arbeitgeber aus den Händen des Nürnberger Oberbürgermeisters und des IHK-Präsidenten Urkunden für ihre vorbildlichen Aktivitäten als familienfreundliche Betriebe und ihre Teilnahme am bundesweiten Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie“.



*Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen bei der Eröffnung der betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtung der Firma Semikron am 28 Juni 2007.*

Durch eine bundesweit vorbildliche Zusammenarbeit von IHK, Agentur für Arbeit und dem Bündnis ist die „Initiative familienbewusste Personalpolitik in der Metropolregion Nürnberg“ entstanden – ein Netzwerk, in dem mehrere hundert Unternehmen und Institutionen gemeinsam Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickeln und umsetzen. Seit ihrem Start im Jahr 2004 gab es 19 Veranstaltungen bei teilnehmenden Betrieben. Daraus entstanden von den Unternehmen getragene Arbeitsgruppen zu Themen wie: Ferienbetreuung, Elder Care, Väter im Betrieb, Sozialbetreuung und Beschäftigte mit Schulkindern. Aber auch über Regelungen zu Arbeitszeit, Arbeitsplatzgestaltung, betriebliche Kinderbetreuung u.a.m. wurde sich ausgetauscht und zusammengearbeitet. Die Vielzahl der damit entwickelten familienfreundlichen Aktivitäten ist weit über die Region Nürnberg hinaus beispielgebend. So entstanden unter anderem betriebliche Einrichtungen zur Kinderbetreuung bei Rödl und Partner, im Firmenverbund im Nordostpark, bei der Firma Semikron und am Nürnberger Klinikum.

Die Schaffung von mehr betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen bildet einen Schwerpunkt der künftigen Aktivitäten der Initiative. Eine Reihe von Betrieben suchen nach Möglichkeiten für gemeinsame Betreuungseinrichtungen und nützen dabei das Know-how der Partnerfirmen.

Koordiniert wird die Initiative von der Unternehmensberaterin Susanne Bohn. Über die Internetplattform [www.familienbewusste-personalpolitik.de](http://www.familienbewusste-personalpolitik.de), auf der die Teilnehmer Praxisbeispiele einstellen, und einen regelmäßig erscheinenden Newsletter findet die Initiative eine breite öffentliche Aufmerksamkeit.

## Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: Die familienfreundliche Schule

Mit dem Projekt „Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: Die familienfreundliche Schule“, welches im Rahmen des Bündnisses für Familie durchgeführt und vom Stab Familie betreut wird, werden allgemein bildende Schulen in ihren Bemühungen um eine gelingende Zusammenarbeit von Schule, Elternhaus, Jugendhilfe und weiteren Akteuren unterstützt. Ziel ist eine Erziehungs- und Bildungspartnerschaft aller Beteiligten zum Wohl der Kinder.

Um erfolgreiche Beispiele zur Zusammenarbeit von Schule und Familie zu verbreiten, wurde eine Datenbank entwickelt, die Interessierten auf der Homepage des Staatlichen Schulamtes ([www.schulamt.info](http://www.schulamt.info)) und des Bündnisses für Familie ([www.bff-nbg.de/ideenfundus](http://www.bff-nbg.de/ideenfundus)) zur Verfügung





*Ehrung der Projektschulen durch Bürgermeister Horst Förther am 20. Juli 2007.*

steht und ständig erweitert wird. Eine feste Einrichtung ist der Runde Tisch „Familienfreundliche Schule“, der in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt viermal jährlich stattfindet, den Projektschulen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bietet und als Ideenschmiede dient.

Jeweils zum Ende eines Schuljahres werden die teilnehmenden Schulen geehrt. Im Schuljahr 2005/06 waren dies 12 Schulen, im Schuljahr 2006/07 bereits 19 Schulen. Die Projektschulen präsentierten in Form eines Marktplatzes ihre Aktivitäten. So konnten gute Ideen und Anregungen für die Praxis weitergegeben werden. An den Veranstaltungen nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialord-

nung, Familie und Frauen, der Regierung von Mittelfranken, aus Schul- und Bildungswesen und das zuständige Referat für Jugend, Familie und Soziales teil.

Die Modellphase war auf zwei Jahre angelegt, vom 01.10.2004 bis 30.09.2006, und wurde aufgrund der großen Erfolge um ein weiteres Schuljahr bis 30.09.2007 verlängert. Gefördert wurde die Modellphase inklusive der Verlängerung durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Zusätzlich flossen Sponsorengelder ein.

Am 27. September 2007 beschloss der Jugendhilfeausschuss einstimmig, das mit guten Ergebnissen evaluierte Projekt fortzuführen und es in die Struktur des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien einzubinden. Dies ist ein weiterer Baustein, um die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule auszubauen.

Weitere Informationen zum Projekt inklusive Evaluation unter: [www.bff-nbg.de](http://www.bff-nbg.de)



## 3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen



Kinder und Jugendliche stehen als eigenständige Personen im Fokus unseres Handelns. Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) tragen wir zur Durchsetzung des Rechts junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit bei. Bei allen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, steht ihr Wohl im Mittelpunkt. Dafür müssen ihre Bedürfnisse ernst genommen werden, sie müssen Gelegenheiten haben, sich Gehör zu verschaffen, und ihr Recht auf Beteiligung wahrnehmen können. Kinder und Jugendliche vor Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen ist eine besonders dringliche Aufgabe. Sie finden bei uns Beistand und können bei Konflikten mit Erwachsenen mit unserer Unterstützung rechnen.

### Beteiligung von Kindern

Der Auftrag zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen leitet sich aus § 8 SGB VIII ab: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ Dies bezieht sich natürlich auch auf die Generalklausel des § 1 SGB VIII: „Jugendhilfe soll dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

### Kinderversammlungen

Positive Lebensbedingungen für Kinder können nur mit ihrer Beteiligung realisiert werden. Instrument hierfür sind Kinderversammlungen, die von der Kinderkommission und dem Jugendamt seit 1994 vor jeder Bürgerversammlung in Nürnberg durchgeführt werden. Bei 18 Bürgerversammlungsbereichen werden pro Jahr 9 Kinderversammlungen durchgeführt, und die Kinderversammlungen pro Bereich finden in einem zweijährigen Rhythmus statt. Sie sind eine Plattform für Kinder, um ihre Wünsche, Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und um auf Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, die ihren Sozialraum und ihre Lebenswelt betreffen.

Eingeladen sind alle Kinder von 6 bis 14 Jahren, die im Versammlungsbe-  
reich wohnen. Die Einladung erfolgt insbesondere über Grund- und Hauptschulen, Horte und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes und des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Bei Kinderversammlungen haben ausschließlich Kinder Rederecht. Erwachsene dürfen nur das Wort ergreifen, wenn sie als Fachperson von Kindern befragt werden oder als Patin bzw. Pate der Kinderversammlung fungieren. Fachleute aus der Verwaltung stehen auf Wunsch während der Kinderversammlung für direkte Auskünfte zu Verfügung.

An den Kinderversammlungen 2007 (wegen der Kommunalwahlen wurden zwei der regulären Bürgerversammlungen 2007 verschoben, sodass ausnahmsweise nicht neun, sondern nur sieben Kinderversammlungen stattfanden) nahmen insgesamt 575 Kinder und 173 Erwachsene teil.





Die Anträge der Kinder werden nach der Kinderversammlung vom Jugendamt gesammelt und in Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen bearbeitet. Die Ergebnisse werden den Kindern (in aller Regel in ihren Schulen und Einrichtungen) vom Paten übermittelt. Ziel ist es, schnell auf die Bedürfnisse und Probleme der Kinder einzugehen, Lösungen zu finden und dafür zu sorgen, dass ihre Vorstellungen in die Stadtplanung einfließen und dort berücksichtigt werden. Die Erfolgsquote lag in den vergangenen Jahren jeweils zwischen 40 und 50 Prozent, d.h. fast jeder zweite Antrag aus Kinderversammlungen konnte erfolgreich und im Sinne der Kinder bearbeitet und umgesetzt werden.

### Nutzerbeteiligungen

Bei jeder Planung, jeder Sanierung, jeder Erweiterung und jeder Neugestaltung von Spielflächen durch Jugend- und Gartenbauamt werden die Nutzer, d. h. Kinder und Jugendliche aus dem Einzugsgebiet, beteiligt. Dies betrifft auch Spielhöfe und Sport- und Aktionsflächen (z.B. Streetball- und Skateanlagen) für Jugendliche. Kinder und Jugendliche sind hier Expertinnen und Experten in eigener Sache und bringen viele kreative Ideen ein – manchmal zum Leidwesen engagierter Eltern und Bürgerinitiativen, die wegen der quatschbunten Gestaltung mancher Spielflächen schon mal schlucken müssen. Es ist gerade bei so genannten Jugendspielplätzen ein spannender Aushandlungsprozess, wenn z.B. Interessen von Skatern mit bestehenden DIN-Normen kompatibel gemacht werden müssen.



Als ein Schwerpunkt hat sich die Entwicklung von so genannten Unterstellplätzen in Verbindung mit Spielflächen, Bolzplätzen und Aktionsflächen entwickelt, die Kindern und Jugendlichen auch bei schlechtem Wetter eine Aufenthaltsmöglichkeit bieten. Das bisherige Marktangebot entspricht nur sehr bedingt den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen. Es sind zukünftig Sonderanfertigungen von Spielgeräteherstellern gefragt.

### „Straße der Kinderrechte“

Die Kinderkommission vertritt die politischen Interessen der Kinder in der Stadt und berät den Jugendhilfeausschuss in kinderpolitischen Fragen. Sie wurde mit Beschluss des Stadtrates im Jahr 1993 als Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses gegründet. Die Kinderkommission setzt sich, unter dem Vorsitz von Stadträtin Ilka Soldner, aus Vertretern der Stadtratsfraktionen, des Gesamtelternbeirates der Kindertagesstätten, des Nürnberger Elternverbandes, der Freien Wohlfahrtspflege, des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt, des Deutschen Kinderschutzbundes, des Gesundheitsamtes und des Jugendamtes zusammen. Die Geschäftsführung hat das Jugendamt Nürnberg, das auch die Projektorganisation der „Straße der Kinderrechte“ übernahm.

Die „Straße der Kinderrechte“, ein Projekt der Kinderkommission, soll die Kinderrechte bekannt machen und auf kommunaler Ebene stärken. Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom



20.11.1989 (UN-Kinderrechtskonvention in 54 Artikeln) wurde weltweit von allen Staaten außer den USA und Somalia unterschrieben. Damit haben sich diese Staaten verpflichtet, die Rechte des Kindes umzusetzen. Die Kinderrechte sind auch in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland nicht selbstverständlich verwirklicht. Kinderarmut und ihre Auswirkungen, wie mangelnde soziale und gesellschaftliche Teilhabe, Bildungsungerechtigkeit und Gefährdung der Gesundheit, Gewalt in der Familie, häufig mit Kindern als Opfer, oder Kinderpornografie beeinträchtigen das Aufwachsen von Kindern auch in unserem Land.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly bei der Eröffnung der Straße der Kinderrechte am 2. Oktober 2007.

Auch das Recht auf Spielen sieht sich mit vielen Widerständen konfrontiert. Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum werden häufig als Störfaktor betrachtet, denn Kinderlärm ist oft nicht kompatibel mit den Ruhebedürfnissen von Anwohnern und Nachbarn. Die zunehmend zu beobachtende Kinderunfreundlichkeit spielt auch bei der Stadtentwicklungsplanung eine Rolle. Zwar wird eine kinder- und familienfreundliche Stadt durchaus als Image- und Standortfaktor gesehen, im Einzelfall kommt es jedoch immer wieder zu Interessenkollisionen und Nutzungskonflikten, die nicht immer zu Gunsten der

Kinder und Jugendlichen enden. Spielflächen gerade in Neubaugebieten und auch für ältere Kinder und Jugendliche sind jedoch Kernelement einer kinder- und familienfreundlichen Stadtplanung.

Nach Auffassung der Kinderkommission und des Jugendamtes brauchen die Rechte der Kinder mehr Öffentlichkeit, damit sie ernst genommen werden. Aus diesem Grund hat sich die Kinderkommission 2005 dazu entschlossen, in Nürnberg im Stadtpark eine „Straße der Kinderrechte“ zu errichten, damit Nürnberger Kinder ihre Rechte kindgerecht und spielerisch erleben und begreifen können. Kinder, Eltern und alle Bürger sollen auf die Kinderrechte aufmerksam gemacht und damit soll eine Beitrag zur politischen Bildung geleistet werden.

Die Vorarbeiten begannen 2006. Im Jahr 2007 wurde der erste Bauabschnitt umgesetzt. Grundlage war und ist die Beteiligung von Kindern an der Entstehung, Entwicklung und Umsetzung. Unter der Anleitung eines Künstlerteams beteiligten sich Kinder aus dem Kinderhort Neue Hegelstraße und aus dem Kinder- und Jugendhaus „Bertha“. Kooperationspartner innerhalb der Stadtverwaltung Nürnberg waren Jugendamt, Gartenbauamt und Menschenrechtsbüro. Die Schirmherrschaft für dieses Projekt übernahm Dani Karavan, der Schöpfer der „Straße der Menschenrechte“. Die Finanzierung erfolgte weitgehend über Sponsorengelder und Spenden.

Die beteiligten Kinder wählten für die Gestaltung der „Straße der Kinderrechte“ zunächst das Recht auf Gleichheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Information und Beteiligung, das Recht auf Gesundheit und eine intakte Umwelt, das Recht auf Intimität und Privatsphäre, das Recht auf elterliche Fürsorge und gewaltfreie Erziehung und das Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung aus. Diese Kinderrechte wurden in Modelle umgesetzt, die an den sechs Kinderrechtsstationen zu besichtigen sind:

- die Gleichheitsfiguren zum Recht auf Gleichheit,
- das Amphitheater bzw. Parlament zum Recht auf freie Meinungsäußerung,
- der Buchstabenbaum zum Recht auf Intimität und Privatsphäre,



- die Trinkwasser-Schildkröte zum Recht auf Gesundheit und intakte Umwelt,
- die Familienskulptur zum Recht auf elterliche Fürsorge und auf gewaltfreie Erziehung,
- der Spielweg zum Recht auf Spiel und Freizeit.

Der erste Bauabschnitt der „Straße der Kinderrechte“ wurde am 2. Oktober 2007 im Beisein des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, und des Schirmherrn Dani Karavan eingeweiht. In einem zweiten Bauabschnitt sollen 2008 das Recht auf Bildung, das Recht auf Identität und das Recht auf Betreuung bei Behinderung umgesetzt werden.



Die beteiligten Kinder zeigten sehr viel Kreativität bei der Ausgestaltung der einzelnen Kinderrechte und bewiesen bei der Auswahl einen eigenen Kopf. So mag es manche der Beteiligten zunächst überrascht haben, dass ein im globalen Zusammenhang eher „kleines“ Kinderrecht wie das Recht auf Intimität und Privatsphäre eine sehr große Bedeutung hat. Manche Besucher stehen deshalb ratlos vor dem Buchstabenbaum mit seinen diversen Geheimnissen, der dieses Recht symbolisiert. Auch dieses Beispiel zeigt jedoch, dass Kinder ein sehr gutes Gespür für ihre Lebenswelt entwickeln.

### Spielen: Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“



„Jugendhilfe soll junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ (§ 1 SGB VIII) Im Sinne dieses Auftrags verabschiedete der Nürnberger Stadtrat 1989 den ersten Rahmenplan „Spielen in der Stadt“. Dieser wurde stetig fortgeschrieben und den aktuellen Entwicklungen und Erfordernissen angepasst. Die aktualisierte Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“ wurde am 13. Dezember 2007 vom Jugendhilfeausschuss

und am 27. Februar 2008 vom Nürnberger Stadtrat beschlossen und ist somit eine geschäftsbereichsübergreifende verbindliche Planungsgrundlage für Stadtentwicklung in Nürnberg.

Der Plan enthält eine detaillierte Bedarfs- und Bestandsanalyse bezogen auf das Gesamtstadtgebiet sowie kleinräumig auf 57 Spielplatzplanungsbereiche. Diese Analyse gibt Auskunft über Sozial- und Bebauungsstruktur sowie den Versorgungsgrad mit Spielflächen für die verschiedenen Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen. Angestrebt werden 3,4 Quadratmeter Spielfläche pro Einwohner. Für die unterschiedlichen Typen von Spielflächen wurden Qualitätsstandards entwickelt,



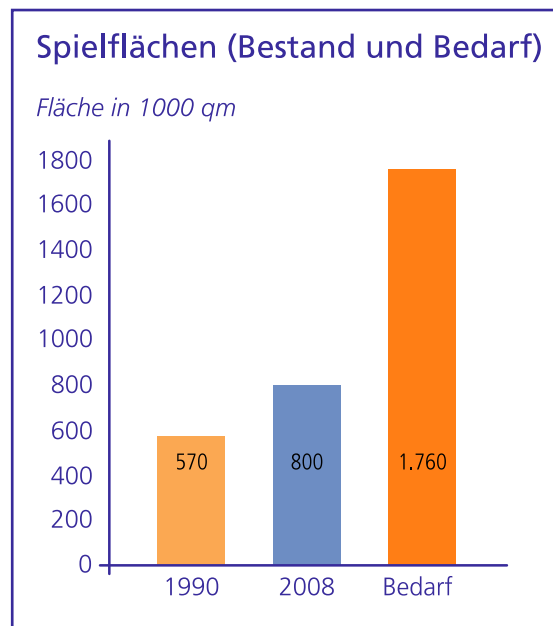
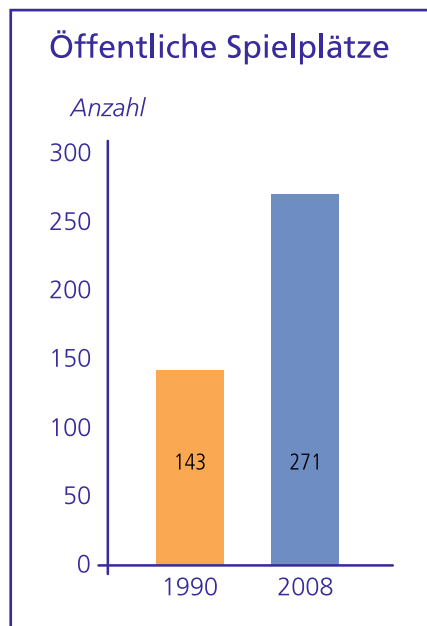
die sich u. a. auf Standort und Erreichbarkeit, baulichen Zustand, Erlebnis- und Aufenthaltswert für die Nutzerinnen und Nutzer sowie auf Multifunktionalität der Spielanlage beziehen. Auf dieser Grundlage wurden alle bereits vorhandenen Spielflächen überprüft und bewertet, um gegebenenfalls Sanierungsbedarf und Ausbau bzw. Erweiterung festzulegen. Defizite in Versorgung und Ausstattung wurden benannt. Weiterhin wurden Kriterien für Mindestgrößen und Erreichbarkeit festgelegt.

Typologie der Spielflächen				
Typ	Mindestgröße in qm	Einzugsbereich	Erreichbarkeit in m	Altersgruppe in Jahren
Kleinkinderspielplatz	500		200	3 bis 6
Kinderspielplatz	5.000	Nachbarschaft	400	6 bis 12 (14)
Spielhof			400	(6 bis 15)
Spiel- und Aktionsflächen für Jugendliche (z.B. Bolzplatz, Streetball)		Quartier	400 (1.000)	12 (14 bis 18)
Spielflächen mit zentraler Versorgungsfunktion bzw. Multifunktionsanlagen	10.000	Ortsteil	1.000	12 bis 18

Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.

Die Zahl der öffentlichen Spielplätze ist seit 1990 von 143 auf 271 angewachsen. 40 Schulhöfe konnten in diesem Zeitraum in Spielhöfe umgewandelt werden. Die Zahl der pädagogisch betreuten Aktivspielplätze von 5 auf 12 anstieg. Das gesamte Spielflächenangebot in Nürnberg konnte im Lauf der vergangenen 18 Jahre von 570 000 qm auf ca. 800 000 qm erhöht werden. Trotzdem besteht rechnerisch weiterhin ein Flächenfehlbedarf von ca. 960 000 qm, stehen in vielen Stadtgebieten noch immer viel zu wenig Spielplatzflächen zur Verfügung und lässt die Qualität der Angebote häufig zu wünschen übrig.





Die dienststellenübergreifende „Arbeitsgruppe Spielen“ legt jeweils zum Ende des Kalenderjahres die Spielflächenplanung für die folgenden drei Jahre fest und entwickelt diese weiter. Die Prioritätensetzung erfolgt auf der Grundlage der im Plan festgelegten Kriterien und Qualitätsstandards. Berücksichtigt werden dabei der Flächen- bzw. Fehlbedarf, Anzahl und Anteil der Kinder und Jugendlichen im jeweiligen Planungsbereich, sozialräumliche Daten wie Einwohnerdichte und Dichte der Wohnbebauung und Wünsche und Anträge aus Kinderversammlungen. Bei jeder Neuplanung, Sanierung oder Erweiterung von Spielflächen werden die Kinder und Jugendlichen aus dem Einzugsgebiet beteiligt.

Bei der Spielflächenplanung besteht weiterhin Nachholbedarf. Die kommunalpolitischen Gremien haben 2007 ein positives Zeichen gesetzt, indem sie die Haushaltsansätze für die Spielplatz- und Spielhofpauschale für die nächsten Jahre deutlich erhöht haben.



## Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Das Prinzip der Offenen Kinder- und Jugendarbeit basiert auf Offenheit und Freiwilligkeit. Die Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist grundsätzlich zugänglich für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder religiöser Zugehörigkeit. Dazu bedarf es einer Vielfalt verschiedener Träger, Einrichtungstypen und Angebote, die sich differenziert nach verschie-

denen Zielgruppen und Sozialräumen ausrichten. Kindern und Jugendlichen in ihrer Freizeit ein verbindliches, regelmäßiges Angebot bereitzustellen, sie an diesem Angebot zu beteiligen, (Bildungs-)Prozesse zu initiieren und sie zu begleiten auf ihrem Weg ins Erwachsenenalter ist Ziel Offener Kinder- und Jugendarbeit. Durch unterschiedliche Beteiligungsformen der Kinder und Jugendlichen, wie z.B. der Bildung eines Jugend- oder Sprecherrates oder durch die Möglichkeit zur Selbstverwaltung, werden Kinder und Jugendliche an den Planungen und Entscheidungen beteiligt.

Die kommunale Offene Jugendarbeit betreibt 15 Kinder- und Jugendhäuser, neun Jugendtreffs, die City-Streetwork und seit 2007 Streetworkprojekte in Schniegling, am Vogelherd und in Gostenhof-Ost. Dazu kommen mit den 12 Aktivspielplätzen von freien Trägern, den beiden Spielmobilen und dem Team Mobile Jugendarbeit weitere Angebotsformen. Freie Träger stellen weitere Jugendhäuser und -treffs mit offenen Angeboten zur Verfügung. Die kommunalen Kinder- und Jugendhäuser hatten 2007 rund 233.000 Besucherinnen und Besucher, die Jugendtreffs 80.000. Die Spielmobile zogen 18.000 Kinder an. City-Streetwork erreichte an die 7.900 Jugendliche. An den Ferienprogrammen nahmen zu Pfingsten 1.340 und in den Sommerferien 7.235 Kinder teil.

Neben regelmäßigen Angeboten gibt es Veranstaltungen und Projekte der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit, die die Einrichtungen alleinverantwortlich oder mit anderen Partnern durchführen. Einige reichen in ihrer Bedeutung über die jeweiligen Stadtteile hinaus, (Zahl der Teilnehmerinnen/Teilnehmer bzw. Besucher/innen in Klammern):

### Jugendkulturelle Veranstaltungen

- Klüpfel-Open-Air (ca. 1.200)
- Tanzfestival Dance-Deluxe in Kooperation mit der „Cultfactory Luise“ (ca. 700)
- Konzerte in den Kinder- und Jugendhäusern Klüpfel, Red Box und Fünfeckturm (ca. 1.500)
- Tanzprojekt „United“ (2007/2008) (ca. 700)
- Mitorganisation des Mittelfränkischen Filmfestivals (ca. 900)
- Beteiligung an der NN-Rockbühne (ca. 1.500).

### Kinderkulturelle Veranstaltungen

- Kinder-Dance-Festival und Kinder-Dance-Gala (ca. 800)
- Kinderfaschingszug (700 Tn. und 2.500 Zuschauer/innen)
- Mittelalterliche Stadt der Kinder (4.000).
- Kindertheaterwoche in Kooperation mit dem KJR, der Ev. Jugend und dem Amz für Kultur und Freizeit (2.533)
- Weltkindertag (8.500)
- Erzählkunstfestival „ZauberWort“ in Kooperation mit „Gekko“ und Tafelhalle (ca. 1.600)

Der beliebte „Sommernachtstraum“ im Juli musste 2007 wegen eines Unwetters entfallen.

#### Sportangebote

- Mitternachtssport, ab 2008 in zwei Hallen mit den Sportarten Basketball (ca. 1.500) und Fußball (ca. 2.500).
- StreetsoccerCup: 2006 im Rahmen des WM-Programms „Nürnberg kickt“ entwickelt, 2007 mit 1.200 Teilnehmer/Innen neu aufgelegt.



### Kinder- und Jugendschutz: Alkoholprävention

Alkohol- und Suchtprävention bei jungen Menschen ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des Kinder- und Jugendschutzes, der sich den sich wandelnden Konsumgewohnheiten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen muss. Alkohol ist ein gesellschaftlich weitgehend akzeptiertes Suchtmittel, Verkauf und Konsum von Alkohol sind (mit Ausnahme der Einschränkungen nach dem Jugendschutzgesetz) legal. Alkohol war, ist und bleibt aber auch Suchtmittel Nr. 1 bei Jugendlichen (und Erwachsenen) mit gravierenden Risiken der Selbst- und Fremdgefährdung.

Statistisch ist in den vergangenen zehn Jahren keine quantitative Zunahme von Alkoholkonsum bei Jugendlichen festzustellen. Allerdings treten seit etwa drei Jahren zunehmend problematische Konsummuster bei Jugendlichen auf: Dies sind die drei „K“ – Komasaufen, Kampftrinken, Kofferraumsaufen. Letzteres bezeichnet die Mitnahme von massenhaft Billiggetränken in Pkws und deren Konsum auf Parkplätzen vor und während Kneipen- und Diskobesuchen. 46 Prozent aller Jugendlichen in Bayern geben nach einer Studie des Bayerischen Gesundheitsministeriums von 2006 an, im vergangenen Monat mindestens einmal fünf oder mehr alkoholische Getränke hintereinander konsumiert zu haben, 9 Prozent sogar mindestens fünf mal im Monat.

Alkoholkonsum ist jedoch an sich kein Jugendproblem. Der Alkoholverbrauch pro Kopf ist in Deutschland unverändert einer der höchsten in Europa, der Zugang zu Alkohol ist sehr einfach, und nur in wenigen Ländern der Welt ist Alkohol relativ gesehen so billig wie in Deutschland. Gesetzliche Werbeverbote sind schwach ausgeprägt. Freiwillige Beschränkungen der Hersteller entfalten allenfalls symbolische Wirkung. Auf lokaler Ebene führen Veranstalter und Gewerbetreibende Werbekampagnen durch, die Jugendliche (auch Minderjährige) durch Wort („Absturzgarantie!“) und Bild gezielt ansprechen und zum Alkoholkonsum animieren. Auch die Beschränkungen der Verfügbarkeit von Alkohol, z.B. Einschränkung der Verkaufsorte wie Tankstellen, Supermärkte, Kioske oder die Lage etwa in der Nähe von Schulen, sind in Deutschland im europaweiten Vergleich gering ausgeprägt. Die Kommune kann vor diesem gesetzlichen Hintergrund den Alkoholkonsum nur begrenzt steuern. Diese Möglichkeiten z.B. über das Jugendschutz-, Gaststätten- und Ladenschlussgesetz werden jedoch ausgeschöpft.

### Arbeitsschwerpunkte und Adressaten

Kinder- und Jugendschutz und Suchtprävention sprechen beim Arbeitsschwerpunkt Alkoholprävention vor allem Kinder und Jugendliche, daneben aber auch Eltern, Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule sowie Gewerbetreibende und Veranstalter an.

Information, Beratung, Freizeitangebote, Projekte und Veranstaltungen sind die Kernangebote für Kinder und Jugendliche. Der Erstkontakt zu Alkohol findet bei Kindern überwiegend im familiären Umfeld statt. Die Grundlagen für den Umgang mit Alkohol werden im Kindesalter gelegt. Deshalb kommt der Zielgruppe der Eltern eine besondere Bedeutung zu: Sie sollen ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen und Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen schützen. Information und (Erziehungs-) Beratung stehen daher im Mittelpunkt. Bei Multiplikatoren und Fachkräften aus Jugendhilfe und Schule stehen Informationen, Beratung, Schulung, Fortbildung, Qualifizierung und die Erarbeitung von Informationsmaterialien und Flyern im Mittelpunkt der suchtpreventiven Arbeit.

Fachliche Beratung, Unterstützung und Information zu Fragen des Kinder- und Jugendschutzes bilden die Basis für die Arbeit mit Gewerbetreibenden und Veranstaltern. Grundsätzlich gilt für diesen Adressatenkreis: Jugendschutzrechtliche Bestimmungen sind selbstverständlich einzuhalten. Bei Verstößen gegen die Jugendschutzbestimmungen werden in Abstimmung zwischen Jugendamt, Ordnungsamt, Rechtsamt und Polizei die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft.

### Alkoholkonsum im öffentlichen Raum

2007 häuften sich die Klagen über „saulfende“ Jugendliche im öffentlichen Raum, insbesondere in der Grünanlage am Marienberg. In der öffentlichen Diskussion wurde zum Teil sehr undifferenziert geurteilt und jede Ansammlung von Jugendlichen als potenziell betrunken und zugleich gewalttätig dargestellt. Eine Versachlichung ist daher notwendig: Zwar nahm 2007 die Zahl der Körperverletzungsdelikte von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen (18 – ca. 25 Jahre) im Umfeld bestimmter Diskotheken, vor allem im Zusammenhang mit so genannten Billigpartys, zu. Keinesfalls ist davon aber jede Gruppe oder Clique von Jugendlichen betroffen, die sich (auch) im öffentlichen Raum trifft. Informelle Treffpunkte von Jugendlichen gab es schon immer, auch wenn sich Orte, Szenen und Erscheinungsformen aktuellen Entwicklungen und Moden anpassen. Dabei kann es zu selbstgefährdenden und gesundheitsschädlichen Formen des Alkohol- und sonstigen Drogenkonsums kommen, auch gibt es gewisse Vermüllungstendenzen. Dies ist aber kein flächendeckendes Phänomen.



Auf dem Gelände des Marienbergs arrangieren sich sehr unterschiedliche Cliquen von Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Milieus miteinander. Körperverletzungen, Angriffe auf unbeteiligte Dritte oder gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Cliquen waren nicht festzustellen. Etwa die Hälfte der Jugendlichen konsumierten Alkohol, einige wenige auch in größerem Umfang bis hin zu einzelnen schwer betrunkenen Jugendlichen. Für einen Großteil der Jugendlichen ist der Marienberg ein attraktiver Treffpunkt, um Sport zu treiben, sich in der Clique zu treffen und zu feiern. Sie zeigen sich gegenüber den Streetworkern des Jugendamts gesprächsbereit, auch über Grenzen und Risiken von Alkoholkonsum. Störungen der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit halten sich in engen Grenzen.

Selbstverständlich haben Jugendliche das Recht, sich im öffentlichen Raum zu treffen. Jugendliche brauchen Räume und Orte zum Treffen mit Gleichaltrigen, Platzverweise würden die Gruppen daher nur verlagern. Die kommunale Jugendarbeit versucht, zu diesen Cliquen, Gruppen und Szenen von Jugendlichen über ihr Alltagsangebot (stadtteilorientierte

Angebote wie Kinder- und Jugendhäuser, Jugendtreffs und Streetwork) Kontakt zu halten, Zugänge herzustellen und entsprechende Freizeit- und Beratungsangebote zu entwickeln. Dies ist ein Baustein in Kontext des Gesamtangebotes Jugendarbeit, Suchtprävention und Jugendschutz, das 2007 formuliert und von Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde.

Das Arbeitsprogramm Alkoholprävention umfasst darüber hinaus folgende Handlungsfelder:

#### Gesetzlicher Jugendschutz

Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz werden seit 01.06.2007 mit einem höheren Bußgeld belegt. Es wird, unter anderem mit den Bürgerämtern, verstärkt auf die Veranstalter von Kirchweihen eingewirkt, um Alkoholexzesse einzuschränken. Stadt Nürnberg (Stadtrechtsdirektorium/ Ordnungsamt und Jugendamt) und Polizei Nürnberg haben mit den Betreibern aller Nürnberger Diskotheken eine Vereinbarung ausgearbeitet, die den Verzicht auf Billigpartys und entsprechende Alkoholwerbung beinhaltet. Auch die Zusammenarbeit mit dem Gaststättenverband in Sachen Jugendschutz wird weiter intensiviert. Jugend- und Ordnungsamt haben alle Nürnberger Tankstellen schriftlich darauf hingewiesen, dass Verkauf von alkoholischen Getränken nur als so genannter Reisebedarf erlaubt ist. Die Einhaltung dieser Vorschrift wird kontrolliert.



#### Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Suchtprävention

Die Neuauflage der Broschüre „Jugendliche und Alkohol“ geht auf aktuelle Entwicklungen (Stichwort: Komasaufen) ein und enthält Hinweise und Tipps zum Umgang mit alkoholkonsumierenden Jugendlichen. Im Projekt „Hart am Limit“ (HaLT) werden, abgestimmt mit den Instanzen Suchthilfe, Jugendhilfe, Medizin, Polizei und Ordnungsverwaltung, Jugendliche, die mit Alkoholintoxikation im Krankenhaus behandelt werden, direkt in der Klinik aufgesucht. Ihnen werden Beratung und sozialpädagogische Gruppenarbeit angeboten, ebenso Beratungsgespräche für die Eltern. Für den reaktiven Teil des Projektes konnte mit dem Suchthilfezentrum der Stadtmission ein kompetenter Träger gefunden werden. Unterrichtseinheiten zum Thema „Führerschein, Alkohol und Cannabis“ werden konzipiert, ebenso Fortbildungen für Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule und Elternabende zum Thema Alkohol. Eine „Lange Nacht der alkoholfreien Getränke“ im Juni 2007 war Bestandteil der Suchtwoche „Alkohol – Verantwortung setzt die Grenze“ der Bundesregierung. Das geplante Jugend- und Schülerparlament konnte leider nicht durchgeführt werden. Weitere Aktionen zur Öffentlichkeitsarbeit finden laufend statt, z.B. parallel zu Veranstaltungen wie Frühlingsfest, Volksfest und „Rock im Park“.

### Verbesserung des Kinderschutzes durch Frühe Hilfen und Frühwarnsystem

Kinderschutz und die Ausübung des staatlichen Wächteramtes war und ist die oberste Aufgabe des Jugendamtes. Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) als Basisdienst der Jugendhilfe in Fällen von Kindeswohlgefährdung kooperiert seit langem bewährt und effektiv mit den relevanten Institutionen und Diensten, etwa auch des Gesundheitswesens. Es bestehen klare Vereinbarungen und Absprachen mit den Kindertageseinrichtungen, eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen, insbesondere den Grundschulen, die Kooperation Polizei – Jugendhilfe – Schule (PJS) gilt als beispielhaft und findet bundesweit Anerkennung.



In Nürnberg leben rund 49.000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Die Leistungsstatistik des Allgemeinen Sozialdienstes verdeutlicht die Dimension des Themas Kindeswohlgefährdung:

- Der Allgemeine Sozialdienst führte rund 6.400 erzieherische Beratungen nach § 16 SGB VIII durch.
- Rund 540 Fälle von Verwahrlosung oder Misshandlung wurden angezeigt, in denen nach Prüfung zwar eine Herausnahme des Kindes bzw. des Jugendlichen aus der Familie nicht erforderlich schien, aber vielfach Hilfen zur Erziehung eingeleitet wurden.
- 150 Kinder und Jugendliche mussten aus der Familie genommen und in die Obhut des Kinder- und Jugendnotdienstes gegeben werden.
- In 175 Fällen wurde das Familiengericht nach § 1666 BGB wegen sorgerechtsbeschränkender Maßnahmen angerufen.
- Insgesamt wurden 1.298 Hilfen zur Erziehung eingeleitet.



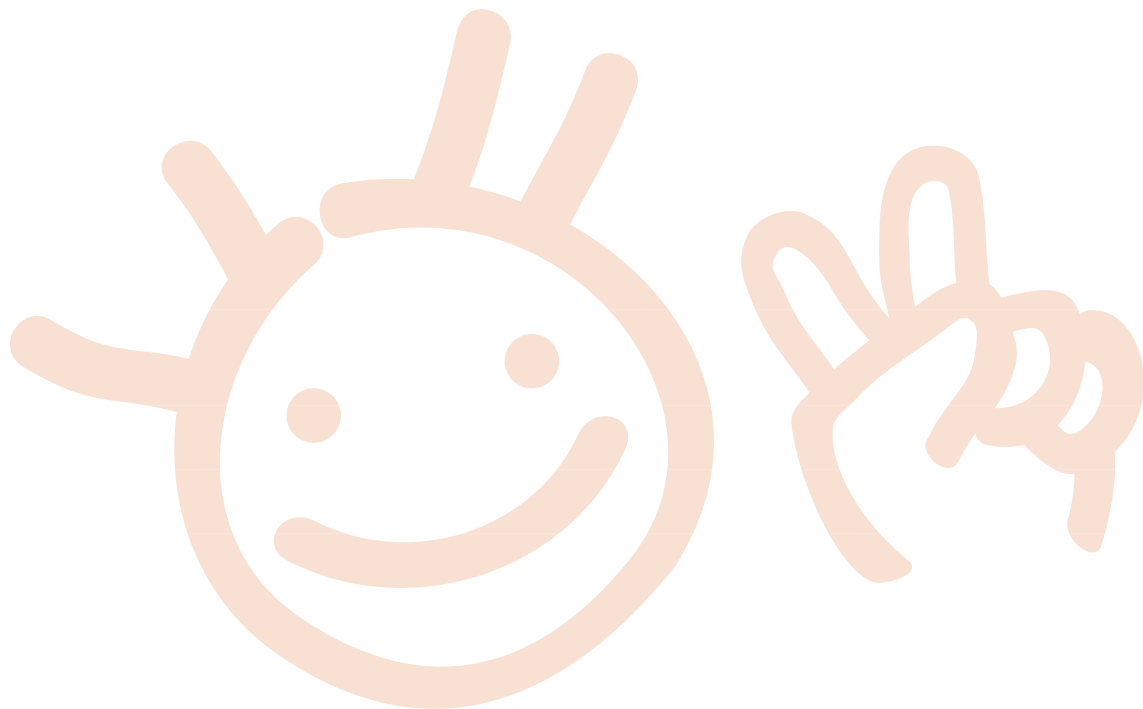
Mit der Kampagne Erziehung und vielen Partnern, insbesondere den freien Trägern der Jugendhilfe mit ihren Elternbildungs- und Frühförderprogrammen (beispielhaft seien die Programme PAT, Opstapje und HIPPY der Arbeiterwohlfahrt oder die Angebote des Kinderschutzbundes wie „Achtung Grenze!“ genannt), den Erziehungsberatungsstellen und den Kinderkliniken ist bereits ein dichtes Netz zum Schutz von Kindern in Nürnberg gewoben. Mit dem Kinder- und Jugendnotdienst in gemeinsamer Trägerschaft des Schlupfwinkel e.V. und des Jugendamtes ist zudem eine Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit an allen Tagen der Woche gewährleistet.

Gleichwohl müssen Kooperationen gepflegt und stetig angepasst und verbessert werden. Das 2007 gemeinsam von Jugend- und Gesundheitsamt entwickelte Projekt „Frühe Hilfen – Frühwarnsystem“ greift die bestehenden Strukturen auf, um sie weiterzuentwickeln und die Verlässlichkeit zu erhöhen. Die Umsetzung hat begonnen und wird die nächsten Jahre andauern. Besonders zu berücksichtigen sind die Frühen Hilfen, d. h. die Schaffung geeigneter Zugangswege sowie die Vermittlung beratender und unterstützender Angebote für Familien, bei denen keine unmittelbaren Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung vorliegen, die aber bestimmten Risikokonstellationen ausgesetzt sind. Dies ist der häufigste Fall: Die meisten Eltern, die mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder überfordert sind, kooperieren mit der Jugendhilfe und nehmen die geeigneten Hilfen an; nur selten müssen sorgerechtsbeschränkende Maßnahmen durch das Familiengericht – mit dem ebenfalls eine enge Verbindung besteht – eingeleitet werden. Gleichwohl steht aber unmissverständlich fest, dass bei Kindeswohlgefährdung notfalls auch Eingriffe in die Rechtspositionen der Eltern unvermeidbar sind (staatliches Wächteramt).





Im Januar 2007 startete mit der Gesundheitskonferenz das Projekt „Frühe Hilfen/Frühwarnsysteme“ mit dem Ziel einer verbesserten Kooperation im Kinderschutz unter Federführung von Jugend- und Gesundheitsamt. In der Auftaktveranstaltung im Juli wurden Arbeitsgremien errichtet und mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Professionen in Jugend- und Gesundheitshilfe. Am „Großen Runden Tisch“ nehmen Fachkräfte aller Professionen teil, die mit Familien und Kindern bis 3 Jahren arbeiten. Hier wird die nötige Fachöffentlichkeit geschaffen, um Anregungen zu sammeln und zu diskutieren sowie Rückmeldungen über bereits erfolgte Arbeitsschritte einzubringen. Die verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe aus Fachkräften des Jugend- und des Gesundheitsamts entwickelt das Projekt strategisch und organisatorisch, plant die praktische Durchführung und setzt die Planungen um. Der Fachbeirat mit weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugend- und Gesundheitsamts, weiteren Gesundheitsberufen sowie von freien Trägern der Jugendhilfe ergänzt die Koordinierungsgruppe und unterstützt sie bei der Entwicklung des Projekts. Arbeitsgruppen bestehen zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit, Anmeldebogen zur Risikoanalyse, Entwicklung weiterer präventiver Möglichkeiten im Kinderschutz sowie Kooperation und Vernetzung. Zwei Projektstellen beim Gesundheits- und Jugendamt konnten Anfang 2008 besetzt werden.



## 4. Armut bekämpfen und verhindern

### Armutsprävention: Netz gegen die Armut

Armutsprävention sieht sich mit einem Paradigmenwechsel konfrontiert: Umfassende Versorgung und Alimentierung Hilfebedürftiger wird abgebaut und Eigenverantwortung der Betroffenen wird vermehrt eingefordert. Die Aktivierung, Fördern und Fordern gilt für Bildung und Ausbildung, am Arbeitsmarkt, bei der Gesundheits- und Altersvorsorge und bei der Bewältigung von Notlagen.

Nicht alle Menschen sind gleich gut auf diese Anforderungen vorbereitet. Die private Haushaltsführung und die wirtschaftliche Bewältigung des Alltags werden komplexer und erfordern erhebliche Anpassungsleistungen. Vielen Menschen fällt es zunehmend schwer, sich in den Bereichen Finanzen, Einkauf, Konsum, Arbeit und allen damit zusammenhängenden gesetzlichen Regelungen zurechtzufinden. Zudem müssen vermehrt Brüche und Einbrüche im Erwerbsleben, in Partnerschaft und Familie verkraftet werden. Jede dritte Ehe wird geschieden, die Tendenz ist steigend. Ein Viertel aller Kinder in Nürnberg unter 15 Jahren erhalten Transferleistungen. Viele Kinder kommen ohne ausreichendes Frühstück in die Schule und haben eine unzureichende Lernmittelausstattung. In Nürnberg leben knapp 60.000 Menschen an der Armutsgrenze und erhalten Leistungen zur Deckung ihres Lebensunterhaltes – das sind rund 12 Prozent unserer Stadtbevölkerung.



*Plenum der 1. Nürnberger Armutskonferenz  
am 19. und 20. November 2007*

Der Aufbau des neuen Handlungsfeldes „Armutsprävention“ in den Strukturen des Amtes für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt sowie die Umsetzung erster Maßnahmen haben begonnen. Die Bekämpfung und die Vermeidung von Armut sind aber nur in gemeinsamer Anstrengung vieler Akteure zusammen mit den Betroffenen möglich. Als erste Schritte wurden die Ressourcen des Sozialbereiches der Stadt dienststellenübergreifend auf diese gemeinsame Aufgabe neu ausgerichtet und die Träger der sozialen Arbeit in der Stadt einbezogen. Ein gemeinsamer Initiativkreis war für die Vorbereitung und Durchführung der ersten Nürnberger Armutskonferenz zuständig.

Renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten für die Konferenz gewonnen werden, in Workshops wurde zusammen mit örtlichen Fachkräften am Ausbau des Nürnberger Netzwerkes gegen die Armut gearbeitet. Eine eigene Studie zum Thema Kinderarmut wurde auf der Grundlage der Nürnberg-Pass-Adressen erstellt.

Erste Ergebnisse dieses Gemeinschaftsprojektes des Stabes Armutsprävention und Prof. Dr. Werner Wüstendörfer von der Georg-Simon-Hochschule fanden große Resonanz beim Fachpublikum und in den Medien. Insgesamt gab diese Fachtagung der öffentlichen Wahrnehmung und der konstruktiven fachlichen Diskussion deutlichen Auftrieb.

Da mit den beiden Bänden des Nürnberger Armuts- und Sozialberichts (2004 und 2006) die Grundlagen der Definitionen und die Mehrdimensionalität von Armut dargestellt wurden, konnte sich die Arbeit dieses Jahres verstärkt um Handlungsansätze kümmern. Diese Ansätze orientieren sich an den im Armutsbericht so genannten Armutsfallen: Energiekosten – allgemeines Konsumverhalten, Überschuldung – Krankheit, Behinderung, Sucht – Bildungsdefizite, Familieninstabilität – Isolation – Arbeitslosigkeit. Ausgewählte Beispiele davon sollen im Folgenden skizziert werden.

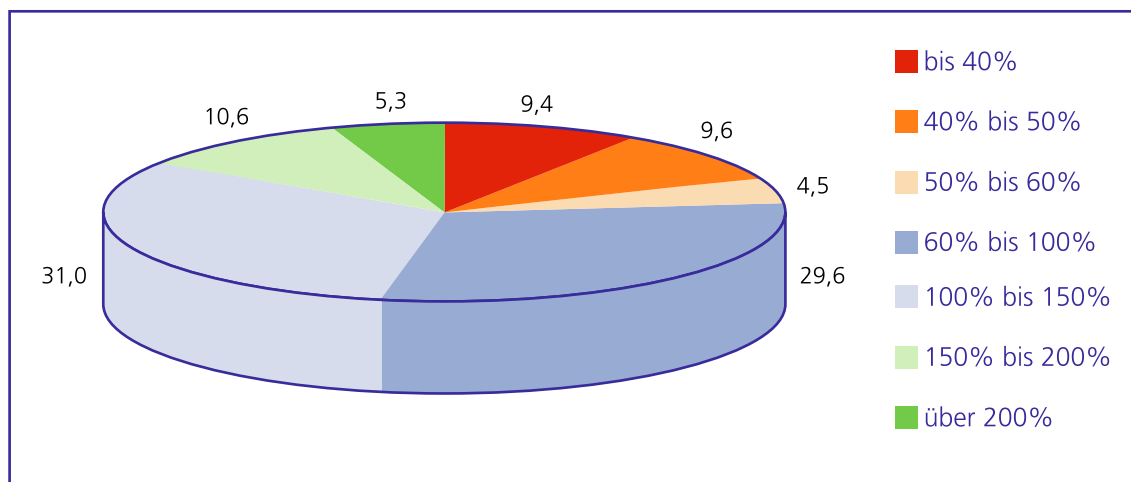
## Einkommensarmut und Transferleistungsbezug in Nürnberg

Der Sozialbericht der Stadt Nürnberg (Band I, 2004) arbeitet mit einer relativen Armuts- und Reichtumsdefinition, das heißt, er beschreibt die relative Besser- oder Schlechterstellung von Personen oder Haushalten im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt. Verglichen werden Haushaltseinkommen als gewichtete Äquivalenzeinkommen. Arm sind Haushalte, deren Einkommen 50 Prozent oder weniger des durchschnittlichen Einkommens beträgt. Bei 40 Prozent und weniger spricht man von strenger Armut, 60 Prozent und weniger bedeuten Armutsnähe.<sup>3</sup>

Nach der Wohnungs- und Haushaltserhebung Leben in Nürnberg 2005 des Amts für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth ergeben sich für Nürnberg folgende Einkommensschwellen nach Haushaltstypen (Basis: Äquivalenzeinkommen nach OECD neue Skala, arithmetischer Mittelwert):

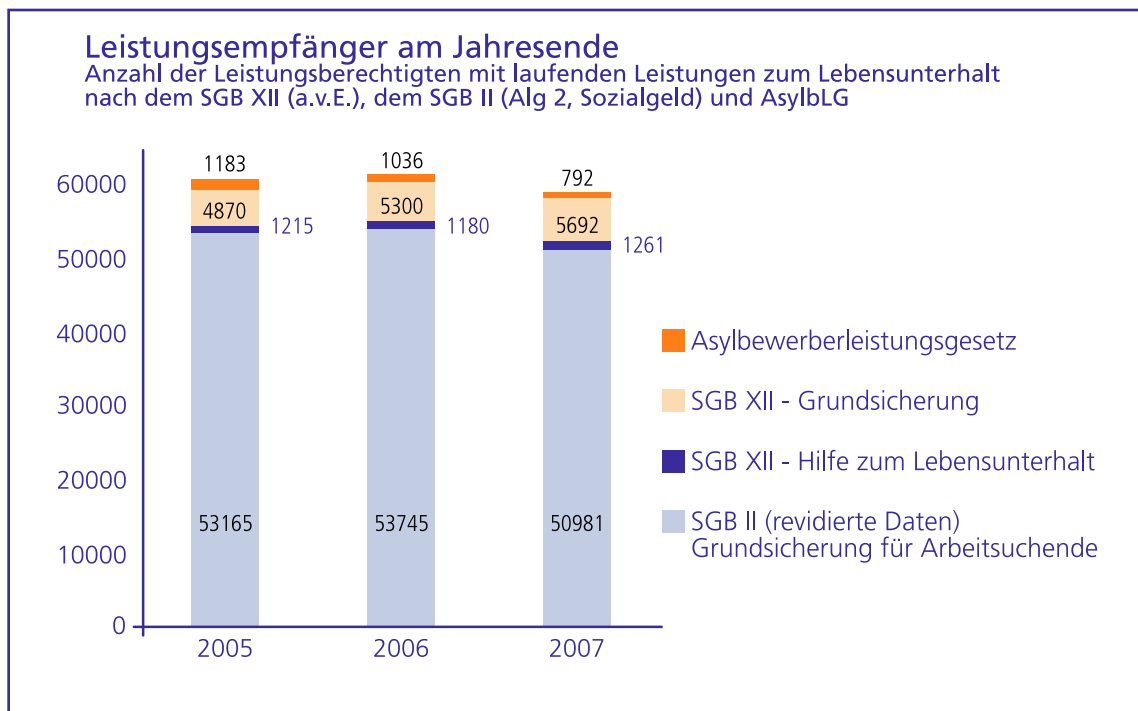
Einkommensschwellen	Haushaltstyp			
	1 Person Faktor 1,0	2 Erw. Faktor 1,5	2 Erw., 1 Kind Faktor 1,8	1 Erw., 1 Kind Faktor 1,3
Äquivalenzeinkommen in Euro	1.424	2137	2.564	1.852
strenge Armut (40 %)	570	855	1.026	741
Armut (50 %)	712	1.068	1.282	926
Niedrigeinkommen (60%)	855	1.282	1.538	1.111
Reichtum (200%)	2.849	4.273	5.128	3.703

Die Haushalte verteilen sich prozentual folgendermaßen auf die Einkommensschwellen des Äquivalenzeinkommens:



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik

<sup>3</sup> Ausführliche Erläuterungen zur Methodik in: Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales (Hg.): Sozialbericht der Stadt Nürnberg, Band I, 2004; S. 17 ff.



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

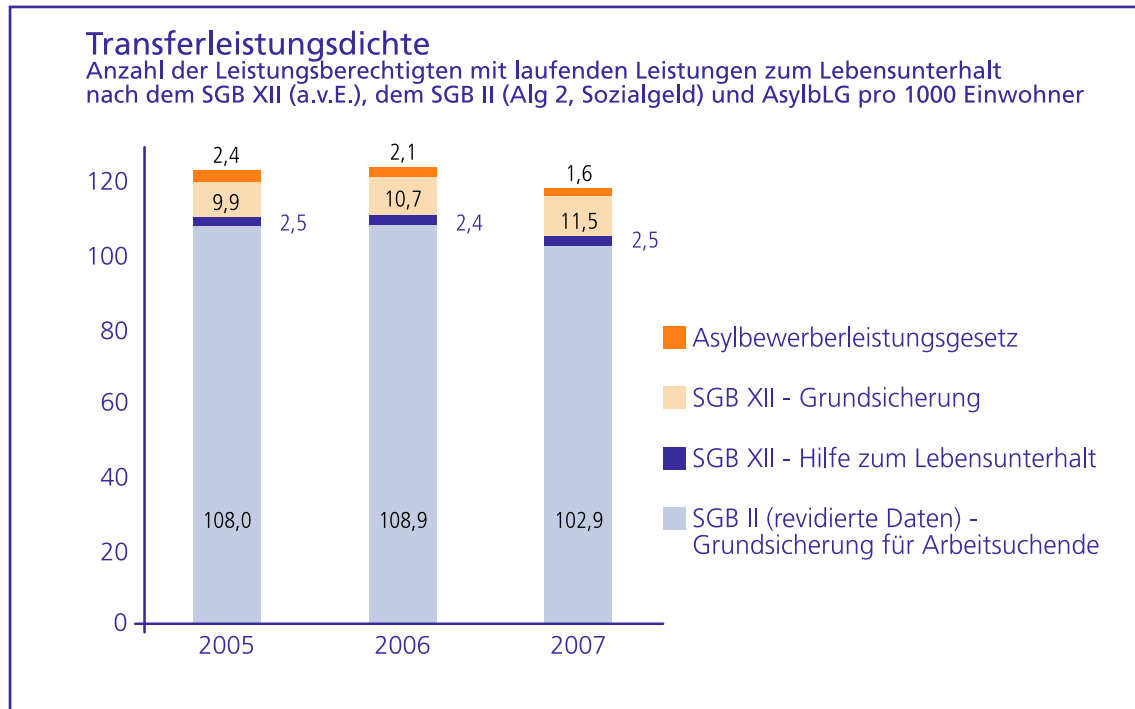
Nähert man sich dem Phänomen der (Einkommens-)Armut über den Bezug von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, sind die Leistungen nach dem SGB II, Grundsicherung für Arbeitsuchende (Alg 2 und Sozialgeld), nach dem SGB XII, 3. Kapitel – Sozialhilfe/ Hilfe zum Lebensunterhalt, und nach dem SGB XII, 4. Kapitel – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die zahlenmäßig bedeutendsten Rechtskreise. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1.1.2005 im neuen Sozialgesetzbuch (SGB) II sind große Teile der früheren Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher in die Zuständigkeit der ARGE gewechselt.

Eine der häufigsten Armutsursachen ist Arbeitslosigkeit. Die ARGE betreute 2007 in durchschnittlich etwa 27.500 Bedarfsgemeinschaften ca. 52.000 Personen, darunter fast 20.000 Personen unter 25 Jahren. Bezogen auf alle Nürnberger im Alter bis zu 65 Jahren bedeutet dies eine Hilfequote von 13 Prozent. Während in München und Stuttgart eine deutlich günstigere Hilfequote gegeben ist, liegt sie in allen anderen Großstädten ab einer Bevölkerungszahl von ca. einer halben Million bei über 15 Prozent. Etwa 30 Prozent der Hartz IV-Empfänger sind Kinder (14.000). Kinder sind damit überdurchschnittlich stark auf Grundsicherung angewiesen. Mehr als die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften sind Single-Haushalte (ca. 14.200), gefolgt von den Alleinerziehenden (ca. 5.000)<sup>4</sup>.

Die Aktivitäten und Maßnahmen im Geltungsbereich des SGB II sowie der positive Konjunkturverlauf haben dazu beigetragen, dass erstmals seit Jahren die Zahl der Grundsicherungsempfänger um 1.200 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist; hierunter fallen auch 260 Kinder. Die Hilfequote bei Kindern nimmt damit überproportional ab. Frauen gelingt es insgesamt weniger oft und weniger schnell, aus dem Grundsicherungsbezug auszusteigen, vor allem deshalb, weil Alleinerziehende in Nürnberg zu mehr als 95 Prozent Frauen sind. Am deutlichsten fällt der Rückgang der Hilfequote bei Ausländern aus, die im Januar 2007 noch 1,5 Prozentpunkte über dem Niveau des September 2007 lag. Bei Älteren steigt die Hilfequote an, da diese Altersgruppe bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besondere Schwierigkeiten überwinden muss. Bei Jüngeren lag die Hilfequote

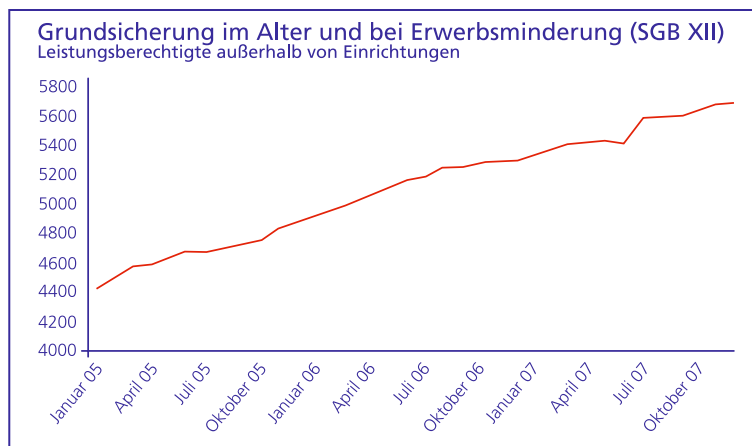
<sup>4</sup> Datenbasis: Oktober 2007.

bis Juli in etwa auf gleichem Niveau und nahm erst durch die vermehrte Vermittlung in Ausbildung zum September ab. Im letzten Quartal sank die Zahl der Hilfebedürftigen weiter von 52.000 Personen in 27.205 Bedarfsgemeinschaften (September) auf 50.981 Personen in 26.666 Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2007).



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

Eine besondere Gruppe sind die so genannten Ergnzer, die berufstätigen Hilfebedürftigen, deren Einkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht und die deshalb ergänzend auf Grundsicherung angewiesen sind. Ihre Zahl ist allein im Jahr 2007 um 20 Prozent gestiegen und liegt aktuell bei mehr als 8.500 Personen. Die Hälfte von ihnen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon wiederum 70 Prozent sogar in Vollzeit. Da so durch Grundsicherungsleistungen Niedriglöhne subventioniert werden, leitet sich für viele Fachleute aus dieser Tatsache die Forderung nach einem Mindestlohn ab.

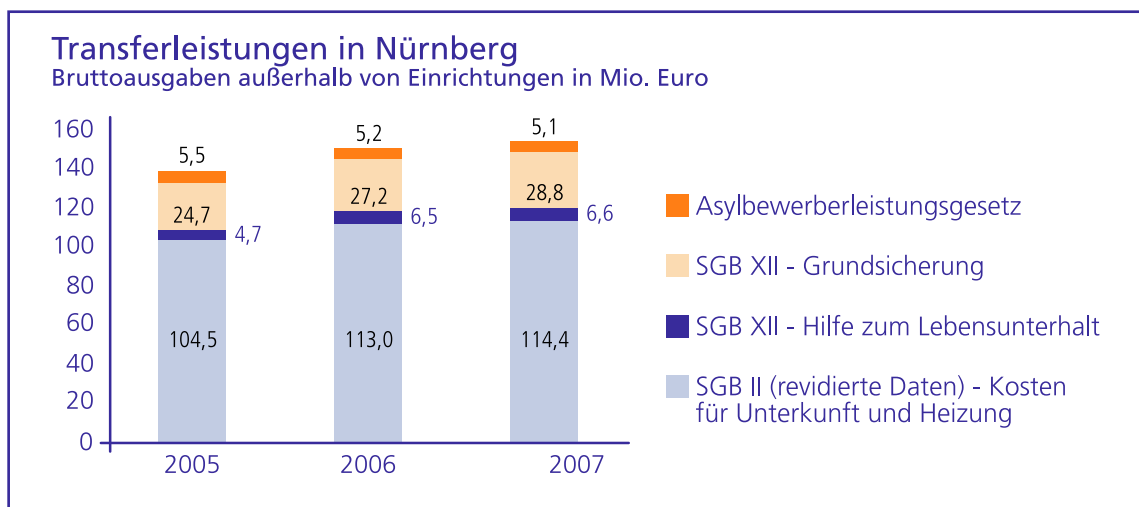


Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) bezogen zum Jahresende 2007 1.261 Personen. Grundsicherung im Alter erhielten 5.692 Personen. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung über 65 (über 100.000 Personen, siehe Leitlinie 6), der jedoch den Prognosen zufolge weiter wachsen wird.

In Armutsnähe leben auch viele Geringverdiener. Zu ihnen sind die Berechtigten für Wohngeld und/oder Kinderzuschlag zu zählen. In Haushalten mit Wohngeldbezug lebten Ende 2007 rund 9.500 Personen. Kinderzuschlag erhielten nach Schätzung des Amts für Existenzsicherung und soziale Integration rund 1.000 Personen, die jedoch zum großen Teil zugleich wohngeldberechtigt waren; eine genaue Zahl ließ sich laut Auskunft der auszahlenden Familienkasse der Agentur für Arbeit nicht ermitteln.

Die kommunalen Ausgaben für Transferleistungen in Nürnberg betragen im Jahr 2007 rund 155 Mio. Euro, wobei mit etwa 114 Mio. Euro die Kosten für Unterkunft und Heizung für SGB II-Haushalte den größten Posten darstellten.



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration

## Der Nürnberg-Pass: Ein Instrument der Armutsprävention

Der Nürnberg-Pass wurde als Instrument zur Unterstützung von armen und von Armut bedrohten Personen weiter ausgebaut. Der Personenkreis der Nürnberg-Pass-Berechtigten wurde um die Empfänger(innen) von Wohngeld, bei denen Kinder im Haushalt leben, die Empfänger(innen) des Kinderzuschlags nach § 6a Bundeskindergeldgesetz und die Empfänger(innen) eines befristeten Zuschlags nach § 24 SGB II erweitert. Alle 6- bis 10-jährigen Nürnberg-Pass-Kinder wurden zu ihrer Lebenssituationen befragt. Diese Kinderstudie war ein Kooperationsprojekt mit dem sozialwissenschaftlichen Lehrstuhl der Georg-Simon-Ohm-Hochschule, dem Bündnis für Familie und dem Jugendamt mit dem Ziel, aus den Ergebnissen konkrete Handlungsschritte zur Unterstützung der Zielgruppe zu entwickeln und umzusetzen.

Durch die Beteiligung am „Sternchenmarkt“ des Lions-Clubs und der PS-Akademie und an der „Aktion Schultüte“ kamen rund 3.000 Nürnberg-Pass-Kinder im Alter von drei bis zwölf in den Genuss zusätzlicher Leistungen. Diese Aktionen steigerten die Bekanntheit und Attraktivität des Passes für Familien und Kinder spürbar.

Zum Ende des Jahres 2007 besaßen 19.489 Personen auf eigenen Antrag hin den Nürnberg-Pass.



### Kinderarmut und Kinderchancen: Initiativen für Kinder in prekären Verhältnissen

Die zunehmende Armut von Kindern wurde auch von den Medien aufgegriffen. Auf eine Initiative der Stadtmission zum Schulanfang im September 2007, die die unzureichende Finanzierung von Schulmaterial für Kinder im Transferleistungsbezug und damit Bildungsnachteile vom ersten Schultag an thematisierte, rief der Verleger der Nürnberger Nachrichten zu zweckgebundenen Spenden für Schulmaterialien bedürftiger Kinder auf. Diese als „Aktion Schultüte“ bekannt gewordene Kampagne ergab inklusive eines beachtlichen Eigenbeitrags des Verlegers eine Summe von rund 100.000 Euro, die von Seiten der Stadt Nürnberg aus Stiftungsmitteln verdoppelt werden konnte. Die Mittel wurden den Schulen für Kinder mit Nürnberg-Pass von der ersten bis sechsten Klasse für den Schulbedarf übertragen. Im Schuljahr 2007/2008 nahmen 2.100 Kinder teil, sodass die Mittel nicht ganz ausgeschöpft werden konnten. Die Restmittel stehen für einen nächsten Anlauf zur Verfügung.

Als Beitrag zur Teilhabe und gesunden Ernährung von Kindern beschlossen der Jugendhilfeausschusses und der Stadtrat im Herbst 2007 die Kostenübernahme für eine tägliche warme Mahlzeit für bedürftige Kinder mit Nürnberg-Pass in Kindertageseinrichtungen. Die Initiative startet im April 2008.

### Armutsfalle Energiekosten: Die EnergieSchuldenPrävention (ESP)

Energieschulden sind für eine wachsende Zahl von Haushalten eine sprichwörtliche Armutsfalle. Anders als bei der Kreditaufnahme entstehen hier die Schulden quasi nebenbei, sei es durch das Verbrauchsverhalten, die Bausubstanz oder einfach durch die massiv steigenden Preise. Nach Angaben der N-ERGIE kam es 2007 in 6.700 Haushalten zu Stromsperren aufgrund von Zahlungsrückständen. Die Sozialen Dienste beraten in solchen Fällen, jedoch kommt es ohne eine Änderung des Verbrauchsverhaltens in vielen Haushalten immer wieder zu akuten wirtschaftlichen Krisen. Hier gegenzusteuern bedeutet eine nachhaltige Entlastung der öffentlichen und privaten Haushalte und letztlich auch der Umwelt. Aus diesen Erkenntnissen entstand die Projektidee, wirtschaftlich schwache Haushalte mit außergewöhnlicher Energiekostenbelastung professionell zu beraten und bei Einsparungen zu unterstützen.

Im Jahr 2007 wurden alle wesentlichen Schritte zur Umsetzung des Projektvorhabens, das von der N-ERGIE gesponsert wird, eingeleitet und erfolgreich abgeschlossen:

- Präsentation und Begutachtung des Projektvorhabens im Sozialausschuss,
- Beantragung von städtischen Eigenmitteln und Antragstellung auf Projektförderung im Programm „Soziale Stadt“,
- Etablierung einer Fachgruppe mit allen Kooperationspartnern des Projekts,
- Auftaktveranstaltung für die Pilotprojekte,
- Erstellung des Instrumentariums in Kooperation mit der Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Gewinnung und Schulung von Fachkräften für die Energieberatung sozial schwacher Haushalte, Pretests der ausgearbeiteten Erhebungsinstrumente,
- Start des Pilotprojektes in der Diana-Wohnanlage (Einsatz des Personals auf Honorarbasis).

Zum Jahresende konnten die ersten Erfahrungen aus der Beratung von ca. 25 Haushalten ausgewertet werden.

## Finanzielle Grundbildung von Anfang an: Jugendschuldenprävention, 2. Projektwoche 2007

Die Angaben zur Situation der Überschuldung liegen zwischen 2,9 Mio. (Schufa, Schuldenkompass, 2007) und 3,5 Mio. (Creditreform Schuldneratlas, 2007) Haushalten bundesweit, mit steigender Tendenz. Das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA), das im Auftrag der Stadt Nürnberg Schuldner- und Insolvenzberatung für Nürnberg anbietet, geht von mindestens 41.000 erwachsenen Nürnbergern aus, die von Überschuldung betroffen oder bedroht sind. Das Projekt „Jugend-Konsum-Schulden“ will hier präventiv ansetzen. Jugendliche, die heute mit ihrem Geld nicht auskommen, sind die Schuldner von morgen.

Bereits im zweiten Jahr wurde die Projektwoche zur Jugendschuldenprävention durchgeführt. Diese Aktion ist ein gutes Beispiel für institutionsübergreifende Kooperation von ISKA – Schuldnerberatung, des Kreisjugendrings und des Jugendamtes mit Unterstützung aus Mitteln der Armutsprävention. In Vorträgen und Workshops richtet sich die Präventionswoche an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nürnberg, insbesondere in Ausbildung und in berufsvorbereitenden Maßnahmen, aber auch an Multiplikatoren in Jugendeinrichtungen und Schulen.

## Konzept ObDach: Neue Maßnahmen in der Obdachlosenhilfe

Ende 2007 waren in Nürnberg 1.360 Personen als obdachlos registriert, die wie folgt untergebracht waren:

Unterbringung	Personen
in städtischen Obdachlosenwohnungen	310 (140 Haushalte)
in Pensionen	ca. 600
in Heimen (Caritas, Heilsarmee, Großweidenmühlstraße)	350
in Wohnungen der Stadtmission	50
Wohnungslose ohne Obdach	ca. 50
<b>Summe</b>	<b>1.360</b>

Im Rahmen der vorbeugenden Obdachlosenhilfe führte die Fachstelle für Wohnungsfragen und Obdachlosigkeit im Jahr 2007 380 Beratungen durch, war in 997 Fällen mit Kündigungen und in 871 Fällen mit Klagen befasst. In 415 Fällen wurden mit einem Gesamtaufwand von ca. 375.000 Euro Mietrückstände übernommen und Obdachlosigkeit damit verhindert. Die Fachstelle wurde im Jahr 2007 über 516 Zwangsräumungen informiert, wovon 318 tatsächlich durchgeführt wurden.



*Der ehemalige Clubspieler und Nationaltorhüter Andy Köpke ist zu Gast beim „Cup der guten Hoffnung“.*

Mit dem Konzept „ObDach“ konnte am 15.03.2007 im Sozialausschuss ein Paket von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe vorgelegt und beschlossen werden.

Kernpunkte des Konzeptes sind:

- Bereinigung von Schnittstellen zwischen dem sozialpädagogischen Fachdienst des Sozialamtes (SFD) und dem Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes (ASD/J) sowie mit der ARGE Nürnberg.
- Intensive Kooperation mit der Wohnungswirtschaft und dem Haus- und Grundbesitzerverein: Ein „Runder Tisch“ wurde eingerichtet und im Juli erste Gespräche geführt.
- Ein teilstationäres Hilfsangebot im Haus Großweidenmühlstraße: Dieses Projekt wurde vom Kostenträger Bezirk Mittelfranken vorerst zurückgestellt. Die Fachstelle wird das Ziel weiter verfolgen.
- Das Thema „Sicherheit in Obdachlosenpensionen“ wird in Kooperation zwischen der Fachstelle und der Abteilung Prävention der Polizei Nürnberg bearbeitet. Im September fand eine Schulungsmaßnahme von Betreibern von Obdachlosenpensionen durch die Polizei statt. Den Betreibern wurden vor Ort Empfehlungen zur Erhöhung der Sicherheit gegeben. Die Umsetzung eines Projektes zum „Kontrollierten Trinken“ wurde eingeleitet.
- Einbindung von Freien Trägern in die Betreuung von Obdachlosenpensionen.
- Auflösung der Obdachlosensiedlung Regensburger Straße.
- Verringerung der Anzahl der in Pensionen untergebrachten Personen.
- Eine neue Pension mit dem Ziel „begleitetes Wohnen“ : Eröffnung der Pension in der Holzgartenstraße am 1.10.2007.

Zum dritten Mal wurde im Juni das große Fußballturnier der Obdachloseneinrichtungen, der „Cup der Guten Hoffnung“, ausgetragen. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Horst Förther kämpften acht Mannschaften um den begehrten Titel. Der ehemalige Bundestorwarttrainer, Nationaltorhüter und Clubspieler Andy Köpke konnte als Ehrengast gewonnen werden. Dies und die Veranstaltung insgesamt wird von den Mitwirkenden als besondere Wertschätzung und in der Öffentlichkeit insgesamt positiv wahrgenommen.

### Behindertenangelegenheiten als Querschnittsaufgabe



Im Sinne einer umfassenden Daseinsvorsorge und aufgrund der gesetzlichen Kostenträgerschaft für ambulante Eingliederungshilfen (bis 31.12.2007) ist das Sozialamt auch für die Angelegenheiten behinderter Menschen zuständig. Dies geschieht durch individuelle Beratung und Hilfe sowie durch strukturelle Vorkehrungen im Sinne einer barrierefreien Stadt.

In Nürnberg waren Ende 2006 rund 60.400 Personen nach SGB IX anerkannte Schwerbehinderte. Das sind 12,9 Prozent der Bevölkerung. 27,7 Prozent von ihnen, d.h. etwa 18.000 Personen, waren jünger als 60 Jahre.

(Schwer-)Behinderte Arbeitnehmer bzw. Arbeitsuchende sind sowohl bei der Arbeitssuche als auch bei der Arbeitsausübung benachteiligt, da der Arbeitsmarkt nicht durchgängig auf diesen Personenkreis eingestellt ist. Dadurch steigt ihr Armutsrisiko. Hauptursachen sind:

- Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Behinderung,
- Belastung der Lebenssituation durch höhere Aufwendungen,
- Entwicklungen bei der Beschäftigungspolitik.

Zur Förderung behinderter Kinder wurde ab August 2006 der Rahmenvertrag „Frühförderung“ umgesetzt, der Art und Umfang der Maßnahmen sowie die abrechnungsfähigen Leistungen festlegt und Zweifelsfälle im Rahmen der Eingliederungshilfen des Sozialamtes klärt.

Durch zunehmende Aufnahme behinderter Schülerinnen und Schüler in reguläre Schulen ist der Bedarf an nichtpädagogischen Unterrichtshelfern stark angestiegen. Begleitende Hilfen sind aber unabdingbar notwendig, um den Kindern den Besuch der Regelschulen zu ermöglichen. Da die Zahl mehrfach behinderter Kinder stark angestiegen ist, war und ist es daneben notwendig, auch in Förderschulen durch verstärkten Einsatz dieser Helfer den Unterricht sicherzustellen. Mangels anderer Kostenträger werden die Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe durch die Stadt Nürnberg getragen.

Ältere behinderte Menschen, vor allem solche, die bisher in Wohneinrichtungen für behinderte Menschen wohnten bzw. wohnen, haben im Alter andere Bedürfnisse als nichtbehinderte ältere Menschen. Es ist deshalb nicht möglich, auf die vorhandenen regulären Angebote für nichtbehinderte Menschen in Alten- und Pflegeheimen zu verweisen. Es müssen besondere Betreuungsmöglichkeiten für ältere behinderte Menschen außerhalb von Alten- und Pflegeheimen, Einrichtungen mit tagesstrukturierenden Maßnahmen und betreutes Wohnen angeboten werden.

Die gesellschaftliche Einbindung hängt von verschiedenen Faktoren ab. Behinderungen können entscheidende negative Einflüsse auf eine berufliche und soziale Einbindung haben. Treten noch kulturelle und sprachliche Barrieren hinzu, vervielfältigen sich die Probleme bei der Integration. Diesen Ursachen entgegenzuwirken ist außerordentlich schwierig und kann letztlich nur durch ein intensives Zusammenwirken der verschiedensten Anbieter von Integrationsleistungen erfolgen.

Ein Beispiel hierfür ist der „Türkisch-Deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen“ (TIM), der durch mehrgleisige Angebote den verschiedenen Problemen begegnen will. TIM wurde im Jahr 2007 auf Vorschlag von Referats V mit dem Sozialpreis 2007 der Bayerischen Landesstiftung in München ausgezeichnet.

### Ein Beitrag zur barrierefreien Stadt: „mobil in Nürnberg-online“ und das EU-Projekt ASK-IT

Das „Stadtbuch mobil in Nürnberg“ ist eine umfassende Orientierungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Im Mai 2005 erschien es erstmals in gedruckter Form. Das Konzept der Weiterentwicklung des Stadtbuches nunmehr als Online-Version sieht eine kooperative Umsetzung vor. Deshalb wurde die Integrationsfirma eines örtlichen Trägers der Behindertenarbeit, die „Netscouts gGmbH“, mit den Arbeiten beauftragt. Durch diese Kooperation wird die Integration von Menschen mit Behinderung auf zwei Ebenen gefördert: Integration in den Arbeitsmarkt durch Beschäftigung und Qualifizierung einerseits und Förderung der Integration durch Teilhabe am Leben in der Gesellschaft andererseits. Denn durch „mobil in Nürnberg-online“ werden Informationen über Zugänglichkeit und Ausstattung von Gebäuden gegeben, die der Mobilität mobilitätseingeschränkter Menschen dienen.

Das Projekt „mobil in Nürnberg-online“ ist zugleich mit dem EU-Projekt ASK-IT verbunden. Die aktualisierten, internetfähigen Datenbanken von „mobil in Nürnberg“ stehen als Testdaten für ASK-IT zur Verfügung. Im Projekt ASK-IT steht die Entwicklung moderner Mobilfunktechnik im Vordergrund, die mobilitätseingeschränkte Menschen im Alltag unterstützt. Das Projekt ist europaweit angelegt, und Nürnberg ist als einzige deutsche Stadt beteiligt.

Zur Umsetzung des Projekts wurde im März 2007 eine Auftaktveranstaltung, unter Einbeziehung der Träger der Behindertenarbeit, organisiert. Im Sozialausschuss und im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit wurde im September 2007 berichtet. Erste Ergebnisse aus beiden Projekten werden im Sommer 2008 präsentiert.

### Weiterentwicklung der Suchthilfe in Nürnberg: Tagung „Überleben in Drogenszenen“ und „Hart am Limit (HaLT)“

Alle eineinhalb Jahre wird in Nürnberg die überregional beachtete Fachtagung „Überleben in Drogenszenen“ durchgeführt. Vom 13. bis 15. Juni 2007 veranstalteten die mudra – Drogenhilfe, das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) und der Suchtbeauftragte der Stadt gemeinsam die elfte Konferenz mit Referenten und Fachpublikum aus Deutschland und den Nachbarländern. Die Konferenz mit mehr als hundert Teilnehmer(inne)n hatte die Schwerpunkte „Kontrollierter Drogenkonsum“, Vorstellung der Ergebnisse der Studien „Heroingestützte Behandlung“, „Kinder drogenkonsumierender Eltern“, „Drogenkonsum im öffentlichen Raum“. Im Zentrum der Veranstaltung standen aktuelle Handlungsansätze und die Diskussion von Praxiserfahrungen modellhafter Projekte.

In diesem Kontext ist auch der Modellversuch „Hart am Limit (HaLT)“ zu nennen (siehe Leitlinie 3).

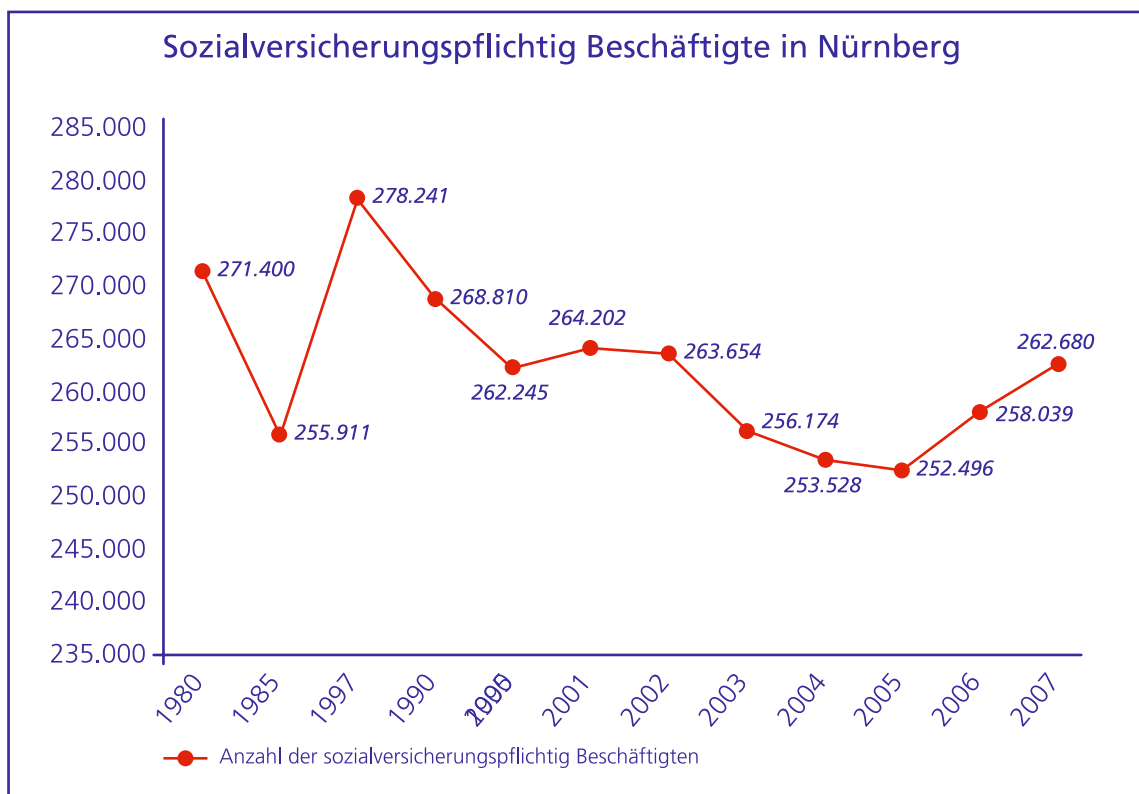
## 5. Kommunale Beschäftigungspolitik gestalten

Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe statt Arbeitslosigkeit – letztere oftmals verbunden mit gesellschaftlicher und persönlicher Isolation – gehören zu den wichtigsten Bezugspunkten für den einzelnen Menschen und für eine funktionierende Stadtgesellschaft. Die Gestaltung der kommunalen Beschäftigungspolitik umfasst folgende Ziele: Beschäftigungsfähigkeit herstellen (Qualifizierung), Ausbildung ermöglichen, Beschäftigung ermöglichen und Beschäftigung unterstützen.

Diese vier Ziele werden schwerpunktmäßig durch die ARGE Nürnberg, die Noris-Arbeit gGmbH (NOA), das Jugendamt, die Werkstatt für Behinderte (wfb) und weitere Kooperationspartner wie innerstädtisch das Schulreferat, die staatlichen Schulbehörden, die Industrie- und Handelskammer (IHK), die Handwerkskammer (HWK) oder Freie Träger umgesetzt.

### Beschäftigungssituation in Nürnberg

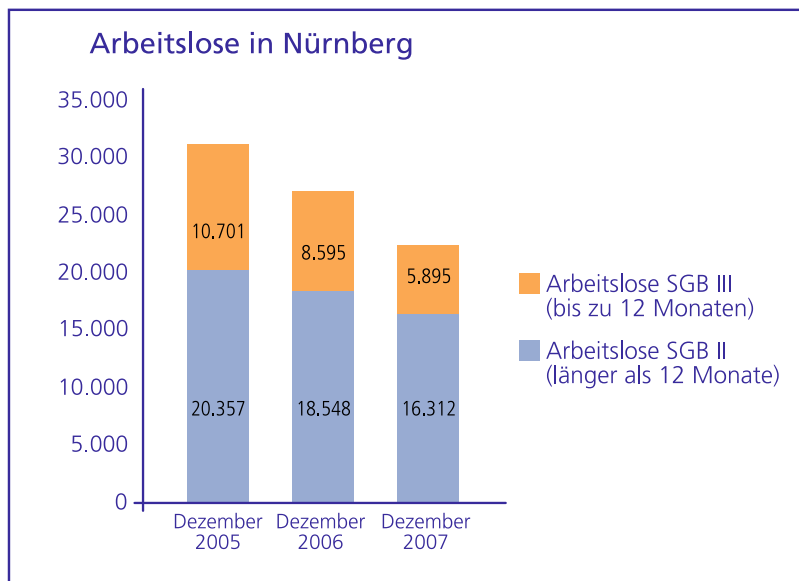
Nürnberg verzeichnet bei rund 502.000 Einwohnern etwa 357.000 Erwerbstätige im Bereich des Stadtgebietes, davon etwa 262.700 Personen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Noch 2005 waren es nur rund 252.500, 2006 dann 258.000 Personen.



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik.

Arbeitslos waren im Dezember 2007 im Stadtgebiet Nürnberg 22.207 Personen, die Arbeitslosenquote betrug 8,6 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. 16.312 Personen, das sind 73 Prozent dieser Arbeitslosen, waren länger als 12 Monate arbeitslos und stellen somit ARGE-Kunden dar (SGB II).





Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Der Ausbildungsmarktbericht der Arbeitsagentur Nürnberg für das Ausbildungsjahr 2006/2007 bilanziert eine „deutliche Steigerung der Ausbildungsstellen, aber unter dem Bewerberbedarf“: Im Gebiet der Hauptagentur Nürnberg standen 4.688 Berufsausbildungsstellen im September 2007 (4.299 im Vorjahresmonat) 4.986 gemeldete Bewerberinnen und Bewerber gegenüber (Vorjahr: 4.844). 256 Ausbildungsstellen waren im September 2007 unbesetzt, 226 Bewerberinnen und Bewerber unversorgt.

Der ARGE Nürnberg stand 2007 ein Integrationsbudget in Höhe von 39,5 Mio. Euro zur Verfügung.

## Beschäftigungsfähigkeit herstellen (Qualifizierung)

Zur Zielerreichung sind Maßnahmen etwa zur Sprachqualifizierung, Erwerb oder Nachholen von Schulabschlüssen, die Vermittlung von Arbeitstugenden oder der Erwerb notwendiger fachlicher Qualifikationen für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt erforderlich. Aktuell angeboten werden etwa Deutsch-Kurse für Personen mit Migrationshintergrund, Betriebliche Trainingsmaßnahmen, Trainingsmaßnahmen zur Alphabetisierung, das Nachholen von Hauptschulabschlüssen bzw. des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses, Motivationsstrainings für Suchtkranke, die sprachliche und berufliche Förderung nicht ausbildungsreifer Jugendlicher mit Migrationshintergrund und Aktivierungs- trainingsmaßnahmen für den Kundenbestand der ARGE.



Besonderer Schwerpunkt liegt auf der Heranführung junger Menschen an Ausbildung und Beschäftigung. In den Jugendwerkstätten der NOA, der AWO und des SOS-Berufsausbildungszentrums Nürnberg werden berufliche Orientierung durch Arbeit und Qualifizierung für jugendliche Arbeitslosengeld II-Bezieher geboten. Hier und in anderen Projekten, beispielsweise den NOA-Jugendprojekten „Beschäftigung und Orientierung für benachteiligte Jugendliche“ (BOB), „Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen“ (BvB), „Berufsvorbereitungsjahr in kooperativer Form“ (BVJ-k) und „Sprungbrett“, sollen jugendliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Beschäftigung befähigt und auf eine Berufsausbildung vorbereitet werden. Hierfür ist die Agentur für Arbeit bzw. die ARGE zuständig.



### Projektbeispiel: Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatz-Offensive für Jugendliche (Quapo)

Seit Februar 2003 führt die Noris-Arbeit (NOA) gGmbH das Projekt „Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive für Jugendliche der Südstadt“, kurz Quapo genannt, durch.

Mit Hilfe des Projektes werden Schüler der achten und neunten Klasse Hauptschule beim Erwerb des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses unterstützt und gleichzeitig

beim Übergang Schule/Beruf begleitet, möglichst durch die erfolgreiche Vermittlung in Ausbildung. In enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Hauptschulen nahmen bislang fast 400 Schülerinnen und Schüler an diesem Projekt teil, sehr viele von ihnen mit Migrationshintergrund. Im Jahr 2007 haben 90 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer den qualifizierenden Hauptschulabschluss bestanden, ebenso viele konnten in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden. Die Partnerschulen in der Südstadt sind die Hauptschulen Hummelsteiner Weg, Sperberstraße, Herschelplatz und Georg-Holzbauer-Schule.

Quapo umfasst die intensive Hinführung zum Schulabschluss in enger Abstimmung mit den Schulen ab dem Zwischenzeugnis der achten Klasse bis zu den Abschlussprüfungen. Ein individueller, der Realität angepasster Berufswegeplan wird mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam entwickelt. Betriebserkundungen, Bewerbungstraining und das Erlernen von Schlüsselqualifikationen findet statt. Zwischenergebnisse werden festgehalten und bilden die Grundlage der weiteren Entwicklung und Orientierung. Ziel ist ein Ausbildungsplatz. Ein ganzheitlicher Ansatz bezieht alle Lebensbereiche wie Schule, Berufsorientierung und Übergang Schule-Beruf sowie das persönliche Umfeld in den Förderprozess ein, um soziale Kompetenz zu fördern. Die intensive Einbindung der Eltern ist konzeptioneller Bestandteil.

Die Finanzierung erfolgt über die NOA bzw. über Mittel der Stadt Nürnberg und über den Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg. 2008 wird eine räumliche Ausdehnung von Quapo über die Nürnberger Südstadt hinaus vorgenommen.

### Ausbildung ermöglichen

Handlungsfelder sind hier „Qualifizierung durch Ausbildung“, „Ausbildungsunterstützende Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche“, „Übergänge organisieren und begleiten“ und „Verbesserung der Berufschancen durch Nachqualifizierung“. Adressaten sind in der Regel Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahre. Zentrale Anlaufstelle ist das Dienstleistungszentrum U 25 der ARGE Nürnberg. Zugeordnet sind verschiedene Maßnahmen.



ARGE-Jobmobil

## ARGE-Dienstleistungszentrum U 25

Eine abgeschlossene Ausbildung ist nach wie vor der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Damit möglichst viele junge Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung eine solche absolvieren können, wurde das Dienstleistungszentrum DLZ U25 der ARGE Nürnberg geschaffen. Es wurde am 6. Februar 2007 offiziell eingeweiht und hat sich als Ort bewährt, an dem jugendlichen Arbeitsmarktverlierern neue Chancen eröffnet werden. Kernelement des Dienstleistungszentrums ist der integrierte Beratungsverbund aus den Angeboten der ARGE, Jugendschuldnerberatung der ISKA, Jugendmigrationsdienst der AWO, Drogenberatung der mudra, Amt für Ausbildungsförderung der Stadt Nürnberg, Agentur „Familie & Beruf“ (Kinderhaus Nürnberg e.V.), externem Fallmanagement der NOA, Kompetenzagentur der Stadt Nürnberg und Berufsberatung der Agentur für Arbeit. Als niedrigschwellige Anlaufstelle fungiert das Jugend-Aktiv Café der AWO.



„Ausbildung direkt“ in Altenfurt.



Freudige Gesichter bei der Eröffnung des ARGE-Dienstleistungszentrums U 25.

Bestandteil ist auch das in einem Jugendprojekt gestaltete Jobmobil. Fachkräfte und jugendliche Projektteilnehmer sind dort unterwegs, wo sich Jugendliche aufhalten (Schulen, Treffs und Freizeiteinrichtungen). Nach dem Motto „Jugend coacht Jugend“ werden insbesondere diejenigen beraten, die von sich aus nicht den Weg in die ARGE Nürnberg gefunden haben. Mit den Kooperationspartnern werden dann geeignete Integrationsstrategien entwickelt.

Wegen der enormen Bedeutung eines erfolgreichen Schulabschlusses für eine Ausbildung übernahm das DLZ U 25 die Begleitung aller Grundsicherungsbezieher ab 15 Jahren, auch wenn sie als Schüler noch nicht in den Arbeitsmarkt einzugliedern sind. Dieses integrierte Modell findet bundesweit Beachtung und gilt als besonders innovativ und ergebnisorientiert.

## Maßnahmenpaket und Masterplan

Der Nürnberger Stadtrat beschloss im Februar 2006 ein umfangreiches Maßnahmenpaket Ausbildungsnot/Jugendsozialarbeit, mit dessen Umsetzung das Schulreferat und das Referat für Jugend, Familie und Soziales beauftragt wurden. Es enthält beispielsweise den Ausbau der außerschulischen Betreuung durch Schülertreffs/Horte und eine Ganztagesbetreuung für Hauptschüler, den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen und der Schulsozialpädagogik, die Einrichtung neuer Berufsfachschulklassen und die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen im Konzern Stadt Nürnberg. Die verschiedenen Maßnahmen wurden auch in 2007 konsequent weiterverfolgt und erfolgreich ausgebaut. Dieses Maßnahmenpaket wurde weiterentwickelt mit dem „Masterplan gegen Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Ausbildungsplätze“, beschlossen durch den Jugendhilfe- und Schulausschuss im März 2007. Er beschreibt als allgemeine Ziele, möglichst allen Schülern und Schülerinnen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln, möglichst viele Hauptschüler/innen zu einem möglichst hohen Schulabschluss zu führen (mittlerer Schulabschluss, qualifizierender Hauptschulabschluss, Hauptschulabschluss), die Übertrittsquoten auf die Realschulen und Gymnasien zu verbessern und zu verhindern, dass Schülerinnen und Schüler die Schule vorzeitig und ohne Abschluss verlassen. Der



Masterplan, der sich vor allem auf die Situation der Hauptschülerinnen und Hauptschüler und deren zukünftige Ausbildungsperspektiven konzentriert, gliedert sich in drei Handlungsbereiche:

1. Übergangmanagement: Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife – Ausbau von Beratung, Begleitung, Elternarbeit und Vermittlung an Hauptschulen und für Hauptschüler/innen.
2. Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen, Stärkung der Ausbildungsreife der Jugendlichen nach der Hauptschule.
3. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung von Berufschancen; Zielgruppe: nicht mehr schulpflichtige junge Menschen bis 30.

In diesen Handlungsfeldern werden laufende und geplante Maßnahmen systematisiert, einschließlich einer Beschreibung der durchführenden städtischen Einrichtungen und externen Kooperationspartner. Der Masterplan stellt eine neue Qualität in den beschriebenen Handlungsbereichen dar. Viele der im Masterplan benannten Maßnahmen wurden im Jahr 2007 erfolgreich weiterentwickelt oder erstmals angestoßen.

### Maßnahmen zum Übergang in Ausbildung

Die Jugendwerkstätten der NOA, des SOS-Berufsausbildungszentrums Nürnberg und der AWO bieten berufliche Orientierung durch Arbeit und Qualifizierung für Jugendliche und junge Erwachsene. So verhalf beispielsweise die ARGE Nürnberg im Jahr 2007 ca. 500 Leistungsbeziehern zu einem Platz in einer der Jugendwerkstätten.



Der Berufsorientierung dienen Maßnahmen wie die erfolgreichen Projekte „Ausbildung direkt“ des kommunalen Kinder- und Jugendhauses Altenfurt oder das Projekt „Jobdating – Lerne deinen Traumberuf kennen“.

Die Jugendsozialarbeit an Schulen richtet sich an junge Menschen, die durch ihr Verhalten, insbesondere durch erhebliche erzieherische, psychosoziale und familiäre Probleme, Schulverweigerung, erhöhte Aggressivität und Gewaltbereitschaft auffallen, deren soziale und berufliche Integration aufgrund von individuellen und/oder sozialen Schwierigkeiten sowie aufgrund eines Migrationshintergrundes erschwert ist. Sie kooperiert dabei eng mit den Schulen und der Schulverwaltung. Die Angebote an den Schulen umfassen beispielsweise die Beratung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei schulischen, familiären und persönlichen Problemen, in Konflikten und Krisensituationen mit der Zielrichtung einer sozialen Integration oder die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei der beruf-

lichen Orientierung. Einzelmaßnahmen sind beispielsweise Beratung über berufliche Möglichkeiten, Bewerbungstraining, die Kooperation mit relevanten Partnern für die Berufsfindung wie Agentur für Arbeit, ARGE oder Ausbildungsfirmen und die Kooperation und Vernetzung mit Einrichtungen und Beratungsstellen im Stadtteil. Gegenwärtig sind an zehn Hauptschulen in Nürnberg Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter eingesetzt. Das Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit an Schulen wird auch 2008 weiter ausgebaut.

Jugendsozialarbeit an Schulen in Nürnberg ist in die präventive Angebotsstruktur der Jugendhilfe fest integriert, sie vermittelt hin zu den Angeboten der Jugendarbeit, der Förderung der Erzie-

hung in der Familie, der Förderung von Kindern in Tagesstätten, der Familienbildung und -beratung, den Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendsozialarbeit und niedrigschwelliger Beratungsangebote, die die Eigenverantwortung der jungen Menschen und die Erziehungsfähigkeit der Familie unterstützen.



Das Projekt „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, eine Maßnahme des Jugendamtes Nürnberg in Kooperation mit dem Schulreferat und dem Staatlichen Schulamt, versucht Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen, die sich von der Schule losgesagt haben oder „Ausstiegsverhalten“ zeigen, wieder in die Regelschule zu integrieren. Dies erfolgt durch individuelle Begleitung der Schülerinnen und Schüler, eine intensive Eltern- und Familienarbeit, die Organisation eines Ganztagesangebotes und die Koordination eines Netzwerkes vor Ort.

Die beiden Projekte „Future Guides“ und „Kompetenzagenturen“ zielen ebenfalls auf die berufliche und soziale Integration von benachteiligten Jugendlichen ab. Auf Grund dieser inhaltlichen Nähe wurde das Projekt „Future Guides“

zum 1. Januar 2008 in die Kompetenzagentur Nürnberg integriert und wird seither unter Trägerschaft der NOA weitergeführt.

Die Kompetenzagentur hat eine Beratungs- und Lotsenfunktion zur „passgenauen“ beruflichen und sozialen Integration besonders benachteiligter junger Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren aus verschiedenen Stadtgebieten. Merkmale sozialer oder individueller Benachteiligung spiegeln sich beispielsweise in einem schlechten oder nicht vorhandenen Schulabschluss, Schulabbruch, Haftererfahrung, Migrationshintergrund, familiären Problemen, Entwicklungs- oder Persönlichkeitsstörungen, Lernbeeinträchtigung oder allen Arten von Suchtverhalten in den Biographien der jungen Menschen wider. Die Kompetenzagentur tritt mit ihren Angeboten nachrangig und ergänzend auf und soll dabei insbesondere die Jugendlichen an Integrations- und Qualifizierungsangebote heranführen sowie die Gruppen von Jugendlichen erschließen, die von den bisherigen Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten nicht erreicht werden oder sich diesen entziehen.

Die Adressaten der „Future Guides“, also sozialpädagogischer „Lotsen“, sind Hauptschüler/-innen (vorrangig 7. - 9. Klasse), Jugendliche in Maßnahmen der Jugendberufshilfe, Berufsschüler/-innen, Lehrstellenabbrecher, arbeitslose Jugendliche und Jugendliche, die sich bisher den Angeboten der Agentur für Arbeit und/oder der ARGE entzogen haben. Die Aufgaben der „Future Guides“ liegen schwerpunktmäßig in der Beratung und intensiven Begleitung/Betreuung von Jugendlichen; Unterstützung und Hilfe bei der beruflichen Orientierung, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche in Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern, mit Maßnahmenträgern der Jugendberufshilfe, Agentur für Arbeit und ARGE; Entwicklung und Durchführung schul- und berufsbezogener Maßnahmen und Angebote, wie z.B. Lerngruppen, Qualikurse, Hausaufgaben-







hilfe, Bewerbungstrainings; Kooperation und Vernetzung mit Kammern, Innungen und (Ausbildungs-)Betrieben u.ä., sowie Akquise von Ausbildungsstellen. Die Future Guides konnten im Jahr 2007 ca. 300 Kontakte zu jungen Menschen herstellen.

Besonderes Augenmerk wurde im Jahr 2007 bei der ARGE auf die Vermittlung in Ausbildung gelegt, die die ARGE Nürnberg in diesem Jahr allein verantwortlich für ihre Kunden übernahm. So konnten 2007 ca. 850 Vermittlungen in Ausbildung registriert werden; das entspricht einer Steigerung zum Vorjahr von fast 50 Prozent. Dabei wurde fast ein Drittel der Ausbildungen von Menschen begonnen, die bereits älter als 24 Jahre sind.

Die zweite Jugendkonferenz der ARGE Nürnberg am 16. Juli 2007 stand unter dem Motto „Migration – Integration – Isolation“. Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung, Praxis und Politik sowie betroffene junge Menschen diskutierten, wie der Teufelskreis aus fehlendem Schul- und Berufsabschluss und mangelnden Jobaussichten gerade für die zwei Drittel der jungen Grundsicherungsempfänger unterbrochen werden kann, die einen Migrationshintergrund haben.

Im Projekt „Plus 100“, einem Kooperationsprojekt zwischen ARGE, NOA und Kreishandwerkerschaft, sind 100 „Altbewerber“, also Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren, die bisher keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und im Leistungsbezug der ARGE stehen, in ein Ausbildungsverhältnis eingetreten. Der Ausbildungsbetrieb erhält nach Unterzeichnung des Vertrags 5.000 Euro und nach Abschluss der Ausbildung weitere 2.000 Euro. Einen ähnlichen Erfolg hatte die ARGE Nürnberg mit dem Programm „Aktiv in Ausbildung“. Gemeinsam mit der IHK und der HWK wurden 50 bisher unversorgte Altbewerber des Ausbildungsjahres 2007 in eine Ausbildung vermittelt (Stand Februar 2008).

Mit einer Verbundausbildung hat die Stadt Nürnberg für schwächere Schulabgänger zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen. Dazu wurden im Verbund zwischen NOA, der Stadt Nürnberg und weiteren Partnern 40 zusätzliche Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen, kaufmännischen und gastronomischen Bereichen geschaffen. Die Ausbildungskosten teilen sich die ARGE Nürnberg (60%) und die Stadt Nürnberg (40%).

Allein durch diese genannten Maßnahmen wurden für vorher unversorgte Altbewerber fast 200 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.



## Beschäftigung ermöglichen

Diesem Ziel sind die Handlungsfelder „Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt“ und „Institutionalisierung eines öffentlich organisierten und finanzierten Arbeitsmarktes“ zugeordnet.

2007 konnte sich der ARGE Vermittlungsservice AVS etablieren; dieser Spezialdienst arbeitet mit einer Doppelstrategie: einerseits die bewerberorientierte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, andererseits die Akquise von Arbeitsstellen und Betriebspraktika. Von 1.100 betreuten Kunden konnte fast die Hälfte integriert werden; zudem wurden 500 durch den ARGE-Kundenkreis besetzba-

re sozialversicherungspflichtige und 350 geringfügige Stellen aufgenommen. Zusehends gelingt der sehr wichtige persönliche Vertrauensaufbau zu den Arbeitgebern, die die ARGE Nürnberg verstärkt als bedeutenden Akteur auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen. Die ARGE Nürnberg ist bei den Vermittlungen in den Arbeitsmarkt gut aufgestellt. Unter zwölf strukturell vergleichbaren Städten in Westdeutschland erreichte die ARGE Nürnberg bei der Reduzierung der Hilfebedürftigkeit sowie bei den Integrationen sowohl insgesamt als auch bei den unter 25-Jährigen Rang 3. Integrationen in den Arbeitsmarkt ermöglichen jedoch keinesfalls immer auskömmliche Einkommen\*.

Insgesamt werden durch die ARGE 28.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige in drei Regionen beraten, im Süden in der Platenstraße, im Norden in der Fichtestraße und im Westen in der Nicolaistraße. Von insgesamt 38.500 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen stehen fast 10.000 berechtigt dem Arbeitsmarkt nicht zu Verfügung, etwa aus Altersgründen (3.700), weil sie ein Kind unter drei Jahren betreuen (3.300), zur Schule gehen oder sonstige Gründe (2.900) haben.

Da ein Achtel der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bereits erwerbstätig ist, sind noch rund 24.000 Kunden in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Fast ein Fünftel von ihnen nimmt an Integrationsmaßnahmen teil. Das Integrationsbudget der ARGE Nürnberg betrug 2007 39,5 Millionen Euro. Etwas über die Hälfte der Eingliederungsmittel wurden für berufliche Qualifizierungen und 15 Prozent für direkte berufliche Integration aufgewandt. Der Rest (ein Drittel) wird für den Marktersatz benutzt; hierunter fallen relativ kurzfristige Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ein Teil der Langzeitarbeitslosen ist zwar erwerbsfähig, hat aber keine Chancen im ersten Arbeitsmarkt. Da diese Personen stabilisierende Strukturen benötigen, wurde in Zusammenarbeit mit dem Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg und der NOA der „Bürgerservice“ eingerichtet und Ende des Jahres mit 100 SGB II-Kundinnen und Kunden gestartet. Hier entstehen Beschäftigungsmöglichkeiten für zumindest ein volles Jahr mit Verlängerungsoption.

Im Sommer 2007 nahm die „Musikwerkstatt“ der NOA in Kooperation mit der ARGE Nürnberg und dem Kulturzentrum Z-Bau die Arbeit auf. Bis zu 50 Musiker, überwiegend aus Osteuropa zugewandert, bilden Ensembles verschiedener Musikrichtungen. Sie treten vor allem in Altenheimen, Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen auf. Die Musiker werden so gefördert, dass sie sich künftig selbst vermarkten können, um die Hilfebedürftigkeit zu mindern.

Ebenfalls seinen Betrieb aufnehmen konnte im Jahr 2007 das NOA-Dienstleistungszentrum Nordostbahnhof in der Saalfelderstraße mit Büro- und Schulungsräumen. Das Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier wurde dadurch verbessert. Die NOA betreibt dort seit längerem ein Jobhilfebüro, einen „Tante-Emma-Laden“ und eine Nachbarschaftswerkstatt. Außerdem bietet sie hauswirtschaftliche Dienstleistungen an. Im Jahr 2004 erhielt das Projekt bereits die bundesweite Auszeichnung „Preis Soziale Stadt.“

Das 2007 zu Ende gegangene Projekt „50 Plus – Erfahrung zählt“ wurde in modifizierter Form neu aufgelegt. Im regionalen Netzwerk für Unternehmen und Arbeitssuchende ab 50 „Pakt 50 für Nürnberg und Fürth“ sind die ARGE Nürnberg, die ARGE Fürth Stadt, die NOA, das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb), das Berufliche Fortbildungszentrum der Bayerischen Wirtschaft (bfz-Nürnberg), die Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung (aqua) und das Institut für Aus- und Weiterbildung (IAW) beteiligt.



OB Dr. Ulrich Maly und Staatssekretär Karl Freller bei der Eröffnung des NOA-Dienstleistungszentrums.

\*Siehe auch Leitlinie 4.

Die NOA wurde von der ARGE Nürnberg für weitere drei Jahre mit der Verwaltung der Zusatzjobs beauftragt. Im Jahr 2007 traten insgesamt 3.032 Personen einen Zusatzjob an, zum Jahresende waren 1.543 Personen in einer Maßnahme. Die im monatlichen Durchschnitt rund 1.240 Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-M, auch „1-Euro-Jobs“ genannt) wurden auch 2007 qualifiziert, um ihre berufliche Wiedereingliederung zu fördern, die Produktivität in der Arbeit zu stärken und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Das Kursangebot vermittelt zu jedem Arbeitsgebiet arbeitsmarktnahe Kenntnisse und Fähigkeiten, in den Tätigkeitsfeldern Büro/ Verwaltung/ Verkauf, Stadtwacht und Parkaufsicht, Hotel- und Gaststättengewerbe, Garten und Landschaftsbau und gewerblich-technische Berufe. Eine bereichsübergreifende Qualifizierung, z.B. in EDV, Erster Hilfe oder Kommunikation, rundet das Angebot ab. Bewerbungscoaching ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer obligatorischer Bestandteil. Das Qualifizierungsprogramm wurde mit den Partnern AWO Nürnberg, BRK, Caritas und Stadtmission umgesetzt. 2007 nahmen 1.331 Personen an insgesamt 133 Seminaren der AGH-Akademie teil.



Arbeitsplätze und damit Integration in den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung bieten die Werkstätten für Behinderte in unterschiedlicher Trägerschaft, darunter auch die Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH.

### Beschäftigung unterstützen

Arbeit- und ausbildungssuchende Menschen benötigen Unterstützung in Form einer beschäftigungsfördernden sozialen und bildungspolitischen Infrastruktur, sie benötigen unter Umständen Hilfe bei der sozialen Stabilisierung und bei der Be-

wältigung des Alltags. Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – haben daher Anspruch auf so genannte flankierende Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit. Dabei handelt es sich um die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen; die Schuldnerberatung, die Suchtberatung und die psychosoziale Betreuung. Für die Bereitstellung und Finanzierung dieser Aufgaben ist die Stadt Nürnberg zuständig. Sie arbeitet dabei mit der ARGE, den Einrichtungen und Diensten der freien Träger eng zusammen. Diese bieten ihre Beratung auch in den Standorten der ARGE und im Dienstleistungszentrum U 25 für Jugendliche unter 25 Jahren an.

### Kinderbetreuung

Die Stadt Nürnberg muss entsprechende Angebote der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern aller Altersgruppen vorhalten und die zeitliche Erreichbarkeit dieser Angebote an die Erfordernisse flexibler Arbeitszeiten z.B. in Dienstleistungsberufen anpassen, um allen Elternteilen die Aufnahme oder Weiterführung einer beruflichen Tätigkeit zu ermöglichen.

Das Jugendamt der Stadt Nürnberg übernimmt die Betreuungskosten für Kinder von SGB II-Beziehern. Die Agentur Familie & Beruf des Kinderhaus Nürnberg e.V. dient ihnen als zentrale Anlaufstelle in Fragen der Kinderbetreuung. Sie vermittelt Plätze in enger Kooperation mit der ARGE Nürnberg und den Tageseinrichtungen. Die Stadt Nürnberg finanzierte die Kinderbetreuung im Rahmen des SGB II im Jahr 2007 in Höhe von 5,3 Mio. Euro.

### Schuldnerberatung

Die Schuldnerberatung in Nürnberg wird vom Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) durchgeführt<sup>5</sup>. Überschuldete erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten seit Anfang November 2006 in den Außenstellen der ARGE zeitnah eine Basisberatung. Sie soll zunächst ökonomische Krisensituationen auflösen, die Klienten motivieren, ihre Schuldsituation anzugehen, und die Aufnahme einer Arbeit ins Blickfeld rücken. Sind vertiefende Beratungen nötig, werden diese in den Räumen des ISKA fortgeführt. Insgesamt wendete die Stadt Nürnberg im Jahr 2007 für die Basis- und Aufbauberatung im Rahmen des SGB II 400.000 Euro auf.

### Psychosoziale Betreuung und Suchtberatung

Zur psychosozialen Betreuung gehören z.B. Beratung, Unterstützung, Vorbereitung von Kontakten und die Begleitung zu sozialen Diensten. Mit differenzierten Hilfearten je nach dem individuellen Bedarf können persönliche Defizite überwunden werden, die Hemmnisse für das Arbeitsleben und die Einstellung und Motivation zur Arbeit sind, und Fähigkeiten gestärkt werden, die zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit führen. Durch die psychosoziale Betreuung soll die Fähigkeit zur Selbsthilfe verstärkt werden.

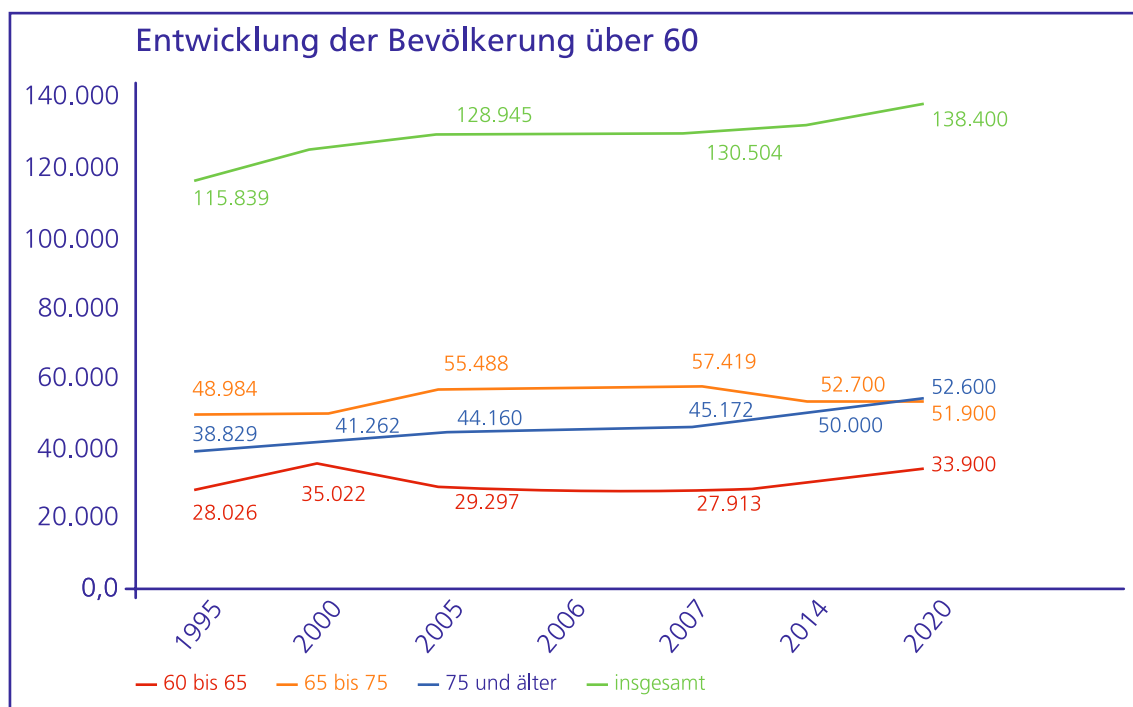
Die psychosoziale Beratung übernimmt einerseits die ARGE im Fallmanagement, andererseits der Sozialpädagogische Fachdienst des Sozialamtes (für Haushalte ohne Kinder und Jugendliche) und der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes (für Haushalte mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 21). Die Leistungen sind unter anderem akute Krisenhilfe bei Erwachsenen, Beratung bei häuslicher Gewalt, Intervention im Gesundheits- und Hygienebereich, Mitwirkung im Rahmen des Betreuungsgesetzes, vorbeugende Obdachlosenhilfe, Obdachlosenhilfe bei Zwangsräumung, Abschluss von Unterbringungsvereinbarungen und Leistungen zur Deckung erzieherischer Bedarfe in Familien. Die Stadt Nürnberg wendete im Jahr 2007 für die psychosoziale Betreuung der SGB II-Bezieher 467.000 Euro auf.

Die Suchtberatungsstellen in Nürnberg (Suchthilfezentrum der Stadtmission, mudra e.V., Lilith e.V., PSB Caritas Nürnberg) arbeiten auf der Basis einer Kooperationserklärung eng mit der ARGE zusammen. Die Kooperationspartner führen Fortbildungen in der Suchthilfe durch und schulen die Beschäftigten der ARGE, wie Sucht erkannt werden kann. Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es zwischen den Suchtberatungsstellen und dem Dienstleistungszentrum U 25 der ARGE. Die Kosten für die Suchtberatung werden direkt vom Bezirk Mittelfranken getragen.

<sup>5</sup> Vgl. Leitlinie 4.

## 6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten

### Ziele der Seniorenpolitik und -arbeit



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik; eigene Darstellung.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen schrumpft in Nürnberg die Einwohnerzahl zwar nicht, aber die Bevölkerung altert – wie in allen entwickelten Industriegesellschaften. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten bedeutet, sich auf folgendes einzustellen:

- 26 Prozent der Bevölkerung sind 60 Jahre und älter. 20 Prozent sind 65 Jahre und älter.
- Die Zahl der über 75-Jährigen steigt überproportional an. Für die Zunahme der über 60-Jährigen bis 2020 um 9.100 Personen ist zu 93 Prozent der Anstieg des Anteils der über 75-Jährigen verantwortlich.
- 95 Prozent der über 60-Jährigen leben in der eigenen Wohnung. 45 Prozent der Seniorenhaushalte sind Einpersonen- und 41 Prozent Zweipersonenhaushalte. Auch bei den über 80-Jährigen wohnt nur ein Fünftel im Heim.
- Ende 2005 lebten nach Begutachtung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung in Bayern 11.524 pflegebedürftige Menschen in Nürnberg, 9.570 davon sind 65 Jahre und älter, 7.710 75 Jahre und älter. Die Bedarfsermittlung nach § 69 AGSG für die Stadt Nürnberg geht von einem Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen über 65 auf knapp 10.000 bis zum Jahr 2020 aus. Der Großteil von ihnen, nämlich 9.100 Personen, wird 75 Jahre und älter sein.
- Nur 8 Prozent der über 50-Jährigen können sich bei Pflegebedürftigkeit eine Unterbringung in einem klassischen Pflegeheim überhaupt vorstellen. Auch bei Pflegebedürftigkeit wollen alte Menschen zunehmend in der eigenen Wohnung verbleiben.



- Insbesondere bei den hochaltrigen Menschen ab 80 Jahren nehmen demenzielle Erkrankungen und körperliche Hilfs- und Pflegebedürftigkeit deutlich zu. Ab dem 60. Lebensjahr verdoppelt sich alle fünf Jahre das Risiko, an Alzheimer zu erkranken.
- Gleichzeitig ist im Durchschnitt der Gesundheitszustand der älteren Generation besser denn je. Die verlängerte Lebenszeit ist somit verbunden mit einem wachsenden Potenzial für ein aktives selbstbestimmtes Leben im Alter.

Aus diesen Fakten leitet sich die Seniorenpolitik fast zwangsläufig ab. Ziel ist es, älter werden den Menschen ein langes Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Ist dies nicht mehr möglich oder nicht mehr sinnvoll, so muss eine ausreichende Zahl an stationären Plätzen mit einer bedarfsgerechten Qualität der Versorgung und der Pflege zur Verfügung stehen.

In Nürnberg gibt es (Stand Ende 2007) 54 Alten- und Pflegeheime mit insgesamt 5.357 Plätzen, davon 975 (rund 18 Prozent) in den städtischen Heimen des NürnbergStift. 98 ambulante Pflegedienste haben einen Versorgungsvertrag mit der Pflegekasse geschlossen.

Da Einsamkeit und Isolation – zu Hause und im Heim – gesellschaftliche Teilhabe verhindern und die Gefahr von Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit erhöhen, ist aber das bloße Verbleiben in der eigenen Wohnung oder ein Heimplatz zu wenig. Es gilt, darüber hinaus Rahmenbedingungen und präventive Angebote zu fördern, welche die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und körperliche und geistige Aktivität bis ins hohe Alter entsprechend der jeweiligen Möglichkeiten und Bedürfnisse stimulieren. Dazu tragen 17 Seniorentreffs und rund 270 ehrenamtlich geleitete Altenclubs bei.

Das Seniorenamt übernimmt für die Stadt Nürnberg ein breites Aufgabenspektrum der „kommunalen Daseinsfürsorge“ für ältere Menschen. Dazu gehören zum Beispiel:

- Neutrale Beratung von rat- und hilfesuschenden Senioren und ihren Angehörigen, Einrichtungsträgern und Investoren im persönlichen Gespräch (rund 2500 Beratungsgespräche pro Jahr), durch Informationsmaterial im Internet und in gedruckter Form;
- Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch die Organisation eines 80-köpfigen ehrenamtlichen Besuchsdienstes für einsame, zu Hause lebende ältere Menschen
- Unterstützung der rund 270 ehrenamtlich geleiteten Nürnberger Seniorenclubs und -tagesstätten;
- Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 1,1 Mio. Euro. Dabei werden häusliche Pflegedienste mit 750.000 Euro, die präventive offene Seniorenarbeit der verschiedenen Träger mit 200.000 Euro und die Arbeit einzelner Träger (Zentrale Anlaufstelle Pflege und der Verein Angehörigenberatung) mit insgesamt 150.000 Euro unterstützt;
- Betrieb der Seniorentreffs Heilig-Geist und Bleiweiß.
- Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen (z.B. Weihnachtsgala, Sommerkonzert) mit insgesamt mehr als 20.000 Besucherinnen und Besuchern jährlich sowie von Bildungsveranstaltungen, z.B. Vortragsreihe „So ist(s) Recht“ zu Rechtsfragen im Alter oder die Nürnberger Seniorentage;
- Stellungnahmen zu Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen
- fachliche Unterstützung des Magazins „sechs+sechzig“.

Es sind dies dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Angebote und Maßnahmen zur Unterstützung von Bürgern, Einrichtungsträgern und Kooperationspartnern, die für diese oft unentbehrlich sind. Über diese „regelmäßigen“ Aktivitäten hinaus wurden 2007 spezifische Schwerpunkte gesetzt und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Seniorenarbeit betrieben.

## Sensibilisierung für die Belange Älterer und die Gestaltung des Älterwerdens

### Nürnberger Demografieforum 2007

Da Seniorenpolitik nicht nur eine Sparte der Sozialpolitik, sondern auch eine Querschnittaufgabe ist, wirken Seniorenamt und Stadt seniorenrat auf alle Bereiche des kommunalen Geschehens – von der Stadtentwicklungs- und Wohnungs- über die Verkehrs- und Wirtschafts- bis zur Freizeit-, Bildungs- und Kulturpolitik – ein, die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen stärker als bisher zu berücksichtigen.

Um Antworten auf die Fragen zu finden, die sich in einer alternden Stadtgesellschaft für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Wirtschaft, Freizeit, Sport, Kultur sowie für die Beratungs-, Versorgungs- und Pflegeinfrastruktur stellen, wurde mit einer neuen Veranstaltungsreihe begonnen. Thema des ersten „Nürnberger Demografieforums“ war: „Am liebsten zu Hause alt werden – wie ist das zu schaffen?“ Es konnten anhand von Nürnberger, aber auch von bundesweiten Beiträgen und Beispielen Wege gezeigt werden, wie trotz altersbedingter gesundheitlicher und sozialer Einschränkungen ein selbstbestimmtes Leben zwischen angestammter Häuslichkeit und stationärer Vollversorgung organisiert werden kann.

#### Themen des ersten Demografieforums 2007 waren:

- Was bedeutet „nachlassende Gesundheit im Alter“ und was folgt daraus für die Infrastruktur? (Prof. Dr. Cornel Sieber, Nürnberg)
- Häusliche Versorgung zwischen angestammter Wohnung und „Ambulantisierung“ stationärer Einrichtungen (Dr. Konrad Hummel, Augsburg)
- Ansätze und Perspektiven für wohnungsnah Netzwerke und Fallbegleitung in Nürnberg (Walburga Dietl, Nürnberg)
- Quartierbezogene präventive Netzwerke: Ansätze und Perspektiven für wohnungsnah Netzwerke in Nürnberg (Dr. Thomas Gunzelmann, Nürnberg)
- Innovative Beispiele aus anderen Städten:
  - Aktive Gesundheitsförderung im Alter (Dr. Jennifer Anders, Hamburg)
  - Betreutes Wohnen zu Hause (Sabine Wenng, München)

Zukünftig soll in Kooperation von Seniorenamt und Stadt seniorenrat jährlich ein solches Forum stattfinden. Es verdeutlicht zusammen mit den anderen Angeboten, dass Nürnberg den demografischen Wandel nicht als Gefahr, sondern als Chance begreift und diese Veränderungsprozesse mit einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik konstruktiv und kreativ gestaltet.

### Tag der offenen Tür der Stadt Nürnberg, Schwerpunktveranstaltung am 14. Oktober 2007

Älter werden geht alle an, und je frühzeitiger man vorsorgt, desto besser sind die Chancen, das Alter gesund und körperlich und geistig fit zu erleben. Deswegen stand die Schwerpunktveranstaltung des „Tags der offenen Tür“ der Stadt Nürnberg unter dem Motto „Fit in jedem Alter – fit bis ins Alter“. Gemeinsam mit dem SportService und dem Presseamt wurden auf und rund um den Nürnberger Hauptmarkt die vielfältigen Möglichkeiten für eine aktive Vorsorge gezeigt. Mehr als 40 Verbände, Sportgruppen und -vereine, Selbsthilfegruppen und Institutionen trugen hierzu bei und präsentierten Tänze und andere sportliche Aktivitäten, Musik, Informationen rund um die Gesundheit, Gedächtnistests und Untersuchungen der Gehsicherheit, Möglichkeiten zur gesunden Gestaltung der Freizeit und für eine aktive Teilhabe am Leben. Auch ein Modell eines speziell für ältere Menschen entwickelten Bewegungs- und Trainingsgeräts für die Förderung von Kraft, Beweglichkeit und Gleichgewicht wurde vorgestellt. Solche Geräte werden in Nürnberg an verschiedenen öffentlichen „Senioren-Aktiv-Plätzen“ aufgestellt, um zur Bewegung zu animieren. Die Schwerpunktveranstaltung auf dem Hauptmarkt wurde von rund 35.000 Menschen besucht.



### „Aktiv und fit ab 50“ und weitere Veröffentlichungen

Regelmäßige körperliche Bewegung und Sport gehören zu den effektivsten gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen, die bis ins höchste Alter wirksam sind. Auch wenn dies im Grundsatz den meisten (auch älteren) Menschen bekannt ist, fehlt es oft an Wissen über geeignete Sportarten oder Sportangebote für Senioren. Gemeinsam mit dem SportService hat das Seniorenamt deshalb die Broschüre „Aktiv und fit ab 50 – Bewegungs- und Sportangebote für ältere Menschen in Nürnberg“ herausgegeben. Sie enthält die Anlaufstellen für mehr als 50 Bewegungsformen (z.B. Fitness, Gymnastik, Tanzen, Krafttraining, Schwimmen, Wandern). Dabei wird unterschieden zwischen Sportangeboten für Neubeginner oder Ältere, die längere Zeit nicht aktiv waren, für Sportlerfahrene und für ältere Menschen mit Handicaps. Durch diese Informationsbroschüre soll der Weg geebnet werden, um bei Interesse die geeignete Sportform und entsprechende Anlaufstellen in Nürnberg schnell herauszufinden.

Erstmals produzierte das Seniorenmagazin sechs + sechzig neben den regulären vier Ausgaben ein thematisches Sonderheft „Wohnen“, das im Juli erschien und schon sehr bald vergriffen war. Gemeinsam mit der Kriminalpolizei hat der Stadtseniorenrat eine Broschüre zum Thema „Wichtige Tipps beim Umgang mit Geld“ herausgegeben.



### Alzheimer Kampagne 2007: „Alzheimer tanzt“

Das Seniorenamt war im Rahmen der „Alzheimer Kampagne“ Kooperationspartner bei der Veranstaltung „Alzheimer tanzt“. Damit sollte gezeigt werden, dass trotz der schweren Erkrankung auch Lebensfreude, Miteinander und Aktivität möglich sind. Die Kampagne wurde vom 30.3. – 21.9.2007 von der Alzheimer Gesellschaft Mittelfranken, der Angehörigenberatung Nürnberg e.V. und dem Bezirk Mittelfranken initiiert. Sie hatte zum Ziel, die Öffentlichkeit für diese insbesondere bei Älteren weit verbreitete Erkrankung zu sensibilisieren, auf die Bedürfnisse der erkrankten Menschen und ihrer Angehörigen aufmerksam zu machen und sie aus der häufig erlebten sozialen Isolation herauszuholen, Berührungängste abzubauen und über

Hilfs- und Betreuungsangebote zu informieren.

### Förderung der Selbständigkeit – verbesserte Zugänge zu Informationen

Man muss gut informiert sein, um selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können. Angebote, Dienstleistungen und gesetzliche Rahmenbedingungen der Altenhilfe sind aber meist sehr komplex und für viele Betroffene unüberschaubar geworden. Durch Information und Beratung des Seniorenamtes wurden die „Markttransparenz“ und die Zugangswege zu einschlägigen Angeboten für Seniorinnen und Senioren verbessert. Ende 2007 erschien daher der 100-seitige „Leitfaden für Senioren“, die kostenlose Basisinformationsbroschüre, in der seit 2000 dritten aktualisierten Ausgabe.

Durch die Vortragsreihe „So ist(s) Recht“, die das Seniorenamt gemeinsam mit dem Stadtseniorenrat und in Kooperation mit der Rechtsanwaltskammer Nürnberg durchführt, erhielten ältere Menschen fachlich fundierte Informationen über notwendigen Versicherungsschutz für Ältere, Mietrecht im privaten Wohnen und in betreuten Wohnanlagen sowie über Rechte für Pflegeheimbewohner/-innen.

Die Zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPf) soll die Markttransparenz im Bereich der Versorgung und Pflege verbessern und ältere Menschen und ihre Angehörigen dabei unterstützen, die richtigen Entscheidungen (z.B. bei der Wahl eines Heimes) zu treffen. Die wissenschaftliche Begleitung ermittelte eine außerordentlich hohe Zufriedenheit der Nutzer mit der Leistung dieser trägerübergreifenden und neutralen Beratungs- und Vermittlungsstelle. Die Mitarbeiterinnen von ZAPf sind aus Sicht der Ratsuchenden sozial und fachlich kompetent, stellen notwendige Informationen in ausreichendem Maß zur Verfügung und geben damit die nötige Orientierung auf dem Hilfe- und Pflegemarkt.

### Förderung der Fähigkeiten älterer Menschen und des Aufbaus sozialer Beziehungen

Im Jahr 2007 wurde das Jubiläum der Seniorenbegegnungsstätte Bleiweiß begangen. Mit fast 50.000 Besuchskontakten jährlich ist der Seniorentreff Bleiweiß eine der größten Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen für die ältere Generation. Die Besucherumfrage des Seniorentreff Bleiweiß aus dem Jahr 2007 hat erbracht, dass 73 Prozent der Besucherinnen und Besucher den Seniorentreff innerhalb von 30 Minuten erreichen, d.h. dass der Seniorentreff Teil des sozialen Lebens mitten im Stadtteil ist. Ein weiteres Ergebnis der Befragung bestätigte die hohe Akzeptanz des bildungsorientierten, präventiven und kulturellen Programm, sodass der Seniorentreff auch eine wichtige Funkti-

on für die Erhaltung eines selbständigen Lebens im Alter einnimmt. Angebote zur Gesundheit und Bewegung sowie zum Lernen neuer Fertigkeiten werden in ihrer Bedeutsamkeit vergleichbar hoch eingeschätzt wie die Möglichkeit der Begegnung mit anderen Menschen.

Ein ähnlich breites Angebot an Veranstaltungen, Beratung und Gruppen bietet der Seniorentreff im Heilig-Geist-Spital, der seit 19 Jahren besteht.

### Stärken der Selbsthilfepotentiale, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

#### Tag des Ehrenamtes am Freitag, 16. November

Der Tag des Ehrenamtes war im Jahr 2007 dem Engagement der freiwillig tätigen Leiterinnen und Leiter der rund 250 Seniorenclubs und -tagesstätten gewidmet. Diese wurden bei einem Festakt im Historischen Rathausaal geehrt. Solche Formen der öffentlichen Anerkennung tragen zu einer Aufwertung des Ehrenamtes bei und stützen somit das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Senioren für Senioren.



Bild mit Bürgermeister Horst Förther) sowie Wolfgang Busch und Anni Senft als Schriftführer und Karin Brunner als Kassierin an.

#### Neuwahl des Stadtseniorenrates

Die Delegiertenversammlung des Nürnberger Stadtseniorenrates wurde neu gewählt, die aus ihrer Mitte einen neuen Vorstand bestimmte. Um die Arbeit dieses ehrenamtlichen Gremiums besser zu unterstützen, wurde vom Stadtrat die Aufstockung der Geschäftsstelle beim Seniorenamt um eine Dreiviertelstelle beschlossen.

Dem neu gewählten Vorstand des Stadtseniorenrates gehören Manfred Hau als Vorsitzender, Ilse Lehner-Eckhart und Uta Künne als stellvertretende Vorsitzende (im

#### Leitfaden für den Aufbau von Senioren-Computer-Initiativen

Zusammen mit dem von Senioren selbstverwalteten ComputerClub Nürnberg 50plus wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein praxisorientierter Leitfaden zum Aufbau von Computerinitiativen entwickelt, um damit das „Nürnberger Modell“ (Vermittlung von Medienkompetenz, Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements, Teilhabe und soziale Integration Älterer) für den Aufbau ähnlicher Initiativen nutzbar zu machen. Der Leitfaden steht auf einer CD-ROM zur Verfügung und kann aus dem Internet heruntergeladen werden ([www.senioren.nuernberg.de](http://www.senioren.nuernberg.de)). Aufgrund der finanziellen Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kann die CD-ROM interessierten Initiativen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.





### Selbständige Lebensführung in der eigenen Häuslichkeit so lange wie möglich und sinnvoll aufrecht erhalten

#### Aufbau von quartierbezogenen Seniorennetzwerken<sup>6</sup>

Seniorennetzwerke sind trägerübergreifende präventive Unterstützungssysteme innerhalb eines Wohnquartiers, in denen die Träger der Seniorenarbeit wie Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, Seniorenclubs und -initiativen, Seniorenwohnanlagen und -heime, Beratungsstellen oder Seniorentreffs zusammenwirken und ihre Kräfte bündeln. Im Seniorennetzwerk werden Informationen und Erfahrungen ausgetauscht, bestehende Angebote aufeinander abgestimmt und miteinander verknüpft, neue Angebote gemeinsam entwickelt und umgesetzt. Damit soll der möglichst lange Verbleib im eigenen Haushalt unterstützt werden.



Das Seniorenamt hat in Kooperation mit anderen Organisationen als Modellverantwortliche Seniorennetzwerke in der Nürnberger Südstadt (gemeinsam mit der Noris-Arbeit gGmbH), in St. Johannis (gemeinsam mit dem Joseph-Stiftung, dem Caritasverband Nürnberg e.V. und der Caritas-Sozialstation und Tagespflege Nürnberg-Nord e.V.) sowie in St. Leonhard / Schweinau (gemeinsam mit dem Mehrgenerationenhaus) initiiert und die Rahmenbedingungen hierfür geschaffen.

#### Analyse der Versorgung Demenzkranker

Zur Analyse der häuslichen Versorgung Demenzkranker wurde eine schriftliche Umfrage bei den Nürnberger Pflegediensten durchgeführt. Die Ergebnisse bestätigten den Handlungsbedarf in den Bereichen Beratung, Begleitung, medizinisch-therapeutische Versorgung, Entlastung pflegender Angehöriger, Gewinnung von Ehrenamtlichen und Prävention. Hier ergibt sich auch ein Handlungsfeld für die Seniorennetzwerke. Dazu wurden erste Gespräche mit der Angehörigenberatung Nürnberg e.V. geführt, um gemeinsam Informationskampagnen durchzuführen und quartierbezogene Unterstützungsnetze aufzubauen.

#### Woche der Tagespflege

Der Rückgang der Belegungszahlen in den Nürnberger Tagespflegeeinrichtungen war deswegen besorgniserregend, weil gerade die Tagespflege ein unverzichtbares Glied in der Versorgungskette zur Vermeidung vollstationärer Aufenthalte und zur Entlastung pflegender Angehöriger auch von Demenzkranken ist. Um dies zu transportieren, haben die Nürnberger Tagespflegeeinrichtungen im Herbst eine gemeinsame „Woche der Tagespflege“ unter der Schirmherrschaft des Referenten für Jugend, Familie und Soziales veranstaltet.

<sup>6</sup> Siehe auch Leitlinie 8.

### Versorgungs-, Rehabilitations- und Pflegeinfrastruktur entsprechend Nutzerwünschen und Demografie weiterentwickeln

Die pflegerische und rehabilitative Infrastruktur muss in Quantität und Qualität entsprechend den Wünschen der Nutzerinnen und Nutzer weiterentwickelt werden. Dazu wurde als eine Grundlage die aktuelle Bedarfsermittlung veröffentlicht. Sie dient dazu, herauszufinden, ob Nürnberg auch längerfristig bedarfsgerecht mit Pflegeeinrichtungen ausgestattet ist, die Situation auf dem Pflegemarkt zu registrieren und Entwicklungen abzubilden. Das Ergebnis war, dass Nürnberg mit ambulanten, teil- und vollstationären Einrichtungen auch mittelfristig gut ausgestattet ist. Ein Beitrag des Seniorenamtes zur Verbesserung der Pflegequalität ist auch die Veröffentlichung des Jahresberichts der Beschwerde- und Schlichtungsstelle.

### Angebote des NürnbergStift

Das NürnbergStift als kommunaler Träger bietet ein breites Spektrum von Angeboten der Altenhilfe von Ambulanten Dienst, Geriatrischer Rehabilitation bis hin zu stationärer Pflege. Diese Betreuungsinfrastruktur muss entsprechend der Bedürfnisse der älteren Menschen, der pflegewissenschaftlichen Erkenntnisse, der gesetzlichen Grundlagen, aber auch der demografischen Daten ausgebaut werden. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Betreuungs- und Pflegequalität war handlungsleitend in den Aktivitäten des NürnbergStift. In diesem Rahmen wurden weitere nationale Expertenstandards implementiert. Hierzu gehören der Pflegestandard zur Dekubitusprophylaxe zur Vermeidung von Druckgeschwüren bei immobilen Bewohnerinnen und Bewohnern wie auch der Standard zur Sturzprophylaxe.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Umgang mit freiheitseinschränkenden Maßnahmen. Einerseits gilt es, die Bewohnerinnen und Bewohner vor Selbst- und Fremdgefährdungen zu schützen, andererseits müssen aber auch das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheitsrechte gewahrt bleiben. Ziel muss sein, die Anwendung derartiger Maßnahmen so weit möglich zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Hierzu konnten durch die Implementierung eines umfangreichen Standards und begleitende Fortbildungen gute Ergebnisse erreicht werden.

Die Thematik „Ernährung im Alter“ gewinnt zunehmend Bedeutung, und das Bewusstsein für eine adäquate Ernährung wächst kontinuierlich. Ältere Menschen sind anfälliger für eine Mangelernährung als jüngere Personen. Ein unzureichender Ernährungszustand führt zu kognitiven und funktionellen Leistungseinbußen, die wiederum längere Rekonvaleszenzzeiten und höhere Komplikationsraten bedingen. Ziel für das NürnbergStift war, durch fachgerechte Maßnahmen das Ernährungsproblem aufzugreifen und ein Risikomanagement aufzubauen. In Zusammenarbeit mit dem Klinikum wurde ein praxisorientierter Ernährungsleitfaden entwickelt. Das NürnbergStift ist Partner eines Forschungsprojekts mit dem Klinikums Nürnberg und der Universität Erlangen-Nürnberg.

Die Weiterentwicklung des Hospizgedankens und die Sterbebegleitung sowohl in der eigenen Häuslichkeit wie auch in den Pflegebereichen stellten einen weiteren Schwerpunkt dar.

Auch 2007 wurden vielfältige Maßnahmen der kulturellen Betreuung für die Heimbewohner durchgeführt. Diese reichten von der Gestaltung jahreszeitorientierter Feste bis hin zu verschiedensten Ausflügen und Besuchen von Veranstaltungen.

Ein wichtiger Bestandteil hinsichtlich der Qualität des Wohnens und Lebens in den Pflegeeinrichtungen war wiederum die Mitarbeit der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Besuchsdienstes. So konnten neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen und die Begleitung und Betreuung ausgebaut werden.

Die medizinisch-ärztliche Betreuung bildet einen wesentlichen Faktor in der Pflege- und Lebensqualität der Pflegeeinrichtung. Ein weiterer qualitätssteigernder Schritt ist die Beteiligung an den Pflegenetzen Nord bzw. Süd-Ost der AOK. Mit den aufzubauenden Strukturen der ärztlichen Versorgung können die Qualität verbessert und Krankenhauseinweisungen reduziert werden.

Die geriatrische Rehabilitationseinrichtung konnte wieder gute Ergebnisse verzeichnen: 59 Prozent der Patienten konnten nach dem Aufenthalt wieder in die eigene Häuslichkeit zurückkehren. Die neu angebotenen Möglichkeiten der ambulanten geriatrischen Rehabilitation wurden leider noch nicht im gewünschten Umfang in Anspruch genommen – hier ist noch Informations- und Aufklärungsarbeit bei Ärzten und Betroffenen notwendig.

Eine gute Qualität in Betreuung und Pflege kann nur mit qualifizierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht werden. Aus diesem Grund wurde in den Pflegeeinrichtungen des NürnbergStift über die gesetzlich geforderte Quote hinaus ein Fachkraftanteil von knapp 60 Prozent sichergestellt.

Die qualitativen Anforderungen an die Pflege sind in den letzten Jahren gewachsen. Pflegesituationen gewinnen eine immer höhere Komplexität, und die fachlichen Anforderungen an die Pflegekräfte nehmen weiter zu. Die Versorgungsstrukturen der Zukunft erfordern eine Integration von behandlungspflegerischen, grundpflegerischen und sozialpflegerischen Kompetenzen. Aus diesem Grund haben sich das Klinikum Nürnberg und das NürnbergStift entschlossen, in einer Kooperation eine generalistische Ausbildung in den Pflegeberufen Gesundheits- und Krankenpflege, Kindergesundheits- und Krankenpflege sowie Altenpflege durchzuführen. 2007 konnte die Erstellung der Lernziele mit einem kompletten Lehrplan für die drei Ausbildungsjahre abgeschlossen werden. 2008 wird der erste Schülerjahrgang die generalistische Ausbildung in den Pflegeberufen abschließen.

Parallel zur inhaltlichen, konzeptionellen Weiterentwicklung hat es sich das NürnbergStift zur Aufgabe gemacht, die zum Teil veraltete Gebäudesubstanz zu modernisieren oder zu ersetzen.

Mit dem Neubau eines Pflege- und Therapiezentrums im Pflegezentrum Sebastianspital wurde ein erster Meilenstein in Richtung eines multifunktionalen Pflege- und Therapiezentrums geschaffen. Auf der Grundlage eines im Jahr 2005 durchgeführten EU-weiten Architektenwettbewerbes konnte der Neubau im Dezember des Jahres 2007 weitestgehend fertiggestellt werden. Die Kosten für diese Baumaßnahme betragen rd. 10 Mio. Euro. Der Pflegebereich wurde nach den neuesten Erkenntnissen der Pflegewissenschaft konzipiert und bietet nun Platz für 90 Bewohnerinnen und Bewohner. Im Erdgeschoss des Neubaus ist die Geriatrische Rehabilitation untergebracht.

Unter fachgeriatrischer, ärztlicher Leitung werden hier Therapien insbesondere für Patienten mit Frakturen, Herz-Kreislaufkrankungen sowie neurologischen Erkrankungen angeboten. Die modern ausgestatteten Räume bieten 32 Plätze für stationäre und 15 für ambulante Behandlung.





Abgerundet wird der Neubau durch attraktive Außenanlagen wie einem Gehparcours. Zudem wird das Innengelände des Pflegezentrums Sebastianspitals in einen autofreien Park umgestaltet. Mit Blick auf die möglichen altersübergreifenden Nutzungen auch durch Kinder aus der nahegelegenen städtischen Kindertagesstätte, durch Studierende der am Standort untergebrachten staatlichen Musikhochschule, durch einen Besucherkreis von Eltern mit Kindern, von Enkeln und Großeltern und nicht zuletzt auch auf die künftige Wohnbebauung in exponierter Lage war ein so genannter Mehr-

generationen-Garten auch als Milieuthérapie (sehen, schmecken, fühlen, riechen, hören) das Ziel. In die Parkanlage wird auch die Möglichkeit für eine Betreuung dementiell erkrankter Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegezentrums Sebastianspital integriert.

Im Jahr 2007 wurde ein weiteres Großprojekt auf den Weg gebracht: Die Modernisierung und Sanierung des Sparkassenhauses im Pflegezentrum Sebastianspital. Mit einem Investitionsvolumen von ca. 5,8 Mio. Euro wird ab Juni 2008 bis zum Jahreswechsel 2009/2010 das im Jahr 1973/1974 erbaute Gebäude auf den Stand der heutigen Technik (Einbau von Nasszellen, vorbeugender Brandschutz, energieeinsparende Maßnahmen wie z.B. Wärmedämmung) gebracht. Mit dem Umbau soll der Einbettzimmeranteil im NürnbergStift erhöht werden. Die Bettenzahl im Sparkassenhaus wird sich von 128 (nur Doppelzimmerplätze) auf 96 reduzieren, wovon 32 in Einbettzimmern untergebracht sind.

Wenn diese Maßnahmen abgeschlossen sind, wird das Pflegezentrum Sebastianspital als eine moderne, offene und zukunftsorientierte Alteneinrichtung in kommunaler Trägerschaft zur Vielfalt der Altenversorgung in der Stadt Nürnberg beitragen. Das NürnbergStift wird konsequent seinen eingeschlagenen Weg der Modernisierung fortführen und die ihm angeschlossenen Einrichtungen der Reihe nach baulich weiterentwickeln.



*Blick auf das Sparkassenhaus.  
Aufnahme aus dem Jahr 1977*



## 7. Zivilgesellschaft aktivieren – Verantwortung aller einfordern

### Die Aufstellung: Programmatik des Referats für Jugend, Familie und Soziales

Die Zivilgesellschaft lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger und von Unternehmen („Corporate Citizenship“), die mit Bürgerwissen, Bürgerzeit und Bürgergeld Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und damit immer wieder „soziales Kapital“ schaffen, ohne das eine Stadt wie Nürnberg nicht existieren könnte.

Der Orientierungsrahmen nennt für das Querschnittsthema „Bürgerschaftliches Engagement“ folgende Schwerpunktthemen:

- Ausbau der Anerkennungskultur für vorhandenes ehrenamtliches Engagement,
- Entwicklung und Förderung neuer Formen des Ehrenamts,
- Verstärktes Werben um neue Gruppen ehrenamtlich Tätiger,
- Ausbau von „Corporate Citizenship“.

Diese Aktivitätsfelder wurden durch die Arbeit der Jahre 2006 und 2007 noch weiter ausdifferenziert und haben zwischenzeitlich folgende Gliederung erhalten:

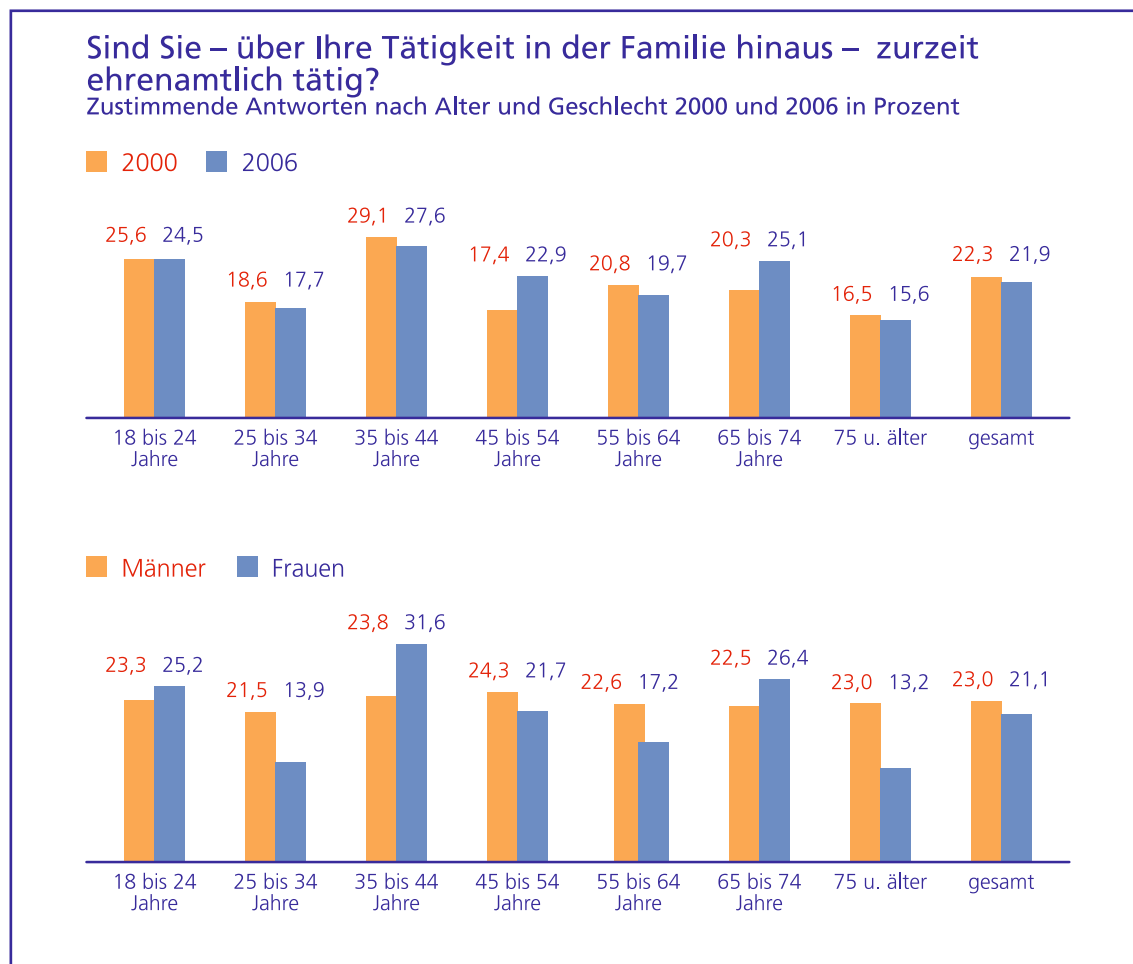
1. Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern
  - 1.1. Wertschätzende Anerkennungskultur ausbauen
  - 1.2. Fachliche Unterstützung und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen
  - 1.3. Bereitstellen von Räumen und Sachmitteln zur Selbstorganisation
  - 1.4. Akquisition von Drittmitteln für Bürgerschaftliches Engagement
2. Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements verbessern
  - 2.1. Engagementbereiche und –themen ausbauen
  - 2.2. Neue Gruppen von Freiwilligen gewinnen
  - 2.3. Verbesserung von Information und Zugang zu ehrenamtlicher Tätigkeit
  - 2.4. Qualitätssicherung
3. Entwicklung und Förderung neuer Formen des bürgerschaftlichen Engagements in den Arbeitsbereichen des Referats für Jugend, Familie und Soziales
4. Weiterentwicklung von „Corporate Citizenship“
  - 4.1. Motivierung von Spenden und Sponsoring („Corporate Giving“)
  - 4.2. Motivierung von Zeitspenden durch Unternehmen („Corporate Volunteering“)
5. Ausbau und Förderung von Partizipationsstrukturen zur Teilnahme verschiedener Zielgruppen am sozialen Leben der Stadt



Diese Themenkomplexe, mit der Konzentration auf die Grundprobleme einer solidarischen Stadtgesellschaft („Aufwachsen, Armut, Alter“), werden in Kooperation mit den Dienststellen und Arbeitsbereichen bearbeitet.

## Die Situation: Ehrenamt in Nürnberg

In der Wohnungs- und Haushaltserhebung des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg wurden im Jahr 2006 zum zweiten Mal nach dem Jahr 2000 detaillierte Fragen zum ehrenamtlichen Engagement der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger gestellt (veröffentlicht im Statistischen Monatsbericht für Oktober 2007). Danach sind 21,9 Prozent der Nürnberger ehrenamtlich aktiv – gegenüber dem Jahr 2000 eine annähernd gleichbleibende Quote (damals 22,3 Prozent).



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik.

Dies bedeutet, dass sich rund 92.000 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger bürgerschaftlich engagieren. Zum Vergleich: Im besonders „bürgerengagierten“ Baden-Württemberg hat die Hauptstadt Stuttgart bei einer Befragung im Jahr 2005 eine ähnliche Zahl, 21 Prozent, erreicht. Nach der Auswertung des bundesweiten Freiwilligen-Survey aus dem Jahr 2004 für Bayern (herausgegeben vom Bayerischen Sozialministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen) ergibt sich für Gesamtbayern eine Quote ehrenamtlich Engagierter von 37 Prozent – ca. 3,8 Mio. Menschen, wobei



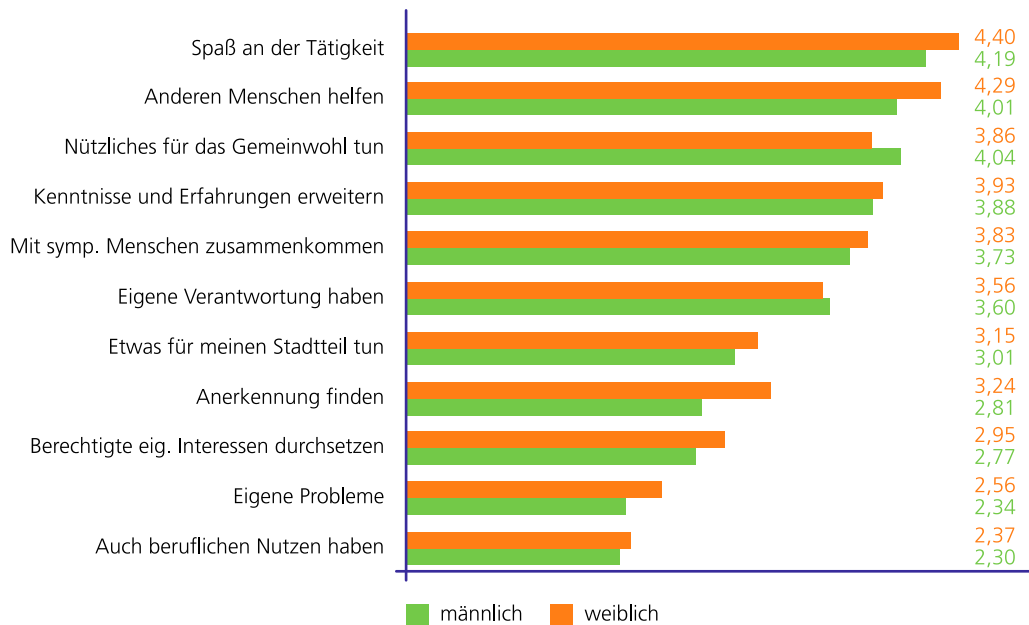
vor allem kleine Kommunen eine besonders hohe Quote aufweisen. Auch auf Bundesebene liegt die Quote der ehrenamtlich Engagierten bei rund einem Drittel der Bevölkerung (Allensbach-Umfrage, November 2007).

Gegenüber dem Jahr 2000 gibt es in Nürnberg eine signifikante Steigerung von ca. 5 Prozent in der Altersgruppe zwischen 45 und 54 Jahren, sowie bei den 65- bis 74-Jährigen. In allen anderen Alterskohorten hat sich die Beteiligung leicht verringert. Die höchste Quote erreichen die 35- bis 44-Jährigen mit 27,6 Prozent, werden aber von den 65- bis 74-Jährigen mit 25,1 Prozent inzwischen fast eingeholt – sicherlich ein Erfolg der Betonung „nachberuflicher Tätigkeit“ in vielen Aktivitätsfeldern. Männer sind nach wie vor etwas stärker engagiert als Frauen (23 Prozent zu 21 Prozent), wobei sich der Unterschied im Vergleich zum Jahr 2000 reduziert hat.

Besonders viele Stunden werden nach der Befragung von 2006 in den Bereichen Soziales, Kultur/Denkmalschutz, Jugendarbeit und Tagesbetreuung von Kindern eingesetzt. Insgesamt hat sich seit dem Jahr 2000 die Zahl der Hochengagierten (über 8 Monatsstunden) von 26 Prozent auf 32 Prozent gesteigert. Das Statistische Amt verweist auf andere Untersuchungen, die ein durchschnittliches Engagement von 15 Monatsstunden bei allen Ehrenamtlichen ermittelt haben.

### Motive für das Mitmachen bei Männern und Frauen

- Mittelwert aus den Antworten: 1 = überhaupt nicht wichtig bis 5 = sehr wichtig  
- nur Befragte, welche ein Ehrenamt ausüben



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik.

Wie bei anderen Befragungen liegen auch in Nürnberg mehrere Motive an der Spitze der Gründe für das individuelle Engagement nahe beieinander, wobei sowohl „dienende“ wie „persönliche“ Motivationen fast gleichrangig nebeneinander stehen:

- Spaß an der Tätigkeit,
- anderen Menschen helfen,
- Nützliches für das Gemeinwohl tun,
- Kenntnis und Erfahrungen erweitern,
- mit sympathischen Menschen zusammenkommen,
- eigene Verantwortung haben.

Dabei sind die Motive derjenigen, die schon aktiv sind, fast identisch mit denjenigen, die sich eine ehrenamtliche Tätigkeit vorstellen können.

Die Gruppe der Nürnbergerinnen und Nürnberger, die noch nicht ehrenamtlich aktiv sind, sich dies aber durchaus vorstellen können, sind die eigentliche Überraschung der Befragung: Nach den Ergebnissen können sich neben den bereits engagierten 22 Prozent weitere 45 Prozent der Befragten vorstellen, ehrenamtlich aktiv zu werden! Es gibt also eine potentielle Zielgruppe von rund 180.000 Bürgerinnen und Bürgern, die – bei allen Verzerrungen, die bei einer Umfrage entstehen können – für bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden könnten. Nur 33 Prozent der Bevölkerung sind nach der Interpretation des Statistischen Amtes als „Verweigerer“ zu kennzeichnen, die sich aus Zeit-, Alters- oder Interessens-Gründen kein bürgerschaftliches Engagement vorstellen können. (Die gesamt-bayerische Auswertung von 2004 ergibt ähnliche Gesamtzahlen des Potentials: Dort sind zu den 37% bereits Engagierten weitere 30% grundsätzlich zu Engagement bereit, 33% sind „Verweigerer“.)



Zahlreiche Themenbereiche sind für die „potentiell Engagierten“ interessant: vom Tierschutz (10,9 % auch schon in der „Vor-Flocke-Zeit“) über Sport (8,3%), öffentliche Ehrenämter/ Schöffe (7,9%), Senioren-, Kinder-, Jugendarbeit (je um 6%) bis zur Hospizbewegung (4,6%) und zur Pflege (2,3%).

Die Motive der bisherigen Nicht-Aktivierung gilt es noch genauer zu untersuchen; die bayerische Befragung zeigt aber u.a. auf, dass eine verbesserte Information über die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und eine Erhöhung der öffentlichen Aufmerksamkeit und Würdigung ganz oben auf der Liste stehen. Gerade weil das bürgerschaftliche Engagement stark von Möglichkeitsstrukturen geprägt ist, können kommunale Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Ehrenamtskultur und damit der Erhöhung der Zahl der ehrenamtlichen Aktiven in der Stadt leisten.

### Die Aktivitäten: Beispiele für Weiterentwicklungen

Das Querschnittsthema „Bürgerschaftliches Engagement“ spielt für das Referat für Jugend, Familie und Soziales und insbesondere in einzelnen Handlungsfeldern der Dienststellen traditionell eine große, in jüngerer Zeit noch einmal stark zunehmende Rolle.

Der „Tag des Ehrenamts“ ist als große Veranstaltung ein herausragendes Beispiel für Wertschätzung und Anerkennungskultur. Seit 1999 lädt das Referat für Jugend, Familie und Soziales ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger ein. Die Schwerpunktsetzungen wechseln jährlich: Zum Beispiel Ehrenamtliche in Betreuungsvereinen (1999), Besuchsdienste im Seniorenbereich (2000), zum Thema Jugend und Ehrenamt (2002), engagierte Unternehmen (2004), Lesefreunde und Elternbeiräte (2005), Übungsleiter (2006). Beim Festakt im Historischen Rathaussaal zum „Tag des Ehrenamts 2007“ am 16. November bedankte sich die Stadt Nürnberg dieses Mal mit Grußworten von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Bürgermeister Horst Förther und dem Referenten für Jugend, Familie und Soziales Reiner Pröbß besonders bei den ehrenamtlich Aktiven in den Seniorenclubs und Seniorentagesstätten. In Nürnberg gibt es rund 250 dieser Einrichtungen, die entscheidend dazu beitragen, die Lebensqualität in unserer Stadt für ältere Menschen zu erhalten und zu fördern. 360 Ehrenamtliche nahmen an der Veranstaltung teil.

Der Internationale Bund Franken als Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) stellte in Nürnberg und Umgebung für das Jahr 2007 rund 400 Plätze in den Einsatzstellen der verschiedenen Träger zur Verfügung. Im Bereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales werden insgesamt 33 Plätze im pflegerischen Bereich (NürnbergStift), im pädagogischen Bereich (Kindertagesstätten) und in der Pflege und Betreuung Behinderter (Werkstatt für Behinderte) angeboten. Ebenfalls als Teil städtischer Anerkennungskultur wurde am 19. Oktober 2007 im Historischen Rathaussaal ein Empfang zur Würdigung des Engagements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr gegeben: Der Freiwilligendienst ist für die Jugendlichen eine wichtige Brücke zwischen Schule und Beruf, die Jugendlichen erhalten in den unterschiedlichen Einsatzstellen Einblicke in die Lebens- und Arbeitswelten. Am Empfang nahmen rund 270 Jugendliche teil.



Im Bereich struktureller Maßnahmen hat die Zusammenarbeit mit dem „Zentrum Aktiver Bürger – ZAB“ besondere Bedeutung: Bisher freiwillige kommunale Zuschüsse für Maßnahmen des ZAB sollen künftig durch eine vertragliche Regelung vergeben werden und in einem gemeinsamen Prozess sozial- und familienpolitisch relevante Ziele vereinbart sowie die Zielerreichung reflektiert werden. Der Vertrag „Entwicklungs- und Regiestelle bürgerschaftliches Engagement“ enthält neben einer allgemeinen Aufgabenbeschreibung („Das Zentrum Aktiver Bürger soll gemeinsam mit der Stadt Bürgerarbeit in den Handlungsfeldern, Bedingungen des Aufwachsens verbessern (Aufwachsen)’, ‚Leben in einer alternden Stadtgesellschaft gestalten (Alter)‘ und ‚Armutsprävention und Armutsbekämpfung (Armut)‘ weiterentwickeln und begleiten.“) detaillierte Leistungsbeschreibungen mit Zielvereinbarungen zu den von ZAB wahrgenommenen Aufgaben ZAB-Zentraleistungen, Familienpatenschaften, Begleiteter Umgang, Bürgerschaftliches Engagement in Kindertageseinrichtungen – „Große für Kleine“. Der Kontrakt soll auf die Dauer von drei Jahren geschlossen werden. Damit auf Änderungen im Zielsystems reagiert werden kann, beinhaltet der Vertrag entsprechende Regelungen.

Durch das Referat für Jugend, Familie und Soziales wurde zudem der Runde Tisch „Soziale Nachhaltigkeit“ im Agenda 21-Prozess betreut und Unternehmen bei „Corporate Citizenship“-Bemühungen beraten und auf potentielle Kooperationspartner und Spendenempfänger hingewiesen.

Bei der Entwicklung und Förderung neuer Formen des bürgerschaftlichen Engagements in den Arbeitsbereichen des Referats für Jugend, Familie und Soziales sind beispielhaft vor allem auch

die Kindertagesstätten zu nennen<sup>7</sup>: Um die vorhandenen Ressourcen und Entwicklungspotentiale von Kindern, insbesondere aus bildungsfernen Familien und der Mehrzahl der Migrantenkinder im Bereich der frühkindlichen und sprachlichen Bildung umfassend zu nutzen und zu fördern, bedarf es neben quantitativ ausreichender und qualitativ hochwertiger professioneller Fachlichkeit in den Kindertageseinrichtungen der systematischen und gesteuerten Einbeziehung ehrenamtlicher Mitarbeit. Menschen, die sich in diesen Bereichen ehrenamtlich engagieren, bringen andere, ergänzende und vielfältige Lebenserfahrungen in diese Bildungsinstitutionen mit ein. Professionelle Arbeit und bürgerschaftliche Mitarbeit sind keine Gegensätze, die sich ausschließen oder in Konkurrenz zueinander stehen, sondern ergänzen sich mit dem Ziel, Kindern eine bestmögliche Entwicklungschance zu geben und Bildungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu verbessern.

# SpiKi

„SpiKi: Sprachliche Bildung in Kindertageseinrichtungen“: Bei dem Praxisprojekt „LeseFreude in Kindertageseinrichtungen“ engagieren sich etwa 100 Ehrenamtliche und schauen mit Kindern Bilderbücher an, lesen Geschichten und sprechen mit ihnen darüber. Im Mittelpunkt steht dabei nicht das Buch oder die Geschichte, sondern der Dialog, die aktive Einbeziehung der Kinder, ihrer Gedanken und Erfahrungen. So werden sowohl die Sprache als auch die Persönlichkeit der Kinder gleichermaßen gefördert. Um dies zu erreichen, lesen die Ehrenamtlichen über einen längeren Zeitraum mit einer festen Gruppe von etwa vier Kindern nach dem dialogischen Prinzip. Sie orientieren sich bei der Buchauswahl an den Themen und Interessen der Kinder.

2007 begannen erstmalig fünf türkische Lesefreundinnen, um die Kinder in ihrer Muttersprache zu fördern. Mit einer differenzierten Muttersprache wird die Grundlage für den Erwerb der deutschen Sprache geschaffen. Dieses Engagement wurde von Kindern, Eltern und den pädagogischen Fachkräften äußerst positiv aufgenommen. Die Ehrenamtlichen wurden vom Jugendamt geworben, erhielten eine Fortbildung, wurden an die Einrichtungen vermittelt und werden dort sowohl von den pädagogischen Fachkräften als auch über weitere Treffen vom Jugendamt fachlich begleitet. Die Rückmeldungen und Erfahrungen aller Beteiligten sind durchweg positiv ([www.spiki.nuernberg.de](http://www.spiki.nuernberg.de)).

Im Rahmen der Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) arbeiten weitere Ehrenamtliche in folgenden Bereichen in Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg mit: naturwissenschaftliche und technische Bildung, mathematische Bildung und Unterstützung bei den Hausaufgaben (Lernkompetenz).

Ehrenamtliche Mitarbeit im Familienzentrum Vordere Bleiweißstraße: Das Familienzentrum versteht sich als täglich offener, multikultureller, kommunikativer Familientreff, der sich für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters öffnet. Nach dem Prinzip „learning by doing“ sind Ideen und Aktionen von Eltern und ehrenamtlich Tätigen ausdrücklich willkommen. Ideen und Vorschläge der Familien werden aufgegriffen, gemeinsam beraten und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft. Es werden Absprachen getroffen, die bei der Initiierung neuer Aktionen unter Mitarbeit von Ehrenamtlichen einen Rahmen bieten und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch das vielfältige bürgerschaftliche Engagement, das informell in fast jeder Kindertagesstätte kontinuierlich und/oder punktuell seinen Platz hat (Elternarbeit) und das „formelle und klassische“ Ehrenamt der Elternbeiräte. Auch das städtische Kinder- und Jugendhilfezentrum in der Reutersbrunnenstraße hat einen aktiven Förderverein, der erfolgreich die Einrichtung unterstützt.

<sup>7</sup>Vgl. Leitlinien 1 und 2.





In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit<sup>8</sup> berühren sich die Thematiken „Ehrenamtliches Engagement“ und „Partizipation“. So sind bei einem selbstverwalteten Angebot, etwa in einem Jugendclub, der einen Vorstand mit Verantwortung für überlassene Räumlichkeiten wählt, die Jugendlichen ebenso Ehrenamtliche wie auch Nutznießer. Auch ein Jugendlicher als gewählter „Hausrat“ engagiert sich für seine Belange und die Belange der anderen Jugendlichen, hat aber auch Einfluss auf die Gestaltung des Programms und die Ausstattung einer Jugendeinrichtung. Das Engagement Jugendlicher ist eine Vorstufe zum bürgerschaftlichen Engagement als Erwachsener.

Das Projekt „Wir sind Chef“ zeigt dies beispielhaft auf. Es wurde vom Kinder- und Jugendhaus „Bertha“ konzipiert und durchgeführt. In der Faschingsferienwoche haben vier Kinder und vier Jugendliche die Einrichtung „geleitet“, während pädagogische Mitarbeiter lediglich im Hintergrund bereit standen. Ziel war der Ausbau der Arbeit mit Ehrenamtlichen in der „Bertha“. Durch das Übertragen von wichtigen Aufgaben lernten die Kinder und Jugendlichen Engagement und Verantwortungsbewusstsein. Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement war danach deutlich höher, ebenso wie die Identifikation mit der Einrichtung.

Die „Straße der Kinderrechte“ ist ein stärker partizipationsorientiertes Projekt der Kinder- und Jugendarbeit. Der erste Bauabschnitt der Straße der Kinderrechte mit sechs Stationen wurde 2007 realisiert.

Weiterhin wurde im Sinne der Partizipation von Kindern, neben vielen stadtteilspezifischen Angelegenheiten aus den Kinderversammlungen, die Kinderkommission im Konflikt um die Kleingartenanlage in Muggenhof und in der Diskussion um den Zustand der privaten Spielfläche in der Sozialimmobilie am Kirchenweg aktiv.

Und natürlich sind im Kontext Bürgerschaftliches Engagement Träger- und Fördervereine insbesondere der Aktivspielplätze (mit ehrenamtlichen Strukturen) und die verbandliche Arbeit des Kreisjugendrings und seiner vielen Mitglieder zu erwähnen, die mit dem Jugendamt kooperieren.

Eine der zentralen Aufgaben des Nachbarschaftshauses Gostenhof<sup>9</sup> besteht in der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen der dort angesiedelten Vereine, Gruppen und Initiativen. Dies geschieht durch die Bereitstellung von Infrastruktur (Räume, Medien, Technik, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit) für die über 100 Migrant/innen-, Beratungs- und Selbsthilfegruppen, im Rahmen der Zuschussvergabe für Veranstaltungen und Aktionen und durch interne wie externe Vernetzungsarbeit (z.B. Stadtteilarbeitskreise, Stadtteilstiftung). Auch die Organisationsstruktur der Hauses bietet durch sein Beiratsmodell eine Mitgestaltungschance in der Arbeit und in den Schwerpunkten des NHG.



Ehrenamtliche Mitarbeit in der „Gesetzlichen Betreuung“: In Nürnberg gibt es seit Jahren rund 100 Personen, die bereit sind, sich zum rechtlichen Betreuer für Betreute außerhalb der eigenen Familie bestellen zu lassen. Die ehrenamtlichen Betreuer und Betreuerinnen werden qualifiziert begleitet: Die Betreuungsvereine stehen auch für Einzelberatung zur Verfügung. Monatlich findet ein Ehrenamtlichentreff im VdK Haus mit Fachreferenten statt ([www.projekt-geben.de](http://www.projekt-geben.de)).

<sup>8</sup>Vgl. Leitlinie 3.  
<sup>9</sup>Vgl. Leitlinie 9.

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in den Seniorennetzwerken<sup>10</sup>: Der ehrenamtliche häusliche Besuchsdienst des Seniorenamtes stellt einen wichtigen „Baustein“ in dem Gefüge von Angeboten, Einrichtungen und Hilfen dar, mit denen das Seniorenamt zu einer aktiven und selbstbestimmten Lebensgestaltung im Alter beitragen will. Die freiwillig tätigen Helferinnen und Helfer besuchen allein lebende, auf Hilfe angewiesene, oft nicht mehr mobile und bereits hochbetagte Menschen zu Hause und verhindern damit Vereinsamung und Isolation. Insbesondere in den quartiersbezogenen präventiven Angeboten der Seniorennetzwerke erhalten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer so als wichtige Bezugsperson eine Vermittlerposition zwischen alten Menschen und hauptamtlichen Helfern. (Die Seniorennetzwerke verstehen sich als trägerübergreifende, freiwillige Arbeitsgremien, in denen die Träger der Seniorenarbeit wie Wohlfahrtsverbände, die Kirchengemeinden, Seniorenclubs und -initiativen, Seniorenwohnanlagen und -heime, Beratungsstellen oder Seniorentreffs auf der Ebene eines Wohnquartiers zusammenwirken und ihre Kräfte bündeln. Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentrales Element jedes Netzwerks.)



Ehrenamtliche Leiterinnen und Leiter von Seniorenclubs und -tagesstätten: Die Leiterinnen und Leiter von Seniorenclubs und -tagesstätten sind wichtige Multiplikatoren der Seniorenarbeit. Sie erreichen mit ihrem meist stadtteilbezogenen Angebot insbesondere allein lebende alte Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und somit auf Treffpunkte im Nahraum um ihre Wohnung angewiesen sind. Um sie als Teil der präventiven Seniorenarbeit einzubinden, werden sie vom Seniorenamt fachlich und mit Fortbildungen unterstützt. Zum Beispiel wurden im April 2007 eine Informationsveranstaltung mit 110 Teilnehmenden und weitere vier Multiplikatorenveranstaltungen zum Austausch und zur Weiterbildung der Clubleitungen durchgeführt. Als Anerkennung für die geleistete ehrenamtliche Arbeit der Clubleitungen wird einmal jährlich ein „Betriebsausflug“ für die ehrenamtlichen Clubleitungen durchgeführt, der 2007 mit 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im letzten Jahr nach Regensburg führte.

Ehrenamtliches Engagement im NürnbergStift<sup>11</sup>: Die zahlreichen Angebote der ca. 80 Ehrenamtlichen ergänzen die professionelle Versorgung in den Senioren- und Pflegeheimen des NürnbergStifts und erhöhen Zufriedenheit und Lebensqualität der Heimbewohnerinnen und -bewohner. Der Einsatz des Besuchsdienstes gilt in besonderem Maß den Menschen, die über wenig Kontakte außerhalb des Heimes verfügen. Regelmäßige wöchentliche Besuche bei einzelnen Bewohnerinnen oder Bewohnern sorgen für eine Verbindung zur Außenwelt, schaffen Abwechslung und lassen vor allem eine vertrauensvolle Beziehung zu einer Bezugsperson entstehen. Um die Ehrenamtlichen in ihrer Tätigkeit zu unterstützen, werden regelmäßige Fortbildungsnachmittage und Tagesseminare angeboten, im vergangenen Jahr mit dem Schwerpunktthema „Kommunikation“. Darüber hinaus finden 2-monatliche Treffen statt, bei denen die Teilnehmer ihre Erfahrungen austauschen können. Ein jährlicher Ausflug und eine Feier im Advent bringen Anerkennung und Dank der Einrichtung zum Ausdruck.

<sup>10</sup>Vgl. Leitlinien 6 und 8.  
<sup>11</sup>Vgl. Leitlinie 6.

## **8. Soziale Nahräume entwickeln: Stadtteile als Erfahrungs- und Bildungsräume gestalten, integrierte Strategien entwickeln**

Soziale Inklusion – die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben – ist das Oberziel sozialpolitischen Handelns. Der soziale Nahraum, wo Menschen leben und Beziehungen pflegen, wiederum ist der Ort, an dem Partizipation gelebt wird und verstärkt gefördert werden soll. Kindertageseinrichtungen, Kinder- und Jugendtreffs, Schulen, kulturelle Einrichtungen in den Stadtteilen sind solche Kristallisationsorte gemeinschaftlichen Lebens. Soziale Netze werden über Sportvereine, Elternvereine und Bürgervereine oder in Kirchengemeinden gepflegt. Sie alle sind wichtige Akteure bei der Entwicklung sozialer Nahräume.

In den letzten Jahren wurden in verschiedenen Sozialräumen Erfahrungen mit koordinierten sozialen Stadtteilentwicklungsprozessen gemacht. Sie alle hatten das gemeinsame Ziel, örtliche Einrichtungen und Initiativen, deren Angebote, Erfahrungen und Ressourcen noch stärker zu vernetzen und für die Bewohnerschaft und deren Bedarfe zu erschließen.

Zur Entwicklung des sozialen Nahraums werden im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales verschiedene Strategien verfolgt:

1. Der Einsatz von Stadtteilkordinator(inn)en in Stadtteilen mit einem besonderen sozialen Entwicklungsbedarf wird perspektivisch weiter ausgebaut.  
Beispiel: Stadtteilkoordination im Rahmen von „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ in Langwasser und St. Leonhard/Schweinau.
2. Zielgruppenspezifisch werden unterstützende Netze aufgebaut.  
Beispiel: Senior(inn)ennetzwerke.
3. Einrichtungen öffnen sich in den Stadtteil.  
Beispiel Kindertageseinrichtungen als „Orte für Familien“ oder als Familienzentren.

### **Was sind Sozialräume mit einem besonderen sozialen Entwicklungsbedarf? Sozial- und Bildungsmonitoring als Voraussetzung für Stadtteilkoordination**

Wurden Sozialräume bislang in der Stadtöffentlichkeit auffällig, dann zeigte eine Analyse der Bevölkerungsdaten häufig, dass eine Zielgruppe überproportional stark vertreten war oder sich in kurzer Zeit ein deutlicher Wandel in der Bevölkerungsstruktur vollzogen hatte. Aufbauend auf dieser Erfahrung wurde ein dreistufiges Verfahren zur Früherkennung von Sozialräumen mit einem besonderen sozialen Entwicklungsbedarf entwickelt und dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt. Das entsprechende Instrument eines Sozial- und Bildungsmonitorings wird derzeit federführend vom Amt für Stadtforschung und Statistik aufgebaut.

#### **Stufe 1: „Grob-Monitoring“**

Ziel: Grobauswahl von Stadtteilen für Stadtteilkoordination

Für alle 87 statistischen Bezirke wurden die Daten zum Anteil an der Gesamtbevölkerung von Kindern und Jugendlichen, von alten Menschen, von Ausländer(inne)n und von Deutschen mit Migrationshintergrund sowie der Anteil Arbeitsloser an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Zeitreihenvergleich 1996 – 2001 – 2006 mit den entsprechenden Daten für die gesamte Stadt verglichen und hinsichtlich ihrer Abweichungen nach „auffällig“ und „sehr auffällig“ markiert.

### Stufe 2: „Vertiefendes Monitoring“

Ziel: Vorauswahl von Stadtteilen für Stadtteilkoordination

Für die im ersten Schritt aufgefallenen statistischen Bezirke werden Daten im Zeitreihenvergleich zur Herkunft, Altersstruktur, Haushaltsstruktur, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug sowie zu Jugendhilfeleistungen zusammengestellt und den Angaben zur sozialen Infrastruktur gegenübergestellt.

### Stufe 3: Seismografentreffen

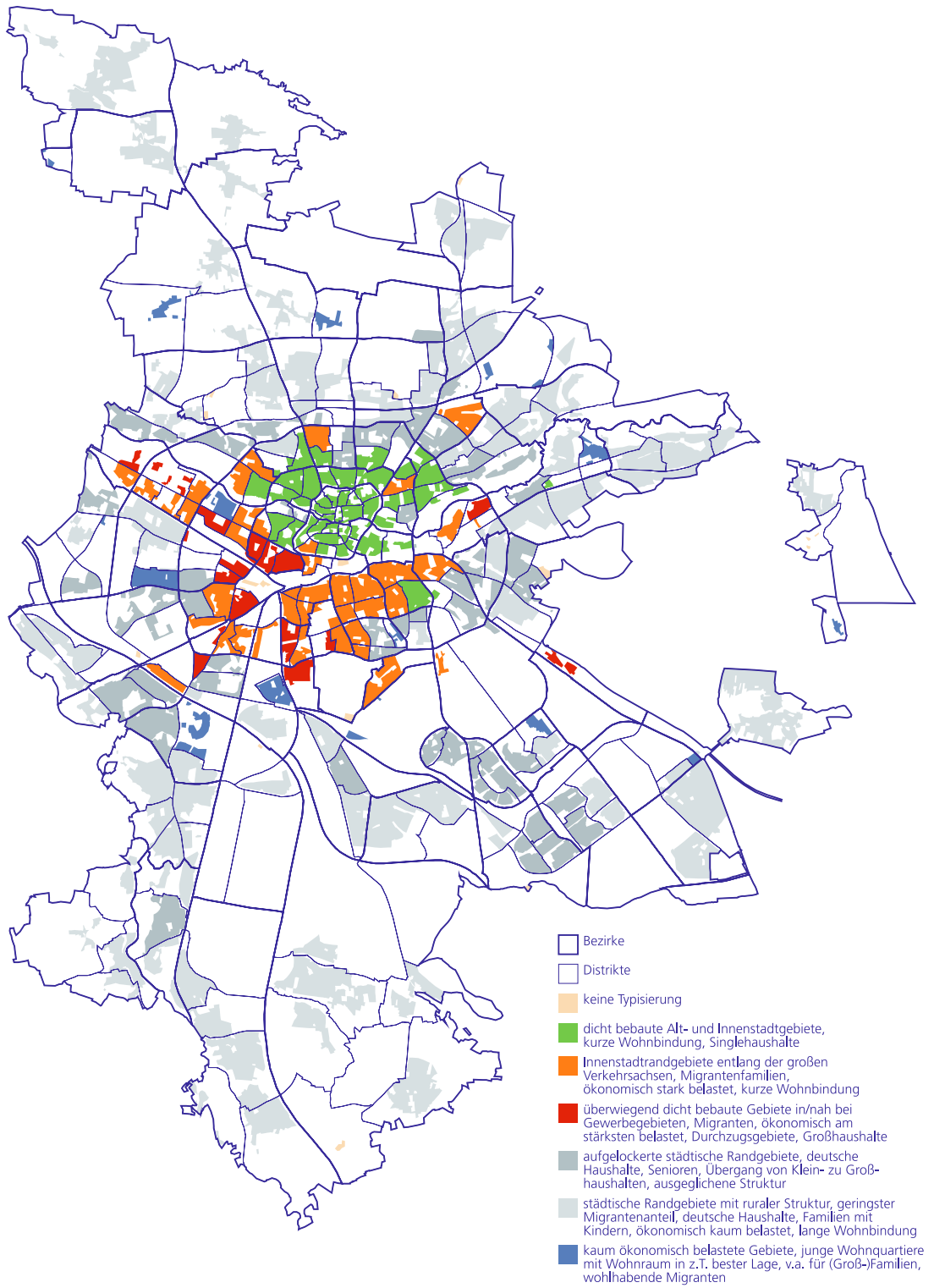
Ziel: Vorschlag von Stadtteilen an den Jugendhilfeausschuss

Zur Bewertung dieser statistischen Daten wird das Erfahrungswissen von Kolleg(inn)en in den Einrichtungen vor Ort und deren Einschätzungen zur jeweiligen sozialen Lage einbezogen. Hierzu lädt der Referent für Jugend, Familie und Soziales die Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie die Kolleg(inn)en aus den sozialen Diensten zu so genannten Seismografentreffen ein.

Auf Grundlage statistischer Daten wie auch der Ergebnisse aus den Seismografentreffen wird dem Jugendhilfeausschuss als Entscheidungsträger ein Vorschlag unterbreitet, welche Sozialräume als nächstes eine Stadtteilkoordination erhalten sollen.

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27. September 2007 wurde eine Stadtteilkoordination für den Sozialraum Gibitzenhof/Rabus und für den Sozialraum Muggenhof/Eberhardshof festgelegt. Die Stellen wurden zum 1. Dezember 2007 besetzt. Beide Stadtteilkoordinatorinnen führen zunächst aktivierende Befragungen mit den Einrichtungen im Stadtteil durch. Die Sozialräume Gostenhof und Röthenbach werden in einem vertiefenden Monitoring und in Seismografentreffen näher geprüft. Galgenhof/Steinbühl war auf Grund seiner Ausweisung als Gebiet der Sozialen Stadt vorerst von einer weiteren Prüfung ausgenommen, denn es sollten keine parallelen Vernetzungsstrukturen befördert werden. Nach Aussage, dass sich das dortige Quartiersmanagement in absehbarer Zeit zurückziehen wird, rückte das Stadtgebiet in der Prioritätenliste wieder nach oben. Stadtteilkoordination könnte in diesem Gebiet die über „Soziale Stadt“ beförderten Netzwerkstrukturen nutzen.

Sozialraumtypisierung der Stadt Nürnberg 2007



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik.



## Regiestelle Sozialraumentwicklung

2007 wurde im Stab Familie im Referat für Jugend, Familie und Soziales die „Regiestelle Sozialraumentwicklung“ eingerichtet. Ihr Auftrag ist es, methodische, fachliche und organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, um Stadtteilkoordination als sozialpolitische Handlungsstrategie zu verankern.

Die Regiestelle soll einen Indikatorenkatalog zur Beobachtung der Entwicklung in Sozialräumen (kontinuierliches Monitoring) erstellen und den Know-how-Transfer gestalten durch Entwicklung eines Handwerkskoffers, durch Fortbildungsangebote für Stadtteilkoordinator(inn)en und deren Partner im Sozialraum sowie durch die Zusammenstellung eines Bausteinekastens mit Maßnahmen, die sich im sozialen Nahraum bewährt haben. Außerdem müssen Abstimmungswege zwischen den Fachämtern und der neu zu verankernden Aufgabe einer Stadtteilkoordination geebnet werden und das Profil von Stadtteilkoordination gegenüber Konzepten aus anderen Geschäftsbereichen geschärft werden, um so eine arbeitsteilige Kooperation vor Ort zu erleichtern. Nicht zuletzt werden über die Regiestelle die vor Ort eingesetzten Stadtteilkoordinator(inn)en gecoacht und begleitet.

## Stadtteilkoordination in Sozialräumen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf

Auftrag von Stadtteilkoordination ist es, soziale Stadtteilentwicklungsprozesse – handlungs- und wirkungsorientiert – zu initiieren, zu steuern und zu gestalten. Dabei arbeitet Stadtteilkoordination vor allem mit den Einrichtungen und Initiativen im Stadtteil zusammen und wendet sich lediglich „vermittelt“ über diese an die Bewohnerschaft.

Ihre Aufgaben sind der Aufbau von lokalen Netzwerken – vor allem zwischen sozialen, kulturellen und Bildungseinrichtungen sowie Aufbau und Pflege eines strategischen Unterstützerkreises aus den Reihen der Fachbehörden und Einrichtungsträger. Mit ihnen gilt es, stadtteilprogrammatische Absprachen zu treffen. Auf der Basis dieser Absprachen sollen Programme und Fördermaßnahmen in den Stadtteil und seine Einrichtungen vermittelt und soziale, schulische, kulturelle Angebote verknüpft und aufeinander bezogen werden. Als wichtige Aufgabe hat sich die transparente Gestaltung von Stadtteilkommunikation erwiesen.

„Stadtteilkoordination ist das Kernstück des funktionierenden Programms ‚Spielend lernen in Familie und Stadtteil‘.“

Evaluation efms 2007

## Modellphase „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“

Das Konzept „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ wurde bereichsübergreifend innerhalb der Koordinierungsgruppe Integration entwickelt und dessen Umsetzung in Langwasser und St. Leonhard/Schweinau drei Jahre lang (06/04 bis 05/07) vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Das Konzept umfasst die stadtteilvernetzte Umsetzung von Programmen und Maßnahmen zur frühkindlichen Förderung und Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz. Die Vermittlung von Elternbildungsangeboten und die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bilden folgerichtig Maßnahmenswerpunkte. Im Juli 2007 wurde der Kommission für Integration über die Evaluation des Modellzeitraums berichtet.

Der Evaluationsbericht des beauftragten Instituts der Universität Bamberg „europäisches forum für migrationsstudien“ belegte einmal mehr die Effektivität des vom Jugendamt entwickelten Förderprogrammes „Phono-Logisch“, gab bestes Feedback zu den AWO-Elternbildungsprogrammen und zeigte auf, dass Vernetzung und Kooperation im Stadtteil deutlich verbessert werden konnten. Generell wurde der gewählte Stärkeansatz – die Bündelung vorhandener Ressourcen im Stadtteil – als erfolgreiche Handlungsstrategie bezeichnet.

Bereits im September 2006 hatte der Jugendhilfeausschuss eine Fortsetzung der über „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ initiierten Stadtteilprozesse beschlossen und Personal- wie auch Projektmittel dafür eingesetzt.



Die Stadtteilkoordination in St. Leonhard/Schweinau wird vom Amt für Kultur und Freizeit/Villa Leon wahrgenommen. Nicht zuletzt über die Vernetzung im Rahmen von „Spielend lernen“ ist der Stadtteil mit einem besonders hohen Armutsrisiko seiner Bewohnerschaft stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt: St. Leonhard/Schweinau wurde zur Ausweisung als Gebiet der Sozialen Stadt vorgeschlagen. Derzeit laufen die vorbereitenden Untersuchungen. Fertigstellung und Vorlage des Berichtes erfolgt im Stadtplanungsausschuss im 1. Halbjahr 2008.. Die Erfahrungen der Stadtteilkoordinatorin sollen auch weiterhin vor Ort genutzt werden. Eine enge Kooperation mit dem extern zu besetzenden Quartiersmanagement der Sozialen Stadt wurde verabredet.

Träger der Stadtteilkoordination in Langwasser ist der Allgemeine Sozialdienst im Jugendamt. Die Stadtteilkoordinatorin leitet derzeit die Beendigung ihres Einsatzes im Laufe des Jahres 2009 ein: Strukturen werden geschaffen, Standards verabredet, Verantwortlichkeiten verteilt, um die neu entstandenen Netzwerke, Kooperations- und Veranstaltungsformen dauerhaft abzusichern.

## Vernetzung und Kooperation von Stadtteileinrichtungen zielgerichtet intensivieren

Die Stadtteilkoordinatorin in Langwasser nutzte bestehende Netzwerke zur Information und Diskussion über Fortschritte und Entwicklungen im Rahmen von „Spielend lernen“. Diese waren vorwiegend zielgruppen- oder einrichtungsspezifisch ausgerichtet. Bewährt hat sich der neu eingerichtete Arbeitskreis Kooperation Kindertageseinrichtungen und Schulen. Dieser wird zur Zeit mit dem Schwerpunkt Elternarbeit fortgeführt.

Die Projekttag „Zukunft: Langwasser“ haben sich in kurzer Zeit als Netzwerke-verbindende Plattform in Langwasser gut etabliert. Im Juli 2007 wurde daraus hervorgehend in einem feierlichen Akt das Stadtteilforum Langwasser gegründet.

In St. Leonhard/Schweinau wird „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ durch den seit mehr als zwanzig Jahren aktiven Stadtteilarbeitskreis STARK begleitet. Dessen Geschäftsführung hat zu Beginn 2007 die Stadtteilkoordinatorin übernommen. Künftig wird dieser Arbeitskreis auch als Meinungsträgerkreis im Programm Soziale Stadt fungieren.



## Wahrnehmbarkeit der eigenen Ressourcen und Potentiale stärken: „Was, das alles gibt es bei uns?“

Wichtiges Handlungsfeld von Stadtteilkoordination ist die Gestaltung von Stadtteilkommunikation und das Schaffen von Transparenz über vorhandene Angebote und Kompetenzen im Stadtteil. Sehr schnell wird in moderierten Stadtteilgruppen der Wunsch laut, die – oftmals überraschend breite – Palette bestehender Angebote und Ressourcen gemeinsam zu präsentieren. So entstand in St. Leonhard/Schweinau der Stadtteilwegweiser für Familien.

In Langwasser wurde im Oktober 2007 der 1. Sozial- und Kulturmarkt Langwasser unter dem Motto „Lebendiges Langwasser – solidarisch – engagiert – menschlich“ im Frankenzentrum veranstaltet. Der gut besuchte Markt war nicht nur für Langwasseraner eine Informations- und Kontaktbörse, sondern brachte auch die Aussteller – allesamt Mitarbeiter(innen) in sozialen, kulturellen, schulischen Einrichtungen oder Initiativen – miteinander ins kooperative Gespräch.

Solche Aktivitäten leisten auch wichtige Beiträge zu einem veränderten Selbstbild im Stadtteil und können damit einen Imagewandel einleiten.



## „ZAB lokal in Langwasser“<sup>12</sup>



Dem vielfachen Wunsch aus den Einrichtungen in Langwasser nach einer Anlaufstelle zur Vermittlung bürgerschaftlichen Engagements konnte mit der Piloteinrichtung „ZAB lokal Langwasser“ entsprochen werden. Im ersten Jahr des Bestehens wurden insgesamt sechs Ehrenamtsprojekte mit Beiträgen zu einer neuen Kultur des Aufwachsens in Langwasser etabliert. Über 60 Personen – viele davon aus Langwasser – engagieren sich ehrenamtlich und lesen Kindern im Kindergarten vor, legen mit ihnen Gemüsebeete an oder betreuen Schulkinder bei ihren Hausaufgaben. Regelmäßig werden etwa 350 Wochenstunden ehrenamtlicher sozialer Arbeit geleistet. Die Pilotphase von „ZAB lokal“ wurde bis Ende 2009 verlängert mit dem Auftrag, Strukturen zu entwickeln und Einrichtungen zu qualifizieren, um künftig mit einem reduzierten hauptamtlichen

Stundeneinsatz weiterhin Ehrenamt in Langwasser zu pflegen.

## Öffnung von Einrichtungen in den Stadtteil

### Beispiel: Familienzentren<sup>13</sup>

Im Stadtteil Bleiweiß ging die Initiative zur Vernetzung vom städtischen Kindergarten Bleiweiß aus. Dabei werden neben der Öffnung der Kita in den Stadtteil und der Aufnahme von gegenseitigen Kontakten auch Kooperationstreffen aller Einrichtungen des Stadtteiles durchgeführt, um gemeinsam die Angebotsvielfalt im Stadtteil auf die Bedürfnisse der Stadtteilbewohner abzustimmen. Spezielle Angebote für Familien im Stadtteil werden entwickelt und bereit gestellt. So sind viele Gemeinschaftsveranstaltungen und gemeinsame Projekte für den Stadtteil entstanden, unter anderem im Arbeitskreis „Gesund leben im Stadtteil“.

<sup>12</sup>vgl. Leitlinie 7.

<sup>13</sup>vgl. Leitlinien 1 u. 2.

<ul style="list-style-type: none"><li>■ Kooperationspartner</li><li>■ Kooperationstreffen</li><li>■ Vermittlungsberatung (Fachdienste/Fachstellen)</li><li>■ bundesweite Kontakte</li><li>■ Teilnahme an Arbeitskreisen</li></ul>		<p>Projekt „Jung und Alt“ mit dem Seniorentreff Bleiweiß</p> <p>Gesundheitsangebote des AK „Gesund leben im Stadtteil“</p> <p>Elternthemenabende u. -aktionen, Feriennotdienst im Kita-Vernetzungsverbund</p> <p>Info- und Elternabende mit den Schulen für Vorschulkinder sowie „Deutsch 160“</p> <p>Gemeinsame Aktionen des KIDS-Projektes für Kinder im Stadtteil</p> <p>Gem. Kita-Anmeldeverfahren mit der Kita Forsthofstraße</p> <p>AWO-Elternbildungsprogramme</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



### Mehr Generationen Haus

### Beispiel: Mehrgenerationenhaus Schweinau<sup>14</sup>

Mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konnte in 2007 das erste Mehrgenerationenhaus in Nürnberg an den Start gehen. Im ehemaligen Schweinauer Rathaus gestalten SOS Jugendhilfen und Zentrum

Aktiver Bürger in gemeinsamer Trägerschaft dieses neue Angebot für die Bewohnerschaft aus St. Leonhard und Schweinau und dem angrenzenden Röthenbach. Das Mehrgenerationenhaus versteht sich als generationenübergreifende Dienstleistungsdrehscheibe und entwickelt in enger Kooperation mit der lokalen Ökonomie Ehrenamt im Bereich nachbarschaftlicher und familienentlastender Dienstleistungen.

#### Aktuell gibt es

- die Kinder-Insel für 1-6-Jährige von Dienstag bis Donnerstag, jeweils von 8.30 Uhr bis 13.30 Uhr als kurzfristige Betreuungsunterstützung,
- das Café im Wohnzimmer jeden Montag bis Donnerstag von 14.30 bis 17.00 Uhr ,
- einen Wäsche- und Haushalts-Service für die Stadtteilbewohner(innen) und
- Engagementmöglichkeiten in Horten und Kindertagesstätten.

**Starke Leistung  
für jedes Alter.**

<sup>14</sup>Vgl. Leitlinien 1, 2 u. 7.



## Senioren-Netzwerke<sup>15</sup>

„Um in Zukunft eine bedarfsgerechte Versorgung älterer Menschen zu sichern, wird es nicht nur darum gehen, einzelne besonders zukunftsfähige Wohnformen zu entwickeln und zu verbreiten. (...) ‚Vernetzte Altenhilfslösungen‘ sind wesentliche Bedingungen zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen. Daher kommt quartiersbezogenen Wohnkonzepten, die auf eine kleinräumige Vernetzung und Integration unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsangebote ausgerichtet sind, in Zukunft eine zentrale Bedeutung zu.“

Ergebnisanalyse des Werkstatt-Wettbewerbs Quartier und Handlungsempfehlungen von Bertelsmann-Stiftung und KDA, Köln, KDA, 2007, S. 7.

In unserer Stadt lebt eine zunehmende Zahl alter, alleinlebender und hochbetagter Menschen, die auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Zwar werden sie ausreichend durch ambulante Dienste und hausärztliche Leistungen versorgt. Einsamkeit und Isolation erhöhen aber die Gefahr von Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit sowie von psychischen Beeinträchtigungen, daher sind weitere Angebote notwendig, damit Menschen bis ins hohe Alter nicht nur gut versorgt sind, sondern auch ihren Möglichkeiten entsprechend selbstbestimmt in der eigenen Wohnung leben können und in das soziale Leben eingebunden bleiben. Notwendig sind hierfür trägerübergreifende Unterstützungssysteme, die kleinräumig um die häusliche Lebenssituation des alten Menschen herum organisiert sind, damit die Angebote erreichbar bleiben und bestehende soziale Netze (wie etwa nachbarschaftliche Hilfe) unterstützend zum Tragen kommen oder wohnungsnah aufgebaut werden können. Das Seniorenamt hat im Jahr 2007 gemeinsam mit anderen Modellverantwortlichen an drei Standorten (in der Südstadt, in St. Johannis sowie in St. Leonhard und Schweinau) solche „Seniorennetzwerke“ initiiert und geeignete Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Somit wurde der Gedanke der „Gestaltung des sozialen Nahrums“ erfolgreich in die Altenhilfe übertragen und dort verankert. Damit steht die kommunale Seniorenarbeit in guter Übereinstimmung mit der fachlichen Diskussion um die Gestaltung einer zukunftsfähigen alternden Stadtgesellschaft, wie sie etwa vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und dem Deutschen Verein geführt wird.

<sup>15</sup>Vgl. Leitlinie 6.



## 9. Integration leben

### Integration als Querschnittsaufgabe

#### Leitlinien des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg

In Nürnberg lebten am 31.12.2007 rund 88.400 Ausländer aus über 165 Ländern und 48.000 überwiegend russischsprachige Aussiedler, die seit 1990 aus der ehemaligen Sowjetunion zugezogen sind. Von den Aussiedlern, die vor 1990 zu uns kamen, sind die meisten bereits integriert. Auch viele frühere Ausländer sind bereits eingebürgert und in der Gesamtzahl der ausländischen Personen nicht enthalten.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe über alle Bevölkerungsgruppen der Kommune und über alle Referate und Dienststellen der Stadt Nürnberg hinweg. In den gesamtstädtischen Leitlinien für die kommunale Integrationspolitik der Stadt Nürnberg wird diese „Querschnittsfunktion“ deutlich: „Die Integration aller Migrantinnen und Migranten ist für die Stadt Nürnberg eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Abstammung soll auch weiterhin das Selbstverständnis unserer Stadt prägen“ (Leitlinie Nr. 1).

Der Orientierungsrahmen weist darauf hin, dass bei der „Vielzahl der Zuständigkeiten und Angebote für Nürnbergerinnen und Nürnberger jeden Alters und in nahezu jeder Lebenslage das Referat für Jugend, Familien und Soziales und seine Dienststellen entscheidende Akteure sind, wenn es darum geht, Migrantinnen und Migranten die Integration und Teilhabe zu ermöglichen, Benachteiligungen auszugleichen und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche sicherzustellen“.

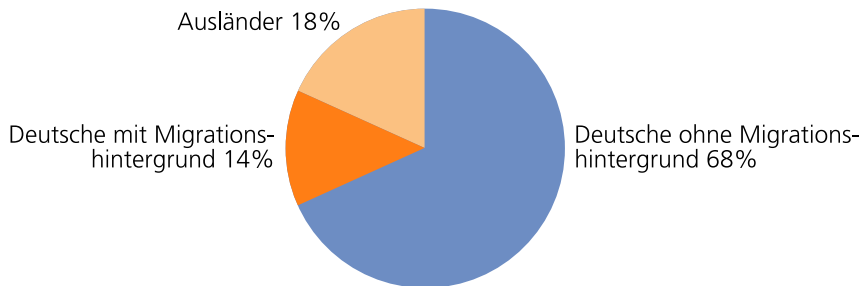
Auf der Grundlage der Integrationsleitlinien und des Orientierungsrahmens erarbeiteten die verschiedenen Referate und Ämter Konzepte und Maßnahmen, die in einer stadtinternen Koordinierungsgruppe abgestimmt und dem Stadtrat in den zuständigen Ausschüssen bzw. der Kommission für Integration vorgelegt wurden.

#### Kommission für Integration

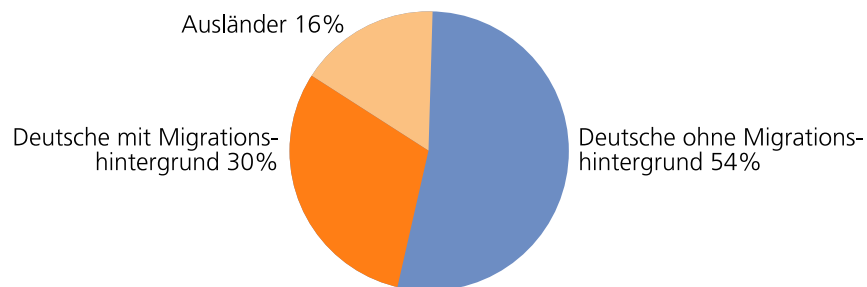
In der Kommission für Integration (Vorsitz Oberbürgermeister Dr. Maly) sind neben den Mitgliedern des Stadtrats der Ausländerbeirat und der Aussiedlerbeirat mit der gleichen Zahl an Mitgliedern vertreten. Dadurch wird gewährleistet, dass gemeinsame Themen der Beiräte auch gemeinsam behandelt, diskutiert und beschlossen werden. Im Jahre 2007 wurden zum Beispiel folgende Themen in der Kommission behandelt:

- Integration und Jugendarbeit. Die integrative Arbeit des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt
- Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt
- Städtische Koordinierungsgruppe „Integration“: „Spielend Lernen in Familie und Stadtteil“
- Nationaler Integrationsplan: Aktueller Sachstand und Bezug zu Nürnberg
- Sicherung der Nachhaltigkeit für das Projekt Quapo (Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive für Jugendliche der Nürnberger Südstadt).

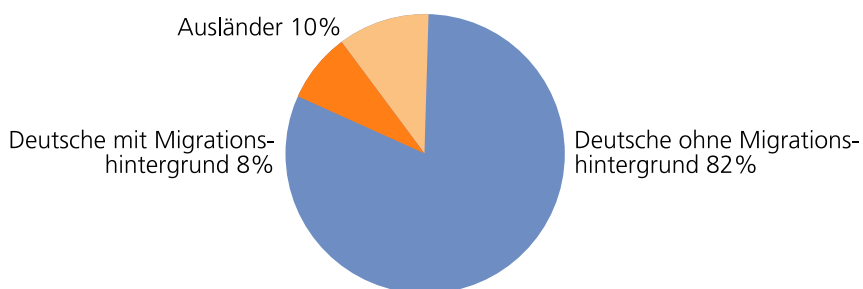
### Zusammensetzung der Nürnberger Bevölkerung



### Unter 15-Jährige



### Über 60-Jährige



Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik; eigene Darstellung.

Bevor die Themen in der Kommission behandelt werden, können sie in der Koordinierungsgruppe für Integration beraten werden, in der die Referate und Dienststellen der Stadt Nürnberg vertreten sind, die sich mit Integration befassen. Diese Möglichkeit haben auch die beiden Beiräte (Aussiedlerbeirat bzw. Ausländerbeirat). Sie können entsprechende Beschlüsse/Empfehlungen fassen und in die Kommission einbringen.



## Mehr Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund

### Interkulturelle Öffnung von Kindertageseinrichtungen<sup>16</sup>

Rund ein Drittel der Nürnberger Bevölkerung besitzt Migrationshintergrund. Dies spiegelt sich in Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horten, Schülertreffs, Orte für Familien und Familienzentren) wider und bestimmt auch die Konzepte und die pädagogischen Ziele dieser Einrichtungen maßgeblich.

Kernpunkt interkultureller Öffnung und interkultureller Arbeit in Kindertageseinrichtungen ist es, Kinder unterschiedlicher individueller, kultureller und sozialer Voraussetzungen zu befähigen, autonom und kompetent zu denken sowie gemeinsam und sozial zu handeln. Interkulturelle Öffnung von Kindertageseinrichtungen erfordert sowohl das Wissen der Fachkräfte über interkulturelle Arbeit als auch die Reflexion und Bewusstmachung der eigenen Haltung, z.B. gegenüber anderen Kulturen und Menschen aus anderen Ländern und Erdteilen.

Interkulturelle Pädagogik zeigt sich in der Arbeit der Kindertageseinrichtungen zum Beispiel in der Raumgestaltung, dem wertschätzenden und fördernden Umgang mit Mehrsprachigkeit, der Nutzung der speziellen Kompetenzen der Fachkräfte mit Migrationshintergrund, der Sensibilität gegenüber Menschen aus anderen Ländern und Kulturen bei Aufnahmegesprächen, der Eingewöhnungszeit der Kinder und der systematischen und aktiven Einbeziehung der Eltern in Fragen der Bildung und Erziehung ihrer Kinder.

In den Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg ist interkulturelle Pädagogik ein durchgängiges Prinzip. Interkulturelle Pädagogik zeigt sich dabei in vielfältiger Weise:

Zum Beispiel bei der sprachlichen Bildung mit verschiedenen Praxisprojekten für Kinder und Eltern, die auf Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe abzielen. Beispielhaft seien hier die „LeseFreude“ und die „Schultüte“ genannt (siehe [www.spiki.nuernberg.de](http://www.spiki.nuernberg.de)). Interkulturelle Trainings unterstützen die Fachlichkeit und die wertschätzende Haltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber Kindern und Eltern. Test- und Beobachtungsverfahren, Dokumentationen und ggf. spezielle Fördermaßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung, zum Beispiel die Förderung der für den Schriftspracherwerb wichtigen „phonologischen Bewusstheit“, sind elementare Bausteine der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg und auch vieler Einrichtungen freier Träger. Aber auch bei der naturwissenschaftlichen, technischen, medialen und mathematischen Bildung, der Gesundheitsvorsorge und der Konfliktprävention erfahren Kinder mit und ohne Migrationshintergrund sich und die Welt. Sie eignen sich über ihre Aktivitäten und themenorientierte Projekte Lebens- und Lernkompetenz an und können sich so zu eigenverantwortlichen und teilhabenden Persönlichkeiten entwickeln. Als Beispiele seien hier die Programme „Lebenswelt Konflikt“ ([www.lebenswelt-konflikt.nuernberg](http://www.lebenswelt-konflikt.nuernberg)), das Programm „Zahlenland“ für die mathematische Bildung sowie Projekte zu Themen wie Telekommunikation, Welt der Technik, Elektrizität und Wasser genannt.



<sup>16</sup>vgl. Leitlinien 1 u. 2

Kinder und ihre Familien erleben dadurch „Integration“ erfahrungs- und handlungsorientiert als alltägliches Miteinander im sozialen Nahraum oder Stadtteil.

### Elternempowerment am Beispiel des Familienzentrums Bleiweiß<sup>17</sup>

Eine hohe Bedeutung bei der Weiterentwicklung von institutioneller Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und der Unterstützung ihrer Familien haben in Nürnberg die Familienzentren.

Das Familienzentrum Bleiweiß versteht sich als täglich offener, multikultureller, kommunikativer Familientreff mit Bürgeröffnung für Jung und Alt. Es bietet Familienfrühstücke, Kontaktmöglichkeiten für Eltern, den täglichen Info- und Erfahrungsaustausch zwischen Eltern und Fachkräften, die Elternselbsthilfe und die Möglichkeit für Eltern, ihre Kinder in oder durch den Alltag der Kindertageseinrichtung zu begleiten, an. Alle Fachkräfte sind für Kinder und Erwachsene stets ansprechbar, und die im Team vorhandene Sprachkompetenz ermöglicht muttersprachliche Kommunikation in acht Sprachen.

Seit 2004 hat sich die Einbeziehung der Familien in den Tagesablauf der Einrichtung als ein Modul der niedrigschwelligen Erziehungspartnerschaft und Elternbildung herauskristallisiert. Bedeutsam sind die beiden Hauptziele: Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und sie für eine Erziehungspartnerschaft mit der Kindertageseinrichtung zu gewinnen. So beteiligen sich Eltern in verschiedenen Spielsituationen mit ihren Kindern und engagieren sich in den unterschiedlichen Projekten. Diese offene Zusammenarbeit mit den Eltern beinhaltet u.a. auch, dass Eltern unter Anleitung gezielt Lernprozesse bei ihrem Kind selbst beobachten, ihr Kind in sozialen Gruppenbezügen erleben und sich aktiv in der Erziehung, Bildung und Förderung einbringen können.

Die gemeinsamen internationalen Elternbildungsangebote wie z.B. die Kochgruppe, die Kegelgruppe, ein monatlicher internationaler Gesprächskreis, ein Frauenthemenkreis mit Moderation von Fachreferenten, eine Vätergruppe und eine offene Sprechstunde für Schwangere orientieren sich an der Lebenswelt und den Ressourcen der Familien. Kulturelle Hintergründe, geschlechtsspezifische Aspekte und Bedürfnisse unterschiedlicher Generationen finden Berücksichtigung.



Durch die vielen Unterstützer wie Elternbeirat, Eltern, Ehrenamtliche, vor allem vom Seniorentreff Bleiweiß, konnte die Angebotsvielfalt erweitert werden. Die ständig zunehmende Vermittlungsberatung, d.h. oftmals muttersprachliche Beratung von Eltern in vielen Lebensbereichen (Erziehung, Schule, Finanzen, Wohnung, Kontaktmöglichkeiten, Partnerschaft, usw.), bedarf personeller Ressourcen, die mit der Umstrukturierung zum Familienzentrum im Jahr 2008 geschaffen werden konnten.

### „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“<sup>18</sup>

Das Konzept „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ zur Verbesserung von Bildungschancen von Kindern vorwiegend aus Migrantenfamilien war bereichsübergreifend innerhalb der Koordinierungsgruppe Integration entwickelt worden. Seine Grundüberzeugung ist: Integration muss



<sup>17</sup>Vgl. Leitlinien 1 u. 2.  
<sup>18</sup>Vgl. Leitlinie 8.





möglichst früh beginnen, und sie muss möglichst dort ansetzen, wo die Menschen wohnen – im Stadtteil. So wurde modellhaft – gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – in Langwasser und St. Leonhard/Schweinau drei Jahre lang das koordinierte und vernetzte Zusammenspiel von frühkindlichen Förderprogrammen sowie von Kindertageseinrichtungen, Schulen und kulturellen Einrichtungen erprobt.

Stadtteilkoordination – so die Erfahrung – muss offen sein für alle Problemlagen und alle Zielgruppen sozialer Benachteiligung im Stadtteil. Folgerichtig waren neue Kooperationsvorhaben und –projekte im Stadtteil selbstverständlich offen für alle Stadtteilbewohner – unabhängig von ihrer Herkunft. Und wurden auch rege und selbstverständlich genutzt, wie die Teilnahme am Nachbarschaftsfest Villa Leon oder am Sozial- und Kulturmarkt in Langwasser zeigen.

Darüber hinaus wurden Hilfestellungen erarbeitet, die sich lebenslagenbezogen vor allem an Migrant(inn)en richten. Einige Beispiele: Die Broschüre „Meine Reise in die Schule“, entwickelt vom Arbeitskreis Kooperation Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in Langwasser, bereitet Kinder und ihre Eltern auf den nahen Schulstart

vor. Sie ist in deutsch, türkisch und russisch geschrieben. Als gewinnbringend für alle Beteiligten wurde eine Multiplikatoren-Fortbildung für Dozentinnen von Kinderkursen aus dem russischen Sprachraum erlebt. Hier konnten in gegenseitiger Wertschätzung Grundlagen und Unterschiede des deutschen und des russischen Bildungssystems erörtert werden. An der Grundschule St. Leonhard leistet eine ehrenamtliche Bildungslotsin, die sehr gut deutsch und türkisch spricht, wertvolle Vermittlungsarbeit zwischen Elternhaus und Schule.



## Selbstorganisation und Aktivierung von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund<sup>19</sup>

### Nachbarschaftshaus Gostenhof

Das Nachbarschaftshaus Gostenhof ist eine bürgerorientierte, interkulturell-integrative, soziale Einrichtung des Amtes für Existenzsicherung und soziale Integration - Sozialamt der Stadt Nürnberg mit sozialpolitischer Zielsetzung. Derzeit sind über 100 Gruppierungen mit den unterschiedlichsten Zielen und Interessen im Nachbarschaftshaus Gostenhof vertreten. Neben den Migrantengruppen, Beratungs- und Selbsthilfegruppen bietet das Nachbarschaftshaus Gostenhof Raum für sozialpolitische Initiativen, Gesprächskreise und informelle Treffs. Durch die Vielfalt der Gruppen und deren Kontakte untereinander wird Integration im Nachbarschaftshaus praktisch gelebt.



<sup>19</sup>Vgl. Leitlinie 7.



Im Nachbarschaftshaus haben Migrantengruppen und -vereine die Möglichkeit, sich selbstbestimmt zu organisieren.

- Sie treten als Fürsprecher ihrer eigenen ethnischen Gruppe auf.
- Sie übernehmen Verantwortung für die Bewältigung und Verbesserung der eigenen Situation.
- Sie bieten spezielle Beratungsangebote.
- Sie sind Anlauf- und Kontaktstelle.
- Sie organisieren Kurse, Informations- und Kulturveranstaltungen:
  - um die eigene Kultur zu leben,
  - um ihren Landsleuten die Gepflogenheiten und Sozialsysteme der deutschen Gesellschaft aufzuzeigen,
  - um der einheimischen Bevölkerung die Gelegenheit zu bieten, andere Kulturen kennenzulernen und zu erleben.



Integration ist nicht einfach, und sie passiert auch nicht von selbst. Integration bedarf gezielter Unterstützung, und diese leistet das Nachbarschaftshaus Gostenhof auf vielfältige Weise:

Das Nachbarschaftshaus fördert interkulturelle Begegnungen. Die alltäglichen Kontakte und das Schaffen von Begegnungen tragen dazu bei, unbewusste Ängste und Vorurteile vor dem jeweilig Fremden abzubauen und das Vorhandensein verschiedener Kulturen in unserer Stadt und Gesellschaft als normalen Zustand zu erleben.

Die Gruppen, Vereine und Initiativen, die Integrationsarbeit leisten, werden entsprechend ihren individuellen Aufgaben und Funktionen auf vielfältige Weise informiert und unterstützt. Die Bereitschaft, sich für sich und andere zu engagieren, sowie die hierfür benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten werden vermittelt und gestärkt.

Durch den ehrenamtlich tätigen Beirat, der einen Querschnitt der im Haus tätigen Gruppierungen und Schwerpunktbereiche darstellt und zur Hälfte mit Migrantinnen und Migranten besetzt ist, wird eine echte Teilhabe an Entscheidungsprozessen im Nachbarschaftshaus gefördert. Dieses Engagement trägt dazu bei, ein Gefühl der Zugehörigkeit und Partizipation zu entwickeln und wird somit Wegbereiter, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

## Beispiele:

### Galerie „kulturdach“

Bei den Interkulturellen Wochen 2007 zeigte das „kulturdach“ des Nachbarschaftshauses die Fotoausstellung „Unsere Nachbarn die Roma – eine andere Nürnberger Lebenswirklichkeit“.

In Zusammenarbeit mit der Initiative Nürnberger Sinti wurden Bilder der Autorenfotografin Regina Maria Suchy präsentiert, die ein Jahr lang eine Nürnberger Roma-Großfamilie mit der Kamera begleitete. Die einfühlsamen Bilder schärften das Auge der Besucher für Nähe und Ferne zu den Roma, verdeutlichten ihnen eigene Gedanken und Vorurteile und zeigten, ohne zu denunzieren, die andere Lebenswirklichkeit der Nürnberger Roma.

### Frauenfest zum Internationalen Frauentag

Diese Veranstaltung hat eine lange Tradition im Nachbarschaftshaus. Gemeinsam mit dem Beirat des Nachbarschaftshauses und den Frauengruppen Club Estía, Eritreische Frauengruppe, Frauenverband Courage, Frauengruppe des Türkisch-deutschen Vereins zur Integration behinderter Menschen (TIM) wird das Frauenfest geplant und durchgeführt. Das Thema 2007 lautete: Frauen schreiben Erfolgsgeschichte.

Der Film „Eselinitiative“ über ein Frauenprojekt in Eritrea stand auf dem Programm, erläutert durch ein Referat von Elsa Hagos, eritreische Frauengruppe. Unter dem Titel „Erfolge der deutschen Frauenbewegung“ referierte Gabi Penzkofer-Röhrl, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion. Dazu gab es ein internationales Büffet und griechische Livemusik mit Manola Tseni & Band.

### Busfahrt zur KZ-Gedenkstätte in Flossenbürg / Oberpfalz

Gemeinsam mit dem Beirat hat das Nachbarschaftshaus im Mai 2007 eine Busfahrt zur KZ-Denkstätte in Flossenbürg organisiert. Etwa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Vereinen und Gruppen des Nachbarschaftshauses haben eine Führung mitgemacht, die alle sehr beeindruckt hat.



## 10. Gender-Perspektiven entwickeln – Geschlechtergerechtigkeit anstreben

### Gender Mainstreaming in der Verwaltung und der Sozialen Arbeit

Frauen und Männer, Mädchen und Jungen nehmen die Lebenswelt unterschiedlich wahr und haben verschiedene Bedürfnisse: Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit. Deshalb müssen Kommunalpolitik und -verwaltung die unterschiedlichen Auswirkungen ihres Handelns auf die Geschlechter in Verbindung mit dem Alter, der sozialen Lage und der kulturellen Herkunft berücksichtigen (Gender Mainstreaming<sup>20</sup>). Im Leitbild der Stadt Nürnberg heißt es dazu: „Wir berücksichtigen die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Frauen, Männern und Kindern und fördern die Gleichberechtigung.“

Die Verpflichtung zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen bedeutet für die Kommune, dass sie Infrastruktur, Dienstleistungen und Angebote differenziert und bedarfsgerecht für beide Geschlechter zur Verfügung stellen muss. Das heißt für die Stadt als Arbeitgeberin auch, dass sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend einsetzen und fördern, zum Beispiel bei Beurteilungen und der Besetzung von Leitungspositionen auf Geschlechtergerechtigkeit achten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv unterstützen muss.

Dies gilt für alle Bereiche der Verwaltung. Die Soziale Arbeit muss darüber hinaus aber besonders auf die Geschlechterperspektiven achten: Erzieher(innen), Sozialpädagog(inn)en, Kinder- und Altenpfleger(innen) sind nicht „nur“ Fachkraft, sondern immer auch als Mann oder Frau Bezugsperson für die Adressatinnen und Adressaten ihrer Arbeit. Jungen und Mädchen vom Kleinkindalter an brauchen gleichermaßen männliche wie weibliche Rollenvorbilder, um ihre Geschlechtsidentität zu entwickeln, und das gilt genauso für die Kinder- und Jugendarbeit, die erzieherischen Hilfen oder für die Jugendsozialarbeit. Die Beratung und Unterstützung in den Familien durch die Bezirkssozialarbeit wird oft besser angenommen, wenn sie von Männern und Frauen gemeinsam geleistet wird. Pflegebedürftige alte Männer, die in der Minderheit sind, können ihre Bedürfnisse gegenüber männlichen Pflegekräften anders artikulieren als gegenüber einem rein weiblich besetzten Team. Die Gewinnung männlicher Fachkräfte und die möglichst paritätische Besetzung von Teams in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und auf allen Hierarchieebenen wurde daher im Geschäftsbereich als Ziel formuliert, auch wenn aufgrund der Bewerbungslage der Anspruch leider mittelfristig kaum eingelöst werden kann.

### Geschlechtsspezifische Konzeptionen für alle Arbeitsbereiche

Eine geschlechtersensible Sichtweise richtet den Blick aber nicht nur auf das Geschlecht derjenigen, die Leistungen erbringen, die Fachkräfte, sondern die Angebote und Leistungen müssen auf die unterschiedlichen Zielgruppen der Frauen und Männer in ihrer jeweiligen Lebenssituation zugeschnitten sein. Nur so können unterschiedliche Betroffenheiten und Benachteiligungen – von Frauen und Männern – erkannt und möglichst ausgeglichen werden:

<sup>20</sup> Gender kommt aus dem Englischen und bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar. Mainstreaming (englisch mainstream: Hauptstrom) bedeutet, dass eine inhaltliche Vorgabe zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht werden soll.



- An Elternabenden in Kindergärten nehmen traditionell überwiegend Mütter teil. Um auch die Väter aktiver für ihre Kinder zu interessieren und sie stärker in die Erziehung einzubeziehen, haben viele Einrichtungen besondere Formate entwickelt, zum Beispiel Vater-Kind-Tage. Eine verbesserte Beziehung kommt den Vätern, aber vor allem auch den Kindern zugute.
- Die Einrichtungen der städtischen Kinder- und Jugendarbeit arbeiten seit den 90er Jahren mit jeweils eigenen Konzepten für die Mädchen- und Jungenarbeit. Es ist seither gelungen, den Anteil der Besucherinnen in den Kinder- und Jugendhäusern deutlich zu steigern, auch wenn von den rund 335.000 Besucherinnen und Besuchern immer noch über 200.000 männlich waren.
- Neu entwickelt wurde das Konzept zum Mädchensport. Beim StreetSoccerCup hat sich eine Mädchenliga etabliert.
- Bei den Hilfen zur Erziehung ist festzustellen, dass bei den ambulanten und teilstationären Hilfen weit überproportional Jungen vertreten sind, während bei Mädchen erst deutlich später Hilfen gewährt werden, dann aber gleich intensive Hilfen, d.h. stationäre Unterbringungen. Hier gilt es die Fragestellung zu verfolgen, wie Hilfebedarf bei Mädchen früher erkannt werden kann, um stark krisenhafte und konfliktbeladene Entwicklungen frühzeitig zu stoppen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.
- Von den knapp 14.000 Alleinerziehenden in Nürnberg sind über 85 Prozent Frauen. Die ARGE Nürnberg muss die besondere Situation dieser Gruppe bei den Instrumenten zur beruflichen Integration berücksichtigen.
- Männer sind überproportional von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen, und sie werden in der Öffentlichkeit auch stärker wahrgenommen. Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge hat der Verlust des eigenen Heims bei Frauen oft andere Folgen, die weniger offensichtlich sind. Sie leben in prekären Wohnverhältnissen und in latenter Obdachlosigkeit. Die speziellen Ursachen und Erscheinungsformen von männlicher und weiblicher Obdachlosigkeit müssen deshalb untersucht und jeweils passende Hilfsangebote gemacht werden.
- Auch in der Suchthilfe unterstützt das Referat für Jugend, Familie und Soziales geschlechterdifferenzierte Beratungs- und Betreuungskonzepte, z.B. frauenspezifische Beratung durch Lilith e.V. oder geschlechtsdifferenzierte Arbeitstherapien der mudra. Das Jugendamt verfolgt bei der Suchtprävention spezielle Konzepte für Jungen und Mädchen; es trat beispielsweise November 2007 bei der Fachtagung „Mädchen und Alkohol“ des Mädchen-AK Nürnberg als Mitveranstalter auf.
- Gerade weil Männer bei den Senioren und besonders in der Gruppe der Hochaltrigen in der Minderheit sind, ist bei den Angeboten der offenen Altenarbeit darauf zu achten, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse ebenso Beachtung finden wie die der gleichaltrigen Frauen.

Die Geschlechtersensibilität in der Sozialen Arbeit ist also ein Muss und als Daueraufgabe aller Leitungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die normale Aufgabenerledigung zu integrieren. Mit dem Jugendamt und dem Allgemeinen Sozialdienst entstammten zwei der sechs Pilotdienststellen für die 2003 beginnende Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Nürnberger Stadtverwaltung dem Referat für Jugend, Familie und Soziales. 2006 kamen das Sozialamt und das Seniorenamt hinzu, und das Referat hat sich insgesamt zum Gender-Pilot-Referat erklärt. Der Stadt-



rat hat im Oktober 2007 beschlossen, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming nicht länger auf einige Dienststellen beschränkt bleibt, sondern für die gesamte Stadtverwaltung verbindlich ist.

Dies ist für den Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales ein weiterer Ansporn, in allen Bereichen geschlechtersensible Konzeptionen vorzulegen und umzusetzen. In der Kinder- und Jugendarbeit ist dies beispielsweise seit Jahren erheblich, ebenso wie die (möglichst) geschlechterparitätische Besetzung der Teams. Die Kindertageseinrichtungen sowie das „Haus für Frauen“ in der Großweidenmühlstraße arbeiten nach entsprechenden Konzepten, während diese in anderen Feldern noch erarbeitet, umgesetzt und weiterentwickelt werden müssen.

Für schriftliche Ausschussvorlagen gilt seit Mitte 2007 ein verbindlicher Gender-Check, der darüber Auskunft gibt, inwieweit Frauen und Männer von den vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen sind und welche Wirkungen erzielt werden sollen. Als problematisch erweist sich dabei jedoch, dass vielfach die Datengrundlagen nicht ausreichend detailliert vorliegen. Die Datenerfassung so umzustellen, dass darüber Aussagen möglich sind, ist deshalb eine der wichtigen Aufgaben für die kommenden Jahre, denn nur so kann der Ressourceneinsatz gesteuert und die Wirkung überprüft werden.



## Frauen in Leitungspositionen und Gewinnung männlicher Fachkräfte

Ein Organisationsentwicklungsprozess im Sinne des Gender Mainstreamings muss durch die Führungsebenen angeregt und vorangetrieben werden, deshalb haben alle Leitungskräfte im Geschäftsbereich entsprechende Fortbildungen besucht. Verändert werden soll auch die Personalstruktur. Derzeit sind die Leitungspositionen im Geschäftsbereich überwiegend mit Männern besetzt. Eine Erhöhung des Frauenanteils wird deshalb angestrebt. Als Fachkräfte in der sozialen Arbeit sind umgekehrt überproportional viele Frauen tätig, deshalb sollen für diese Tätigkeiten mehr Männer gewonnen werden.

Um männliche Fachkräfte als Erzieher, Sozialpädagogen, Kinder- und Altenpfleger einzustellen, genügt der Wille allein jedoch nicht: Nur sehr wenige junge Männer absolvieren derzeit die entsprechenden Ausbildungsgänge, sodass auf ausgeschriebene Stellen wenige Bewerber sehr viel mehr Bewerberinnen gegenüberstehen – wobei ausschlaggebend stets die fachliche Qualifikation bleiben muss. Junge Männer müssen schon bei der Berufswahl auf pädagogische und pflegerische Berufe aufmerksam gemacht werden. Dies war das Ziel des ersten „Boys' Day“ bei der Stadt Nürnberg, organisiert vom Referat für Jugend, Familie und Soziales / Jugendamt unter Beteiligung des NürnbergStift: Unter dem Motto „Neue Wege für Jungs“ absolvierten am 26. April 2007 rund 30 männliche Jugendliche einen Schnuppertag in der Altenpflege, in Kindergärten, Horten, der Bezirkssozialarbeit und den Kinder- und Jugendeinrichtungen. Aufgrund der positiven Reaktionen der Teilnehmer soll das Angebot ausgeweitet und der Tag jährlich angeboten werden. Gleichzeitig soll die Kooperation mit den Ausbildungseinrichtungen für pädagogische Berufe – Fachakademien für Sozialpädagogik, sozial- bzw. erziehungswissenschaftliche Fakultäten der (Fach-)Hochschulen und der Universität – weiter intensiviert und gemeinsam bei jungen Männern für die pädagogischen Berufe geworben werden. Ob das geweckte Interesse sich allerdings in einem geänderten Berufswahlverhalten der jungen Männer niederschlägt und inwieweit die Soziale Arbeit in Nürnberg davon unmittelbar profitiert, kann sich frühestens in einigen Jahren zeigen.



## **11. Kommunikation und Partizipation intensivieren – Kooperation als Prinzip**

## **12. Planung und Steuerung ausbauen**

Um die in den Leitlinien eins bis zehn formulierten Ziele über Organisationsgrenzen hinweg gemeinsam zu erreichen, ist eine intensive Kooperation und Kommunikation ebenso erforderlich wie eine zentrale Steuerung. Die Leitlinien elf und zwölf sind deshalb nach innen gerichtet und beschreiben die Grundprinzipien der Zusammenarbeit im Geschäftsbereich Referat V.

### **Planung und Steuerung**

Die strategische Planung und Steuerung der Arbeit im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales entlang dem Orientierungsrahmen findet in Form von Jahresplanungen für jede Leitlinie statt, die in den Strukturen der Dienststellen und Organisationseinheiten sowie in fachlich zusammengesetzten, dienststellenübergreifenden Teams erstellt und im Kreis der Leitungskräfte abgestimmt werden. Diesem gehören die Dienststellenleiter, die 2. Werkleitung NüSt, die Geschäftsführer der ARGE, der Noris-Arbeit (NOA) und der Werkstatt für Behinderte (wfb) an, außerdem Bereichsleiter(innen) und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Planungs- und Stabsaufgaben.

### **Organisationsreform**

Nach der Devise „Die Organisation muss den Aufgaben folgen“ hat die Ausrichtung am Orientierungsrahmen zu einer Neuorganisation der Dienststellen und Bereiche im Referat für Jugend, Familie und Soziales geführt. Die Weichen hatte der Jugendhilfe- und Sozialausschuss im Juli 2006 gestellt, konkrete Entscheidungen folgten im Oktober 2006 durch den Personal- und Organisationsausschuss und wurden ab 1.1.2007 schrittweise umgesetzt. Die Neustrukturierung des Jugendamts und des Sozialamts in Bereiche, die Integration der Aufgaben der Dienststelle „Allgemeiner Sozialdienst“ in diese beiden Ämter (Jugendamt/Allgemeiner Sozialdienst und Sozialamt/Sozialpädagogischer Fachdienst) und eine Vielzahl daraus folgender organisatorischer und personeller Maßnahmen konnten 2007 durchgeführt werden. Die gesamte Organisationsreform soll Mitte 2009 abgeschlossen sein.

### **Kooperation**

Voraussetzung für erfolgreiche Soziale Arbeit ist die Kooperation mit Partnern auf allen Ebenen. Schule, Polizei, Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Organisationen arbeiten im sozialen Umfeld mit den selben Menschen wie wir. Die unterschiedlichen professionellen Herangehensweisen sind sehr hilfreich, wenn die Kooperation mit gegenseitigem Respekt und in geeigneten Formen regelmäßig gepflegt wird. Kooperation darf nicht mit Übervernetzung verwechselt werden und nicht zum Aufbau von Parallelstrukturen führen, erfordert aber gleichwohl Ressourcen, vor allem Zeit.

Wichtige Kooperationsvorhaben, die im Jahr 2007 aufgebaut oder weiterentwickelt wurden, sind zum Beispiel das Projekt zur Verbesserung des Kinderschutzes durch Frühe Hilfen und Ausbau eines Frühwarnsystems (vgl. Leitlinie 3), „Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: die familienfreundliche Schule“ (vgl. Leitlinie 1/2) und das Übergangsmanagement Schule – Ausbildung – Beruf (Leitlinie 5). Stetig erweitert wird auch der Einsatz von Stadtteilkoordination (vgl. Leitlinie 8).

## Vertragliche Vereinbarungen mit Trägern

Neue vertragliche Formen der Zusammenarbeit und zugleich ein neues Instrument der Steuerung stellen Kooperationsvereinbarungen mit freien Trägern dar. Die ersten beiden wurden 2007 verhandelt. Die bisher übliche, kleinteilige und projektbezogene Bezuschussung wird umgestellt auf eine in gegenseitigem Einvernehmen erarbeitete Zielvereinbarung, die mit einem bestimmten Budget ausgestattet ist. Der eigenverantwortliche Ressourceneinsatz durch den Träger geht einher mit einer stärker ergebnisorientierten Bezuschussung durch die Stadt Nürnberg. Weitere Aufgabenfelder der Sozialen Arbeit sollen in den kommenden Jahren folgen.

## Bildungs- und Sozialmonitoring

Für die Steuerung von Ressourcen sind weit mehr Informationen nötig als bisher zur Verfügung standen, und vor allem müssen diese anders aufbereitet und online zugänglich sein: aktuell, kleinteilig und nach verschiedensten Kriterien sortierbar. Das Amt für Stadtforschung und Statistik baut deshalb in enger Zusammenarbeit mit den Fachreferaten ein „Bildungs- und Sozialmonitoring“ für die Stadt Nürnberg auf. Der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales ist aktiv beteiligt. Soweit vorhanden, wurden die Daten bereits für die Vorauswahl von Stadtteilen für die Stadtteilkoordination ausgewertet. Künftig sollen die Strukturindikatoren noch stärker für die Planung und stadt-räumliche Verteilung von Angeboten herangezogen werden.

## Seismografentreffen

Daten ersetzen jedoch nicht die Beobachtungen der Fachkräfte vor Ort. Ergänzend finden deshalb beim Referenten für Jugend, Familie und Soziales so genannte Seismografentreffen zu bestimmten Sozialräumen statt. Hier sind die Einrichtungsleitungen und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter von Kindertageseinrichtungen, Kinder- und Jugendhäusern, aus den sozialpädagogischen Diensten ASD und SFD, der Jugendsozialarbeit und weiteren Diensten eingeladen, die Lebenssituation der Menschen im Stadtteil aus ihrer täglichen Beobachtung zu schildern, sich aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven auszutauschen und so ein realistisches Bild von der Lage in städtischen Teilräumen entstehen zu lassen, das in die weiteren Planungen einfließt.

## Bildungsbericht

Unter Federführung des Bürgermeisteramts und in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt arbeiten die Bildungsreferate der Stadtverwaltung, das Schulreferat, das Referat für Jugend, Familie und Soziales und das Kulturreferat (mit Beteiligung des Wirtschaftsreferats), am städtischen Bildungsbericht. 2007 wurde das Vorgehen vereinbart, eine detaillierte Gliederung auf der Basis des ersten Nationalen Bildungsberichts zusammengestellt und die Verfügbarkeit von Daten geklärt.

## Fortbildungskoordination Soziale Arbeit

Ein Aspekt der fachlichen Steuerung und Weiterentwicklung ist die systematische Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Fortbildungskoordination Soziale Arbeit hat im Jahr 2007 ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie analysiert Fortbildungsbedarfe in den unterschiedlichen Feldern, entwickelt fachliche Standards für die Fort- und Weiterbildung und erstellt

gemeinsam mit den Fortbildungsbeauftragten in den Dienststellen ein Qualifizierungskonzept für die Soziale Arbeit bei der Stadt Nürnberg. Die Öffnung von bestehenden, bisher dienststelleninternen Angeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Einheiten im Geschäftsbereich wird ebenso angestrebt wie die gemeinsame, übergreifende Entwicklung von Angeboten innerhalb der städtischen Sozialen Arbeit und darüber hinaus. Langfristig könnte eine Fortbildungskoordination für die Soziale Arbeit auch Angebote von anderen Trägern und für externe Fachkräfte umfassen und so den fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit in Nürnberg befördern.

Arbeitsgespräche mit den pädagogischen Ausbildungseinrichtungen in Nürnberg (Fachakademien für Sozialpädagogik, Fachbereiche Sozialwesen der Fachhochschulen und Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg) und der Praxis kommunaler Sozialer Arbeit verbessern die Vernetzung von Theorie und Praxis in der Lehre und Ausbildung und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen pädagogischen Professionen.

## Öffentlichkeitsarbeit

Die Bürgerinnen und Bürger werden mit allen zur Verfügung stehenden Medien über Dienste und Angebote des Geschäftsbereichs Referat V informiert. Im Jahr 2007 wurden rund 300 Pressemitteilungen und -einladungen über das städtische Presseamt versandt. Broschüren, Flyer und Internetangebote werden in großer Zahl bereitgestellt. Konzepte und Planungen werden in den Fachausschüssen ausführlich öffentlich vorgestellt und stehen im elektronischen Ratsinformationssystem auf [www.nuernberg.de](http://www.nuernberg.de) jederzeit zur Verfügung.

Der Tag der Offenen Tür der Stadt Nürnberg im Oktober 2007 stand unter dem Schwerpunktthema „Fit ins Alter – fit in jedem Alter“ und wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Seniorenamt durchgeführt (vgl. Leitlinie 6). Viele Einrichtungen beteiligen sich am städtischen Tag der Offenen Tür und führen eigene Veranstaltungen durch.

Der Referent für Jugend, Familie und Soziales und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Bereichen stellen die Arbeit im Geschäftsbereich regelmäßig mit Präsentationen und Vorträgen der örtlichen und überörtlichen Fachöffentlichkeit vor und beteiligen sich mit schriftlichen und mündlichen Beiträgen an der fachlichen Diskussion in ihren jeweiligen Gebieten.



# Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales

## 1. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales

Der Referent für Jugend, Familie und Soziales Reiner Pröbß ist verantwortlich für die strategischen Leitlinien und die Gesamtplanung der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- (vor und neben der Schule) und Sozialpolitik. Er gestaltet und steuert, unterstützt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Referat, den Geschäftsbereich Referat V mit den zugeordneten Dienststellen und dem Eigenbetrieb NürnbergStift. Hinzu kommt das Monitoring der fachlich zugeordneten Tochtergesellschaften Noris-Arbeit gGmbH und Werkstatt für Behinderte wfb gGmbH sowie die fachliche Begleitung der ARGE Nürnberg. Direkt zum Referat gehören auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stabs Familie. Das Referat bildet die Schnittstelle zur Politik und Öffentlichkeit. Grundsätzlich nimmt das Referat keine operativen Aufgaben wahr, es sei denn, sie sind ämterübergreifend und von gesamtstädtischer Bedeutung.

Der Referent vertritt die Nürnberger Jugend-, Familien- und Sozialpolitik im Sozialausschuss des Deutschen und des Bayerischen Städtetags sowie in der Arbeitsgemeinschaft Jugend im Großraum (Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach). Er gehört dem Kuratorium der ConSozial an sowie dauerhaften wie temporären Arbeitsgruppen auf Landes- und Bundesebene, z.B. zum SGB II oder zum Bildungskongress des Deutschen Städtetags.

Im Referat werden Konzepte zu grundsätzlichen Fragen erstellt und weiterentwickelt, geschäftsbereichsübergreifende Fragestellungen bearbeitet und die Kommunikation und Außendarstellung des Geschäftsbereichs abgestimmt. Die übergeordneten, strategischen Planungs- und Koordinierungsaufgaben sind unter dem Begriff „Zentrale Steuerung“ zusammengefasst. Dazu zählen neben der ämterübergreifenden Planung, Steuerung und dem Controlling die eigenständigen, gesondert personell ausgestatteten Aufgabenfelder Integration und Migration einschließlich des Aussiedlerbeauftragten, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, kommunale Beschäftigungspolitik sowie die Fortbildungs- und Koordination Soziale Arbeit.

Insbesondere der zentralen Steuerung aus finanzieller Sicht kommt immer größere Bedeutung zu. Input, Output und Wirkungen (Effekte) von materiellen Leistungen oder sozialen Dienstleistungen müssen erhoben, bewertet und unter Kosten-Nutzen-Aspekten verglichen und diskutiert werden, um damit eine empirische Grundlage für die fachliche und organisatorische Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit insgesamt zu haben. Dafür wird schrittweise ein aussagefähiges Berichtswesen und Monitoring aufgebaut.

Die Integration der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ist ein gesamtstädtisches Thema, das neben der gesamtstädtischen Steuerung auch einer ämterübergreifenden Koordination innerhalb des Referats bedarf, denn ein großer Teil der kommunalen Integrationsangebote ist fachlich in den Handlungsfeldern Jugend, Familie und Soziales angesiedelt. Diese Aufgabe wird im Referat wahrgenommen, ebenso wie die Funktion des Aussiedlerbeauftragten.

Das bürgerschaftliche Engagement betrifft sämtliche Ämter und Bereiche und ist in unterschiedlichsten Ausprägungen vom klassischen Ehrenamt in Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, im Sport oder der Kultur über das Zentrum Aktiver Bürger bis hin zum „Unternehmen als Bürger“ anzutreffen. Bei operativer Zuständigkeit der fachlichen Stellen werden im Referat konzeptionelle Grundlagen und Standards erarbeitet, die Zusammenarbeit mit dem Zentrum Aktiver Bürger moderiert, Impulse für die Weiterentwicklung der Formen von Engagement gegeben, neue Gruppen von





Ehrenamtlichen angesprochen sowie die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt.

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II) haben die Kommunen vielfältige Möglichkeiten, soziale Integration in den Arbeitsmarkt durch Förderung, Beschäftigung und Qualifizierung mitzugestalten. Die ämterübergreifende Koordination und die fachliche Anbindung der ARGE (mit der Bundesagentur für Arbeit) wird auf Referatsebene durch die Koordinationsstelle soziale Integration durch Beschäftigung (KosIB) wahrgenommen, wobei die Dienststellen weiterhin operativ zuständig sind, z.B. das Jugendamt für die Jugendberufshilfen und das Amt für Existenzsicherung und soziale Integration als kommunaler Leistungsträger des SGB II und die Beschäftigungsgesellschaft NOA mit eigenen Maßnahmen.

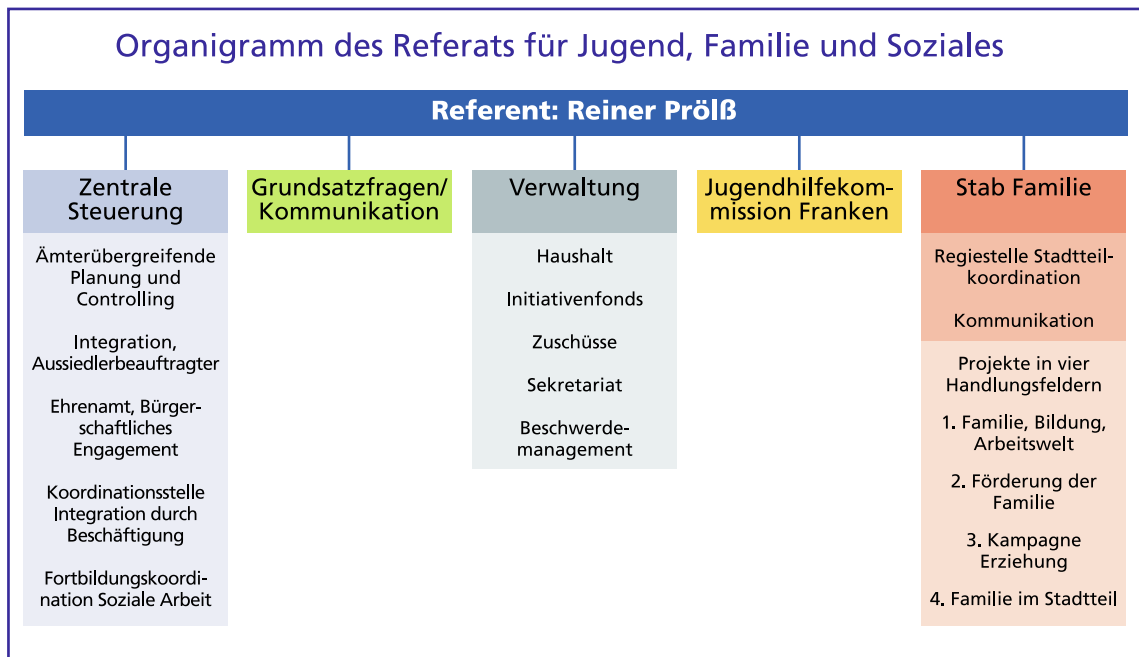
Seit Mai 2007 ist die Stelle der Fortbildungskoordination Soziale Arbeit besetzt. Ihre Aufgabe ist es, die spezifischen Fortbildungsbedarfe in allen Feldern der Sozialen

Arbeit zunächst bei den städtischen Fachkräften, aber perspektivisch auch in Zusammenarbeit mit Freien Trägern, zu analysieren, die bestehenden Fortbildungen zu einem Gesamtprogramm zusammenzufassen und gemeinsam mit den Fachleuten der Dienststellen weitere Angebote anzuregen, zu entwickeln und durchzuführen. Im Jahr 2007 wurden konzeptionelle Vorarbeiten geleistet und die Fortbildungsangebote und –bedarfe der Dienststellen analysiert.

Das Nürnberger Bündnis für Familie besteht seit Juni 2000. Der Stab Familie im Referat für Jugend, Familie und Soziales initiiert, koordiniert und führt in Zusammenarbeit mit städtischen Dienststellen und anderen Akteuren die Aktivitäten im Bündnis für Familie durch. Das Nürnberger Bündnis war Vorbild für die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ mit mittlerweile über 450 Kommunen und Landkreisen.

Im Jahr 2007 wurde die engere personelle Verzahnung des Stabs Familie mit den Dienststellen im Geschäftsbereich in die Wege geleitet, indem die Stabsmitarbeiterinnen anteilig auch operative Aufgaben, die unmittelbar auf Familien wirken, in den Dienststellen Jugendamt, Sozialamt und Seniorenamt übernehmen. Konzeptionelle, strategische und kommunikative Aufgaben werden weiterhin zentral im Stab Familie wahrgenommen. Noch stärker als bisher wird der Stadtteil, der soziale Nahraum und die in ihm angesiedelten Einrichtungen wie Kindertageseinrichtungen, Kinder- und Jugendhäuser, Kulturläden und Schulen zum Ausgangspunkt und Kern der kommunalen Familienpolitik. Deshalb ist seit 2007 die Regiestelle Stadtteilkoordination im Stab Familie angesiedelt, die zur Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens im sozialen Nahraum beitragen soll.

Formal ebenfalls beim Referat angesiedelt ist die Jugendhilfekommission Franken, deren Vorsitz die Stadt Nürnberg wahrnimmt, vertreten durch den Referenten. Die Geschäftsstelle ist in den Räumen und im Stellenplan des Jugendamts verankert. Aufgabe der Kommission ist für die Region Franken der Abschluss von Vereinbarungen bei der Finanzierung von stationären und teilstationären Jugendhilfeleistungen (insbesondere Kinder- und Jugendheime, heilpädagogische Tagesstätten, betreute Wohngruppen und Einrichtungen für Mutter und Kind). Die Kommission handelt im Auftrag der Kommunalen Spitzenverbände, der Verbände der Träger der freien Jugendhilfe sowie der Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer.



Referat für Jugend, Familie und Soziales  
 Rathaus  
 Hauptmarkt 18  
 90403 Nürnberg  
 (0911) 231 - 29 12  
[ref.V@stadt.nuernberg.de](mailto:ref.V@stadt.nuernberg.de)  
[www.soziales.nuernberg.de](http://www.soziales.nuernberg.de)

Stab Familie / Bündnis für Familie  
 Spitalgasse 22  
 90403 Nürnberg  
 (0911) 231 - 73 57  
[bff@stadt.nuernberg.de](mailto:bff@stadt.nuernberg.de)  
[www.bff-nbg.de](http://www.bff-nbg.de)



**BÜNDNIS für FAMILIE**

## 2. Die Fachausschüsse: Jugendhilfe, Soziales und Werkausschuss NürnbergStift

Die dem Referat fachlich zugeordneten Ausschüsse des Stadtrats sind der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Werkausschuss NürnbergStift. Die Ausschussunterlagen werden in den Dienststellen vorbereitet und vom Referenten eingebracht.

Der Jugendhilfeausschuss (JHA), der nach § 71 SGB VIII eine Sonderstellung einnimmt und dem zu zwei Fünfteln Vertreterinnen und Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe angehören, tagte im Jahr 2007 sechs Mal sowie zwei Mal gemeinsam mit dem Schulausschuss. Behandelt wurden insgesamt 73 Tagesordnungspunkte. In der außergewöhnlichen Form eines Hearings mit Experten aus Wissenschaft und Praxis befasste sich der Ausschuss am 3. Mai 2007 intensiv mit dem Thema Jugendgewalt. Als Beispiele für besonders umfangreiche und weitreichende Besprechungspunkte sind die Vorlagen und Beschlüsse zum quantitativen Ausbau



(5. Juli 2007) und der qualitativen Weiterentwicklung (27. September 2007) der Kindertagesbetreuung in Nürnberg sowie die Fortschreibung des „Rahmenplans Spielen“ unter dem Titel Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“ (13. Dezember 2007) zu nennen. In gemeinsamer Sitzung mit dem Schulausschuss beschloss der JHA einen „Masterplan gegen Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Ausbildungsplätze“ (29. März 2007) und befasste sich mit vielfältigen Maßnahmen zum Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.

Der Sozialausschuss trat sechsmal zusammen, zusätzlich einmal gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss, und beriet über 63 Themen, darunter etwa das Konzept ObDach – Weiterentwicklung der Nürnberger Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe (15. März 2007) sowie Vorlagen zu den unterschiedlichen Facetten der demografischen Entwicklung in jeder der Sitzungen. Der Werkausschuss NüSt behandelte in fünf Sitzungen 26 Tagesordnungspunkte. Er war mehrfach mit dem Bau des neuen Pflege- und Therapiezentrums Sebastianspital sowie mit Themen der Pflege befasst (Bericht der Heimaufsicht, Transparenz in der Pflege). (Themenliste siehe Anhang S. 135)

Themen aus dem Geschäftsbereich Referat V wurden auch in anderen Gremien des Stadtrats behandelt, vor allem in der Kommission für Integration, aber auch im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit, im Personal- und Organisationsausschuss oder im Stadtrat.



### 3. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt (J)

Seit 1. Januar 2007 lautet die ausführliche Bezeichnung des Jugendamtes „Amt für Kinder, Jugendliche und Familien“ und benennt damit die Zielgruppen der Arbeit. Das Jugendamt ist die größte Dienststelle der Stadtverwaltung, mit rund 1.300 Beschäftigten, von denen ca. 500 in Teilzeit arbeiten. Der geringe Anteil von 175 Männern erklärt sich im Wesentlichen durch den Umstand, dass in den Kindertageseinrichtungen fast ausschließlich Frauen mit der Förderung, Entwicklung und Versorgung der Kinder befasst sind. Der Amtsleiter ist Rudolf Reimüller.

Organisatorisch ist das Amt in vier Bereiche aufgeteilt:

**Im Bereich 1 Kindertageseinrichtungen, Häuser für Familien und Tagespflege** (Leitung: Ingeborg Brandl-Herrmann) stehen Kindertagesbetreuung, frühkindliche Bildung und Erziehung in folgenden Einrichtungsformen im Vordergrund:

- Krippen und Tagespflege für Kinder von 2 Monaten bis zu 3 Jahren,
- Kindergärten für Kinder von 3 bis 6 Jahren,
- Horte für Grundschulkinder (einschließlich Sonderhorte) und Horte als Schülertreffs für Hauptschüler vorrangig der 5. bis 7. Klasse.



In insgesamt 125 Einrichtungen in eigener Trägerschaft bietet die Stadt rund 6.300 Plätze und stellt damit ein Drittel des Platzangebotes für Kinder in Nürnberg. Als öffentlicher Träger der Jugendhilfe übt das Jugendamt zugleich auch eine gesetzlich geregelte Aufsichtsfunktion über die rund 260 Einrichtungen in freier Trägerschaft aus. Für die fachliche Beratung der freien Träger in pädagogischen und konzeptionellen Fragen sind pädagogische Fachkräfte im Bereich 1 zuständig.

Da die Ausbauziele bis zum Jahre 2013 rund 25.000 Plätze vorsehen, kommt der Fachberatung freier Träger in diesem enormen Investitionsbereich immer größere Bedeutung zu.

Für die qualitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen in Richtung integrierter Familienarbeit durch Orte für Kinder, Orte für Familien und Familienzentren wurde ein gesondertes Förderprogramm beschlossen.

**Der Bereich 2: Kinder- und Jugendarbeit, Erziehungsberatung und Familienbildung**  
(Leitung: Bernd Kammerer) gliedert sich auf in fünf Abteilungen:

Die Präventive Kinder- und Jugendhilfe (Abteilung 1) umfasst die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte Kinder, Spiel und Stadt, Kinder- und Jugendschutz, Suchtprävention, Musik-kulturelle Programme/Kinderkultur (kulturelle Bildung), Ferienprogramme und Schul- und berufsbezogene Jugendhilfe. In Abteilung 2 sind die drei städtischen Erziehungsberatungsstellen, die Familienbildung und die Kampagne Erziehung angesiedelt.

Den Abteilungen 3 bis 5 sind die sozialraumorientierten Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in neun Sozialregionen zugeordnet (Kinder- und Jugendhäuser, Jugendtreffs, stadtteilorientierte Streetworkprojekte, City-Streetwork für junge Punks und Jugendliche in schwierigen sozialen Lebenslagen, das Team Mobile Jugendarbeit, Spielmobile und „Äktschnbus“).

**Bereich 3: Soziale Dienste und Erzieherische Hilfen** (Leitung: Frank Schmidt)

Bei der Bereichsleitung sind folgende Aufgaben und Projekte angesiedelt: Fachberatung freier Träger und Controlling erzieherischer Hilfen, Vollzeitpflege, Grundsatzfragen, Adoptionsvermittlung, „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder/Frühwarnsystem“, Stütz- und Förderklassen und Wirkungsorientierte Jugendhilfe.

Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) (Abteilungen 1 und 2) leistet als Basisdienst in neun Sozialregionen Hilfen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien und für junge Volljährige in aufsuchender Arbeit. Wo nötig, unterstützt der ASD durch die Einleitung von ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung; wo Familien temporär mit der Erziehung überfordert sind oder das Kindeswohl nicht gewährleistet ist, initiiert der ASD Erziehung außerhalb der Familie (Pflegefamilie, Heimunterbringung).

Der Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) (Abteilung 3) nimmt Kinder und Jugendliche in Krisensituationen in Obhut und fungiert in Krisensituationen und bei Kindeswohlgefährdung außerhalb der Geschäftszeiten des ASD als mobiler Dienst. Der KJND betreibt auch das Sleep In als niedrigschwellige Notschlafstelle für Jugendliche und junge Erwachsene.

Im Kinder- und Jugendhilfzentrum Reutersbrunnenstraße (KJHZ) (Abteilung 4) ist das Jugendamt selbst Leistungserbringer stationärer und ambulanten erzieherischer Hilfen. Im KJHZ werden fünf Gruppen mit jeweils acht Kindern und Jugendlichen durchgängig betreut. Eine Außengruppe bietet stationäre Hilfe mit innovativen Ansätzen der Eltern- und Familienarbeit. Ambulante Hilfen



des KJHZ sind Erziehungsbeistandschaften in der Familie, betreutes Einzelwohnen und die sog. Ambulante Intensive Begleitung.

Die Abteilung 5 Beistands- und Amtsvormundschaft stellt u.a. Vaterschaften fest und macht Unterhaltsansprüche für Kinder geltend, einschließlich der damit verbundenen gerichtlichen Verfahren (Beistandschaften), oder vertritt Kinder in Teilbereichen oder dem gesamten Umfang der elterlichen Sorge (Pflegschaften oder Vormundschaften).

**Bereich 4: Allgemeine Verwaltung, Wirtschaftliche Hilfen** (Leitung: Claudia Ehrensberger)

Die Abteilung 1 übernimmt Personalarbeit, Datenverarbeitung und allgemeine Organisationsaufgaben als Querschnittsabteilung für das Jugendamt.

Die Abteilung 2 Rechtsaufsicht, Zuschusswesen, Bedarfs- und räumliche Planung ist zuständig für die Planung und Realisierung der bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertageseinrichtungen, die Rechtsaufsicht über und die Bezuschussung der Kindertageseinrichtungen freier Träger, auf die diese nach BayKiBiG einen rechtlichen Anspruch haben, sowie für Zuschüsse an freie Träger außerhalb des Kindertagesstättenbereiches.

Die Abteilung 3 Finanzwesen, MIP, Gebäudemanagement überwacht das Budget des Jugendamtes, vollzieht alle haushaltrechtlich relevanten Tätigkeiten inklusive Haushaltsplanung und –überwachung, sorgt für eine wirtschaftliche Betriebsführung und übernimmt Gebäudemanagement und Beschaffungswesen.

Abteilung 4 Wirtschaftliche Jugendhilfe, Hilfe zur Erziehung finanziert Einzelfallmaßnahmen der Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Die Abteilung prüft und bewilligt einmalige Leistungen und zahlt Hilfe zum Lebensunterhalt für junge Menschen, die bei Pflegeeltern oder in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind, aus.

In Abteilung 5 Unterhaltsvorschussgesetz, Hilfen in Tageseinrichtungen werden Unterhaltsvorschussleistungen gewährt und die Gebühren und Beiträge für Kindergärten, Horte, Kinderkrippen oder Tagespflege finanziert, wenn den Eltern die Übernahme dieser Kosten nicht oder nicht in voller Höhe zugemutet werden kann.

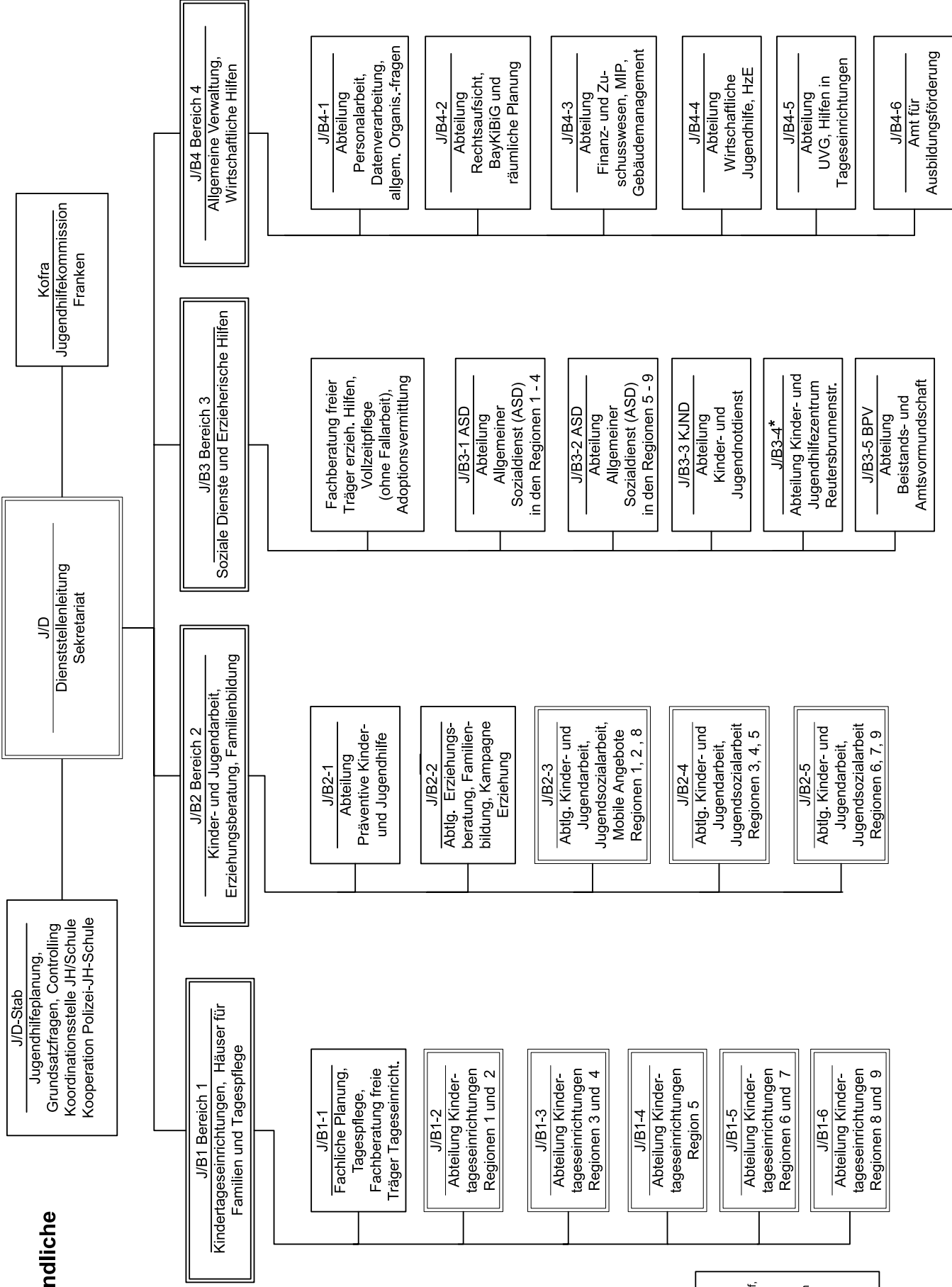
Abteilung 6 – Amt für Ausbildungsförderung, fördert auf gesetzlicher Grundlage individuell Ausbildungen an schulischen Einrichtungen, die eine weiterführende allgemeine sowie berufliche Bildung vermitteln, und Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Hierzu werden Auszubildende beraten und die finanziellen Leistungen berechnet und zahlbar gemacht.



Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt  
Dietzstraße 4  
90443 Nürnberg  
Telefon: (0911) - 231 32 05 (Dienststellenleitung)  
[www.jugendamt.nuernberg.de](http://www.jugendamt.nuernberg.de)



# Stadt Nürnberg Amt für Kinder, Jugendliche und Familien - Jugendamt



- Die neuen Regionen:**
- 1 - Gostenhof, Muggenhof, Doos
  - 2 - Altstadt, St. Johannes, Weizendorf, Knoblauchsland
  - 3 - Großreuth, Ziegelstein
  - 4 - Wöhrd, Zabo, Ertenstegen
  - 5 - Langwasser, Altenfurt, Fischbach
  - 6 - Gleishammer, Gibitzenhof, Sudfriedhof
  - 7 - Galgenhof
  - 8 - St. Leonhard, Schweinau
  - 9 - Eibach, südliche Vororte

\* Zunächst bestehend aus dem Kinder- und Jugendheim und den Ambulanten Hilfen



## 4. Amt für Existenzsicherung und soziale Integration: Das „neue“ Sozialamt (SHA)

Zum 1. Januar 2005 gab das Sozialamt der Stadt Nürnberg die Zuständigkeit für ca. 14.000 Bedarfsgemeinschaften mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an die neu gegründete ARGE Nürnberg ab. In der Folge war nicht nur die ARGE aufzubauen und arbeitsfähig zu machen, sondern es war auch zu entscheiden, wie die Strukturen und die verbliebenen Aufgaben des Sozialamtes neu zu organisieren waren. Der Planungsprozess war in die Reform des Referats für Jugend, Familie und Soziales eingebunden und erbrachte ein (fast) völlig „neues“ Sozialamt, das zum 1. Januar 2007 das Licht der Welt erblickte.

Am augenfälligsten wird die Veränderung durch den neuen Namen: Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt heißt die Dienststelle nun. Der Name ist zugleich Programm, und zwar sowohl strukturell als auch hinsichtlich der Aufgabenstellung. Das neue Amt übernimmt das strukturelle Prinzip des Referats, wichtige und zusammengehörige Aufgaben in Bereichen zusammenzuführen, die unterhalb der Dienststellenebene die Makrostruktur des Referats darstellen. Im Sozialamt (wie es wohl im Alltag noch lange heißen wird) gibt es zwei Bereiche:

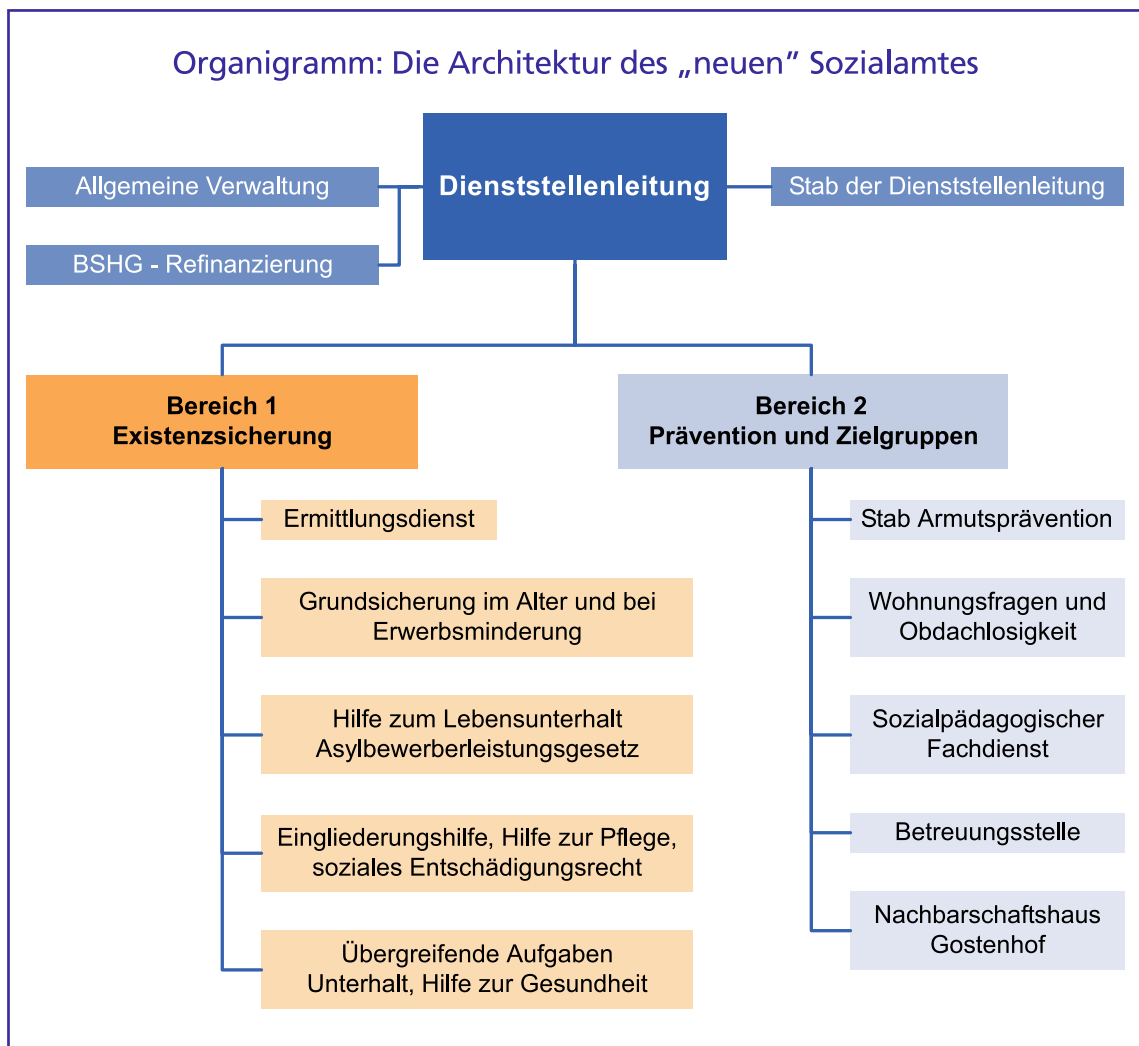
Der Bereich 1 hat die Aufgabe der Existenzsicherung, d.h. er erbringt vor allem alle materiellen sozialen Sicherungsleistungen, für die die Stadt zuständig ist, aber auch Beratung der zu betreuenden Klientel in allen finanziellen und persönlichen Angelegenheiten. Das Aufgabenspektrum wird begründet durch das SGB XII, welches im Zuge der Arbeitsmarktreformen das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ablöste. Die wichtigsten Hilfen sind: die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Hilfe zur Pflege und (noch) die ambulante Eingliederungshilfe für Behinderte (die aber im Laufe des Jahres 2008 an den Bezirk Mittelfranken abgegeben wird). Daneben werden Leistungen an Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Versorgungsleistungen nach dem sozialen Entschädigungsrecht erbracht.

Für den Bereich 2 passt die Überschrift soziale Integration: Der zum großen Teil neu gebildete Bereich ist ganz allgemein für die Förderung der Integration verschiedener Zielgruppen zuständig, bei denen die Gefahr der Ausgrenzung besteht – es geht um Arme, Migranten, Behinderte u.a.m.

Im Bereich 2 wurden zum einen verschiedene Spezialdienste zusam-



mengeführt, die sich um diese Zielgruppen kümmern, die Fachstelle für Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe, die Betreuungsstelle, der sozialpädagogische Fachdienst, der Behinderten- und der Suchtbeauftragte, das Nachbarschaftshaus Gostenhof, zwei Stadtteilläden und das FrauenZimmer. Zum anderen wurde hier ein neuer Arbeitsansatz etabliert, der sich mit Projekten der Armutsprävention beschäftigt – das stellt im bundesweiten Vergleich eine Besonderheit dar, auf die das Sozialamt zu Recht stolz ist; die erste Nürnberger Armutskonferenz im November 2007 mit ihrem großen Medienecho war erstes Arbeitsergebnis dieses „Stabes Armutsprävention“.



Neue Strukturen bringen oft auch personelle Veränderungen mit sich, so auch im Amt für Existenzsicherung und soziale Integration: Zum 1. April 2007 wurde die Dienststellenleitung neu besetzt mit Dieter Maly, der vorher den Allgemeinen Sozialdienst geleitet hatte. Schon zuvor wurden die Bereichsleitungen besetzt, der Bereich 1 wird von Armin Seyschab geleitet, zuvor viele Jahre lang Außenstellenleiter beim Sozialamt, der Bereich 2 von Georg Hopfengärtner, der aus dem Referat V in das Sozialamt wechselte.

## Das Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt in Zahlen

<b>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (12/2007)</b>	<b>233</b>
davon im Bereich 1 – Existenzsicherung	94
davon weiblich	63
davon im Bereich 2 – Soziale Integration	82
davon weiblich	50
<b>Leistungsberechtigte im Bereich 1 – Existenzsicherung</b>	<b>11000</b>
<b>davon mit Leistungen aus dem Bereich (Stand: Sept 2007)</b>	
Hilfe zum Lebensunterhalt	1189
Grundsicherung im Alter	5420
Hilfe zur Gesundheit	2157
Hilfe zur Pflege	747
Asylbewerberleistungsgesetz	645
<b>Nachrichtlich: Leistungsberechtigte der ARGE Nürnberg nach dem SGB II</b>	<b>52000</b>
<b>Ausgewählte Leistungen des Bereichs 2 – Prävention und Zielgruppen im Jahr 2007</b>	
vorbeugende Obdachlosenhilfe, Fälle (Haushalte)	1867
untergebrachte obdachlose Haushalte	756
Fälle des sozialpädagogischen Fachdienstes (teilw. Doppelzählung)	7520
Fälle der Betreuungsstelle (Sachverhaltsermittlungen Vormundschaftsgericht)	2232

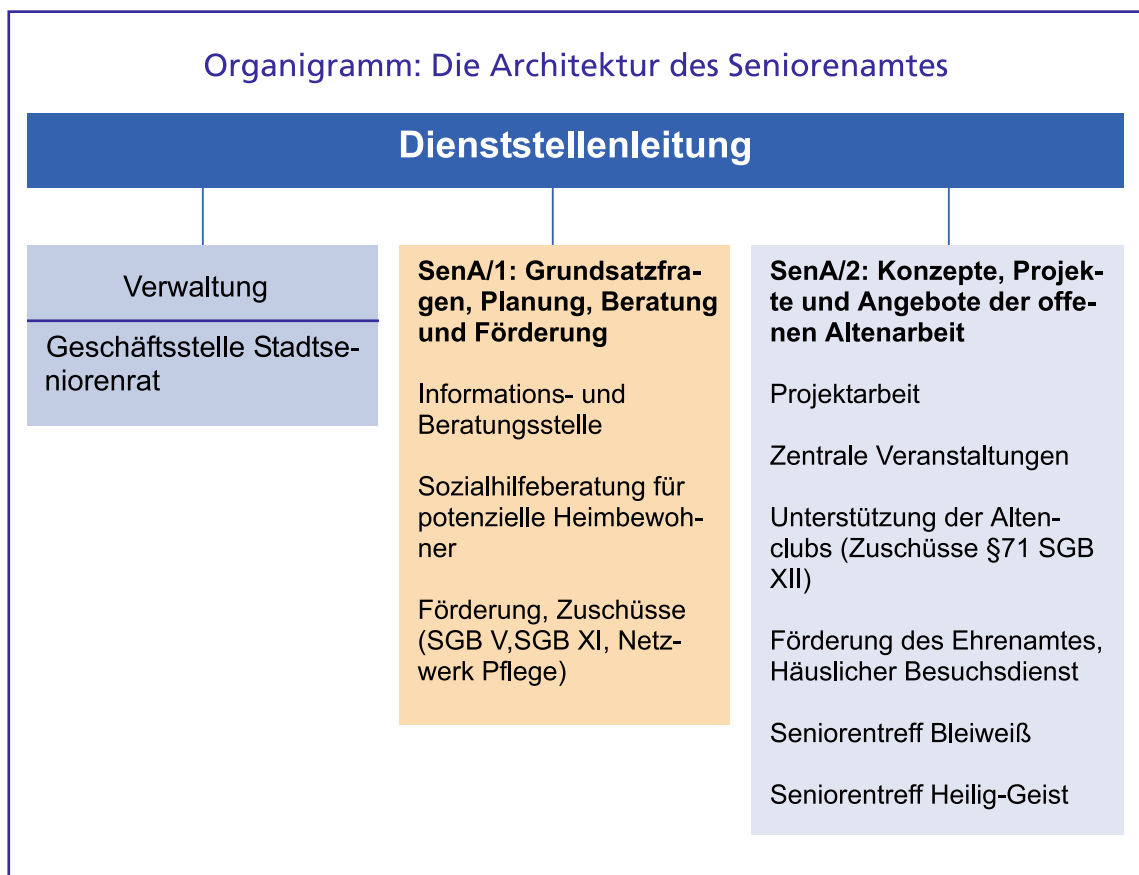


### Kontakt

Dienststellenleitung: Dietzstraße 4, 90443 Nürnberg, Tel: (0911) 231 - 23 35, Fax: 231 - 58 80,  
Hotline für Auskünfte, Beratung und Beschwerden: Tel: (0911) 231 23 15

## 5. Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt (SenA)

Das Verständnis von kommunaler Seniorenpolitik als Fach- und als Querschnittsaufgabe spiegelt sich im veränderten Namen der Dienststelle wieder. Die Struktur des Amtes selbst ist seit den beiden letzten tiefgreifenden Organisationsänderungen – 1995 bei Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes und 1999 bei Überführung der Pflegeeinrichtungen in den kommunalen Eigenbetrieb NürnbergStift – unverändert geblieben. Im Seniorenamt arbeiten 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 20 rechnerischen Vollzeitstellen. Der Stadtseniorenrat ist mit der Wahl einer neuen Delegiertenversammlung und eines neuen Vorstandes in seine vierte Amtsperiode von 2007 bis 2011 gestartet. Die Geschäftsstelle des Stadtseniorenrates ist direkt bei der Dienststellenleitung und Verwaltung des Seniorenamtes angesiedelt und wird 2008 um eine dreiviertel Stelle aufgestockt.



Die **Abteilung 1** hat drei Schwerpunkte - die zentrale Informations- und Beratungsstelle, das Zuschusswesen für die Versorgungs- und Pflegeinfrastruktur und die Bearbeitung aller Planungs- und Grundsatzfragen, die Voraussetzung der Gewährleistung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für ältere hilfs- und pflegegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sind.

Mit dem Umzug des Seniorenamtes in das im Heilig-Geist-Haus entstehende „Seniorenrathaus“ (voraussichtlich 2010) wird dort durch räumliche Zusammenführung der SenA-Beratungsangebote mit Beratungsangeboten anderer Träger unter ein Dach ein zentraler und neutraler Beratungsknotenpunkt in Nürnberg entstehen.





Bei dem 2008 notwendigen Umzug des Seniorenamtes ins Gebäude Königstorgraben 11 wird der erste Schritt in Richtung dieses Beratungszentrums gemacht. Zum einen ist es ein zentraler und – im Gegensatz zu jetzt – mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbarer Standort, zum anderen werden die drei Beratungsstellen des SenA (Info- und Beratungsstelle, Beschwerde- und Schlichtungsstelle, Sozialhilfeberatung für potenzielle Heimbewohner) räumlich und entsprechend den Festlegungen zur Strukturreform des SozialReferats organisatorisch in der Abteilung 1 des SenA zusammengefasst.

In der **Abteilung 2** finden sich alle kommunalen Angebote der präventiven offenen Seniorenarbeit. Dies sind eigene Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote oder Angebote zur gesundheitlichen Prävention, der Betrieb der beiden großen städtischen Seniorentreffs Heilig-Geist und Bleiweiß, die Unterstützung der rund 250 Altenclubs und Seniorentreffs und deren finanzielle Bezuschussung, die Organisation und Anleitung eines ehrenamtlichen häuslichen Besuchsdienstes und

die Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen. Beispiele hierfür sind das selbstverwaltete Senioren-Computer-Zentrum, die Veranstaltung „Älter werden - Zukunft gestalten“ als Kombination aus inhaltlichem Tagungsprogramm mit präventivem Charakter und einer Verbraucherausstellung oder die Entwicklung von „Seniorennetzwerken“.

2007 wurden als weiterer Mosaikstein einer bedarfsgerechten präventiven und helfenden Infrastruktur zusammen mit städtischen und nichtstädtischen Kooperationspartnern weitere dieser neutralen, trägerübergreifenden und kleinstädtischen Seniorennetzwerke ins Leben gerufen. Dieses Angebot wird sich auch zukünftig ausweiten.

Ein interessante Ergänzung dieser Netzwerke sind hier die im SGB-XI Reformentwurf vorgesehenen Pflegestützpunkte. Allerdings muss aufgrund der bisher bekannt

gewordenen Vorstellungen zur Umsetzung

dieses Konzeptes befürchtet werden, dass die Chancen dieses Kernstücks der Reform durch die fehlende Berücksichtigung bestehender und funktionierender kommunaler Strukturen nicht genutzt werden. Deswegen versuchen wir, unsere Seniorennetzwerke als praktikablen und vor allem bereits praktizierten „kommunalen Weg“ zu präsentieren und sowohl bei der Umsetzung des Nürnberger Pilotprojektes des Bundesmodellvorhabens „Werkstatt Pflegestützpunkte und Pflegeberater,“ als auch über die kommunalen Spitzenverbände in den Entscheidungsprozess einzubringen.





Wir sehen hier durch die Möglichkeit der räumlichen Zusammenfassung von Pflegeberatern / Pflegestützpunkten und den Stützpunkten von Seniorennetzwerken neben der Vermeidung des Aufbaus von Doppelstrukturen auch die Chance zur komplementären Verknüpfung der präventiven und unterstützenden Angebote der Seniorennetzwerke und der pflegerischen Versorgungsstrukturen der Pflegestützpunkte.

Kontakt:



Dienststellenleitung: Königstorgraben 11, 90402 Nürnberg  
Tel: (0911) 231 - 67 01, Fax: (0911) 231 - 67 12  
[www.senioren.nuernberg.de](http://www.senioren.nuernberg.de)



Geschäftsstelle Stadtseniorenrat: (0911) 231 - 65 02  
Informations- und Beratungsstelle: (0911) 231 - 66 57  
Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege: (0911) 231 - 65 55

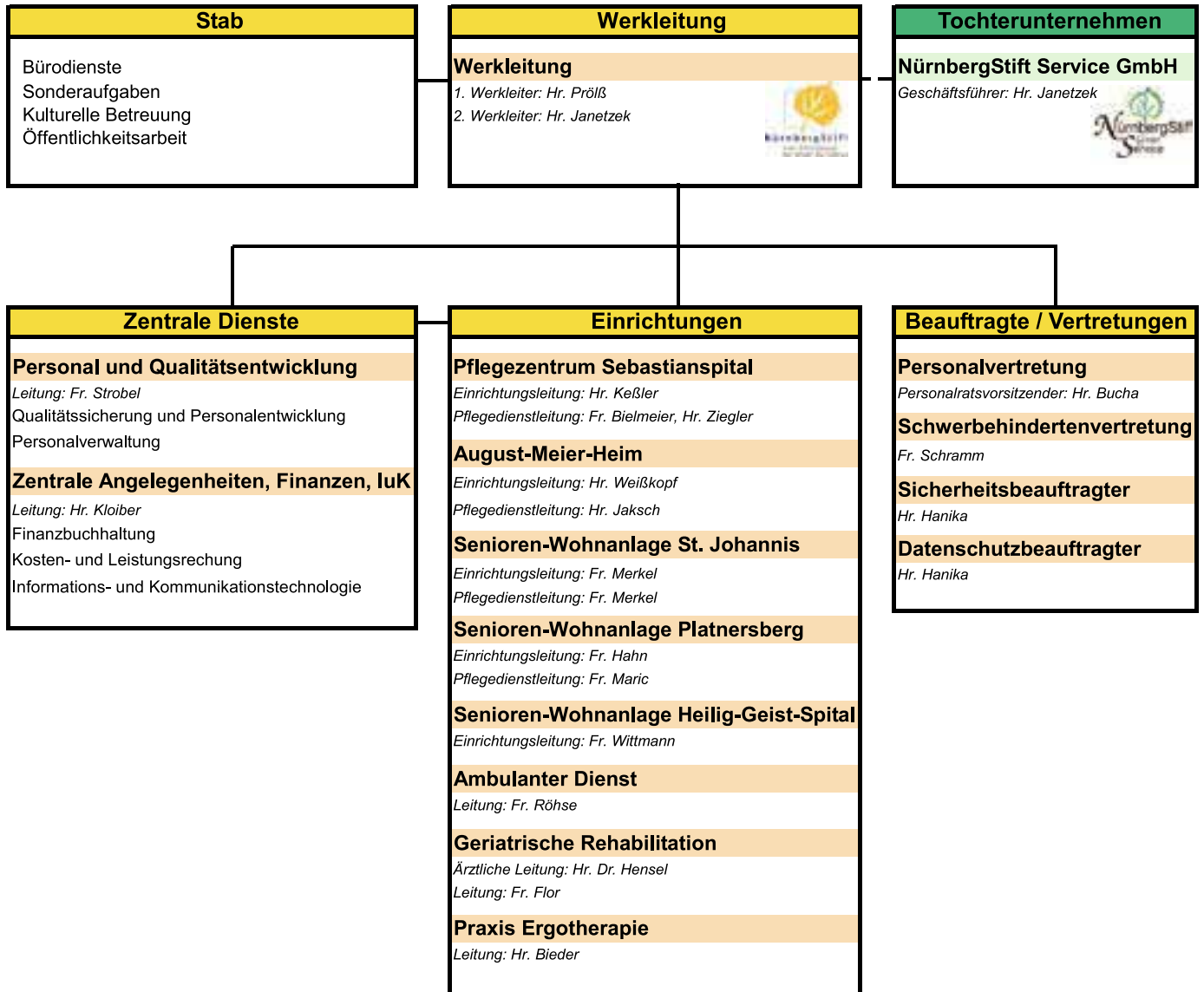


## 6. Der Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt)

Aufgabe des NürnbergStift ist es, zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der älteren Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Trägervielfalt ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote und Einrichtungen nach dem Heimgesetz, dem SGB V und dem SGB XI zu betreiben. Die im NürnbergStift zusammengefassten Einrichtungen einschließlich der Nebenbetriebe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Nürnberg. Das NürnbergStift ist als Eigenbetrieb organisiert und wird als Sondervermögen verwaltet.

Zuständige Organe für das NürnbergStift sind der Oberbürgermeister, der Stadtrat, der Werkausschuss und die Werkleitung (§ 4 der Betriebsatzung). Die Werkleitung setzt sich zusammen aus dem Referenten für Jugend, Familie und Soziales als 1. Werkleiter (Reiner Pröbß) und dem 2. Werkleiter mit der gleichzeitigen Funktion als Dienststellenleiter (bis 31.03.2007 Günter Faust, ab 01.04.2007 Detlev

Janetzek). Nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über die Einrichtungen, Aufgabenbereiche und die Organisation des NürnbergStift:



Zur Unterstützung des NürnbergStift wurde im Jahr 2003 die NürnbergStift Service GmbH gegründet. Die NürnbergStift Service GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Stadt Nürnberg, erbringt als Kernaufgabe Dienst- und Werkleistungen für das NürnbergStift. Die Leistungen umfassen die Durchführung und Erledigung von Aufgaben im Facility-Bereich und Unterstützungsleistungen für die Pflege. Hierzu zählen insbesondere Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche Leistungen, Aufgaben des allgemeinen Betriebsdienstes sowie Hauswirtschafts- und Serviceleistungen zur Unterstützung der Pflege. Zuständige Organe für die Gesellschaft sind der Geschäftsführer (bis zum 31.12.2007 Günter Faust, ab dem 01.01.2008 Detlev Janetzek) und die Gesellschafterversammlung.

In der nachfolgenden Tabelle werden die wichtigsten Daten und Fakten des NürnbergStift und der NürnbergStift Service GmbH dargestellt:

NürnbergStift		2007	Vorjahr
<b>1. Kennzahlen</b>			
a) Plätze/Wohneinheiten	Anzahl	975,0	988,0
b) Belegungs-/Berechnungstage	Tage	332804,0	339427,0
c) Durchschnittliche tägliche Belegung	Bewohner/Patienten	912	930,0
d) Auslastungsgrad	Prozent	93,5	94,1
e) Mitarbeiter/innen	Vollzeitkräfte	340,6	348,0
<b>2. Bilanz und GuV-Zahlen</b>			
a) Bilanzsumme zum 31.12.	T €	o.A.*	46107,0
b) Anlagevermögen zum 31.12.	T €	o.A.*	25427,0
c) Eigenkapital zum 31.12.	T €	o.A.*	19394,0
d) Erträge insgesamt	T €	o.A.*	29620,0
e) Aufwendungen insgesamt	T €	o.A.*	29553,0
davon Personalaufwand	T €	o.A.*	19248,0
f) Jahresüberschuss	T €	o.A.*	67,0
NürnbergStift Service GmbH		2007	Vorjahr
<b>1. Kennzahlen</b>			
(MitarbeiterInnen ohne Gestellung)	Vollzeitkräfte	38,3	37,2
<b>2. Bilanz und GuV-Zahlen</b>			
a) Bilanzsumme zum 31.12.	T €	303,0	370,0
b) Anlagevermögen zum 31.12.	T €	15,0	10,0
c) Eigenkapital zum 31.12.	T €	30,0	30,0
d) Erträge insgesamt	T €	3955,0	4182,0
e) Aufwendungen insgesamt	T €	3955,0	4179,0
davon Personalaufwand	T €	958,0	955,0
f) Jahresüberschuss	T €	0	3,0

\*Anmerkung: Zum Redaktionsschluss lagen die endgültigen, geprüften Zahlen des Jahresabschlusses 2007 für das NürnbergStift noch nicht vor.



### Kontakt:

NürnbergStift, Zentrale Verwaltung, Regensburger Straße 380, 90480 Nürnberg

Telefon: (0911) 231 - 66 45

Telefax: (0911) 231 - 66 63

[www.nuernbergstift.nuernberg.de](http://www.nuernbergstift.nuernberg.de)





## 7. ARGE Nürnberg

Zum 01.01.2005 wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfsbedürftige zur Grundsicherung für Arbeitsuchende im neuen Sozialgesetzbuch – Zweites Buch (SGB II) zusammengeführt. Ziel dieser größten Sozialrechtsreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war eine intensivere Unterstützung der Hilfebedürftigen bei der Eingliederung in Arbeit.

Dies sollte in Nürnberg von der Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration, der ARGE Nürnberg, geleistet werden. Sie wird getragen von der Stadt Nürnberg und der Agentur für Arbeit Nürnberg. Beide Träger stimmen die lokale Beschäftigungspolitik gemeinsam ab und unterstützen die ARGE Nürnberg mit den erforderlichen Ressourcen bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages und ihrer Ziele. Hierdurch kann sowohl die Stadt Nürnberg als auch die Agentur für Arbeit ihre Stärken einbringen. Diese liegen bei der Stadt Nürnberg unter anderem in der Kenntnis der

Lebenswirklichkeit in Nürnberg und ihrer Erfahrung mit sozialen Beschäftigungsverhältnissen durch ihre Tochter, die Noris Arbeit gGmbH. Die Agentur für Arbeit hingegen ist Spezialist der Arbeitsförderung und stellt die notwendigen statistischen Daten bundesweit zur Verfügung.

Die Aufgaben und Finanzierung des Bundes beziehen sich auf die arbeitsmarktliche Eingliederung und die Auszahlung des Arbeitslosengeldes 2 (sowie Sozialgeld); hingegen ist die Stadt Nürnberg zuständig für die Kosten der Unterkunft und sonstige Leistungen sowie die sozialintegrativen Leistungen der Grundsicherung für Arbeit (Kinderbetreuung, Schuldner- und Suchtberatung, psychosoziale Betreuung). Diese flankierenden Leistungen werden aber überwiegend außerhalb der ARGE im bewährten System der sozialen Daseinsvorsorge in Nürnberg erbracht.

Ziel und gesetzlicher Auftrag der ARGE ist es, die Hilfebedürftigkeit arbeitsuchender Menschen möglichst zu überwinden. Am ehesten gelingt dies mit Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Im Jahr 2007 standen hierfür im Integrationsbudget 39 Millionen Euro zur Verfügung. Auch unter Einsatz dieser Mittel konnte im Jahr 2007 über 9.400 Menschen zumindest vorübergehend wieder eine Perspektive geboten werden. Über die Hälfte von ihnen kann jedoch nicht nachhaltig, dies ist länger als sechs Monate, beschäftigt werden.

Zur Bewältigung ihrer Aufgaben standen der ARGE Nürnberg fast 29 Millionen Euro Verwaltungsbudget zur Verfügung. Geschäftsführer ist seit Dezember 2006 Claus-Dieter Rückel von der Stadt Nürnberg. Stellvertreter war im Jahr 2007 Claus Birkicht von der Bundesagentur für Arbeit. Die ARGE beschäftigt über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon rund 150 städtische Beschäftigte) an fünf Standorten mit verschiedenen Aufgaben.

Für die Gewährung der Grundsicherung wurden im Kalenderjahr 2007 230 Millionen Euro aufgewendet, davon entfielen 119 Millionen Euro auf den Bund und 114 Millionen Euro Kosten der Unterkunft auf die Stadt Nürnberg. Im Jahresdurchschnitt erhielten monatlich in fast 28.000 so genannten Bedarfsgemeinschaften über 53.000 Menschen Grundsicherung. 38.500 sind so genannte erwerbsfähige Hilfebedürftige, die grundsätzlich in Arbeit vermittelt werden können. Sie werden an drei regional zugeordneten Standorten beraten: in den Regionen Süd (Platenstraße), Nord (Fichte-straße) und West (Nicolaistraße). Am Richard-Wagner-Platz werden Rehabilitanden betreut.





Besonderes Augenmerk wurde im Jahr 2007 auf die Vermittlung in Ausbildung gelegt, die die ARGE Nürnberg in diesem Jahr von der Arbeitagentur allein verantwortlich für ihre Kunden übernommen hatte. Eine abgeschlossene Ausbildung ist nach wie vor der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Deshalb wurden in Nürnberg alle Kräfte mobilisiert und das Dienstleistungszentrum (DLZ) U25 als fünfter Standort in der Sandstraße geschaffen. Es wurde am 6. Februar 2007 eingeweiht und hat sich als Ort bewährt, in dem jugendlichen Arbeitsmarktverlierern neue Chancen eröffnet werden.

Das Modell der engen Verzahnung aller Akteure unter einem Dach findet bundesweit Beachtung und wird als besonders innovativ und ergebnisorientiert bewertet. Bestandteil ist auch das Jobmobil, das in einem Jugendprojekt gestaltet wurde. Fachkräfte und jugendliche Projektteilnehmer sind dort unterwegs, wo sich Jugendliche aufhalten (Schulen, Treffs und Freizeiteinrichtungen). Nach dem Motto „Jugend coacht Jugend“ werden insbesondere die beraten, die von sich aus nicht den Weg in die ARGE Nürnberg gefunden haben. Wegen der enormen Bedeutung eines erfolgreichen Schulabschlusses für eine Ausbildung übernahm das DLZ U 25 die Begleitung aller Grundsicherungsbezieher ab 15 Jahre, auch wenn sie als Schüler noch nicht in den Arbeitsmarkt einzugliedern sind.

Im Jahr 2007 konnte sich auch der ARGE Vermittlungsservice AVS etablieren. Er arbeitet mit einer Doppelstrategie: einerseits die bewerberorientierte Vermittlung und andererseits die Akquise von Arbeitsstellen und Betriebspraktika.

Noch nicht verwirklicht werden konnte im Jahr 2007 die Betreuung aller schwer behinderten Menschen (rund 3.000) an einem zentralen Standort, dem Richard-Wagner-Platz, wo auch die Rehabilitanden auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt begleitet werden. Dieses Ziel wird weiter verfolgt.

Mit Urteil vom 20. Dezember 2007 hat das Bundesverfassungsgericht die in § 44b SGB II festgelegte Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen in den ARGEn als mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt und für die notwendige Neuregelung eine Frist bis zum 31.12.2010 eingeräumt. Bis dahin kann längstens die Arbeit in den ARGEn fortgesetzt werden. Mögliche Modelle für die künftige Organisation der Aufgabenerfüllung werden aktuell diskutiert, eine gesetzliche oder untergesetzliche Regelung wird sich im Lauf des Jahres 2008 abzeichnen.

### Kontakt:

ARGE Nürnberg  
Richard-Wagner-Platz 5  
90443 Nürnberg  
Telefon: 0180 / 100 2673 00000  
Fax: (09 11) 529 - 1047  
E-Mail: [ARGE-Nuernberg@ARGE-sgb2.de](mailto:ARGE-Nuernberg@ARGE-sgb2.de)



**ARGE Nürnberg**

Nürnberg



## 8. Noris-Arbeit gGmbH (NOA)

Die gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit (NOA) wurde 1991 gegründet. Sie ist zu 100 Prozent ein Tochterunternehmen der Stadt Nürnberg und hat die Rechtsform einer GmbH. Geschäftsführer ist Dr. Ulrich Scherfenberg.

Aufgabe der NOA ist es, arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern zu einer dauerhaften Beschäftigung zu verhelfen. Um das zu erreichen, bietet die NOA erwerbslosen Personen individuelle Lösungen. Dies geschieht durch befristete Beschäftigung, berufliche Qualifikation, Beratungsgespräche und Vermittlungsangebote. Damit erfüllt die NOA einen wichtigen sozial-, beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Auftrag.

Für Betriebe und Unternehmen ist die Noris-Arbeit ein kompetenter Partner im Bereich Personaldienstleistung. Passgenaue, individuell vorqualifizierte Arbeitskräfte werden zeitlich befristet oder in Dauerbeschäftigung vermittelt.

Als Tochtergesellschaft der Stadt Nürnberg bietet die NOA wichtige Serviceleistungen in den Bereichen soziale Dienstleistungen, Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz für Nürnberger Bürgerinnen und Bürger.

Sie arbeitet eng mit der Agentur für Arbeit Nürnberg, der Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration (ARGE) Nürnberg, dem bayerischen Arbeits- und Sozialministerium, dem Europäischen Sozialfonds und der Nürnberger Wirtschaft zusammen.



## Daten und Zahlen 2007

Die NOA organisiert in der Stadt Nürnberg den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt im Auftrag der Agentur für Arbeit, der ARGE und der Stadt Nürnberg. Sie ist Verwaltungsstelle der Arbeitsgelegenheiten gemäß § 16 Abs. 3 SGB II. Diese zum Teil gering qualifizierten Arbeitnehmer arbeiten in NOA-eigenen Projekten, in Einrichtungen und Eigenbetrieben der Stadt Nürnberg sowie bei über 200 freien Trägern. 2007 waren im Monatsdurchschnitt über 1.200 Personen in diesen so genannten Ein-Euro-Jobs beschäftigt. Im selben Zeitraum waren in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach § 16, Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 260 ff. SGB III im Monatsdurchschnitt rund 200 Personen beschäftigt.

Das Beratungs-, Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Coachingangebot der NOA nahmen im Berichtsjahr monatlich bis zu 1.400 Personen in Anspruch. Hierbei war das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen in etwa ausgewogen.



### Ereignisse und Termine 2007

Die ARGE Nürnberg hat zusammen mit dem Jugendamt der Stadt Nürnberg und weiteren Kooperationspartnern zur sozialen und beruflichen Integration von langzeitarbeitslosen Jugendlichen im Alter unter 25 Jahren das Dienstleistungszentrum U 25 in der Sandstraße gegründet. Zur Eröffnung im Februar 2007 war auch die NOA mit ihrem Projekt „Externes Fallmanagement für Jugendliche unter 25 Jahren“ im Hause vertreten.

Vom 26. bis 28. September 2007 fand das Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit mit dem Thema „Übergangsmanagement – Wege zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen“ statt. Die NOA präsentierte sich dort mit einem Informationsstand und stellte in den Foren ihre Projekte in Form von Vorträgen und Präsentationen vor.

Das NOA-Dienstleistungszentrum Nordostbahnhof in der Saalfelderstraße konnte 2007 einen fertiggestellten Anbau mit Büro-, Schulungs- und Sanitärräumen von ca. 80 Quadratmetern Grundfläche in Betrieb nehmen. Das Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier wurde dadurch noch weiter verbessert. Die NOA betreibt dort ein Jobhilfebüro, einen „Tante-Emma-Laden“ und eine Nachbarschaftswerkstatt. Außerdem bietet sie hauswirtschaftliche Dienstleistungen an. Im Jahr 2004 erhielt das Projekt die bundesweite Auszeichnung „Preis Soziale Stadt.“

2007 endete das Projekt „Externes Fallmanagement“; das Projekt „50 Plus – Erfahrung zählt“ wurde in modifizierter Form neu aufgelegt. Die NOA erhielt von der ARGE Nürnberg für weitere drei Jahre die AGH-Verwaltung der Zusatzjobs. Die „Jugendwerkstatt Nürnberg“, ein Kooperationsprojekt mit dem SOS-Berufsausbildungszentrum Nürnberg, bietet berufliche Orientierung durch Arbeit und Qualifizierung für jugendliche Arbeitslosengeld 2-Bezieher. Hier stehen insgesamt 125 Plätze zur Verfügung. Im Juli 2007 nahm die Musikwerkstatt ihre Arbeit auf<sup>1</sup>.

#### Kontakt:

Noris-Arbeit gGmbH  
Fichtestraße 45  
90489 Nürnberg



Telefon: (0911) 58 63 - 0  
Fax: (0911) 58 63 - 238  
noris.arbeit@NOA.nuernberg.de  
[www.NOA.nuernberg.de](http://www.NOA.nuernberg.de)



<sup>1</sup>Zu den NOA-Projekten vgl. auch Leitlinie 5.



## 9. Werkstatt für Behinderte gGmbH (WfB)

Die Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH – kurz WfB – wurde von der Stadt Nürnberg im Jahr 1980 gegründet. Geschäftsführer ist Werner Lindner.

„Integration leben – gemeinsam Zukunft gestalten“ ist der Leitgedanke der Förderung und Begleitung behinderter Menschen. Die WfB bietet aktuell ca. 500 Menschen mit überwiegend geistiger Behinderung Arbeitsplätze, Bildungsmaßnahmen, Wohnunterkünfte und Freizeitmöglichkeiten. Die WfB erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 15,5 Mio Euro. Angestellt sind etwa 230 nicht behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Unternehmen in unterschiedlichsten Funktionen tätig sind: Hauswirtschaft, Verwaltung, psychologische, medizinische und pädagogische Betreuung und Anleitung.

Unternehmensziel ist die Selbstbestimmung und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen am Leben in der Gesellschaft und am Arbeitsleben. Die Leistungen der WfB orientieren sich am Menschen mit Behinderung, der im Mittelpunkt steht. Ausgangspunkt sind die Interessen und Bedürfnisse erwachsener, behinderter Menschen, von dem aus die WfB mit ihnen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten entwickelt.

Die Leistungen umfassen

- passgenaue Arbeitsplätze,
- ein breites Angebot an beruflichen Tätigkeiten,
- berufliche Bildung und Weiterbildung,
- arbeitsbegleitende Maßnahmen,
- Wohnheime und Wohngemeinschaften,
- Freizeitangebote und Urlaubsfahrten,
- begleitende Fachdienste.

### Arbeitsplätze und berufliche Eingliederung

Die WfB arbeitet mit vielen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft eng zusammen und versteht sich dabei als Partner der Wirtschaft. Mehr als 100 Kunden aus der gewerblichen Wirtschaft und dem öffentlichen Bereich lassen jährlich hier fertigen und nehmen die Dienste in Anspruch. Wiederverkäufer und Privatkunden erwerben die Produkte. Sie alle kennen und schätzen Kompetenz, Erfahrung, Zuverlässigkeit und Qualität der WfB.



Die sieben Betriebsstätten in Nürnberg sind

- Werk Süd
- Werk Nord
- Gartenbau
- Druckerei
- Töpferei
- Förderwerkstatt Buch
- Förderwerkstatt Nordostpark.

Auch verfügt die WfB über einen hochwertigen Maschinen- und Fuhrpark und bietet logistische Unterstützung an.

Für viele Kunden lohnt sich besonders

- 50 % der per Rechnung ausgewiesenen Arbeitsleistung sind auf eine zu zahlende Ausgleichsabgabe anrechenbar (SGB IX § 140).
- Als gemeinnütziges Unternehmen ist die WfB berechtigt, den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7% abzurechnen.

Die WfB hat langjährige Erfahrungen mit beruflicher Eingliederung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen, begleiten und fördern Menschen mit Behinderung seit über 25 Jahren. Die fachlichen Erfahrungen schlagen sich nieder in vielfältigen Arbeits- und Bildungsangeboten für die Beschäftigten in erfolgreichen Partnerschaften mit Auftraggebern, Einrichtungen und Ämtern, ferner in qualifizierten Fachkonzepten und nach DIN ISO 9001:2000 zertifizierten Qualitätsstandards.

Begleiten – Betreuen – Fördern bedeutet

- Pädagogik mit Profil
- Psychologische Unterstützung
- Medizinische Versorgung
- Pflegehilfen
- Qualitätsmanagement
- Kompetente Fachkräfte.

## Wohnangebote

Zum sozialen Auftrag der WfB gehört es auch, behinderten Menschen ein Zuhause anzubieten. Unter der Prämisse, nur so viel an Betreuung anzubieten, dass sich größtmögliche Eigenverantwortung und Selbständigkeit entwickeln können, wurden seit über 20 Jahren differenzierte Wohnangebote in Wohnheimen, Wohngemeinschaften und Einzelwohnen entwickelt.







In den beiden Wohnheimen leben erwachsene Menschen mit Behinderung. Die insgesamt 90 Einzelzimmer haben Apartmentcharakter, sind mit WC und Dusche ausgestattet und sind individuell eingerichtet. Die Bewohner organisieren ihr Zuhause in Gemeinschaft mit anderen so weit wie möglich selbst; sie werden von pädagogischen Fachkräften begleitet und nach Maßgabe der vorhandenen Fähigkeiten unterstützt: Beratung, Assistenz, intensive Anleitung oder stellvertretende Ausführung. Aufgenommen werden erwachsene Menschen mit einer vorwiegend geistigen Behinderung. Sofern erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung, akute Suchtproblematik oder schwerste Pflegebedürftigkeit vorliegen, ist eine Aufnahme nicht möglich. Eine Kostenzusage des Leistungsträgers ist Voraussetzung.

Das Wohnheim Montessoristraße im Stadtteil Langwasser wurde im Jahr 1993 bezogen. 40 Personen, verteilt auf fünf Wohngruppen, haben hier ein Zuhause, das sowohl individuelles wie auch gemeinschaftliches Wohnen ermöglicht. Der Kommunikationsbereich des Eingangstraktes ist als integrative Begegnungsstätte konzipiert. Es stehen acht rollstuhlgerechte Plätze zur Verfügung. Nachdem ein hoher Anteil der Bewohner bereits im Rentenalter ist, konnte im Jahr 2007 neben dem Wohnheim eine Tagesstätte für Senioren eröffnet werden. Bis zu zwölf behinderte Menschen, die eine gleich bleibende Tagesstruktur benötigen, können hier von 9 Uhr bis 15 Uhr betreut werden. Der neue Pavillon mit Küche, Aufenthalts- und Ruheraum, sowie Terrasse gestattet individuelle Eigenaktivität und gemeinschaftliches Miteinander. Aktivierung und Selbstversorgung stehen dabei im Mittelpunkt. So wird beispielsweise das tägliche Mittagessen von den Senioren unter Mithilfe der Betreuer selbst zubereitet.

Im Wohnheim in der Kilianstraße leben seit dem Jahr 2000 in fünf Gruppen 50 Menschen mit Behinderung. Auch hier wurde ein großer Kommunikationsbereich im Eingangsbereich geschaffen, Terrassen und Freiflächen rund um das ganze Wohnheim sorgen für eine entspannte und naturnahe Wohnatmosphäre. Ambulant betreutes Wohnen in Wohngemeinschaften oder Einzelwohnen rundet das Wohnangebot der WfB derzeit ab.

Im Jahr 1982 entstand die erste (bayerische) Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung unter dem Dach der WfB. Inzwischen leben 80 Menschen in 18 Wohngemeinschaften und 19 Einzelwohnungen. Sie werden von einem Team erfahrener Sozialpädagogen ambulant betreut. Ambulantes Wohnen ist für Menschen mit Behinderung attraktiv, die

- in Gemeinschaft leben können und möchten,
- ihre Alltagsversorgung weitgehend selbständig leisten,
- begrenzte Hilfestellung im Alltag benötigen und
- bereit sind, weitere Schritte zur Verselbständigung zu erlernen.

### Freizeitangebote

Abgerundet werden die Angebote der WfB durch die Aktivitäten im Freizeitbereich. Freizeitangebote ermöglichen Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, das bedeutet auch Teilhabe am sportlichen, kulturellen und politischen Leben. Besondere Freizeitangebote sind:

- Kultur- und Freizeittreff BUNI,
- Freizeit- und Studienfahrten,
- Sport und Fußball,
- Künstlergruppe Chroma Omada mit eigenem Atelier,
- Theatergruppe Dreamteam in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Stadt Nürnberg.

Freizeitaktivitäten wie Tagesausflüge, Freizeitfahrten, Schwimmen, Fußball oder künstlerisches Gestalten sind Ausgleich und Aktivierung nach Beanspruchung durch berufliche Bildung und Arbeit. Sie führen zu positiven Gemeinschaftserlebnissen, stärken das Selbstbewusstsein und führen zu höherer Lebenszufriedenheit. Mit der Kultur- und Freizeitstätte für Behinderte und Nichtbehinderte (BUNI) wurde eine Einrichtung mit integrativer Zielsetzung gemeinsam mit dem Verein Lebenshilfe Nürnberg e.V. geschaffen.



**WERKSTATT**

#### Kontakt:

Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH  
Bertolt-Brecht-Str. 6  
90471 Nürnberg

Tel: (0911) 98 18 51 01  
Fax: (0911) 98 18 51 09  
info@wfb-nuernberg.de  
www.wfb-nuernberg.de

**Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales****Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs<sup>1</sup>- und Sozialpolitik in Nürnberg****Kontinuität mit neuen Akzentsetzungen**

Die kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales ist gut aufgestellt. Sehr kompetente, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein hohes Qualitätsniveau erreicht. Nürnberg genießt in vielen Domänen bundesweit hohe fachliche Anerkennung als Vorbild und Modellstandort, und zwar sowohl hinsichtlich der kommunalen als auch der Arbeit der freien Träger, mit denen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit herrscht. Die bunte und vielfältige Trägerlandschaft in Nürnberg ist ein hohes Gut, das zu bewahren, zu hegen und pflegen ist. Das politische Umfeld ist geprägt durch an der Sache interessierte, pragmatische und auf Konsens orientierte kommunale Jugend-, Familien- und Sozialpolitikerinnen und -politiker – auch das ist keine Selbstverständlichkeit.

Neue Akzentsetzungen sind aber trotz dieser guten Ausgangsposition unumgänglich, da sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ständig wandeln. Sozialpolitik steht immer stärker im Spannungsfeld zwischen der effizienten Verwendung knapper finanzieller und damit auch Personal-Ressourcen und der verfassungsrechtlichen und ethischen Verpflichtung, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft durch Bildung und Integration zu ermöglichen. Dabei ist die soziale Infrastruktur und die Hilfesysteme, die allen Bürgerinnen und Bürgern im Notfall Beistand und materielle Hilfe garantieren, von unschätzbarem Wert. Soziales darf sich jedoch nicht auf die Verwaltung von Elend und Not oder die Einzelfallhilfe zur „sozialen Reparatur“ beschränken (lassen). Dies ist ein verengter Begriff. Vielmehr geht es darüber hinaus darum, soziale Teilhabe und Integration (social inclusion) ohne Barrieren für alle Menschen und Bevölkerungsgruppen vom Beginn an bis zum Ende ihres Lebens zu ermöglichen. Vorwände für Ausgrenzung oder Benachteiligung gibt es viele, zum Beispiel Armut, Alter, Arbeitslosigkeit, Nationalität, Behinderung, Krankheit, Geschlecht, Familiensituation oder Lebensstil, – akzeptabel ist keiner von ihnen.

Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik ist immer auch Bildungspolitik. Um Bildungsarmut und alle daraus resultierenden negativen Folgen für kulturelle und gesellschaftliche Integration, Beruf, Einkommen und Gesundheit zu verhindern, gilt es, früher anzufangen und den Bildungsauftrag vom Kleinkindalter an und besonders im nonformalen und informellen Kontext, in dem 70 bis 80 Prozent aller Bildungsprozesse stattfinden, ernst zu nehmen.

Unser Leitbild ist das gedeihliche Zusammenleben in der solidarischen Stadtgesellschaft. Grundprinzipien des Handelns sind die Beteiligung der Akteure an Planungs- und Umsetzungsprozessen und die ständige, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Organisationen, Gruppen und Personen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung.

Die Ressourcen sind begrenzt. Eine Ausweitung der finanziellen Spielräume ist für die Kommunen nicht zu erwarten, sieht man von einmaligen Ereignissen oder zweckgebundenen, punktuellen Projektförderungen ab. Neue Akzente können nur gesetzt werden, indem Bestehendes gebündelt oder neu gewichtet wird und indem wir in Einzelfällen auch auf bisherige Aufgaben verzichten. Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden wir unsere Aufgaben und Arbeitsweisen kontinuierlich weiterentwickeln und die Wirkung unseres Tuns systematischer evaluieren.

<sup>1</sup> „Bildung“ bezieht sich im vorliegenden Orientierungsrahmen auf die non-formale und informelle Bildung vor und neben der Schule.

Die Schwerpunkte der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik sind mit dem vorliegenden Orientierungsrahmen formuliert. Organisatorische und verwaltungsstrukturelle Entscheidungen müssen in einigen Bereichen folgen. Die darüber hinausgehende strategische Verantwortung dafür, dass die so wichtige Infrastruktur für soziale und Bildungsaufgaben trotz finanzieller Nöte auch in Zukunft weiter gepflegt und ausgebaut wird, trägt der Stadtrat, wenn er die Leitlinien der Stadtentwicklung festlegt und über den kommunalen Haushalt entscheidet.

Die nachfolgend skizzierten Strategien für die Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg entsprechen nicht der klassischen Einteilung in Zielgruppen oder Organisationseinheiten, wie auch die im Anhang abgebildete Graphik verdeutlicht. Die Arbeit mit einzelnen Zielgruppen wird deshalb in jeweils unterschiedlichem Handlungszusammenhang mehrmals wiederzufinden sein. So gilt es beispielsweise für die Gruppe der behinderten Menschen, ihre Familien zu unterstützen (1), zu ihrer materiellen Absicherung beizutragen (4), ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und am Arbeitsleben zu ermöglichen (5 bzw. 7), ihre Versorgung auch im Alter sicherzustellen (6) und so weiter. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Kooperation innerhalb des Geschäftsbereichs und darüber hinaus und daraus folgen auch Konsequenzen für die Aufbau- und Ablauforganisation. Die exemplarisch aufgezählten Handlungsfelder umfassen jeweils einen übergreifenden Komplex von Projekten und Instrumenten. Die genannten und weitere Handlungsfelder werden in den kommenden Monaten in Form von Arbeitsprogrammen konkretisiert werden.

### (1) Familie stärken

In etwa 49 000 Nürnberger Haushalten leben Kinder unter 18 Jahren. Das entspricht 18,5 Prozent der knapp 265 000 Nürnberger Haushalte. Rund 13 600 Mütter oder Väter erziehen ein Kind oder mehrere Kinder alleine.

Quelle: Haushaltegenerierung 2004, Amt für Statistik.

Familien brauchen Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Wir gehen dabei von einem Familienbegriff aus, der die Vielfalt von Lebensformen berücksichtigt: Familie ist da, wo Kinder leben, ob mit einem oder zwei Elternteilen, in „Patchwork“- oder Pflegefamilien oder sonstigen familiären Konstellationen. Familienfreundlichkeit heißt immer auch Kinderfreundlichkeit.

Die öffentliche Hand, insbesondere die Kommune, muss Infrastruktur und Angebote zur Förderung von Familien bereit stellen. Darüber hinaus ist ein positives gesellschaftliches Klima gegenüber Familien von entscheidender Bedeutung, um Kinder und Familien zu stärken. Das Bündnis für Familie, in dem sich Akteure aus Stadtverwaltung, Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengeschlossen haben, um Familien zu fördern, ist so zum Markenzeichen und Exportartikel Nürnbergs geworden. Wir konnten ein grundsätzliches Einverständnis bei allen Akteuren zur Weiterführung und Intensivierung des Bündnisses für Familie und für die Profilierung Nürnbergs nach dem Leitbild der „Familienstadt“ herbeiführen. Die Wirtschaft und andere im Bündnis vertretene Gruppen ermuntern wir stetig zu weiterem und intensiverem Engagement und machen Angebote für die Zusammenarbeit. Der Stab Familie im Referat für Jugend, Familie und Soziales ist künftig noch enger mit den Dienststellen verknüpft.

Familien sind insbesondere dann zu stärken, wenn sie besondere Belastungen tragen. So brauchen beispielsweise Familien mit behinderten Kindern oder Angehörigen Unterstützung durch geeignete Betreuungsformen, finanzielle und organisatorische Hilfestellung. Auch müssen Angehörige, die hilfs- und pflegebedürftige Verwandte betreuen, entlastet und unterstützt werden. Wichtiges Instrument ist die Zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPf), deren Ausbau in Kooperation und mit finanzieller Beteiligung der Kassen, der Sozialhilfeträger, der Ärzte und der Kliniken weiter vorangetrieben werden muss.

## Handlungsfelder

- Die Förderung und Unterstützung von Familien umfasst den Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder jeder Altersstufe.
- Förderung gemeinsamer Aktivitäten von Familien, z.B. durch familienfreundliche Tarifstrukturen, Informationen über Familienaktivitäten, Eltern-Kind-Veranstaltungen, Unterstützung und Vernetzung nicht städtischer Anbieter.
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible, qualitativ hochwertige und verlässliche Kindertagesbetreuung, die Entwicklung einer familienfreundlichen Schule, Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie Zusammenarbeit mit Unternehmen.
- Besondere Unterstützung für Familien in schwierigen Situationen, z.B. bei Trennung und Scheidung, Familien mit behinderten Kindern, Kindern mit besonderem Förderbedarf oder mit pflegebedürftigen Angehörigen.

## (2) Erziehung unterstützen, Bildung ermöglichen – „Früher beginnen“

15,1 Prozent der Nürnberger Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Übertrittsquote an weiterführende Schulen nach der vierten Klasse liegt im Schnitt bei 53 Prozent, reicht aber von um 20 Prozent (St. Leonhard, Steinbühl, Nordostbahnhof) bis über 80 Prozent (Katzwang, Erlenstegen, Kornburg), die Übertrittsquoten ans Gymnasium variieren zwischen 13 und 77 Prozent.

Quelle: Amt für Statistik, Staatliches Schulamt

Die große Bedeutung von Bildungs- und Lernangeboten vom frühkindlichen Alter an ist unabweisbar. Die Lernfähigkeit und -bereitschaft ist in den ersten Lebensjahren überdurchschnittlich groß und eine Förderung deshalb besonders gewinnbringend. Auch volkswirtschaftlich ist nachgewiesen, dass frühzeitige Investitionen in Bildung und Erziehung um ein Vielfaches effizienter sind als spätere Hilfen. Wir sind es gerade den Kindern und Jugendlichen, die wegen fehlender Startchancen im Bildungssystem zu scheitern drohen oder ihre Begabungen nicht voll entfalten können,

schuldig, die frühen Jahre intensiv zu nutzen.

Auch nach der Einschulung finden Lern- und Bildungsprozesse nicht nur in der Schule, sondern in vielen unterschiedlichen Kontexten statt. Der Familie hat dabei eine herausragende Rolle als Bildungsinstanz. Dies gilt auch für die Entwicklung von Gesundheitsbewusstsein, da beispielsweise das Ernährungs- und das Bewegungsverhalten in der Kindheit im häuslichen Umfeld geprägt werden – mit lebenslangen Folgen.

Die enorme Leistung, die Familien für die Gesellschaft bringen, wird oft erst dort erkennbar, wo Familienstrukturen überfordert sind oder versagen und Institutionen ihre Rolle übernehmen oder später korrigierend eingreifen müssen. Ein für Kinder und Eltern zufriedenstellendes Familienleben schafft gute Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiographien. Eltern brauchen Beratung und Unterstützung, denn Erziehungsfähigkeit und das Wissen um Bildungsprozesse sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen gelernt und erprobt werden. Die Kampagne Erziehung wird deshalb weitergeführt. Viele gute Instrumente sind bereits in der Erprobung. Sie müssen weiterentwickelt und vom Modell- zum Regelfall gemacht werden.

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, wobei Übergangsphasen besondere Aufmerksamkeit benötigen. Vor allem Kinder bei der Einschulung und Jugendliche an der Schwelle ins Berufsleben brauchen Unterstützung, damit der Einstieg in die Schule, in Ausbildung und in den Beruf gelingt. Auch hier gilt: Ein früheres Kümmern kann später Scheitern und Frustration verhindern helfen.



### Handlungsfelder

- Informations- und Unterstützungsangebote für Eltern zu allen Fragen der Erziehung.
- Intensiver Einsatz von Förderprogrammen vom frühkindlichen Alter an.
- Sicherstellung einer quantitativ und qualitativ guten Kinderbetreuung für alle Altersgruppen durch Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten, Verbesserung der Hortversorgung),

Förderung von Elternselbsthilfeorganisationen und flexiblen privaten Versorgungsarrangements; Unterstützung der Eltern bei der Suche nach der geeigneten Betreuungsform und bei der Gestaltung von Übergängen.

### (3) Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

Kinder und Jugendliche stehen als eigenständige Personen im Fokus unseres Handelns. Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) tragen wir zur Durchsetzung des Rechts junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit bei.

In Nürnberg leben 77 473 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, das entspricht etwa 15,7 Prozent der Bevölkerung.

Quelle: Stat. Jahrbuch 2004

Bei allen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, steht ihr Wohl im Mittelpunkt. Dafür müssen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden. Sie müssen Gelegenheiten haben, sich Gehör zu verschaffen, und ihr Recht auf Beteiligung wahrnehmen können.

Kinder und Jugendliche vor Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen ist eine besonders dringliche Aufgabe. Sie finden bei uns Beistand und können bei Konflikten mit Erwachsenen mit unserer Unterstützung rechnen.

Bei Wahlen haben Kinder und Jugendliche keine Stimme, sie sind demokratisch daher nicht ausreichend repräsentiert. Unsere Aufgabe ist es, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu sichern, ihre Meinungen, Interessen und Wünsche bekannt zu machen und mit ihnen gemeinsam Beteiligungsformen, zum Beispiel in Einrichtungen, weiterzuentwickeln. Beteiligung geschieht nicht zufällig, sondern braucht geeignete, verbindliche Strukturen, wie sie in Nürnberg zum Beispiel die Kinderversammlungen bieten.

### Handlungsfelder

- Strukturelle Partizipation ausbauen, auf Jugendliche ausdehnen, Ergebnisse systematisch ins Verwaltungshandeln einfließen lassen (Kinderversammlungen, Schüler- und Jugendgremien).
- Planungsprozesse durch Kinder, Jugendliche und ihre Eltern begleiten lassen (Spielplatzgestaltung, Stadt- und Verkehrsplanung usw.)
- Bei der Ausgestaltung von erzieherischen Hilfen, der Bildung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien verbindliche Formen der Partizipation schaffen.

11,5 Prozent der Nürnberger Bevölkerung gelten als arm, weitere 10,8 Prozent leben in Armutsnähe. Größere Haushalte, Arbeitslose und Haushalte mit Kindern sind überdurchschnittlich betroffen. Etwa 1500 Menschen sind obdachlos.

Quelle: Armutsbericht 2004, Sozialamt

#### (4) Armut bekämpfen und verhindern

Über ein Fünftel der Nürnberger Bevölkerung lebt in Armut oder in Armutsnähe. Mit Kindern steigt das Armutsrisiko drastisch an, über 55 Prozent der Alleinerziehenden-Haushalte sind als arm oder armutsnah einzustufen. Auch Arbeitslosigkeit bringt viele Menschen in die Nähe der Armutsschwelle. Zudem steigt die Verschuldung der Privathaushalte stark an. Der Umbau

der sozialen Sicherungssysteme mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird zunächst auch „Verlierer“ hervorbringen.

Armutsprävention ist daher eine bereichsübergreifende Aufgabe, die an Bedeutung zunimmt. Ziel muss es nicht nur sein, materielle Not durch monetäre Transfers und Unterstützungen zu lindern, sondern langfristig zu verhindern, dass sich „Armutskarrieren“ entwickeln, die einher gehen mit Bildungsdefiziten, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Verschuldung und fehlender wirtschaftlicher und beruflicher Perspektive. Zu beobachten ist auch die Entwicklung der Wohnraumversorgung mit bezahlbaren Wohnungen für weniger zahlungskräftige Mieter, insbesondere Familien.

Als zentrales Element der Armutsprävention wird der Nürnberg-Pass neu konzipiert, sodass er Vergünstigungen mit Information und gezielter Ansprache der Betroffenen verknüpft.

#### Handlungsfelder

- Gezielte (Weiter-)Entwicklung von Instrumenten zur Armutsprävention, z.B. Nürnberg-Pass, Schuldnerberatung.
- Konzepte für bestimmte in Armut lebende oder von Armut bedrohte Zielgruppen, z.B. Alleinerziehende, Geringverdiener, Obdachlose.
- Förderung von Selbsthilfe.

#### (5) Kommunale Beschäftigungspolitik gestalten

Im Oktober 2005 waren etwa 33.800 Menschen in Nürnberg arbeitslos (Arbeitslosenquote 11,1 Prozent). Davon waren knapp 4000 jünger als 25 und 5100 älter als 55 Jahre. Die ARGE Nürnberg betreut in rund 27 000 Bedarfsgemeinschaften an die 50 000 Hilfeempfänger.

Quelle: Arbeitsagentur, ARGE Nürnberg

Neu zu gestalten ist die kommunale Beschäftigungspolitik aus sozialpolitischer Perspektive. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und als Partnerin der Arbeitsagentur in der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrnehmung der Aufgaben des SGB II (ARGE) ist die Stadt Nürnberg stärker auch mit der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen befasst und gewinnt an Einflussmöglichkeiten auf eine bessere örtliche Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Sozialpo-

litik. Sie muss ihre Kompetenzen stärker einbringen und ihre Gestaltungsspielräume aktiv nutzen.

Junge Arbeitslose, Schulabgänger und Menschen unter 25 ohne Abschluss und Ausbildung verdienen besondere Aufmerksamkeit. Sie müssen Angebote der Ausbildung und Qualifizierung erhalten und nachdrücklich aufgefordert und motiviert werden, diese auch zu nutzen. Neben der klassischen beruflichen Ausbildung im dualen System, das nicht ausreichend Ausbildungsplätze insbesondere für vom Markt benachteiligte Jugendliche zur Verfügung stellt, müssen neue Formen etwa

der schulischen Berufsausbildung (z.B. Berufsfachschulklassen) oder der Kombination von schulischen und betrieblichen Qualifizierungsangeboten entwickelt werden. Hierfür ist eine Zusammenarbeit der Arbeitsverwaltung/ARGE, der kommunalen Jugendarbeit/Jugendberufshilfen, der lokalen Wirtschaft (IHK/HWK), der Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit (NOA) und des beruflichen Schulwesens erforderlich. Das Management des Übergangs in Ausbildung und Beruf ist eine Zukunftsaufgabe.

Die kommunale Beschäftigungsgesellschaft NOA entwickelt und organisiert Beschäftigungsmöglichkeiten mit dem Ziel der beruflichen Integration arbeitsloser Menschen. Dabei wird streng darauf geachtet, dass keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden. Wichtig ist auch die Integration derer, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine realistische Chance mehr haben, die aber erwerbsfähig sind und arbeiten wollen. Für sie sind Angebote eines „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkts“ zu entwickeln, auf dem sie ihre Arbeitskraft sinnvoll einsetzen können

Einer besonderen Zielgruppe widmet sich die Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg wfb gGmbH, die als Träger der beruflichen und sozialen Integration behinderten Menschen berufliche Bildung und soziale Kompetenzen vermittelt und Arbeitsplätze zur Verfügung stellt mit dem Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

### Handlungsfelder

- Koordinierung der kommunalen Beschäftigungspolitik, Entwicklung von Strategien der gleichberechtigten sozialen und arbeitsmarktlichen Integration.
- Entwicklung neuer Instrumente der beruflichen und sozialen Integration für junge Menschen (Maßnahmenpaket Ausbildungsnot / Jugendsozialarbeit).
- Aktive Rolle der NOA durch spezielle Beschäftigungsprojekte, zugeschnitten auf Stadtteile und Zielgruppen.

### (6) Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten

Immer mehr Menschen werden immer älter. Dadurch verschieben sich die Gewichte der Altersgruppen in Nürnberg zugunsten der älteren Menschen. Auf die Bedürfnisse älterer und vor allem hochaltriger Menschen muss die Stadt ihre Angebote und ihre Infrastruktur verstärkt abstimmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gruppe der Senioren sehr heterogen ist, vom gesundheitlich und finanziell gut gestellten Frührentisten bis zur pflegebedürftigen hundertjährigen Greisin. Besonders sensibel macht uns die Überlegung,

dass wir unsere eigene Zukunft planen: Wie möchten wir selbst im Alter leben? Ziel muss es sein, das selbstbestimmte Wohnen und den möglichst langen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit bei guter Gesundheit, der auch volkswirtschaftlich gesehen anzustreben ist, durch Präventions- und Dienstleistungsangebote zu fördern. Ausbildungs- und Berufsförderungsangebote in der Seniorenarbeit und der Altenpflege sind weiterzuentwickeln. Vielfältig sind die Potenziale und Ressourcen, die ältere Menschen aktivieren können. Sie tun dies gerne, zum Beispiel im ehrenamtlichen Engagement oder der Organisation von Selbsthilfe.

Über 95 000 Nürnbergerinnen und Nürnberger (19,3 Prozent) sind 65 Jahre und älter, weitere 33 600 sind zwischen 60 und 65.

Quelle: Stat. Jahrbuch 2004

Bevölkerungsprognosen sagen einen kontinuierlichen Anstieg der älteren Bevölkerung voraus, insbesondere der über 75-Jährigen.

Quelle: Amt für Statistik, Bevölkerungsprognose 2005.

Das NürnbergStift als kommunale Einrichtung der Altenhilfe bietet Infrastruktur für Wohnen und Pflege und ambulante Dienste und stellt durch stetige Weiterentwicklung der Wohn-, Pflege- und Ausbildungskonzepte eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Versorgung sicher.

Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Konsequenzen der demografischen Entwicklung Nürnberg 2030“ wird sich vor allem mit der gesellschaftlichen Teilhabe Älterer, der Zukunft der Pflege, den Anforderungen an Stadtentwicklung und Infrastruktur, dem Zusammenhang von Alter und Gesundheit sowie der besonderen Situation von Migrantinnen und Migranten befassen.

## Handlungsfelder

- Soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen, Netzwerke stärken, Potenziale aktivieren.
- Verbleib im eigenen Zuhause fördern durch Hilfen im Alltag (Einkaufsdienste etc.), Förderung individueller Wohnformen, Präventionsangebote, kulturelle und Freizeitangebote, bedarfsgerechte Teilzeitbetreuungsangebote, wohnortnahe Rehabilitationsmöglichkeiten.
- Beratungsstrukturen bündeln und ausbauen, z.B. ZAPf, Angehörigenberatung, Beratungs- und Schlichtungsstelle Pflege.
- Betreuung im Rahmen der Integrativen Versorgung optimieren, spezielle Pflegekonzepte weiterentwickeln (z.B. Demenz, Palliativpflege), zukunftsorientierte Wohnformen im stationären Bereich anbieten, z.B. Wohngruppenkonzept, Hausgemeinschaftsmodell.

## (7) Zivilgesellschaft aktivieren – Verantwortung aller einfordern

Die Zivilgesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger wie auch von Unternehmen, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, durch persönlichen Einsatz oder finanziell etwa über eine Stiftung oder Sponsoring. Viele sind bereits aktiv, noch mehr Menschen wären bereit, fanden aber bisher keinen Zugang zum Ehrenamt. Unternehmen leisten unter dem Stichwort Corporate Citizenship Beiträge für die Gesellschaft.

Rund 22 Prozent der über 18-Jährigen in Nürnberg sind bürgerschaftlich aktiv. 42 Prozent erklären ihre grundsätzliche Bereitschaft, sich zu engagieren.

Quelle: Statistisches Amt, Haushaltserhebung

Um Bürger verstärkt zu aktivieren, ist der Ausbau einer Anerkennungskultur ebenso nötig wie die Ermunterung zu neuen Formen des Engagements. Zu bedenken ist immer, dass Engagement nur dann befriedigend und dauerhaft erfolgreich sein kann, wenn die legitimen Interessen des Engagierten, etwa nach Anerkennung, sozialen Kontakten oder Praxiserfahrung, ebenso Berücksichtigung finden wie die der Nutznießer, seien es Einzelpersonen oder Institutionen.

Auch jenseits des klassischen Ehrenamts, etwa in der Kirchengemeinde, im Jugendverband oder im Sportverein, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, gibt es viele Betätigungsfelder. Der vorhandene „Reichtum an Talenten“ wird, ergänzend zur und in Partnerschaft mit der professionellen sozialen Arbeit, dringend benötigt. Familien und Kinder profitieren von Familienpatenschaften, von Spielplatzpatinnen und -paten und Vorlesefreundinnen und -freunde in Kindertagesstätten. Einsatzmöglichkeiten sind auch Schuldnerberatung und -coaching, Bewerbungstraining für Jugendliche oder die Seniorenarbeit (Veranstaltungen, Besuchsdienste usw). Insbesondere für eine neue Kultur des Aufwachsens ist die Beteiligung und Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich, um Familien zu entlasten und Bildung und soziale Integration von Anfang an zu unterstützen.

Heutigen Gewohnheiten insbesondere jüngerer Menschen scheint projektbezogenes, zeitlich begrenztes Engagement entgegenzukommen. Darauf muss reagiert werden: Auch ein auf einige Monate begrenztes Engagement, etwa im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ oder einem Praktikum, bringt wichtige Erfahrungen und kann wertvolle Hilfe sein. Potentielle ehrenamtlich Tätige sind zunehmend jüngere Seniorinnen und Senioren oder ältere Arbeitslose, die bereit sind, ihre Erfahrungen und Kenntnisse im bürgerschaftlichen Engagement einzubringen. Bisher wenig als ehrenamtlich Engagierte wahrgenommen werden auch Migrantinnen und Migranten. Ein wichtiges Feld der Aktivierung sind Selbsthilfegruppen, wo sich Betroffene über ihre Probleme austauschen und sich so auch gegenseitig unterstützen.

### Handlungsfelder

- Wertschätzung des sozialen Engagements fördern, Anstöße geben zur Neubewertung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Bürgerarbeit.
- Entwicklung und Förderung neuer Formen des Ehrenamts, z.B. generationenübergreifende Projekte.
- Verstärktes Werben um neue Gruppen Ehrenamtlicher, z.B. Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten.

### (8) Soziale Nahräume entwickeln: Stadtteile als Erfahrungs- und Bildungsräume gestalten, integrierte Strategien anwenden

Statistische Durchschnittswerte wie die gesamtstädtische Sozialhilfequote (2003) von 5,5 Prozent sagen wenig aus über die sozialräumlichen Disparitäten: Die Sozialhilfequoten reichen von unter einem Prozent (Großgründlach, Erlenstegen) bis über zwölf Prozent (Gugelstraße: 12,3 %, Muggenhof, 13,9 %, Sündersbühl 17,8 %). Der städtische Armutsbericht unterscheidet sechs Sozialraumtypen. Typ zwei, in dem 26,3 Prozent der Nürnberger Bevölkerung leben, ist gekennzeichnet durch „hohe Bebauungsdichte mit hoher Mobilität, hohen Kinderanteil, hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte, hohes Armutspotenzial“. Andere Stadtteile zeichnen sich aus durch „großzügige Wohnstrukturen, überwiegend deutsche und ältere Bevölkerungsstrukturen, kein Armutspotenzial“.

Quellen: Sozialamt; Armutsbericht Band 1 (2004)

Der Stadtteil ist wegen seiner Überschaubarkeit nicht nur für Kinder, Jugendliche und Familien der geeignete soziale Bezugsraum. Auch für ältere Menschen sind funktionierende Beziehungs- und Infrastrukturnetzwerke im unmittelbaren Wohnumfeld wesentlich für die Überwindung von Isolation und das Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit. Ein lebendiger Nahraum steigert die Lebensqualität in der Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner. Soziale und Jugendarbeit muss verstärkt die Bildung von Netzwerken unterstützen, den sozialen Nahraum als Organisationsprinzip stärken und in ihm fachübergreifend tätig werden. Geeignete Modelle, Programme und Strukturen sind bereits vielfach erprobt.

Neben bzw. nach der Vielzahl der erfolgreich laufenden Modell- und Pilotprojekte muss eine Verstetigung und konsequente Ausweitung der Stadtteilorientierung erfolgen. Die Gestaltung sozialer Nahräume durch die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner nutzt insbesondere benachteiligten Stadtteilen, darf aber kei-

neswegs auf „Brennpunktgebiete“ beschränkt bleiben, sondern muss – abgestimmt auf die lokalen



Bedürfnisse – grundsätzliches Handlungsprinzip sein. Für die Kommunikation und die Entwicklung einer Stadtteilidentität bietet es sich an, sich weitestgehend an gewachsenen Stadtteilgrenzen und -bezeichnungen zu orientieren.

## Handlungsfelder

- Vernetzung und Verkettung erfolgreicher Modellprojekte untereinander und mit Arbeitsstrukturen und Einrichtungen.
- Einrichtungen zu Stadtteilzentren entwickeln, z.B. Schulen, Kindertagesstätten, Seniorentreffs.
- Stadtteilkoordinatorinnen/-koordinatoren und Quartiersassistenten/-assistentinnen einsetzen.
- Forschungs- und Förderprojekte und Drittmittel für Sozialraumentwicklung akquirieren.

Quer zu allen Aufgaben und Strategien liegen zwei weitere Ansätze:

## (9) Integration leben

Etwa 90 000 Nürnbergerinnen und Nürnberger haben nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, rund 27 400 davon stammen aus EU-Ländern (Stat. Monatszahlen 08/2005). Seit Kriegsende kamen 80 000 Aussiedler nach Nürnberg, rund die Hälfte von ihnen als Spätaussiedler seit 1990. Damit haben etwa ein Drittel aller in Nürnberg lebenden Menschen einen Migrationshintergrund.

Quelle: Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg, 10/2004

Die Integration der in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist ein zentrales Zukunftsthema für die Stadt. Integration in Nürnberg ist nach Willen des Oberbürgermeisters Chefsache, und das ist sehr begrüßenswert. Durch die Vielzahl der Zuständigkeiten und Angebote für Nürnbergerinnen und Nürnberger jeden Alters und in nahezu jeder Lebenslage sind das Referat für Jugend, Familie und Soziales und seine Dienststellen entscheidende Akteure, wenn es darum geht, Menschen mit Migrationshintergrund die Integration und Teilhabe zu ermöglichen, Benachteiligungen auszugleichen und

Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche sicherzustellen. Wir werden unsere Beiträge zur Integration auf konzeptioneller und operativer Ebene, von der Kindertageseinrichtung über den ASD bis hin zum Senioren- und Pflegebereich, noch besser vernetzen und sichtbar machen.

## Handlungsfelder

- Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in interkultureller Kompetenz.
- Sprachkurse/-förderung für Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund.
- Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten als Ziel- und Kundengruppe, z.B. Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Pflegebedürftige, jugendliche Arbeitslose mit qualifikatorischen Defiziten usw.
- Entwicklung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg (referatsübergreifend).

### (10) Gender-Perspektiven entwickeln – Geschlechtergerechtigkeit anstreben

Etwa 256 000 Frauen/Mädchen (etwa 52 Prozent der Bevölkerung) und 237 500 Männer/Jungen leben in Nürnberg.

Quelle: Stat. Jahrbuch 2004

Kommunalpolitische Entscheidungen und Verwaltungshandeln haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter. Diese zu berücksichtigen und zu hinterfragen, ist gesetzlicher Auftrag, dem wir uns systematischer widmen werden.

Gender Mainstreaming<sup>2</sup> strebt die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit an und macht dieses Ziel zu einer Gemeinschaftsaufgabe von Frauen und Männern. Frauenförderpolitik wird dadurch nicht überflüssig.

Grundlage wird eine Bestandsaufnahme aus der Gender-Perspektive sein, aus der hervorgeht, wie wir unsere Ressourcen einsetzen. Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Bedarfe, Anliegen und Erfahrungen unserer Zielgruppen wird zeigen, wo wir Angebote differenzieren und ergänzen müssen. Bei der verwaltungsinternen Anwendung von Gender Mainstreaming wird es z.B. um Gender-Qualifizierung, Personalentwicklung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Chancengleichheit bei der Besetzung von Führungspositionen gehen.

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen sind im Sinne eines „Gender Controlling“ regelmäßig zu überprüfen und die Ansätze weiter zu entwickeln.

#### Handlungsfelder

- Geschlechtersensible Begleitung des Aufwachsens von Mädchen und Jungen in der Jugend- und Sozialen Arbeit durch weibliche und männliche Bezugspersonen und Rollenvorbilder; dazu erforderlich ist z.B. verstärktes Werben um männliches Fachpersonal für Kindertagesstätten und die Bezirkssozialarbeit.
- Berücksichtigung spezifischer Problemlagen unterschiedlicher Alters- und Bevölkerungsgruppen, z.B. von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund oder allein Erziehender (meist Frauen) bei der Arbeitssuche.
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere auch Unterstützung von Frauen mit Kindern in Führungspositionen und Männern in Teilzeitarbeit.
- Gender-Qualifizierung und –sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Fortbildungen, Praxisreflexionen, Fallanalysen usw.

**Aus den Handlungsleitlinien ergeben sich Konsequenzen für die Arbeit im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales:**

### (11) Kommunikation und Partizipation intensivieren – Kooperation als Prinzip

Voraussetzung für erfolgreiche Soziale Arbeit ist die Kooperation mit Partnern auf allen Ebenen. Schule, Polizei, Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Organisationen arbeiten im sozialen Umfeld mit den selben Menschen wie wir. Die unterschiedlichen professionellen Herangehensweisen sind sehr hilfreich, wenn die Kooperation mit gegenseitigem Respekt und in geeigneten Formen regelmäßig gepflegt wird.

<sup>2</sup> Gender kommt aus dem Englischen und bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturelle geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar. Mainstreaming (englisch mainstream: Hauptstrom) bedeutet, dass eine inhaltliche Vorgabe zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht werden soll.

Im Referat Jugend, Familie und Soziales tun wir Vieles und viel Gutes, aber wir dürften noch mehr darüber sprechen. Die Kommunikation nach außen muss noch mehr unsere Stärken und Angebote und die Komplexität der Aufgaben und Tätigkeiten im Referat für Jugend, Familie und Soziales abbilden. Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, besonders der Leitungskräfte, ist es daher, neben der eigenen Fachlichkeit auch ein umfassendes Verständnis des Sozialen mit den Zusammenhängen im Geschäftsbereich und darüber hinaus im Blick zu behalten und zu vermitteln.

Innerhalb des Referats ist die Kommunikation über Hierarchieebenen und Ämter- und Fachbereichsgrenzen hinweg Voraussetzung für Kreativität. Bei aller professionellen Sorgfalt gehört auch der Mut, Neues auszuprobieren, zu unserem Selbstverständnis. Nach dem Motto „Nur wer nichts tut, macht keine Fehler“ pflegen wir eine Kultur, die nicht jeden Fehler bestraft, sondern über einen Wirksamkeitsdialog Fehler und Unsicherheiten zur Weiterentwicklung nutzt.

Mit Leben gefüllt werden die Leitlinien des Orientierungsrahmens erst durch das professionelle Engagement und die Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Motivation ist die wichtigste Ressource für die Gestaltung der Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg. Partizipation, Personalentwicklung, Fortbildung und Anerkennung der Leistungen bringen uns fachlich voran und sind zugleich auch Ausdruck der Wertschätzung.

Die Partizipation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Ebenen ebenso wie von Betroffenen, Kundinnen und Kunden braucht Gelegenheiten und Strukturen, die wir sinnvoll gestalten und weiterentwickeln müssen.

## Handlungsfelder

- Absprache von Grundbotschaften und -begriffen in der Außendarstellung, koordinierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Referat.
- regelmäßige interne Verständigung über gemeinsame, übergreifende Ziele und Planungen.
- Partizipation von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und Kundinnen/Kunden systematisch ermöglichen.

## (12) Planung und Steuerung ausbauen

Entscheidungen brauchen Grundlagen, daher müssen wir die – auch messbaren – Ergebnisse unserer Arbeit kennen. Dokumentierte Wirksamkeit steigert das Selbstbewusstsein und die Wahrnehmung durch andere. Ein stadtteilbezogenes Bildungs- und Sozialmonitoring kann uns mit einer einheitlichen, vergleichbaren Datengrundlage versorgen, die es ermöglicht, den Status Quo und Betriebsverläufe zu dokumentieren und bei Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Zudem muss die Verwaltung auch und gerade der nicht einnahmeorientierten Bereiche Jugend und Soziales die effiziente Mittelverwendung belegen können, um etwa bei Haushaltsberatungen gute Argumente, z.B. gegen Kürzungen, zu haben. Evaluation und Wirkungsforschung müssen nach fachlicher wie wirtschaftlicher Effizienz fragen und finden als Grundlage in Planung und Steuerung Eingang.

Dazu gehört auch, Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter/innen noch gezielter zu planen und so stets Fachlichkeit auf hohem Niveau sicherzustellen. Bei der Ausbildung ist eine immer stärkere Vernetzung über fachliche und Bereichsgrenzen anzustreben. Durch eine verbesserte Kooperation mit den Hochschulen, die Vernetzung von Theorie und Praxis in der Lehre und Ausbildung ebenso wie gemeinsame Fortbildungsangebote sichern wir die wissenschaftliche und fachliche Qualität der Sozialen Arbeit in Nürnberg.

### Handlungsfelder

- Entwicklung geeigneter Indikatoren für Planung und Steuerung, z.B. Sozialplanung und
- Berichterstattung, Bildungs- und Sozialmonitoring, Controlling- und Steuerungsinstrumente.
- Vernetzung der Ausbildung, Kooperation mit den Ausbildungsstätten und Hochschulen.
- Fortbildungsplanung und -koordinierung.

### Der Orientierungsrahmen: Perspektive und Selbstverpflichtung

Der vorliegende Orientierungsrahmen wurde von den Führungskräften der Dienststellen Jugendamt, Sozialamt, Seniorenamt und Allgemeiner Sozialdienst, des Eigenbetriebs NürnbergStift, der fachlich zugeordneten Gesellschaften Noris-Arbeit gGmbH und wfb Werkstatt für Behinderte, der ARGE Nürnberg, des Stabs Familie und des Referats für Jugend, Familie und Soziales in intensiver Diskussion erstellt. Er legt die Leitlinien des fachlichen Handelns für die kommenden Jahre fest.

Der Orientierungsrahmen wendet sich somit nach innen und schließt die Selbstverpflichtung aller Beteiligten mit ein, Versäulungen schrittweise zu überwinden und sich über die eigene Zuständigkeit hinaus für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg entlang der Leitlinien einzusetzen. In den kommenden Monaten und Jahren werden wir Konkretisierungen der aus dem Orientierungsrahmen erwachsenden Handlungsaufträge und die Umsetzung von Maßnahmen zur Zielerreichung erarbeiten. Das kann in Einzelfällen auch organisatorische Konsequenzen haben, doch bleibt die gemeinsame Verantwortung bestehen. Klar ist auch, dass die formulierten Leitlinien zwar verbindlich, aber nicht in jedem Fall unantastbar sind: Wenn es die gesellschaftliche und politische Entwicklung erfordert, werden wir sie an die veränderte Situation anpassen, ergänzen oder neu gewichten.

Der Orientierungsrahmen wendet sich darüber hinaus an die Nürnberger Stadtpolitik, die Kooperationspartner des Referats bei freien Trägern und Institutionen und an alle Nürnbergerinnen und Nürnberger: Wir wollen Sie über unsere Ziel- und Schwerpunktsetzungen informieren und Sie einladen, uns bei der Konkretisierung und Umsetzung mit Ihren Ideen und Beiträgen zu unterstützen.

### Referat für Jugend, Familie und Soziales

Nürnberg, im Dezember 2005

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe	Jugendhilfe- ausschuss
JHA	08.02.2007	1	Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen für den MIP-Zeitraum 2007 bis 2010	Beschluss	
		2	Spielflächen und Angebote für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen St. Johannis, Vogelherd, Wetzendorf und Schniegling, hier: Zwischenbericht über die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen	Bericht	
		3	Bundesprogramm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus	Bericht	
		4	Erziehungsberatung für Familien mit Migrationshintergrund, hier: Bericht der Verwaltung des J in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung in Nbg für die Kommission für Integration	Bericht	
		5	Gesundheitsförderung in Kindertageseinrichtungen, hier: Konzeption des Kindergartens Vordere Bleiweißstr. 2	Bericht	
		6	Bau- und Betriebsträgerschaft für geplante Kindertageseinrichtungen in der Südstadt, hier: Standorte Untere Mentergasse (Steinbühl), Köhnstr und Ritterplatz (St. Peter)	Beschluss	
JHA + Schula	29.03.2007	7	Geplante Angebote für Kinder und Jugendliche im Stadtteil St. Leonhard	Bericht	
		1	Maßnahmenpaket Ausbildungsnot/Jugendsozialarbeit: Masterplan gegen Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Ausbildungsplätze (Übergangsmanagement I)	Bericht	
		2	Nürnberger Portfolio für Hauptschüler (Übergangsmanagement II)	Bericht	
		3	„Ausbildung direkt“ - eine Berufsinformations- und Praktikumsbörse in Altenfurt (Übergangsmanagement III)	Bericht	
		4	Übergangsmanagement Schule und Beruf (Übergangsmanagement IV), hier: „Future Guides“ und Kompetenzagentur	Bericht	
		5	Schulsozialarbeit der Stadt Nürnberg - Schulsozialpädagogik und Jugendsozialarbeit an Schulen	Bericht	
		6	Situation der Kinder und Jugendlichen am Nordbahnhof	Bericht	
		7	Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) und seine Umsetzung in den Kindertageseinrichtungen des Jugendamtes	Bericht	
		8	Individuelle Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen	Bericht	
		9	Ganztagesschule an der Adam-Kraft-Realschule	Bericht	
JHA	03.05.2007	10	Förderzentrum Merseburger Str. 6, hier: Abriss mit anschließendem Neubau, Interimslösung sowie Umbaumaßnahmen in der Dependence Oedenberger Str.	Bericht	
		1	Jugend und Gewalt - eine notwendige Betrachtung anhand von Zahlen, Fakten, Ursachen und Präventionsstrategien (Vortrag von Dr. Christian Lüders des Dt. Jugendinstituts), Stellungnahmen aus Sicht des Jugendgerichtes, der Polizei, des Staatl. Schulamtes, des Allgemeinen Sozialdienstes und der Kinder- und Jugendarbeit	Hearing	
		2	Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch von Jugendlichen	Bericht	
		3	Arbeitsprogramm Alkoholprävention 2007	Beschluss	
		4	Bericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen in Gibitzenhof, Gartenstadt, Falkenheim, Kettlersiedlung, Maiach, Rabus, Sandreuth und Werderau (Bürgerversammlungsgebiet 13)	Bericht	
		5	Weiterentwicklung des Frühwarnsystems zum Kinderschutz in Nürnberg	Bericht	
JHA	05.07.2007	6	Neufassung der Satzung zur Änderung der Kindertageseinrichtungssatzung sowie der Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg, hier: Änderung des Betriebsjahres in Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg ab 01. 09.2007	Beschluss	
		7	Bündnis für Familie: Familienkarte Nürnberg - Bilanz nach dem Neustart	Beschluss	
		1	Weiterentwicklung des Frühwarnsystems zum Kinderschutz in Nürnberg, hier: Vorstellung Präventionsprojekt „Zukunft für Kinder in Düsseldorf - Hilfen für Kinder und Familien in Risikolagen“	Beschluss	
		2	BfF: Familienkarte Nürnberg - Bilanz nach dem Neustart	Beschluss	
		3	Bericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen in Gibitzenhof, Gartenstadt, Falkenheim, Kettlersiedlung, Maiach, Rabus, Sandreuth und Werderau (Bürgerversammlungsgebiet 13)	Bericht	
		4	Spiel- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche, Hier: Anfrage der Kinderkommission vom 21.12.2006	Antrag	
		5	Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg als Kernelemente kommunaler Familienpolitik; Teil 1: Quantitativer Ausbau bis zum Jahr 2010/2013 - Sachstandsbericht und Bedarfsfeststellung	Beschluss	
		6	Auswirkungen des geplanten Förderschulkonzepts auf die Horte für individuelle Lernförderung	Beschluss	
		7	Übergangsmanagement Kindergarten-Grundschule, hier: Bericht für die Sitzung des Schula vom 11.05.07	Bericht	
		8	Angebote der offenen Jugendarbeit in Gostenhof-Ost	Bericht	
10	Fallbeispiel für die Vernachlässigung von Kleinkindern	Bericht			

\*) TOP's „Niederschrift über die Sitzung des ...vom...., öffentlicher/nichtöffentlicher Teil...“ wurden bei allen Ausschüssen weggelassen



## Anhang: Liste der Ausschussthemen

### Jugendhilfe- ausschuss

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
JHA	27.09.2007	1	Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg als Kernelemente kommunaler Familienpolitik; Teil 2: Qualitative Weiterentwicklung einschl. - Konzeption Schülertreffs als Horte für Hauptschüler, - Konzeption Großtagespflege - Integrierte Familienarbeit in Kindertageseinrichtungen: - Konzeption Orte für Familien - Konzeption Familienzentren	Beschlüsse
		2	Gesundheitsförderung in Kindertageseinrichtungen, hier: Konzeption des Kindergartens Vordere Bleiweißstr. 2 und Bericht „Essen was schmeckt“ der Kindertageseinrichtung Grünewaldstr. 18	Bericht
		3	Gebührenerstattung auch für schulische Betreuungsangebote - Einbeziehung der Mittagessenskosten in die wirtschaftliche Jugendhilfe	Beschluss
		4	„Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: Die familienfreundliche Schule“ - Ende der Modellphase	Beschluss
		5	Erziehungsberatung in Nürnberg, hier: Bedarfsgerechter Ausbau und Stärkung interkultureller Kompetenz	Beschluss
		6	Sozialräume mit einem besonderen sozialen Entwicklungsbedarf - Stadtteilkoordination	Beschluss
		7	Erweiterung der Spielfläche Hort und Kinder- und Jugendhaus Wurzel-dorf	Bericht
		8	Europäisches Städtenetzwerk „Cities for Children“, hier: Gründungsver-sammlung am 25./26. Juni 2007 in Stuttgart	Bericht
		9	Vertrag „Chancen für junge Menschen“ zwischen der Stadtmission Nürn-berg e.V. und der Stadt Nürnberg	Beschluss
JHA	25.10.2007	1	„Kinderchancen“: Maßnahmen gegen Kinderarmut in Nürnberg - „Ak-tion Schultüte“ und „Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen“	Antrag
		2	Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Familien in der Wohn-anlage Kirchenweg/Ecke Lobsingerstrasse	Antrag
		3	Aktivierung von Ballspielflächen	Antrag
		4	Anhörung des JHA zum Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Nürnberg für das Jahr 2008 gem. § 71 SGB VIII	Antrag
JHA + SchulA	29.11.2007	1	„Familienzentrum Rothenburger Straße“ (Arbeitstitel) Knauerschule - Hort - Kinderkrippe - Kindergarten - ASD	Beschluss
		2	Sonderpädagogische Stütz- und Förderklassen in Nürnberg, hier: zwei-jähriger Modellversuch mit zwei Gruppen mit jeweils acht Plätzen	Beschluss
		3	Projekte des Übergangsmanagements Schule - Beruf I: „Future Guides“ und Kompetenzagentur	Bericht
		4	Projekte des Übergangsmanagements Schule - Beruf II: Quapo - Quali-begleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive für Jugendliche der Nürnberger Südstadt	Beschluss
		5	Ganztageschule in Nürnberg - Bestandsaufnahme und zukünftige Ent-wicklungen, hier: Grund- und Hauptschulen	Bericht
		6	Umsetzung Arbeitsprogramm Kinder- und Jugendschutz	Bericht
		7	Erziehungs-, Familien- und Jugendberatung per Internet	Bericht
		8	Arbeitsbericht Suchtprävention	Bericht
		9	Der Nürnberger Streetsoccer Cup und die Verwendung von WM-Erlösen für sport- und bewegungsbezogene Projekte für Kinder und Jugendliche	Beschluss
		10	Der Nürnberger Streetsoccer Cup und die Verwendung von WM-Erlösen für sport- und bewegungsbezogene Projekte für Kinder und Jugendliche	Bericht
		11	Unterstützung des Übergangs an weiterführenden Schulen für Kinder mit Migrationshintergrund - Sprachförderung	Bericht
JHA	13.12.2007	12	Ganztagesbetreuung an der Georg-Ledebour-Schule	Bericht
		1	Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“, Hier: Fortschreibung 2007	Beschluss
		2	Es darf wieder gekickt werden	Bericht
		3	Skateanlagen in Nürnberg	Beschluss
		4	Pflegekinderwesen in Nürnberg (Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII), hier: Vermittlung von Pflegekindern durch freie Träger	Beschluss
5	Information gegen Rechtsextremismus, hier: Vorstellung der Neuauflage der Broschüre „Recht gegen Rechts“ des KJR	Bericht		

**Anmerkung:** Alle öffentlich behandelten Vorlagen sind im elektronischen Ratsinformationssystem unter [www.nuernberg.de](http://www.nuernberg.de) abrufbar.

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe	Sozialausschuss
SozA	08.02.2007	1	Weiterentwicklung der Nürnberger Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe	Beschluss	
		2	Bericht des Sozialamts über die Gewährung des persönlichen Budgets (Modellprojekt)	Bericht	
		3	Kosten für Heizung gem. § 22 SGB II	Bericht	
		4	Entgiftungsstation für Eltern mit Kind	Bericht	
		5	Auswirkungen der Änderung der Bayerischen Ausführungsbestimmungen zum Pflegeversicherungsgesetz (AGPfleVG und AVOPfleVG) durch das neue Bayr. Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG)	Bericht	
		6	Nürnberger Netzwerk Pflege (NNP), Förderung ambulanter Pflegedienste, hier: Bericht über das Förderjahr 2005	Bericht	
		7	Bedarfsermittlung nach Art. 3 AGPfleVG (künftig Art. 69 AGSG) zur Versorgung der Stadt Nürnberg mit Pflegediensten und -einrichtungen i. S. d. SGB VI (Pflegeversicherungsgesetz), hier: Fortschreibung gem. SGB XI und Bayer. Ausführungsbestimmungen	Bericht	
		8	Konsequenzen der demografischen Entwicklung in Nürnberg, hier: Versorgung dementiell Erkrankter im häuslichen Bereich	Bericht	
		9	Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Wahl der Delegierten des Stadtseniorenrates der Stadt Nürnberg	Beschluss	
		10	Langzeitarbeitslose als Servicepersonal	Bericht	
		11	Zuschüsse aus dem „Unterstützungsfonds für Initiativgruppen“	Beschluss	
SozA	10.05.2007	1	Anrechnung von Renten, die in der Russischen Föderation bzw. in Ausnahmefällen in and. Nachfolgestaaten der Sowjetunion an Leistungsbezieher nach dem SGB XII ausbezahlt werden. Aufgrund neuer Erkenntnisse über den Bezug von Renten in der Russ. Föderation ist eine Regelung der Thematik erforderlich geworden	Beschluss	
		2	Integration Langzeitarbeitsloser	Bericht	
		3	Stadtseniorenrat der Stadt Nürnberg - Neuwahl der Delegiertenversammlung für die vierte Amtszeit 2007-2011, Beschluss über das Verzeichnis der Seniorenvereinigungen nach § 4 der Stadtseniorenratsatzung (StSR5)	Beschluss	
		4	Leitfaden zum Aufbau eines selbstverwalteten Senioren- und Computer-Centrums, Transfer der Nürnberger Erfahrungen zur Teilhabe älterer Menschen an der Informations- und Wissensgesellschaft	Bericht	
		5	Finanzielle Entlastung der Stadt Nürnberg durch die Umsetzung des SGB II im Jahr 2005, hier: Belastungsausgleich nach Art. 8a und 8b AGSGB	Bericht	
		6	Förderungen aus dem „Unterstützungsfond für Initiativgruppen“, Anlass: Entscheidung über vorliegende Förderanträge	Beschluss	
SozA	05.07.2007	1	Maßnahmen zur EnergieSchuldenPrävention (ESP)	Gutachten	
		2	Einsetzung von Sozial- und Familienpaten - „Augsburger Modell“ und Nürnberger Praxis	Bericht	
		3	Erweiterung des Personenkreises für den Nürnberg-Pass	Bericht	
		4	Fachtagung „1. Nürnberger Armutskonferenz“, Bericht zum Stand der Planung	Bericht	
		5	Satzung für das Nachbarschaftshaus Gostenhof	Gutachten	
		6	Ambulante Wohn- und Betreuungshilfen für Behinderte und Nichtbehinderte im Jahr 2007	Beschluss	
		7	Zuschussgewährung für die soziale Betreuung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften. Die Betreuung erfolgt durch die Arbeiterwohlfahrt, das Bayerische Rote Kreuz, den Caritasverband und das Diakonische Werk Hersbruck	Beschluss	
		8	Zentrale Anlaufstelle Pflege (ZAPf) - Evaluationsprojekt 2005 - 2008, Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung	Bericht	
		9	Konsequenzen der demografischen Entwicklung in Nürnberg, hier: Situation der Nürnberger Tagespflegeeinrichtungen	Bericht	
		10	Konsequenzen der demografischen Entwicklung in Nürnberg - Nürnberger Demographieforum am 25. Juli 2007: „Am liebsten zu Hause alt werden - Wie ist das zu schaffen?“ - Seniorenfreundlichkeit in Wirtschaft und Verwaltung	Bericht	
		11	Förderung aus dem „Unterstützungsfonds für Initiativgruppen“	Beschluss	
SozA u. GesundheitsA	12.07.2007	1	Gesundheitskonferenz für Kinder und Jugendliche in sozial schwierigen Lebenslagen	Bericht	
		2	Praxisnetze Nürnberg Nord und Süd	Bericht	
		3	Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege	Bericht	
		4	Heimaufsicht, Jahresbericht 2006	Bericht	
		5	Stellenplan Gh, Personalausstattung der Heimaufsicht	Bericht	

\*) TOP's „Niederschrift über die Sitzung des ...vom...., öffentlicher/nichtöffentlicher Teil...“ wurden bei allen Ausschüssen weggelassen

## Anhang: Liste der Ausschussthemen

### Sozialausschuss

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
SozA	20.09.2007	1	Nürnberg als Pilotregion im europäischen Forschungsprojekt „ASK-IT“	Bericht
		2	Kommunale Leistungen nach dem SGB II, Benchmarking 2006 der 16 großen Großstädte Deutschlands	Bericht
		3	Sozialhilfe 2006 - Nürnberg im Städtevergleich	Bericht
		4	mudra-Arbeitsprojekte 2007: Beschäftigung Qualifizierung und Ausbildung für Drogenabhängige	Beschluss
		5	Nürnberg-Pass, Hier: Änderung der Nürnberg-Pass-Satzung	Gutachten
		6	Neufassung der Sozialhilferichtlinien	Beschluss
		7	„Reform zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“, Beschluss des Koalitionsausschusses vom 19. Juni 2007	Bericht
		8	Förderungen aus dem „Unterstützungsfonds für Initiativgruppen“	Beschluss
SozA	08.11.2007	10	BSHG-Refinanzierung: Zwischenbericht und weitere Planungen	Bericht
		1	Zuschüsse des Amtes für Existenzsicherung u. soziale Integration - Sozialamt: Übersicht u. Erhöhungsanträge	Bericht
		2	Nürnberg-Pass, Änderung der Nürnberg-Pass-Satzung	Gutachten
		3	Konsequenzen der demografischen Entwicklung: Zwischenbericht zum Aufbau einer sozialraumorientierten Seniorenarbeit in Stadtteilnetzen	Bericht
SozA	13.12.07	4	Investitionskostenförderung ambulanter Pflegedienste gem. SBG XI und den bayerischen Ausführungsbestimmungen - Bericht über das Förderjahr 2006	Bericht
		5	Verbesserung der hauptamtlichen Unterstützung des Stadtseniorenrates	Gutachten
		6	Förderungen aus dem „Unterstützungsfonds für Initiativgruppen“	Beschluss
		1	Schuldner- und Insolvenzberatung in Nürnberg	Bericht
		2	Der Nürnberg-Pass als kommunales Instrument zur Armutsbekämpfung	Gutachten
		3	Regelsätze im SGB XII	Bericht
		4	Ehrenamt stärken, Ehrenamt vernetzen	Bericht
5	Leitfaden für Senioren 2007	Bericht		
6	Weiterentwicklung der Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege (BStP)	Bericht		
7	Förderungen aus dem „Unterstützungsfonds für Initiativgruppen“	Beschluss		

### Werkausschuss NürnbergStift

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
WerkA	15.03.2007	1	Fortentwicklung der Ernährungskonzeption in der stationären Pflege, hier: Entwicklung einer Leitlinie mit begleitender wissenschaftlicher Evaluation durch Kh	Beschluss
		3	Modernisierung/Sanierung des Sparkassenhauses, hier: Objektplan mit Kostenberechnung	Beschluss
WerkA	10.05.2007	1	Bewohner-/nutzungsgerechte Gestaltung des Innengeländes Veilhofstrasse 34, hier: Objektplan mit Kostenrechnung und Umsetzungsoptionen	Beschluss
		2	Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen im NürnbergStift (NÜSt)	Bericht
		3	Medienberichterstattung zum Vorfall im Pflegezentrum Sebastianspital, Hier: Bericht zum Sachverhalt und Konsequenzen	Bericht
WerkA	05.07.2007	1	Investorenwettbewerb für das Grundstück Fritz-Hintermayr-Haus	Beschluss
		3	Künftige Eigentumsverhältnisse für das sog. „Sparkassenhaus“ beim NürnbergStift	Beschluss
WerkA	20.09.2007	1	Qualitätssicherung und Personalentwicklung beim NürnbergStift	Bericht
		2	Generalistische Pflegeausbildung - Kooperation Klinikum und NÜSt; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.4.2007	Bericht
		3	Investorenwettbewerb für das Grundstück Fritz-Hintermayr-Haus	Bericht
		5	Jahresabschluss 2006 für das NürnbergStift	Gutachten
		6	Wirtschafts- und Finanzplan 2008 für das NürnbergStift	Gutachten
		7	Dringliche Anordnung des Oberbürgermeisters; Neubau Pflege- und Therapiezentrum, hier: Vergabe des Gewerks Pflegebetten	Auflage
		1	Entwicklungen auf dem Veilhofareal	Bericht
WerkA	13.12.2007	3	Neubau eines Pflege- und Therapiezentrums; hier: Stand der Bauausführung und Kostenentwicklung	Bericht
		4	Aufhebung des Erbbaurechts/Modernisierung/Sanierung Sparkassenhaus	Bericht
		5	Jahresabschluss zum 31.12.2006 und Lagebericht 2006 für die NürnbergStift Service GmbH (NÜStSG)	Bericht
		6	Bewohner-/nutzungsgerechte Gestaltung des Innengeländes Veilhofstrasse 34, hier: Verfahrensstand und Auftragsvergabe	Beschluss

\*) TOP's „Niederschrift über die Sitzung des ...vom...., öffentlicher/nichtöffentlicher Teil...“ wurden bei allen Ausschüssen weggelassen



